

SAMMLUNG GEORG LEIBBRANDT

BAND 6

QUELLEN UND MATERIALIEN ZUR ERFORSCHUNG DES DEUSCHTUMS IN OSTEUROPA

IM AUFTRAGE HERAUSGEGEBEN

VON

E. MEYNEN



1 9 4 2

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

**DIE SCHICKSALSWENDE DES
RUSSLANDDEUTSCHEN BAUERNTUM
IN DEN JAHREN 1927-1930**

VON

PROF. DR. OTTO AUHAGEN

DAMALIGEM LANDWIRTSCHAFTLICHEN SACHVERSTÄNDIGEN
BEI DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT IN MOSKAU

MIT 1 TAFEL



1 9 4 2

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

Zuschriften, die die Schriftenreihe betreffen, sind zu richten

Dozent Dr. E. Meynen, Berlin C 2, Burgstraße 28

Vorwort

Die Katastrophe, in der das rußlanddeutsche Bauerntum zugrunde zu gehen drohte, wurde durch die 1929 begonnene radikale Sozialisierungs- und Kollektivierungspolitik Stalins herbeigeführt. Im Gegensatz zu der Katastrophe, die die deutschen „Kolonisten“ im Weltkrieg durch Sondergesetze treffen sollte, wurden die deutschen Bauern in dieser Nachkriegs-Katastrophe Opfer der allgemeinen sowjetischen Bauernpolitik. Ohne deren Kennzeichnung läßt sich daher das Schicksal der deutschen Bauern nicht verstehen, und so beziehen sich die hier veröffentlichten Berichte großenteils nicht speziell auf die deutschen Kolonien. Ein Kernpunkt der agrarischen Sozialisierungs-, insbesondere Kollektivierungspolitik war der Kampf gegen die bäuerliche Oberschicht, gegen den „Kulak“. Da das deutsche Bauerntum dank seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit an dieser Oberschicht besonders stark beteiligt und seine alte Agrarverfassung besonders gut und fest war, so wurde es von der 1929 eingeschlagenen Politik besonders hart getroffen.

Beweggründe und Wirkungen der Kollektivierungspolitik sind in meinen zahlreichen Aufsätzen in der Zeitschrift „Osteuropa“ und zusammenfassend vor allem in den Schriften „Die Bilanz des ersten Fünfjahrplanes der Sowjetwirtschaft“ (Breslau 1933) und „Über die Entwicklung der Agrarverfassung der deutschen Bauern im heutigen Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ (Teil des Sammelwerks Sering-von Dietze „Agrarverfassung der deutschen Auslands-siedlungen in Osteuropa“, Berlin 1939) dargestellt worden. Nachfolgend werden hauptsächlich unveröffentlichte Berichte wiedergegeben. Nur erscheint mir zum Verständnis der eigentlichen Katastrophe nötig, diese Zusammenstellung durch Auszüge aus einigen Aufsätzen und veröffentlichten Berichten zu ergänzen. Auch habe ich den im Novemberheft 1929 der Zeitschrift „Osteuropa“ veröffentlichten Aufsatz, der von entscheidender Bedeutung für die — leider nur vorübergehende — Aufnahme der nach Moskau geflüchteten Bauern in Deutschland war, in vollem Wortlaut beigefügt. Dadurch, daß ich diesen Aufsatz vor Erscheinen dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft übersandte, hatte auch er Berichtscharakter.

Als Landwirtschaftlicher Sachverständiger für die UdSSR, bei der Deutschen Botschaft in Moskau berichtete ich dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Durchschläge gingen an die Botschaft und das Auswärtige Amt. Dies gilt von allen nachstehend kurz als „Berichte“ bezeichneten Darlegungen.

0. Auhagen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
I.	
Wiederaufnahme des Terrors gegen die Bauern im Winter 1927/28	
Vorbereitung der Sozialisierung durch die „Kontraktazija“	1
Getreidekampagne im Winter 1927/28 — ein Vorspiel des Terrors gegen die bäuerliche Oberschicht. Vorbereitung eines auf die Sozialisierung abzielenden Agrargesetzes	4
Bericht aus Odessa vom 6. August 1928 an die Deutsche Botschaft in Moskau über die Frage einer Hilfsaktion für die deutschen Kolonisten in der südlichen Ukraine wegen einer Mißernte, deren Wirkung durch die neue Bauernpolitik noch gesteigert wurde	7
II.	
Die Agrargesetze von 1928 und 1929 und ihre ersten Wirkungen	
Drohende Versklavung der Bauern (Auszug aus dem Bericht über „Agrarverfassung und Landwirtschaft im Bezirk Odessa“ vom 21. Oktober 1928)	12
Das Agrargesetz vom 15. Dezember 1928 (Auszug aus dem Bericht „Die Änderung der grundlegenden Agrargesetzgebung Rußlands durch das Bundesgesetz vom 15. Dez. 1928 über die allgemeinen Grundsätze der Landnutzung und Landeinrichtung“ vom 16. März 1929)	24
Zusatz zu vorstehendem Bericht über den Entwurf eines neuen Agrarkodex	28
Steuergesetzgebung (Auszug aus dem Bericht vom 13. April 1929)	30
Auszug aus dem Bericht vom 26. Mai 1929 „über eine Reise in die Krim und den Bezirk Melitopol“ (unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Kolonien)	32
Gesetzliche Vorbereitung der Vernichtung der bäuerlichen Oberschicht	44
III.	
Die Katastrophe	
a) Massenflucht deutscher Bauern nach Moskau	
Aufzeichnung für die Botschaft vom 11. Oktober 1929	49
Schreiben vom 13. Oktober 1929 an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (betreffend Ansiedlung von Flüchtlingen im Deutschen Reich...)	54
Aufzeichnungen für die Botschaft vom 18. und 28. Oktober 1929	55, 57
Schreiben vom 25. Oktober 1929 an Prof. Unruh, Generalbevollmächtigten des Mennonitenverbandes in Europa	59
Schreiben vom 25. Oktober und 9. November 1929 an den Vorsitzenden der Ostpreußischen Landgesellschaft (betreffend Ansiedlung von Flüchtlingen in Ostpreußen)	60

Bericht vom 9. November 1929 über die „Verzweifelte Lage der deutschen Kolonisten und die Gefahren der jetzigen Agrarpolitik“ mit Anlage	62
Aufzeichnung vom 14. November 1929 für das Außenkommissariat der UdSSR.	74
Aufzeichnung für die Botschaft vom 16. November 1929	76
Telegramm an das Auswärtige Amt vom 18. November 1929	78
Aufzeichnungen für die Botschaft vom 23., 27., 28. November und 2. Dezember 1929	79, 80, 81, 82
Bericht aus Berlin vom 18. Dezember 1929 „über die Lage der deutschen Kolonisten und der Landwirtschaft in der UdSSR.“	82
Bericht aus Berlin über die überraschende Getreideausfuhr Rußlands	96
Begleitbericht aus Berlin vom 5. März 1930 mit einer Aufzeichnung für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes über die Frage „Wohin führt die Sozialisierung der Landwirtschaft in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken?“	98

b) Die Zwangs**Verschickung** deutscher Bauern und ihre Folgen

Bericht vom 27. März 1930 über „Kundgebungen der Parteileitung gegen die Auswüchse der Kollektivierungspolitik“	110
Aufzeichnung vom 10. April für das Auswärtige Amt über „die Terrorisierung der deutschen Kolonisten und die Auswanderungsfrage“	123
Aufzeichnungen für die Botschaft vom 3. und 12. Mai	126, 127
Auszug aus dem Bericht vom 16. Mai über die Frühjahrssaat-Kampagne in der UdSSR.	128

c) Bemühungen um Ansiedlung verschickter und wirtschaftlich vernichteter rußlanddeutscher Bauern in Deutschland

Bericht vor dem Hauptausschuß des VDA. in Salzburg am 7. Juni 1930	137
Schreiben an den Reichspräsidenten und an acht Mitglieder der Deutschen Reichs- und Preußischen Landesregierung vom 12. Juni 1930	140

Anhang

Briefe von Rußlanddeutschen

a) Not der Flüchtlinge und Ausgesiedelten	142
b) Not der Verschickten	154
Sachregister	194

Wiederaufnahme des Terrors gegen die Bauern im Winter 1927/28

Ein Vorspiel des späteren Massenterrors war die Getreidekampagne, die im Winter 1927/28 wegen des zu geringen Ergebnisses des freihändigen Getreideankaufs durchgeführt wurde. Besonders hart wurde die bäuerliche Oberschicht getroffen. Ihre Bedrückung lag im Rahmen der damaligen Absicht, die Politik der Sozialisierung der Landwirtschaft wieder kräftiger aufzunehmen. Zugleich entschloß sich die Regierung, für die Zukunft die Getreideablieferung der Bauern in der gewünschten Menge durch "Kontrahierung", d. h. durch formal freiwillige, in Wirklichkeit aber erzwungene Lieferungsabkommen zu sichern. Das war ein wichtiger Schritt zur Unterwerfung der Bauern unter die staatliche Planwirtschaft.

Vorbereitung der Sozialisierung durch die „Kontraktazija“

Auszug aus zwei Wirtschaftsberichten, veröffentlicht in „Osteuropa“.

Februarheft 1928

Der Mangel an Waren, vor allem an Kleidungsstoffen und Wäsche, aber auch an vielen anderen Dingen des gewöhnlichen Bedarfs ist wieder einmal sehr empfindlich. Zweifellos wird hierdurch das Getreideausfuhrgeschäft stark beeinträchtigt, das aber auch aus anderen Gründen den Erwartungen der Regierung bei weitem nicht entspricht.

Die Bedingungen für die Winterbestellung lagen in bedeutenden Teilen Rußlands nicht günstig. Im Süden und Osten hat vielfach anhaltende Dürre zu einer Verspätung und Schmälerung der Wintergetreidefläche geführt; auch hat der frühe Eintritt des Winters in vielen Gegenden einen vorzeitigen Abbruch der Feldarbeiten bedingt. Die russische Landwirtschaft basiert aber in viel größerem Umfange auf den Frühjahrssaaten, und daher besteht einstweilen die Hoffnung, doch noch eine Vermehrung der gesamten Saatfläche im laufenden Landwirtschaftsjahr zu erzielen. Besonders bemerkenswert sind die Bestrebungen der Regierung, die Ziele der staatlichen Planwirtschaft durch Abschluß von Anbauverträgen unter Vorschußgewährung zu erreichen. Zuständig in dieser Beziehung ist das Handelskommissariat, das bisher glaubte, einfach auf dem Wege der Preispolitik den erwünschten Einfluß auf die bäuerliche Produktion und Marktleistung ausüben zu können. Diese Politik führte aber immer wieder zu Enttäuschungen, da entweder die Preise in ihrer absoluten Höhe oder in ihrem gegenseitigen Verhältnis sich nicht als geeignet erwiesen. Jetzt geht man den Weg der „Kontraktazija“, der „Ausdingung“, die der russischen Zucker- und Baumwollindustrie aus früheren Zeiten

geläufig ist. Die Zuckerfabriken z. B. schlossen früher mit den Gütern regelmäßige Verträge ab, wonach diese sich für das folgende Jahr zum (Anbau bestimmter Rübenflächen verpflichteten und zur Aufbringung der Kulturkosten bedeutende Vorschüsse erhielten; nicht selten entwickelte sich hieraus eine ungesunde Schuldknechtschaft, wenn die Güter die Vorschüsse anderweitig verausgabten und infolgedessen weiterer Vorschüsse bedurften, nicht um künftige Arbeit, sondern bereits geleistete Arbeit entlohnen zu können. Auch in Turkestan gerieten die kleinen Baumwollpflanzler durch das Vorschuß-System vielfach in eine Abhängigkeit, die sie nötigte, die Baumwollpflanzung im Laufe der Jahre stärker auszudehnen, als es vom Standpunkt rationeller Wirtschaft richtig war. Das heutige Ausdingungssystem ist bemüht, solche Erscheinungen nicht aufkommen zu lassen. Grundsätzlich erfolgt die Ausdingung über die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die für zweckentsprechende Verwendung der Vorschüsse zu sorgen haben und im übrigen für die Erfüllung der Verträge haften. Auf dem Wege über die Genossenschaft will man nicht nur die Beschaffung der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse sicherstellen, sondern vor allem auch einen Einfluß auf die technische Hebung der verschiedenen Kulturen ausüben. Für den einzelnen Pflanzler wirkt sich diese Bevorschussung weniger in der Hergabe von Geld, wie vielmehr in der Versorgung mit Saatgut und anderen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln aus. Auch hofft man, durch dies System, besonders auch durch Hergabe von Pferden (der Mangel an Arbeitspferden in der RSFSR. wird heute 'noch auf 600 000 Stück berechnet) sowie durch die Lieferung von Maschinen eine weitere Ausdehnung kollektivistischer Bodenbearbeitung zu erzielen. Welche Bedeutung der Ausdingung zukommt, geht aus dem für das laufende Wirtschaftsjahr aufgestellten Plan des Handelskommissariats hervor (vgl. Ekon. Shisn v. 3. 1. 1928). Danach soll sich die Ausdingung auf 4 Millionen bäuerlicher Wirtschaften erstrecken und eine Fläche von im ganzen 3 663 000 ha zum Gegenstand haben.

Offenbar bildet sich in diesem Ausdingungsverfahren eines der wichtigsten Mittel der staatlichen Planwirtschaft aus. Man fühlt sich an den Plan erinnert, der in der letzten Zeit des „Kriegskommunismus“, kurz vor dem rettenden Übergang zur NEP., ausgearbeitet worden war; die Landwirtschaft hatte sich in jener furchtbaren Zeit immer mehr auf die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft, auf die Selbstversorgung zurückgezogen; es sollte nun ein allgemeiner Bestellungenplan von einem vielgliedrigen System von Saatkomitees ausgearbeitet und der Bauer zur Durchführung dieses Planes mit Strenge angehalten werden. In gewisser Weise nähert man sich wieder jenem Plane, verhilft ihm aber nicht mit brutalem Zwange zum Leben, sondern durch das Lockmittel der Vorschußgewährung und wird hiermit zweifellos des Erfolges sicherer sein. Selbstverständlich sprechen auch gegen diese Methode der wirtschaftlichen Steuerführung starke volkswirtschaftliche Bedenken, doch diese liegen auf demselben Gebiet wie die grundsätzliche Kritik des bolschewistischen Wirtschaftssystems überhaupt. Vom Standpunkt dieses Systems aus betrachtet ist die Ausdingung zweifellos eine der bedeutsamsten und aussichtsreichsten Maßnahmen. Sie bedeutet, daß die Landwirtschaft in starke Abhängig-

keit vom Staat gebracht wird, analog etwa der Umwandlung selbständiger Handwerksbetriebe zu einer Hausindustrie, die von dem „kapitalistischen Verleger“ abhängig ist. Ein großer Schritt zur Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaft bereitet sich hiermit vor.

Märzheft 1928

Durch den schlechten Verlauf der Getreidekampagne wird das russische Wirtschaftsleben in höchst empfindlicher Weise gestört; es leidet darunter nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die Versorgung des inneren Marktes. An Brotgetreide (vor allem wohl an Weizen) scheint an vielen Orten ein Mangel eingetreten zu sein. Seit der Jahreswende wird die Verstärkung der Getreidebeschaffung daher als „Stoßaufgabe“ betrieben. Eine Reihe von Organisationen und Personen, die den Getreideankauf zu lässig betrieben haben oder denen sonstige Schädigung der Getreidekampagne durch ihre Amtsführung vorgeworfen wird, sind schwer bestraft worden; auch mit den Großbauern, die im Rufe stehen, Getreidevorräte aus staatsfeindlichen Absichten zurückzuhalten, sowie mit dem Privathandel, der die Kreise der amtlichen Ankaufsorganisationen stört, geht man gegenwärtig nicht glimpflich um. Tatsächlich ist es erreicht worden, seit dem Beginn des neuen Jahres die Getreidebeschaffung kräftig zu steigern. Die Statistik wird für fünftägige Abschnitte geführt; im Januar gelang es, die Getreideaufbringung von 122 300 t im ersten Abschnitt auf 443 600 t im letzten Abschnitt (6 Tage) zu heben, so daß der Januar im ganzen 1321500 t, also etwa das Doppelte der Dezembermenge, ergab. Die Februarziffer ist bisher noch günstiger; sie stellt sich für die ersten 15 Tage auf 951700 t. Die Aktion soll in energischster Weise fortgesetzt werden, obgleich große Gebiete, wie der Nordkaukasus und das Wolgaland, die im vorigen Jahre nur eine geringe Getreideernte zu verzeichnen hatten, bereits zu erlahmen beginnen.

Die jetzige Art der Eintreibung von Getreide ist, wie jede Vergewaltigung des Wirtschaftslebens, mit großen Gefahren verbunden. Allzu scharf macht schartig. Wenn der augenblickliche Terror fortgesetzt wird, so besteht die Gefahr, daß zu viel aus dem Dorf herausgeholt, hierdurch die Frühjahrsbestellung geschwächt, bei schlechter Ernte Hungersnot heraufbeschworen wird. Die augenblickliche Aktion geht nach meiner Überzeugung, die ich bereits im vorigen Sommer gegenüber einer optimistischen Ausslassung Rykows über die bevorstehende Getreidekampagne vertreten habe, von einer Überschätzung der letzten Ernte und vor allem der in Händen der Bauernschaft befindlichen alten Vorräte aus. Bekanntlich blieb schon die Getreidebeschaffung der beiden letzten Vorjahre stark hinter den Erwartungen zurück, die sich auf die Erntestatistik stützten; statt daraus den Schluß zu ziehen, daß die Ernteschätzung zu hoch war, wurde der Fehlbetrag als Vorratsbildung gebucht, und so rechnete man am Schlusse des letzten Erntejahres mit einem Vorrat von 8000000 t. Die Schuld an dem Minderergebnis gibt man daher dem Kulak, der bewußt zum Angriff gegen die Stadt und Staatsgewalt übergegangen sei und es verstanden habe, auch einen Teil der Mittelbauern sich zu verbünden (also ganz im Gedankengang der eben besiegten Opposition). Zweifel-

los verfügt der Großbauer über Vorräte; diese sind aber — ebenso wie die Operationen des heute stark zurückgedrängten privaten Getreidehandels — sehr wichtig, um im engen örtlichen Rahmen die vielfachen Unvollkommenheiten des amtlichen Getreideregimes im Interesse der Ernährung und der Saatgutversorgung auszugleichen. Übrigens wird zugegeben, daß der Großbauer sich außer den ihm unterschobenen gegenrevolutionären Absichten auch von wirtschaftlichen Motiven leiten läßt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die Preise für die Erzeugnisse der technischen Kulturen ihm heute so viel abwerfen, daß er es nicht nötig habe, Getreide zu verkaufen. Vor einem Jahre waren umgekehrt die Preise für technische Rohstoffe (Flachs, Hanf, Ölsamen usw.) zu ungünstig und die Produktion dieser Zweige daher zurückgegangen. Wir haben es wieder einmal mit einem drastischen Beispiel zu tun, wie krisenhaft die russische Planwirtschaft trotz heißem Bemühen bleibt; das Wirtschaftsleben von 150 Millionen Menschen läßt sich nicht in der Weise kommandieren, wie es der Staatsplankommission vorschwebt.

**Getreidekampagne im Winter 1927/28 —
ein Vorspiel des Terrors gegen die bäuerliche Oberschicht. Vorbereitung
eines auf die Sozialisierung abzielenden Agrargesetzes**

*Auszug aus einem Wirtschaftsbericht, veröffentlicht in „Osteuropa“,
Aprilheft 1928*

Die Getreidekampagne ist im Februar in schärfster Weise fortgesetzt worden und hat nach den vorläufigen Ziffern insgesamt 1925 000 t aufgebracht. Auch der März hat bisher viel größere Mengen als im Vorjahre ergeben, wenn auch gegen den Februar eine Abnahme festzustellen ist; im ersten Monatsdrittel wurden 510 000 t beschafft. Hiermit ist für den gesamten bisherigen Abschnitt des Getreidebeschaffungsjahres die vorjährige Ziffer ungefähr erreicht. Am 1. Januar war sie gegen das Vorjahr um 23 % zurück, am 1. Februar um 16 und am 1. März nur noch um 4 % (Weizen allein hatte am 1. März noch ein Minus von 12 % zu verzeichnen, Roggen dagegen ein Plus von 8%). Man sollte hiernach denken, daß die Getreideknappheit nunmehr überwunden sei, zumal die jetzigen Ziffern die im vorletzten Wirtschaftsjahr (1925/1926) bis zum 1. März erfolgten Getreidebeschaffungen um 24% überragen; für Brotgetreide allein ist die Überlegenheit der laufenden Kampagne noch viel größer, für Roggen 42%, für Weizen 59%. Daß trotzdem Getreidemangel besteht und an Ausfuhr kaum zu denken ist, kann unter der Voraussetzung der Richtigkeit der Statistik nur daraus erklärt werden, daß der private Getreidehandel, der für die Versorgung des inneren Marktes früher eine große Rolle spielte, heute ganz zurückgedrängt ist und die Bevölkerung im Laufe der beiden Jahre sich um über 6 Millionen vermehrt hat.

Der Konjunkturbericht führt folgende Gründe für die Zunahme der Getreidebeschaffung an: Die Zufuhr gewerblicher Waren in die Getreideüberschußgebiete wurde sehr gesteigert, wobei die begehrtesten Waren nur gegen Getreide abgegeben wurden. Das staatliche Ankaufsgeschäft konzentrierte sich auf Getreide, während andere agrarische Erzeugnisse nicht gekauft oder niedriger bezahlt wur-

den. ... Als weiterer Grund wird angeführt die nachdrückliche Einforderung der Zahlungen, die die Bauern an Steuern und Steuerrückständen, an Beiträgen für Versicherung und für die Genossenschaften sowie zur Rückerstattung von Saatgutdarlehn zu leisten haben.

Sodann wird darauf hingewiesen, daß der Privathandel gezwungen worden sei, sich vom Markte zurückzuziehen, und schließlich sind es die bekannten Maßnahmen gegen die größeren Bauern, die „Kulaken“, um diese ihrer Getreidevorräte zu berauben. Jahrelang war es geduldet worden, daß die wohlhabenderen Bauern Getreide ankaufen, um ihre Vorräte zu vergrößern und gelegentlich mit Vorteil abzustoßen. Jetzt gilt dies plötzlich als Verbrechen, das mit Konfiskation und Gefängnis bestraft wird. Aber mehr noch: auch die Zurücklegung von Vorräten aus der eigenen Ernte „in spekulativer Absicht“ wird als Verbrechen verfolgt, und da ja jeder Vorratsbildung eine spekulative Absicht untergeschoben werden kann, so kann der Neid der Habenichtsc im Dorf gegen den Besitz wieder einmal auf der ganzen Linie mobil gemacht werden. Gegen den Grundgedanken der NEP. wird hiermit auf das gröbste verstoßen. Der Ausgangspunkt der neuen Wirtschaftspolitik war ja bekanntlich die Erlaubnis für die Bauern, nach Entrichtung der (später in eine Geldsteuer umgewandelten) Naturalabgabe über ihre Ernte frei zu verfügen. Es ist schwer, sich aus der Ferne eine Vorstellung zu machen, welchen Umfang das Haberfeldtreiben gegen die größeren Bauern angenommen hat. Aus einzelnen Verwaltungsbezirken wird gemeldet, daß die Zahl der bestraften Kulaken 50 oder 60 betrage. Das genügt natürlich, um die Gesamtheit der größeren Bauern in Panik zu versetzen und zur Abgabe ihrer Vorräte zu veranlassen. Welche Bedenken sich hieraus für den Verlauf der Frühjahrsbestellung und im Fall einer Mißernte für die Volksernährung ergeben, habe ich bereits im letzten Heft hervorgehoben. Es ist sehr kurzsichtig, wenn der Konjunkturbericht als Erfolg der gegen die Kulaken ergriffenen Maßnahmen feststellt, daß diese des Anreizes zur Erweiterung oder zur Erhaltung des Umfanges ihrer Saatfläche beraubt worden seien, um die Saatgutversorgung der ärmsten Wirtschaften besser zu gewährleisten. Die Marktleistung und Exportfähigkeit der russischen Landwirtschaft wird durch eine derartige Politik stark beeinträchtigt.

Die augenblickliche Aussaugung des Dorfes erstreckt sich übrigens keineswegs nur auf die 6 bis 7 % „Kulaken“, sondern auch auf einen großen Teil des bäuerlichen Mittelstandes. Der augenblicklich ausgeübte Steuerdruck ist so groß, daß die Bauern teilweise gezwungen sind, die Substanz ihres Wirtschaftsinventars anzugreifen; aus dem Nordkaukasus höre ich von zuverlässiger Seite, daß Pferde, Nutzvieh und Maschinen zu Schleuderpreisen verkauft werden. Man ist dort sehr erregt über die Durchführung der sog. „Selbstbesteuerung“ (ssamoobloshenije), die für kommunale Zwecke neben der staatlichen Landwirtschaftssteuer besteht und nach dem Dekret vom 10. Januar 1928 bis zu 35 % von der in dem Dorfe erhobenen Staatssteuersumme betragen darf; selbstverständlich liegt diese Steuer vor allem auf den Schultern der größeren Bauern. Einen wie großen Teil des Markterlöses die Steuern und sonstigen Pflichtzahlungen in Anspruch nehmen, geht aus dem Konjunkturbericht hervor; im Januar wurden für die amtliche Be-

Schaffung von Agrarerzeugnissen im ganzen 120,9 Millionen Rubel verausgabt, während jene Pflichtzahlungen 96,9 Millionen beanspruchten. Der Text des Konjunkturberichtes weist selbst auf dieses Verhältnis hin und erklärt daraus die Tatsache, daß die Nachfrage nach gewerblichen Waren in letzter Zeit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

Zu der jetzigen Schärfe der Getreidekampagne, die in bedenklichster Weise an das Requisitionssystem des früheren „Kriegskommunismus“ erinnert, hat sich die Regierung unter dem Druck der Not entschlossen. Wie kritisch die Lage ist, zeigt eine vor kurzem gefaßte Resolution des Rates der Volkskommissare der Union, die den Fortschritt der Landwirtschaft an sich anerkennt, dann aber hinzufügt: „Indessen hat sich augenblicklich mit voller Deutlichkeit herausgestellt, daß die Menge der von der Landwirtschaft erzeugten Produkte und insbesondere der auf den Markt kommenden Teile den wachsenden Anforderungen der Volkswirtschaft nicht entspricht, insbesondere nicht den Bedürfnissen des Gewerbes und des Exportes und auch nicht dem Verpflegungsbedarf der städtischen Bevölkerung.“

Die augenblicklichen Ereignisse haben die Agrarfrage wieder ganz in den Vordergrund gestellt. Wennauch das Vorgehen gegen die Vorräte der größeren Bauern im wesentlichen unter dem Druck der augenblicklichen Lage erfolgt ist, so hat der Kampf gegen das Kulakentum doch schon früher eingesetzt und ist als eine tiefgreifende Richtungsänderung der russischen Agrarpolitik von mehr oder minder langer Dauer aufzufassen. Sie ist nicht erst erfolgt, seitdem die Opposition in die Verbannung geschickt wurde, sondern schon vor der letzten entscheidenden Auseinandersetzung des Dezember-Kongresses der Partei, womit der Opposition im voraus der Wind aus den Segeln genommen wurde. Die Partei hat in wichtigen Punkten, ganz besonders eben bezüglich des Kulaks, ihre Politik nach den Forderungen der Opposition umgestellt — wiederum ein Anzeichen dafür, daß der Parteizwist hauptsächlich ein Ringen um die Macht war. Maßgebend sind für die heutige Agrarpolitik die Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei vom 20. Oktober 1927, die ihrerseits auf längeren Vorarbeiten der Ressorts, vor allem aber auf einem Gutachten der „kommunistischen Akademie“ beruhen. Diese Beschlüsse gaben Direktiven für die Ausarbeitung eines „Bundesgesetzes über Landeinrichtung und Landnutzung“; die zur Ausarbeitung vom Rat der Volkskommissare der Union eingesetzte Kommission hat jetzt ihre Arbeiten beendet. Wenn ich die Nachrichten über den Inhalt dieses Gesetzentwurfes mit den Direktiven vom 20. Oktober zusammenstelle, so ergeben sich besonders folgende Änderungen der Agrarpolitik:

Vor allem wird die Verfassung der Agrargemeinde (semelnoje obschtschestwo) umgestaltet. Die Agrargemeinde unterscheidet sich von der politischen Landgemeinde, die vom „Dorfrat“ geleitet wird, dadurch, daß an ihr nur die Landnutzer teilnehmen und ihr lediglich die Fragen der Landnutzung unterstehen; die größeren Bauern hatten infolge ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit hier oft das Übergewicht. Jetzt wird die Gemeinde proletarisiert. Landarbeiter und sonstige proletarische Elemente des Dorfes (Hirten, Schmiede usw.), die mit ihrer Arbeit

der Landwirtschaft dienen, dürfen mit vollem Stimmrecht an den Versammlungen der Agrargemeinde teilnehmen; auch haben sie Anspruch auf Überlassung von Höfen und Feldgrundstücken. Dagegen verlieren diejenigen Bauern, die wegen der Beschäftigung von Lohnarbeitern oder wegen gewerbsmäßigen Handels zu den Kulaken zählen und denen infolgedessen das politische Wahlrecht entzogen ist, nunmehr auch das Stimmrecht in der Agrargemeinde; sie müssen sich also in Angelegenheiten, die ihre Existenz betreffen, widerspruchslos dem Willen derjenigen unterwerfen, von denen sie um ihres größeren Besitzes willen beneidet werden. Zudem wird die Agrargemeinde entmündigt. Wie früher ihre Beschlüsse der Genehmigung des adeligen Landammannes (semskij natschalnik) bedurften, so unterliegen jetzt ihre Beschlüsse in besonders wichtigen Fragen, vor allem bezüglich der Form der Landnutzung bei der Landeinrichtung, bezüglich der Vor- nahme von Landumteilungen usw. der Bestätigung durch den Dorfrat.

Bezüglich der Landnutzungsformen ließ der Agrarkodex von 1922 große Freiheit. Er gestattete gleichermaßen bei der Durchführung der Landeinrichtung den Übergang zu arrondierten Landstücken und Einzelhöfen - (nach dem Vorbild der Stolypinschen Reform) wie auch zu anderen Formen (Gewannsystem mit rationeller Fruchtfolge, kollektivistischer Betrieb usw.). Jetzt dagegen wird den Agrarbehörden vorgeschrieben, daß sie auf die Ausbreitung von Landnutzungsformen hinwirken (Gruppensiedlung mit Gewannsystem), die die Kooperierung und Mechanisierung der Landwirtschaft begünstigen; dagegen soll die Separation von Landstücken und Einzelhöfen beschränkt und dort vollständig eingestellt werden, wo sie zum Wachstum des Kulakenelementes führen würde; praktisch dürfte dies auf ein fast völliges Verbot dieser im Norden und Westen Rußlands bewährten Formen hinauslaufen.

Die periodischen Umteilungen, wie sie bei der alten Mir-Verfassung gebräuchlich waren und seit der Revolution wieder in viel größerem Umfange zur Anwendung kamen, sollen im Interesse der Besitzfestigkeit sich nicht zu oft wiederholen. Dafür wird aber vorgeschrieben, daß allgemein von Zeit zu Zeit eine Umteilung erfolgen soll, um die Besitzausdehnung des Kulakentums zurückzuschneiden. Das Recht zur Pachtung von Land und zur Beschäftigung von Lohnarbeitern soll künftig gewisse Einschränkungen erfahren.

Bericht an die Deutsche Botschaft in Moskau über die Frage einer Hilfsaktion für die deutschen Kolonisten in der südlichen Ukraine wegen einer Mißernte, deren Wirkung durch die neue Bauernpolitik noch gesteigert wurde

z. Zt. Odessa, den 6. August 1928

Durch das hiesige Konsulat erhielt ich Kenntnis von der Verfügung der Botschaft vom 28. v. M. (E 293), betr. Hilfsaktion für die deutschen Kolonien in der Südukraine. Der Aufforderung zur Äußerung über diese Frage nachkommend, möchte ich zunächst der Ansicht Ausdruck geben, daß die Sowjet-Regierung ein deutsches Hilfsangebot wahrscheinlich nicht freudig begrüßen wird. Mit der Zulassung ausländischer Hilfe würde sie sich ein Armutszeugnis ausstellen, das im

Gegensatz dazu stände, daß amtlich für die gesamte Union eine gute Mittelerte erwartet wird, die nach einer Äußerung Rykows etwa 450 Millionen Pud Getreide mehr bringen soll als im vorigen Jahre. Danach müßte es der Sowjet-Regierung nicht allzu schwer fallen, für die Hungerdistrikte ausreichend zu sorgen. Obgleich ich durchaus damit rechne, daß die Ernte im ganzen wieder einmal überschätzt wird und die Ziffer Rykows in das Gebiet der Phantasie zu verweisen ist, so war ich angesichts der Gesamtlage, die unvergleichlich besser ist als im Hungerjahre 1921/22, anfänglich geneigt, der in Aussicht genommenen Hilfsaktion zu widerraten. Nach eingehender Besprechung mit Herrn Vizekonsul Dr. von Saucken bin ich aber doch unter Berücksichtigung aller meiner hier gemachten Beobachtungen zu einer anderen Auffassung gelangt.

Fest stand auch für mich von vornherein die Überzeugung, daß große Not im Anzuge ist. Der Odessaer Bezirk, den ich nach verschiedenen Richtungen bereist habe, hat eine Mißernte zu verzeichnen, die mindestens so schlimm ist wie 1921. Zwar haben Sommerweizen und Gerste kleine Erträge gebracht (5 bis 30 Pud¹) je Hektar); dafür aber ist Wintergetreide, das 1921 immerhin noch eine bescheidene Ernte abwarf, gänzlich ausgefallen, und selbst die dürrbeständigen Kulturen wie Mais und Sonnenblumen sind zu weitaus größtem Teil verdorrt. Auch Kartoffeln und Gemüse versagen; die Viehweiden geben nur teilweise noch ein äußerst kümmerliches Futter. Unter dem Einfluß der trockenen Hitze der letzten Wochen scheint sich die Zone der Mißernte noch stark nach Norden erweitert zu haben. Zufolge einer Nachricht vom 30. Juli hat der Ukrainische Rat der Volkskommissäre zum Zwecke von Steuernachlässen folgende 11 Bezirke als solche bezeichnet, die durch Vernichtung der Sommersaaten betroffen sind (und somit keinerlei Ersatz für die vernichteten Wintersaaten haben): Odessa, Nikolajew, Kriwoj Rog, Melitopol, Mariupol, Perwomaisk, Sinowjewsk, Cherson, Saporoschje, Stalin und Artjemowsk. Außer der Krim ist also das südliche Drittel der Ukraine als Mißerntegebiet zu betrachten, wenn auch in den genannten nördlicheren Bezirken die Lage etwas besser sein mag als in der südlichen Zone.

Die Mißernte trifft ein Gebiet, das durch die neueste Agrarpolitik, insbesondere durch die Methoden der im Januar begonnenen Getreidekampagne, durch den Steuerdruck einschließlich der „Selbstbesteuerung“, durch die Aufdrängung der Bauernanleihe und durch die in zahlreichen Fällen verhängten hohen Geldstrafen aufs Schwerste mitgenommen worden ist. Dabei hält der Steuerdruck noch an, oder richtiger: nach der neuen Veranlagung hat er sich noch sehr verschärft, wenigstens für die leistungsfähigeren Kategorien der Bauern. Trotzdem die Steuer nach dem Gesetze stark progressiv ist, werden den eigentlichen Trägern des Fortschritts nach sehr willkürlichen Erwägungen noch Zuschläge, bis zu 100 % auferlegt. So steigt die Steuer nicht selten bis zu 200 und 300 Rubel, vereinzelt bis zu 500 und selbst 800 Rubel; auch ärmliche Neuansiedler sind nicht verschont worden, wenn sie sich nur etwas über das allgemeine Niveau erheben; die Veranlagung steigt für solche auf 30 bis 40 Rubel, vereinzelt bis 90 Rubel. Von dem Steuererlaß

1 Pud = 16,38 kg.

wird nicht allzuviel erhofft werden dürfen. Der hiesige Gebietschef (Vors. des Bezirks-Vollzugskomitees) meinte, daß wegen der Mißernte höchstens die Hälfte der vorjährigen Steuersumme — sie betrug etwa 1,2 Mill. Rubel — zur Erhebung gelangen würde. Aber wie sollen die Bauern, wo sie fast nichts geerntet haben, wo die Milchwirtschaft infolge Futtermangels versiegt, wo auch die Weinberge infolge der Verarmung der Bevölkerung keinen nennenswerten Gelderlös abwerfen können, 600000 Rubel aufbringen? Sie müssen zu diesem Zwecke einen großen Teil ihres Wirtschaftsinventars, vor allem Pferde und Kühe verkaufen; es würde sich aber fragen, woher bei dem Futtermangel und der Verarmung die Käufer kommen sollen. Ein Bauer in einem russischen Ansiedlerdorf, der 53 Rub. Steuer zu bezahlen hatte, verkaufte unlängst ein Paar Arbeitspferde für 39 Rub., die er im vorigen Jahr für 225 Rubel erstanden hatte. Nun, die ärmeren Bauern werden zum mindesten passiven Widerstand leisten und es darauf ankommen lassen, ob die Behörde wagt, zur Pfändung zu schreiten. Den größeren Bauern würde aber übel mitgespielt werden. Sie haben auch keinen großen Steuernachlaß zu erwarten; insbesondere würde dieser sich nicht auf die oben erwähnten willkürlichen Zuschläge erstrecken. (Ein Kolonist, der einen Landanteil von 16 Deßjatinen¹) besitzt und dazu 45 Deßjat. gepachtet hat, sollte 878 Rubel Steuer bezahlen; für die Vernichtung der Wintersaat wurden ihm nur 60 Rubel erlassen; nach dem Abzug für die Mißernte an Sommergetreide usw. wird er immer noch eine Steuerschuld haben, die für ihn den Ruin bedeutet). Die Schwächung der größeren Wirtschaften ist ja gerade das Ziel, das von der Regierung seit den im vorigen Herbst aufgestellten Parteidirektiven ganz ähnlich wie zur Zeit des „Kriegskommunismus“ angestrebt wird. Dies Moment fällt für die Beurteilung der nächsten Zukunftsaussichten der deutschen Kolonien schwer ins Gewicht.

Gegenwärtig ist, soweit ich nach meinen persönlichen Eindrücken und Aussagen meiner Gewährsmänner urteilen kann, die Lage in den deutschen Kolonien noch erheblich besser als in den russischen Dörfern. Bei den Russen, besonders bei den in den letzten Jahren zahlreich angesetzten Neusiedlern, herrscht größtenteils schon bittere Not, die sie übrigens bereits im Frühjahr kennen lernten, als ihre Getreidevorräte zu Ende gingen, Rückhalt bei den größeren Bauern, insbesondere den deutschen Kolonisten infolge deren Ausplünderung nicht möglich war und die von der Regierung versprochene Hilfe nur sehr kümmerlich ausfiel. Die Basis für die Brotversorgung ist hier eine schrumpfige, notreife, höchst minderwertige Gerste, die ein schwarzes, spelziges, außen steinhartes, innen klatschiges Brot von erdigem Geschmack liefert, dessen Genuß schon in vielen Fällen zu Magen- und Darm-erkrankungen geführt hat. Die Erregung in den russischen Dörfern ist teilweise sehr groß.

In den deutschen Dörfern hat die Not noch nicht diesen Grad erreicht. Vergleichsweise ist die Ernte an Sommerweizen (Ulka) etwas besser ausgefallen, auch an Gerste; auch sind noch größere Vorräte an Rohfutter aus dem vorigen Jahre vorhanden. Ferner ist der Stapel an Pferden und Vieh größer. Die kräftigeren

1 Deßj. = 1,0925 ha.

Bauern sind weniger um ihre eigene Ernährung besorgt als um die Durchfütterung der Tiere. In armen Familien oder auf Höfen, wo der Sommerweizen nichts gegeben hat, wird allerdings schon jetzt Gerstenbrot gegessen. Vor äußerster Not glauben sich die meisten durch vermehrte Schlachtung von Rindern oder durch Verkauf von Tieren und sonstiger Habe schützen zu können. Es fragt sich nur, inwieweit diese Rechnung nicht durch die Steuerforderungen der Regierung gestört wird; die tüchtigsten Bauern tragen sich in dieser Beziehung mit schlimmen Befürchtungen.

Nun hegt die Regierung die Absicht, den Mißerntegebieten sowohl mit Saat wie mit Brotgetreide zu helfen. Saatgetreide soll in den nächsten Wochen für die Winterbestellung eintreffen, für die ja infolge der katastrophalen Vernichtung, der letzten Wintersaaten und der radikalen Getreidebeschaffungskampagne die Bauern kein Saatgut besitzen. Die Regierung hofft, die bäuerliche Wintersaatfläche, die im Vorjahr gegen 330000 ha betrug, auf wenigstens 300000 ha zu bringen, und will hierfür statt der benötigten 1,5 bis 1,6 Millionen Pud Saatgetreide (sehr; niedrig gerechnet) 1,260 Mill. Pud bereitstellen, während den Rest die Bauern Gelbst aufbringen sollen. Für die Brotversorgung des Bezirks (ohne die Stadt zur Zeit etwa 480000 bis 490 000 Einwohner) sollen zunächst im August 250 000 Pud herangeschafft werden (der volle Monatsbedarf stellt sich ungefähr auf 450000 Pud) 1).

Wenn dieser Plan zur Tatsache wird, so besteht für eine Hilfe seitens der alten Heimat zugunsten der deutschen Kolonien kein absolutes Bedürfnis. Die Regierung, die die Notwendigkeit einer umfangreichen Unterstützungsaktion durch die Aufstellung des Planes anerkannt hat, muß vernünftigerweise auch bemüht sein, den Plan zu verwirklichen; sie muß sich ja auch bewußt sein, daß die russische Bauernschaft sich heute nicht so widerstandslos dem Hungertod ergibt wie unmittelbar nach dem Schrecken des Bürgerkrieges. Theoretisch liegt ja auch die Möglichkeit zu der geplanten Hilfe vor; Nordkaukasus, Wolga, Uralgebiet, vor allem auch Sibirien und Kasakstan haben anscheinend genügend Überschüsse zu erwarten, um das hiesige Defizit zu decken. Es muß aber mit den landesüblichen Hemmungen und sonstigen Unvollkommenheiten gerechnet werden. Die Gefahr ist daher groß, daß die Hilfe mit Verspätung einsetzt und hinter dem geplanten Umfang bei weitem zurückbleibt. In diesem Falle kann die Not auch in den deutschen Kolonien groß werden. Mit dem gänzlichen Ausbleiben der Regierungshilfe rechne ich allerdings keinesfalls.

Sollte die Regierung im Vertrauen auf den eigenen Plan ein deutsches Hilfsangebot zurückweisen, so würde ihr dies eine Mahnung mehr sein müssen, ihr eigenes Unterstützungswerk mit größtem Nachdruck zu betreiben; das deutsche Angebot würde dann also wenigstens indirekt eine nützliche Wirkung ausüben. Auch würde die Tatsache, daß sich Deutschland um die Not seiner fernen Söhne kümmert, nicht nur das geistig-kulturelle Band mit den Kolonisten fester knüpfen, sondern vielleicht auch auf das russische Volk einen günstigen Eindruck hervor-

Außerdem soll mit Viehfutter (Heu, Schnitzeln, Melasse usw.) geholfen werden, was mir in hohem Grade zweifelhaft erscheint.

rufen. Sollte das Hilfswerk des Roten Kreuzes zustande kommen, so würden diese politischen Wirkungen bei der russischen Bevölkerung noch verstärkt werden. Zunächst drängte sich mir der Gedanke auf, daß eine Sonderhilfe für die deutschen Kolonien Erbitterung bei den noch schwerer notleidenden russischen Bauern auslösen würde. Bei näherer Überlegung stimme ich aber Herrn von Saucken darin zu, daß sich diese Erbitterung nicht gegen die deutschen Kolonisten, sondern gegen die eigene Regierung richten würde und Deutschland für seine Hilfe auch bei der russischen Bevölkerung, für die immerhin einiges durch nachbarliche Caritas abfallen würde, Anerkennung zu erwarten hätte.

Begleitschreiben zu vorstehendem Bericht an Herrn Legationsrat Hilger, Moskau

z. Zt. Odessa, den 6. August 1928

Beifolgend übersende ich Ihnen die gewünschte Äußerung bezüglich einer Hilfsaktion für die hiesigen deutschen Kolonien mit der Bitte, sie in den Geschäftsgang zu leiten. Durch einen 5tägigen Aufenthalt in den Kolonien habe ich jetzt gerade einen guten Einblick in ihre augenblickliche Lage tun können. Ich habe auch sonst viel Interessantes in diesem Bezirk gesehen; Herr Vizekonsul v. Saucken hat mich in dankenswerter Weise hier unterstützt. Im allgemeinen habe ich auf meiner bisherigen Reise den Eindruck gewonnen, daß die russischen Ernteberichte zum mindesten in der relativen Einschätzung der einzelnen Gebiete zutreffend sind. Im hiesigen Bezirk kann von einer völligen Mißernte gesprochen werden, die an sich wohl mindestens so schlimm ist wie im Jahre 1921. Diese Tatsache ist aber im Zentrum bekannt und bei der allgemeinen Ernteschätzung berücksichtigt. Das Mißerntegebiet erstreckt sich vom Odessaer Bezirk östlich bis zur Krim und nördlich etwa 150 bis 200 Kilometer vom Meere. In der nördlichen Ukraine und in dem von mir durchfahrenen Schwarzerdgebiet sieht es besser aus, übrigens nicht gleichmäßig. Der Bezirk Poltawa hat alles in allem eine Übermittelernte zu erwarten, während es im Charkower Bezirk und im Gouvernement Kursk dürrtiger aussieht. Der Roggen stand dünn, und das Sommergetreide war kurz im Halm, teilweise auch stark verunkrautet. Im großen und ganzen dürfte die Ukraine und das Gouvernement Kursk jedenfalls an eine Mittelernte nicht heranreichen. Der Ausgleich wird ja aber bekanntlich vom Nordkaukasus, vom Wolga- und Uralgebiet und besonders von Sibirien und Kasachstan erwartet.

Der Bezirk Odessa hat gegen die Vorkriegszeit vor allem dadurch gelitten, daß er zum Kolonisationsdistrikt erklärt wurde und das wirtschaftlich hervorragend tüchtige deutsche Element zugunsten ärmlischer russischer Ansiedler zurückgedrängt worden ist. Der neueste Kurs der Agrarpolitik hat die Lage der deutschen Kolonien und überhaupt der tüchtigeren Bauern noch sehr heruntergedrückt. Bei den Besten ist eine starke Entmutigung eingetreten; trotzdem aber habe ich den Eindruck, daß sich diese Elemente, gerade weil sie die Arbeit lieben und nicht lassen können, sich auch weiterhin intensiv um ihre Wirtschaft mühen; nur ist die Neigung, Lohnarbeiter zu beschäftigen, auf den Nullpunkt gesunken, und auch die Pachtung von Land hat stark abgenommen....

II.

Die Agrargesetze von 1928 und 1929 und ihre ersten Wirkungen

Der 15. Parteikongreß beschloß im Dezember 1927, die Kollektivierungspolitik mit großem Nachdruck aufzunehmen und den wirtschaftlichen Druck auf die bäuerliche Oberschicht zu verstärken. Diese Politik fand ihren Niederschlag zunächst in dem Agrargesetz vom 15. Dezember 1928 und in der landwirtschaftlichen Steuergesetzgebung. Eine sofortige Vernichtung des „Kulakentums“ war damals noch nicht beabsichtigt. Sowohl der Staatspräsident Kalinin wie auch Stalin verneinten die Absicht einer neuen „raskulatschwanie“ (Entkulakisierung des Dorfes). Die Oberschicht wurde damals noch als wirtschaftlich notwendig bezeichnet. Entworfen wurde ein neuer „Agrarkodex“, der an Stelle des Leninschen Agrarkodex von 1922 treten sollte. Dieser Entwurf war gemäßigt, doch wurde er durch die bald einsetzende weitere Entwicklung überholt und wurde daher nicht Gesetz. Der im Mai 1929 beschlossene Fünfjahrplan rechnete noch mit dem Individualbetrieb als Hauptträger der Landwirtschaft; die Kollektivwirtschaft sollte zu Ende der ersten Fünfjahrplanperiode an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche nur mit 14,3% beteiligt sein.

Drohende Versklavung der Bauern

Auszug aus dem Bericht „Agrarverfassung und Landwirtschaft im Bezirk Odessa“ vom 21. Oktober 1928, veröffentlicht in: „Berichte über Landwirtschaft 1929“, Seite 383—412 und 579—609

9. Die neueste Agrarpolitik

Kampf gegen den Kulak, Sozialisierung der Landwirtschaft

Das Wirtschaftsjahr 1927/28 war für die Bauern des Bezirks ein Unglücksjahr. Die staatliche Getreidebeschaffungs-Kampagne, der Steuerdruck, die Aufzwingung der staatlichen Anleihe „zur Festigung der Bauernwirtschaft“, der Kampf gegen den Kulak und schließlich die Mißernte haben zusammen gewirkt, um die Lage der Bauern sehr zu verschlechtern und große Unzufriedenheit in das Dorf zu tragen. Der Ankauf von Getreide war monatelang stark hinter dem Plane zurückgeblieben, statt der erhofften Überschüsse für den Export schmolzen die Vorräte für den Bedarf der Städte und des Heeres beängstigend zusammen, und so entschloß sich die Regierung um die Jahreswende, die Grundbestimmung der NEP. zu suspendieren und unter Verhängung drakonischer Geld- und Freiheitsstrafen

für Verheimlichung oder spekulative Anhäufung von Vorräten das Getreide von den Bauern zwangsweise einzutreiben. Hof bei Hof wurde durchstöbert, den Bauern wurde eine schmale Ration bis zur nächsten Ernte belassen, selbst Saatgut für die Frühjahrsbestellung wurde weggenommen mit dem in großem Umfange unerfüllt gebliebenen Versprechen rechtzeitiger Wiederanlieferung. Das Verfahren erinnerte stark an die rücksichtslosen militärischen Requisitionen, die vor dem Hungerjahre 1921/22 das Dorf fast aller Vorräte entblößten. Und das Unglück wollte es, daß auch jetzt im Bezirk Odessa und in angrenzenden Gebieten der südlichen Ukraine wieder eine Mißernte folgte, die in vielen Gegenden noch vollständiger war als in dem furchtbaren Jahre 1921.

Von viel nachteiligerer Bedeutung aber ist die neueste Wendung der Agrarpolitik, die im vorigen Jahre (1927) durch die Oktober-Direktiven des Zentralkomitees der Partei vorbereitet und im Dezember durch den XV. Parteikongreß beschlossen wurde. Sehr im Gegensatz zu den Argumenten, mit denen Rykow und Stalin früher die Opposition bekämpft hatten, wurde in demselben Augenblick, wo die Niederlage der Opposition durch deren Ausschließung aus der Partei besiegelt wurde, das Ruder auf den von der Gegenrichtung geforderten scharfen Kurs gegen den Kulak eingestellt. Der Kulak wird als gefährlicher Gegenrevolutionär hingestellt, man will ihm zwar nicht den Garaus machen, da er wirtschaftlich doch nicht so ganz gleichgültig ist, aber sein weiterer Aufstieg soll verhindert werden auf die Gefahr hin, daß seine Produktion um einiges zurückgeht; damit glaubt man sich abfinden zu können, da nur 6 oder 7 % des Bodens in seiner Hand sind; die Hauptsache sei die Entwicklung der mittel- und kleinbäuerlichen Wirtschaft und die Kollektivierung der Landwirtschaft. Der Kampf gegen den Kulak läuft darauf hinaus, die bäuerliche Individualwirtschaft in allen Schichten verkümmern zu lassen. Diese Aktion ist meines Erachtens ein politischer Luxus, der wirtschaftlich teuer bezahlt werden muß.

Was ist unter dem Kulak zu verstehen? Der Ausdruck ist vor langer Zeit geprägt; er bedeutet wörtlich „die Faust“, im übertragenen Sinne den Mann, der das Dorf unter seiner Faust hält, in früherer Zeit den gewinnsüchtigen Krämer, der mit Waren- und Geldgeschäften die Bauern bewucherte, und vor allem den rücksichtslos vorwärtsstrebenden Bauern, der durch Bestechung und andere Praktiken (Wodka) in allen gemeindewirtschaftlichen Angelegenheiten sein Schäfchen zu scheren wußte; auch „Mirojedy“ (d. h. Gemeindeverzehrter) wurden sie genannt. Menschen dieser Art sind wohl kaum noch anzutreffen; ihnen würde im allgemeinen auch schnell das Handwerk gelegt werden. Zwar wird auch den heutigen Kulaki nachgesagt, daß sie den Armen Geld gegen hohe Zinsen oder unter Auferlegung einer schweren Abarbeitungslast borgen. Ich glaube nicht, daß dies häufig vorkommt. Die „Kulaki“, die ich im Bezirk Odessa und an anderen Orten kennengelernt habe, sind regelmäßig besonders fleißige, intelligente Leute von solidem Lebenswandel; Wucherverträge sind ihnen um so weniger zuzutrauen, als sie nicht wagen dürften, den Rechtsweg zur Erzwingung der Erfüllung zu beschreiten. Wenn sie gelegentlich Geld oder Korn ausleihen, so ist dies in der Haupt-

sache als ein nachbarliches Aushelfen in der Not zu bewerten; der Arme ist froh wenn er bei einem Wohlhabenden anknöpfen kann; auf die Hilfe des Staates oder der Genossenschaft würde er meistens vergeblich warten. Gegenrevolutionäre Bestrebungen liegen dem Kulak fern; natürlich kann er den jetzigen Kurs, der ihn so sehr bedrückt, nicht lieben; sein Sinnen und Trachten ist aber nicht aus Politik, sondern auf seine Wirtschaft gerichtet. Allerdings stört er damit nicht selten die Kreise der staatlichen Wirtschaftspolitik. Weil er ein guter Wirtschaftler ist, wartet er oft mit dem Verkauf seiner Erzeugnisse auf günstigere Preise, oder er verschiebt den Verkauf einfach deshalb, weil er dringende Arbeiten in der Wirtschaft zu erledigen hat; auch neigt er dazu, einen Vorrat für schlechte Jahre aufzuspeichern. Das alles harmoniert nicht mit der Staatswirtschaft, die sich dadurch charakterisiert, daß sie aus der Hand in den Mund lebt und daher die Ernte so schnell wie möglich zu erfassen sucht. Zuweilen kauft der Kulak auch heimlich Getreide in spekulativer Absicht auf; daß der Staat hiergegen einschreitet, ist ihm nicht zu verdenken und auch aus den Grundgedanken der NEP. verständlich. Im allgemeinen ist der Kulak dem Bolschewismus einfach durch seine Existenz unbequem. Mit seiner relativ prosperierenden Wirtschaft legt er Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft ab und predigt damit wortlos gegen die angestrebte Sozialisierung der Landwirtschaft.

Der Kulak ist rechtlich identisch mit denjenigen Bauern, denen das politische Wahlrecht wegen ihrer Wirtschaftsgcbahrung entzogen ist. In dem „werktätigen“ Arbeiter- und Bauernstaat sollen nur solche Rechte genießen, die von eigener Arbeit leben (nach dem beschränkten Arbeitsbegriff des Bolschewismus). Bauern, die ständige Lohnarbeiter beschäftigen oder durch Handel oder durch spekulative Geschäfte oder durch Kreditgewährung sich bereichern oder die mit ihren Geräten und Maschinen, die sie bei anderen Bauern arbeiten lassen, diese „ausbeuten“, verlieren das Wahlrecht. Die Bestimmungen hierüber wurden 1926 wesentlich verschärft; durch sie wurde der neue Feldzug gegen den Kulak eingeleitet. In der Praxis der örtlichen Verwaltungsbehörde wird der Begriff des Kulaks oft sehr willkürlich behandelt. Die örtlichen Stellen haben vielfach eine sehr ungenaue Kenntnis der Gesetzgebung, auch verstehen sie diese oft nicht richtig auszulegen, wohl aber begreifen sie die immer wieder ausgegebene und eingehämmerte Parole „Kampf gegen den Kulak“, und sie halten es verständlicher Weise für gut, in dieser Beziehung lieber zu viel als zu wenig zu tun. Oft werden Bauern entrechtet, nur weil sie durch größeres Wirtschaftsinventar von dem Durchschnitt abstechen; „wohlhabend“ und Kulak gilt dasselbe; der Begriff der Wohlhabenheit ist aber gegendweise sehr verschieden; in landreichen Gegenden gilt vielleicht noch der Besitzer von 6 Pferden als Mittelbauer, während in armen Gebieten schon das zweite Pferd mißliebig und verdächtig macht. Oft wird der Bauer nur deshalb als Kulak abgestempelt, weil er früher wohlhabend gewesen ist und aus diesem Grunde oder auch wegen anderer Merkmale die Gesinnung eines Kulaks bei ihm vorausgesetzt wird; allenfalls kann völlige Verarmung ihn rehabilitieren.

Der Verlust des Wahlrechtes ist für die betreffende Person sehr niederdrückend. Er ist damit deklassiert, er steht auf der schwarzen Liste und fühlt sich den ört-

lichen Gewalten gegenüber vogelfrei; auch ist er den Beschimpfungen der Dorflumpen wehrlos ausgesetzt. Seinen Kindern sind die Hochschulen verschlossen. Wirtschaftlich ist für ihn die Folge, daß er dem Vorstand einer Genossenschaft nicht angehören darf und damit der Einflußnahme auf eine Schöpfung beraubt ist, an deren Entstehen und Gedeihen er vielleicht den hervorragendsten Anteil hatte. Auch kann es ihm bei der Veranlagung zu der staatlichen Steuer und bei der Verteilung der Gemeindelasten zum Nachteil ausschlagen, daß er in der politischen Gemeinde nicht mitreden und dem Dorfrat nicht angehören darf.

Viel schwerer sind aber für ihn die wirtschaftlichen Folgen der vorjährigen Parteibeschlüsse. Der Kampf gegen den Kulak wurde als eine der dringendsten und wichtigsten Aktionen erklärt; die Agrar- und Steuerpolitik steht seitdem ganz im Zeichen dieser Lösung. Der XV. Parteikongreß beschäftigte sich im Dezember 1927 mit dem Entwurf eines Gesetzes über Landnutzung und Landeinrichtung, das im Zusammenhang mit einem Komplex von Maßnahmen, die auf schleunige Sozialisierung der Landwirtschaft abzielen, die Rechte des Kulaks noch weiter auf das Empfindlichste schmälern. Die Agrargemeinde (*semelnoje obschtschestwo*) wird jetzt unter die Vormundschaft des Dorfrates, von dem der Kulak ausgeschlossen ist, gestellt. Noch schlimmer aber: auch in der Agrargemeinde, die über seine wichtigsten Existenzfragen, über die Nutzung und unter Umständen auch über die Verteilung des Bodens beschließt, soll er das Stimmrecht verlieren; dafür werden Leute ohne Boden, wie Landarbeiter und Gemeindegirten vollberechtigte Mitglieder der Agrargemeinde. Der Parteikongreß hat den Beschluß über diesen Entwurf einstweilen noch vertagt; in der Ukraine jedoch sind die Änderungen der Verfassung der Agrargemeinde dem Landkodex bereits einverleibt. Am unmittelbarsten und schwersten aber treffen den wohlhabenderen Bauern die neuen Bestimmungen über die Landwirtschaftssteuer. Die Progression dieser Steuer ist jetzt außerordentlich verschärft worden; der Prozentsatz der wegen geringen Einkommens steuerfreien Bauern ist von 20 auf 35 erhöht worden, um so schärfer müssen die höheren Schichten angefaßt werden. Über eine bestimmte, noch recht niedrige Einkommensgrenze hinaus (im Bezirk Odessa über 400—500 Rubel) wird allgemein ein besonderer Zuschlag von 5—25 % zum Einkommen gemacht; am verhängnisvollsten sind jedoch die Zuschläge, die der Spitzenschicht wegen nicht-werkstätigen Verdienstes oder wegen geheimer Einkünfte (steuerpolitisch ein Nonsens) zu machen sind; hierdurch soll eine „individuelle“ Veranlagung erreicht werden im Gegensatz zu der sonst obwaltenden schematischen Veranlagung, die lediglich vom Umfang des Landes, von der Größe des Viehstandes usw. ausgeht. In Wirklichkeit ist die „individuelle“ Veranlagung eine ganz willkürliche; die Steuerkommissionen gehen vielfach auch noch über das Gesetz hinaus und belegen jedes größere Einkommen, obgleich es lediglich durch die Arbeit der Familie entstanden ist, mit Zuschlägen. Im ganzen erreichen diese willkürlichen Zuschläge (ausschließlich des obigen schematischen Zuschlages von 5—25 %) oft die Höhe von 50—75 % und selbst von 100 %; diese Zuschläge werden — wohl gemerkt — zum Einkommen gemacht; infolge der Progressivität ist der Steuerzuschlag noch bedeutend höher; das nötigt dann vielfach auch bei mittlerer Ernte,

Pferde und Kühe und totes Inventar zu verkaufen, um nicht wegen Steuerrückständigkeit eingesperrt zu werden und rücksichtsloser Zwangsversteigerung zu verfallen. Trotzdem die katastrophale Vernichtung der Wintersaaten schon erfolgt war, wurden in diesem Jahre im Bezirk Odessa manche Bauern infolge dieser Zuschläge mit einer Steuer von 500 Rubel und mehr belegt. Allerdings waren wegen der Mißernte Abstriche zu erwarten; diese beziehen sich aber nicht auf die besonderen Zuschläge und sind daher viel zu gering. Ein konkreter Fall lag z. B. folgendermaßen: der Bauer, ein besonders tatkräftiger Mann, hat zu seinem Landanteil von 16 Deßj. noch 45 hinzugepachtet. Er war anfänglich mit einer Steuer von 878 Rubel belegt; hiervon wurden mit Rücksicht auf die Auswinterung von 26 Deßj. nur 60 Rubel abgezogen; viel größer wird auch der Abzug wegen des Mißwachses der Sommerung nicht gewesen sein. Die Wirtschaft des Bauern kommt daher vom Pferd auf den Esel, wenn nicht auf den Hund.

Eine böse Überraschung waren für den Bauern auch die neuen Bestimmungen über die „Ssamooobloshenije“, die Selbstbesteuerung, die den Gemeinden eine Verstärkung ihrer Mittel für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke bringen soll. Grundsätzlich gab es diese Gemeindeumlage schon früher; sie wurde aber mit Sparsamkeit und ohne scharfe Progression gehandhabt; niemand fühlte sich durch sie sonderlich gedrückt. Zwar ist auch nach den neuen Bestimmungen die Selbstbesteuerung „freiwillig“; in Wirklichkeit aber wurden die Gemeinden im Bezirk Odessa gezwungen, sehr gegen ihren Wunsch die Höhe der Selbstbesteuerung auf 45% vom Betrage der Landwirtschaftssteuer zu beschließen, und so kam zu der landwirtschaftlichen „Einheitssteuer“ eine neue Steuer hinzu, die vor allem wieder auf die Spitzenschicht gelegt wurde. Fragt man, wozu die Erträge der Selbstbesteuerung verwandt wurden, so zeigt sich, daß sie wohl allerlei guten Zwecken zugeführt worden sind; die Ausgaben waren aber größtenteils nicht dringlich, vielfach war man geradezu genötigt, nach Verwendungszwecken zu suchen, damit nicht ein Rest übrig blieb, der dann vielleicht von höherer Stelle in Anspruch genommen worden wäre. Dies alles in einem Jahre großer Not! Die Regierung zwang zu der höchst unzeitgemäßen Ausdehnung der Gemeindeausgaben, um den Bauern auch auf diese Weise zu nötigen, seine Vorräte in größerem Umfange und schneller zu Geld zu machen. Diesen Erfolg hatte auch die staatliche Anleihe „zur Stärkung der Bauernwirtschaft“, die im Bezirk Odessa den Bauern aufgezwungen worden ist und von ihnen ganz allgemein als eine weitere Steuer empfunden wurde. Wie hierbei, so wurde selbstverständlich auch bei der Kampagne zur Getreidebeschaffung der größere Bauer vor allen anderen gedrückt.

Zur Beleuchtung des Steuerdrucks, der heute auf den größeren Bauern liegt, sei folgendes Beispiel herausgegriffen. Der Bauer besaß vor dem Kriege 100 Deßj., für die er an staatlicher Grundabgabe, an landschaftlichen und Gemeindeumlagen zusammen 1,20 Rubel je Deßj., im ganzen also 120 Rubel zu entrichten hatte. Heute bewirtschaftet er einschließlich Pachtland 20 Deßj.; er ist zu einer Landwirtschaftssteuer von 285 Rubel veranlagt und hat außerdem die Selbstbesteuerung sowie den Pachtzins (10 Rubel je Deßjatine) aufzubringen. Zu alledem kommt der Druck der indirekten Steuern und der „Schere“. Die Gesamtheit der

Bauern wird durch nichts so sehr gedrückt wie durch das Mißverhältnis der Preise für Agrar- und Industrieerzeugnisse.

So werden die tüchtigsten Bauern, die Bahnbrecher des Fortschritts im Dorfe, gehemmt und zurückgeworfen, ihre Betriebsmittel schrumpfen zusammen, und vor allein sinkt ihre Schaffensfreude und ihr Mut. Zwar steckt in den meisten von ihnen der kategorische Imperativ der Arbeit allzusehr, als daß sie ihre Wirtschaft vernachlässigen, aber nur zu begreiflich ist es, wenn sie ihre Arbeitsziele jetzt tiefer stecken, da ihnen aller Nutzen durch Verstärkung des Steuerdrucks — abgesehen von der politischen Drangsalierung — verloren geht. Deutlich hat sich bereits in diesem Jahre gezeigt, daß bei den größeren Bauern die Neigung zur Pachtung von Land und zur Beschäftigung von Lohnarbeitern sehr gering geworden ist; im kommenden Jahre wird in diesen Beziehungen wahrscheinlich ein noch viel stärkerer Rückgang eintreten. Das bedeutet nicht nur eine Beeinträchtigung des größeren bäuerlichen Betriebes, sondern verschlechtert auch die Lage der vielen schwachen Existenzen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind oder wegen mangelnden Inventars oder unzulänglicher Arbeitskräfte (Kranke, Witwen usw.) Land zu verpachten wünschen. Es ist bezeichnend, daß in einem Übersiedlerdorfe ein Haus vor der Ernte nicht fertiggestellt werden konnte, obgleich nur noch ein Baraufwand von 10 Rubel dazu erforderlich war; der Besitzer hatte nirgends die Möglichkeit, sich diese 10 Rubel zu erarbeiten. Überhaupt hat die neue Politik auch die Mittel- und selbst die armen Bauern, vielfach diese sogar am meisten, in Mitleidenschaft gezogen. Der Terror der Getreideerfassung hat auch vor geringfügigen

Überschüssen der kleineren Bauern nicht haltgemacht, Besteuerung und Auf-erlegung der Bauernanleihe waren auch für einen großen Teil der Mittelbauern (nach deutschen Begriffen armselige Kleinbauern) sehr bedrückend. Es kann ja auch nicht anders sein: die Bauernschaft der Sowjetunion wurde in diesem Jahre im ganzen mit 400 Mill. Landwirtschaftssteuer, mindestens 120 Mill. Gemeindeumlage und über 130 Mill. Bauernanleihe belegt (abgesehen davon, daß sie jetzt wieder zu einer neuen Industrieanleihe von 500 Mill. herangezogen wird). 35 % der 25 Mill. Bauern sind steuerfrei. Es verteilt sich somit eine Last von über 650 Mill. auf rund 16 1/4 Mill. Bauern. Durchschnittlich hat also eine Bauernwirtschaft 40 Rubel zu entrichten; bei ihrem kärglichen Geldhaushalt ist dies ein sehr hoher Betrag. Eine arme Neusiedlerwitwe, die vier Kinder zu ernähren hat, war ratlos, weil sie eine Landwirtschaftssteuer von 30,36 Rubel zahlen soll. Ein Übersiedler in einem anderen Dorf mußte das Geld zu einer Steuerzahlung von 53 Rubel zusammenbringen; er sah sich genötigt, zwei Arbeitspferde zu verkaufen, die er im vorigen Jahr für 225 Rubel erworben hatte; da sich viele Bauern infolge des Steuerdrucks und der Mißernte in ähnlicher Lage befinden, so mußte er sich mit einem Erlös von 39 Rubel begnügen. Ich sah jetzt nur noch zwei Fohlen bei ihm, die er vorzeitig anspannen wird. Ein anderer Übersiedler, der 11 Deßj., 2 Pferde und 2 Kühe besitzt, ist zu einem landwirtschaftlichen Einkommen von 416,38 Rubel veranlagt worden, wozu noch 210 Rubel Einkommen aus Lohnarbeit treten; er soll 90,03 Rubel Steuern zahlen, während er voriges Jahr nur 40 Rubel zu entrichten hatte.

Der Kategorie der armen Bauern wurde es jetzt zum Bewußtsein gebracht, wie wichtig es für sie ist, sich auf bessergestellte Nachbarn in Notzeiten stützen zu können. Ihre Kornvorräte gehen vielfach schon im Februar, März oder April zu Ende, sonst fanden sie beim Größeren Brot und Arbeit, jetzt aber sah sich dieser genötigt, von der Beschäftigung von Lohnarbeitern abzusehen, und zur Abgabe von Brot leihweise oder als Almosen war er nicht in der Lage, da er nach der befohlenen Getreideablieferung selbst kaum das Nötigste hatte. Die öffentliche Brothilfe versagte aber; in einem Dorfe z. B. sollten monatlich 30 Pfd. Mehl (zu je 400 g) auf die Person ausgeteilt werden; im Juni langte es aber nur zu 5, im Juli zu 10 Pfd. So trat denn große Nahrungsnot an breite Schichten der Landbevölkerung heran — Mißernte auf der ganzen Linie, nur die Gerste gab 10—30 Pud (40—120 kg je Morgen), aber auch diese vielfach nur notreif und von geringster Qualität. Ein großer Prozentsatz der Bauern hatte sich Ende Juli schon lange Wochen von einem schwarzen, spelzigen, übelriechenden Gerstenbrot genährt, das bereits Darm- und Magenerkrankungen hervorgerufen hatte. Die Regierung plante, von Ende August ab ausgiebige Hilfe mit Saat- und Brotgetreide eintreten zu lassen, doch zweifelte die Bevölkerung sehr daran, daß diese Hilfe rechtzeitig und ausreichend erfolgen würde. Die Kleinen begannen zu fühlen, daß sie doch recht viele Interessen mit den größeren Bauern gemeinsam haben, daß das Dorf in Notzeiten darauf angewiesen ist, wie eine Familie zusammenzustehen. Dafür war manch bitteres Wort gegen die Behörden in den Dörfern der russischen Alt- und Neusiedler aus dem Munde der ärmsten Bauern zu hören. In vielen anderen Gegenden Rußlands herrschte in diesem Sommer dieselbe Stimmung; Rykow und Stalin haben im Juli vor Parteigruppen mit großem Ernst davon geredet, wie die „außerordentlichen Maßnahmen“, die zur Getreidebeschaffung ergriffen wurden, Unzufriedenheit und Erregung in die Massen der Mittel- und Kleinbauern hineingetragen hatten. Der Keil, der zwischen die Großbauern einerseits und Mittel- und Kleinbauern andererseits getrieben werden sollte, befand sich plötzlich zwischen der Bauernschaft als Gesamtheit und der Regierung.

Nun — die Erregung der Kleinbauern ist vielleicht nichts weiter als Strohfeuer; mit Verbesserung der Ernährungslage wird wohl Beruhigung eintreten, und es ist möglich, daß dann das Gefühl des Neides gegen die größeren Bauern wieder die Oberhand gewinnt. Aber wenn der Kampf gegen den Kulak anhält, so wird sich die innere Solidarität der Bauernschaft in einer anderen Beziehung offenbaren. Wenn der Große bekämpft wird, so werden damit auch alle diejenigen bekämpft, die der Schicht der Klein- und Mittelbauern angehören, sich aber durch Tüchtigkeit und Fleiß, durch Nüchternheit und Sparsamkeit emporzuarbeiten hoffen; sie sehen jetzt, was ihnen blüht, wenn sie sich über das Niveau der Mittelmäßigkeit erheben. Der Kampf gegen den Kulak ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen den Fortschritt der Individualwirtschaft schlechthin.

Die Regierung scheint — nach manchen Reden ihrer Spitzen — sich der negativen Wirkungen der gegen den Kulak eingeschlagenen Politik bewußt zu sein. Kalinin wandte sich vor kurzem nachdrücklich gegen die übermäßigen Steuerzuschläge; eine Vernichtung der Kulakenwirtschaft sei nicht beabsichtigt; wenn

die Regierung darauf abzielen würde, so brauche sie zu diesem Zweck nicht den Umweg über die Steuerpolitik zu gehen. Auch hat das Zentralkomitee der Partei im Juli anerkannt, daß die Individualwirtschaft noch für lange Zeit die Basis der russischen Landwirtschaft sei und daher ihre Förderung die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaftspolitik darstelle. Aber ohne der Tüchtigkeit des Individualbauern den Lohn zu gönnen, ist keine wahre Förderung dieser Wirtschaftsform denkbar.

Der Kampf gegen den Kulak ist gerade in diesen Tagen (Mitte Oktober) wieder auf das schärfste von der Parteileitung gefordert worden. Anlaß dazu gibt der „Prawyj Uklon“, die Rechtsabweichung, die in der Moskauer Gruppe und anderen örtlichen Organisationen der Partei neuerdings stärker hervorgetreten ist. Aus einer Rede Stalins ist zu entnehmen, daß diese Richtung in die Moskauer Parteikreise große Unruhe gebracht hat. Aus eben dieser Rede und aus einem Schreiben des Zentralkomitees an die Moskauer Gruppe geht hervor, was dem rechten Flügel an dem heutigen Kurse nicht gefällt: das zu schnelle Zeitmaß der Industrialisierung, die Erschütterung der Autorität der Ingenieure und Werkleiter durch die „Kritik von unten“, die schroffe Durchführung des Außenhandelsmonopols, vor allem aber die Agrarpolitik mit ihren Hoffnungen auf die Kollektive und Rätégüter und mit ihrem Kampf gegen den Kulak. Schon im Februar habe sich das Zentralkomitee gegen solche Elemente in der Partei wenden müssen, „die kein Auge für die Klassenscheidung im Dorfe haben, die die Grundgedanken unserer Klassenpolitik nicht verstehen und ihre Tätigkeit so auszuüben suchen, daß sie niemandem im Dorfe wehe tun, daß sie im Frieden mit dem Kulak leben und überhaupt Popularität bei allen Schichten des Dorfes genießen“. Die Parteileitung nimmt von neuem Anlaß, diese Rechtsabweichung und nicht nur sie, sondern auch jede versöhnliche Haltung ihr gegenüber auf das schärfste zu verurteilen. Die Parteileitung will Klassengegensatz im Dorfe sehen; Klassengegensatz ist für sie ein notwendiges Requisite, solange nicht das Endziel, völlige Sozialisierung des Wirtschaftslebens, erreicht ist. Unter Berufung auf Worte, die Lenin irgendwann gesprochen hat, erklärt es Stalin für theoretisch erwiesen, daß die bäuerliche Kleinwirtschaft immer wieder kapitalistische Kräfte aus sich gebären müsse. Im Kleinbauerntum stecken nach Lenin und Stalin die wichtigsten Wurzeln des Kapitalismus, und „solange wir die Wurzeln des Kapitalismus nicht ausgerottet haben, solange hat der Kapitalismus bei uns eine festere wirtschaftliche Basis als der Kommunismus“. Daher genüge es nicht, die kapitalistischen Elemente niederzuhalten; der endgültige Sieg des Kommunismus kann nur errungen werden, wenn auch die Wurzeln vernichtet sind. Was folgt daraus für die bolschewistische Agrarpolitik? Es muß verhindert werden, daß Bauern sich über das ärmliche Durchschnittsniveau erheben, und wenn es ihnen trotzdem gelingt, so müssen sie herabgedrückt werden; letzten Endes muß die bäuerliche Individualwirtschaft überhaupt verschwinden. Zwar wird heute, wie ich oben schon bemerkte, die Bedeutung der Individualwirtschaft wieder sehr hervorgehoben, und es geschieht mancherlei, um sie technisch zu heben, aber dieser Fortschritt soll sich nur im kleineren Betriebe vollziehen; sobald der Fortschritt zu Wohlstand und zur Vergrößerung der Wirtschaft führt, ist dem Bauern der Klassenkampf anzusagen.

Welcher Gegensatz zu den Grundgedanken der NEP. und dem früheren Standpunkt der Parteileitung, die den Kulak zwar als Gegner, aber als politisch, ungefährlich bezeichnete und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht entbehren wollte, ihm sogar durch Erleichterung der Pacht und Lohnarbeiterbeschäftigung die Vergrößerung seiner Wirtschaft erleichterte. Daß die Individualwirtschaft nicht in den Himmel wachsen konnte, wurde auch von der NEP. durch den Agrarkodex und andere Bestimmungen bewirkt.

Die Politik gegen den Kulak ist nur zu verstehen im Zusammenhang mit dem Streben nach der Sozialisierung der Landwirtschaft; daß der Gedanke des Agrarsozialismus 1927 wieder so in den Vordergrund gestellt wurde, erklärt sich aus dem unzulänglichen Fortschritt der Landwirtschaft, einer Tatsache, die besonders empfindlich in dem Nachlassen der Getreideausfuhr zum Ausdruck gekommen ist. Das oben erwähnte Schreiben des Zentralkomitees sagt hierüber: „Das Entwicklungstempo der Landwirtschaft bleibt außerordentlich hinter dem Wachstum der Industrie zurück und deckt nur mit Mühe den wachsenden Bedarf des Landes, ohne eine ausreichende Basis an Rohstoffen, Lebensmitteln und Ausfuhrsgütern zu gewähren. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, daß unsere Landwirtschaft entartet, verfällt oder zur Naturalwirtschaft herabsinkt, denn die Landwirtschaft, auch der Getreidebau, wächst und entwickelt sich von Jahr zu Jahr unter Steigerung des Ertrages von der Flächeneinheit. Wohl aber bedeutet jene Feststellung, daß das jetzige Tempo der landwirtschaftlichen Entwicklung für uns vollkommen unzureichend ist.“

Die klein- und mittelbäuerliche Individualwirtschaft ist nach der Auffassung der Parteileitung in ihrer großen Masse zu wenig leistungsfähig, wenn auch noch so sehr an ihrem Fortschritt gearbeitet wird. Nur die Sozialisierung kann die notwendige Hebung der Produktion erreichen. Ihr im Wege steht aber der Kulak, der selbst keine Neigung hat, sich sozialisieren zu lassen, und der durch Landpacht und Lohnarbeiterbeschäftigung andere gleichfalls davon abhält. Wir verzichten daher auf die dünne Oberschicht und alle, die zu ihr emporsteigen möchten, und suchen unser Heil in der Sozialisierung.

Das hauptsächlichste Ziel ist einstweilen die Schaffung genossenschaftlicher Großbetriebe, die Kollektivierung. In gewissen Grenzen hat die Kollektivierung ihre Vorteile, insbesondere für die Ackerwirtschaft der Zwergbetriebe. Im Zeichen der NEP. ging sie nur in langsamem Zeitmaß vorwärts, und neben ihr konnte sich auch die größere Individualwirtschaft entwickeln. Gemäß den vorjährigen Parteibeschlüssen ist dies anders geworden. Wie der Landwirtschaftskommissar der Ukraine, Schlichter, sich vor kurzem in der „*Ekonomitscheskaja Shisnj*“ ausdrückte, war die Kollektivierung bisher nur eine gewöhnliche laufende Arbeit, jetzt ist sie zu der Hauptaufgabe der Landwirtschaftspolitik geworden. Kredite, Steuererleichterungen und sonstige Vergünstigungen sind für die Kollektive sehr erhöht worden (unter entsprechender Benachteiligung der Individualwirtschaft), und vielfach wird die Kollektivierung durch behördlichen Druck geradezu erzwungen. Sie nimmt daher zu großem Teil jetzt wieder einen ungesundeil Charakter an und

nähert sich damit in ihrem Wesen dem später verurteilten Kollektivierungsfieber des Kriegskommunismus.

Daß die Kollektivwirtschaft an vielen Schwächen leidet, ist der Regierung nicht verborgen. Besonders wird das Augenmerk darauf gerichtet, daß die Kollektive meistens von sehr bescheidenem Umfang sind und die Mechanisierung des Betriebes recht unvollkommen ist. Das Hauptinstrument der Mechanisierung ist der Traktor. In den kleinen Kollektiven wird er zu wenig ausgenutzt, ist daher unrentabel, und auch in den größeren Kollektiven wird die Ausnutzung häufig dadurch gestört, daß schwierigere Reparaturen nicht an Ort und Stelle ausführbar sind. Diese Erfahrungen haben neuerdings dazu geführt, Gruppen benachbarter Kollektive zur gemeinsamen Haltung von Traktoren genossenschaftlich zusammenzufassen; Ausnutzung und Reparatur sind dadurch gesicherter. Noch großzügiger ist ein Versuch, der im Bezirk Odessa beim Rätégut „Taras Schewtschenko“ gemacht wird und große Aufmerksamkeit im ganzen Lande auf sich gezogen hat.

Die Seele dieses Unternehmens ist der Agronom Markewitsch, stellvertretender Leiter des Ukrainischen Rätégütersyndikats. Er geht von dem Gedanken aus, daß auch die Traktorenkolonnen, wie sie hier und da zur Bedienung einer Gruppe von Kollektiven mit etwa 20 Maschinen eingerichtet sind, nur eine unvollkommene Lösung des Mechanisierungsproblems darstellen; sein Ziel ist die Bildung ganz großer staatlicher oder genossenschaftlicher Stationen, die nicht nur mit Traktoren, sondern auch mit anderen landwirtschaftlichen Maschinen ausgestattet sind, um in weitem Umkreise das Bauernland zu bearbeiten. Die optimale Betriebsgröße einer solchen Station ist nach seiner Ansicht 50—60000 ha, was praktisch einem Aktionsradius von 15 km entspricht. Nur in diesem großen Rahmen ist es nach seiner Ansicht möglich, den Traktorenpark mit der Zahl anderer landwirtschaftlicher Maschinen in Einklang zu bringen, eine möglichst hohe Ausnutzung sämtlicher Maschinen zu gewährleisten, für sofortige Ausführung auch großer Reparaturen zu sorgen, da bei einem derartigen Betriebsumfang eine wirklich leistungsfähige Reparaturwerkstatt möglich ist, und vor allem können dann auch erstklassige Landwirte und Techniker gewonnen werden.

Das besonders Charakteristische dieses Versuches besteht darin, daß nicht erst der Kollektivierungs- oder Kooperierungsbeschluß der Bauern abgewartet wird, sondern daß der Staat die Initiative ergreift; auf diese Weise kann der Prozeß der Kollektivierung und Mechanisierung der bäuerlichen Landwirtschaft sehr beschleunigt werden. Allerdings wird ein großer Teil der Bauern hierbei unter dem Eindruck stehen, daß ihnen die Mechanisierung aufgedrängt wird; viele, auch in der bäuerlichen Unterschicht, haben das Gefühl, daß sie die Sklaven des Traktors werden. Man spricht im Hinblick auf „Schewtschenko“ und andere Traktorenkolonnen, überhaupt im Hinblick auf die Kollektivwirtschaft von einer neuen Panschtschina (in Großrußland würde man sagen: Barschischina), d. h. von einer neuen Leibeigenschaft. In der Tat führt ja die Entwicklung auf der ganzen Linie dahin, daß die bäuerliche Wirtschaft dem Willen des Staates immer mehr unterworfen wird und die Bauern ihre Selbständigkeit verlieren. Schon die ge-

wohnliche Genossenschaftsbildung ermöglichte dem Staat, den Bauern ganz anders zu kontrollieren und ihm seinen Willen aufzuzwingen, als wenn er es mit der unverbundenen Masse der 25 Millionen Bauern zu tun hätte. Erst recht trifft dies den Kollektiven gegenüber zu. Ihnen wird der Kredit und sonstige Hilfe des Staates in besonders großem Maße zuteil; dafür verlangt der Staat aber auch, daß sie sich seinem Willen in jeder Beziehung unterwerfen; besonders empfindlich für sie ist, daß sie — nach dem Vorschlag der Arbeiter- und Bauerninspektion (RKL.), der sicher bald zu einer bindenden Verordnung führen wird — verpflichtet werden sollen, ihre gesamten Überschüsse an Erzeugnissen der zuständigen Genossenschaft als dem vom Staat eingesetzten Beschaffungsorgan abzuliefern. Die Zusammenfassung der Kollektive zu Traktoren-Kolonnen oder Maschinenstationen wird die Kollektive ihrer Selbständigkeit noch mehr berauben und zu einem noch strafferen Arbeitszwang für die Mitglieder führen. Ein außerordentlich wichtiger Schrittmacher für die Kollektivierung ist die „Kontraktazija“ (der Abschluß von Anbauverträgen mit den Bauern unter Vorschußgewährung seitens des Staates), die seit 1927 zu ganz großer Entfaltung gebracht worden ist. Auch sie macht den Bauern unmittelbar abhängig vom Staat; der erste Vertrag ist zwar freiwillig (so weit nicht von vornherein mit Druckmitteln der örtlichen Verwaltung nachgeholfen wird); die Bevorschussung führt aber oft zu einer Schuldenwirtschaft, aus der der Bauer so leicht nicht wieder herausfindet; zudem bereitet die Kontrahierung (Ausdingung) den Boden für die Kollektivierung vor und mündet somit in den großen Strom der Sozialisierungspolitik ein. Der Landwirtschaftskommissar der Ukraine sagt hierüber in dem oben erwähnten Aufsatz: „Auf dem Wege der Kontraktazija werden die einzelnen bäuerlichen Wirtschaften vereinigt, sie werden von diesen sozusagen kollektivistischen Maßnahmen erfaßt — kollektivistisch deshalb, weil diese Maßnahmen schließlich die Bauernschaft zu der Einsicht führen, daß die Organisation einer wirklich kollektivistischen Wirtschaft unumgänglich ist.“ Und an anderer Stelle: „Die größte, grundsätzliche Bedeutung der Kontraktazija liegt auf dem Gebiete der Umformung der bäuerlichen Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage. Die Kontraktazija erscheint ihrem Wesen nach als eine der Methoden, um die Bauernschaft, die der Vorteile der Kollektivierung noch nicht bewußt geworden ist, auf den Weg der tatsächlichen Vereinigung und damit einer großbetrieblichen Landwirtschaft zu leiten.“

Die Bauernschaft beginnt zu erkennen, daß sie Gefahr läuft, durch die Kontraktazija und Traktorizazija und Kollektivisazija ihre wirtschaftliche Freiheit einzubüßen. Dazu kommt die neueste Politik bezüglich der Rätégüter, die nicht nur die vorhandenen Staatsgüter ausbauen will, sondern auch neue Riesenbetriebe anlegt, die nach dem letzten Wort der Maschinenteknik eingerichtet werden. Schon in der ersten Zeit nach der Revolution hatte die Räteregierung unter dem Einfluß der Ideen, die Prof. Ballod in phantastischer Weise für Deutschland in seinem „Zukunftsstaat“ entwickelte, der Begründung von großen „Getreidefabriken“ (in Viehzuchtgebieten auch „Fleischfabriken“) nachgestrebt. Jedoch machte man bald schon mit der Bewirtschaftung der Güter alten Maßstabes zu ungünstige Erfahrungen, und dieses Ziel wurde daher vorläufig aufgegeben. Jetzt dagegen glaubt

man, daß die Voraussetzungen für gigantische Betriebe erfüllt sind; auch erlebte man hinsichtlich der Getreideüberschüsse der Bauern in den letzten Jahren große Enttäuschungen, und daher wird das neue Programm, das zunächst 5 Mill. ha umfaßt, mit großer Eile durchgeführt. Rätegut und Kollektivwirtschaft sind die beiden Formen, in denen die Landwirtschaft sozialisiert werden soll; es gibt in der Partei aber viele, die das Rätegut für leistungsfähiger halten und in der Kollektivwirtschaft nur die Vorstufe für den staatlichen Großbetrieb erblicken. Am Horizont scheint sich bereits das letzte Ziel der kommunistischen Agrarpolitik abzuzeichnen: Verwandlung der Bauern in Landarbeiter. So droht der russischen Bauernschaft gerade das, was sie durch die Revolution vermeiden wollte. Die wirtschaftlichen Gesetze gehen über ihre Wünsche hinweg. Das Motiv, das seit langem die bäuerliche Masse beherrschte, wonach jedem nur soviel Land gebühre, wieviel er mit den Arbeitskräften seiner Familie zu bewirtschaften vermöge oder wieviel er für die Ernährung der eigenen Familie bedürfe, dies Motiv der ausgleichenden Zuteilung von Land ist letzten Endes nicht haltbar. Es führt zur Atomisierung der Bauernschaft, zur Vorherrschaft ärmlicher Zwergbetriebe, die kaum imstande sind, sich selbst zu ernähren, geschweige denn dem Staate und der Weltwirtschaft etwas zu geben. Eine Konzentration der Kräfte muß daher unter allen Umständen erfolgen. Der Weg Koltypins, der auf die Schaffung einer Oberschicht von kräftigen Individualbauern hinstrebte, wurde verschmäht, er wäre unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Räterepublik auch nicht gangbar gewesen; infolgedessen glaubt die Regierung, daß nichts anderes übrigbleibt, als die Zusammenfassung der Zwergbauern zu Großbetrieben; die größeren Bauern werden herabgedrückt, um dasselbe Schicksal zu erleiden. So ist die Tendenz der Entwicklung dadurch gekennzeichnet, daß sie vom alten Dorfkommunismus, von der Mirverfassung und verwandten Rechtsanschauungen zum Staatskommunismus hinweist, zu dem wirklichen Kommunismus, der die Individualwirtschaft aufhebt. Es liegt eine tiefe Logik in dieser Tendenz.

Über die Umwandlung zu Landarbeitern sollen sich die Bauern damit trösten, daß sie nunmehr nicht für einen privaten Gutsherrn, sondern für den Staat, für das allgemeine Beste, tätig sind. Viele würden trotzdem ihrer verlorenen Selbständigkeit nachtrauern. Auf der anderen Seite steht aber fest, daß bei dem heutigen Elend des Dorfes ein nicht geringer Teil der Kleinbauern die Arbeiter der Rätegüter beneidet, die sich begrenzter Arbeitszeit und eines sicheren Brotes erfreuen.

Und welcher politische Gewinn würde sich für das Räteystem ergeben? Das Dorf mit seiner altertümlichen Lebensweise, mit seinen in das Zeitalter des Internationalismus und amerikanischer Mechanisierung schlecht hineinpassenden Volksbitten und Traditionen, mit seiner immer noch viel zu gut besuchten Kirche, das Dorf mit seiner Abneigung gegen die Stadt, die vielfach an Erbitterung grenzt, dies Dorf, das im kommunistischen Staatsplan durchaus als Fremdkörper empfunden wird, würde verschwinden; auf der ganzen Linie klassenbewußtes Prole-

tariat, das in wirtschaftlicher Beziehung der städtischen Arbeiterschaft grundsätzlich gleichgestellt wäre und sich willig der politischen und kulturellen Schablone der Partei unterwerfen würde. Dann wäre die von Lenin geforderte Smytschka, die völlige Harmonie zwischen Industriearbeiter und Bauer (der dann aber kein Bauer mehr wäre) endlich erreicht.

In Wirklichkeit dürfte dies Ziel in unabsehbarer Ferne liegen; das Steuer der bolschewistischen Politik ist aber deutlich darauf gerichtet.

Das Agrargesetz vom 15. Dezember 1928

Auszug aus dem Bericht „Die Änderung der grundlegenden Agrargesetzgebung Rußlands durch das Bundesgesetz vom 15. Dezember 1928 über die allgemeinen Grundsätze der Landnutzung und Landeinrichtung vom 16. März 1929“, veröffentlicht in: „Berichte über Landwirtschaft“, 1929, Seite 193—220.

C. Ergebnisse

1. Während für die grundlegende Agrargesetzgebung bisher in der Hauptsache die einzelnen Bundesrepubliken zuständig waren, ist nunmehr Einheitlichkeit der grundsätzlich wichtigsten Bestimmungen für die ganze Union herbeigeführt.

2. Oberster Grundsatz bleibt die Nationalisierung des Bodens. Zur Eigentümerin ist jetzt unmittelbar die UdSSR erklärt. Zuwiderhandlungen werden noch schärfer bedroht als bisher.

3. Hauptziele des neuen Gesetzes sind nachdrücklichste Förderung der Sozialisierung der Landwirtschaft und im engen Zusammenhang damit die Schwächung der individualwirtschaftlichen Oberschicht des Dorfes, des Kulaks. Zugleich wird eine Hebung der Produktivität der bäuerlichen Hauptmasse, der Klein- und Mittelbauern, angestrebt.

4. Das Gesetz vom 15. Dezember 1928 in Verbindung mit dem Gesetz über die Arbeitsordnung in kulakischen Betrieben vom 20. Februar 1929 macht eine klare Definition des Begriffes „Kulak“ nötig. Als Kulak galt bisher meistens jeder Bauer, der nach dem Wahlgesetz vom 4. November 1926 das politische Wahlrecht verlor, weil er ständige fremde Arbeitskraft, wenn auch nur eine einzige, oder mehr als zwei Erntearbeiter beschäftigte. Alle diese Bauern liefen Gefahr, nicht mehr als „werktätig“ anerkannt zu werden und das Landnutzungsrecht einzubüßen.

Die neue Gesetzgebung erkennt Wirtschaften, die ständige Lohnarbeiter bis zu einer gewissen Grenze verwenden, als werktätig an und unterscheidet von diesen Betriebe von kulakischem Typus, denen der werktätige Charakter abgesprochen wird. Die Frage, wo die Grenze zu ziehen ist, soll demnächst auf gesetzgeberischem Wege entschieden werden. Im Landwirtschaftskommissariat der RSFSR. neigt man zur Zeit der Lösung zu, daß die Klassifizierung der Wirtschaft als werktätig oder als kulakisch davon abhängen soll, ob Familienkräfte oder Lohnarbeiter im Betriebe überwiegen. Dies würde die Zahl der als Kulak geltenden Bauern sehr ver-

mindern und der Expansion der bäuerlichen Wirtschaft bis zu der gefährlichen Grenze des Kulaks einen erheblich größeren Spielraum gewähren. Jedenfalls aber wird eine klare Definition — wenn sie für die größere Wirtschaft auch *weniger* günstig ausfallen sollte — schon an sich eine Verbesserung der zur Zeit sehr verwirren und widerspruchsvollen Lage bedeuten.

5. Für die Bauern, die nach der neuen Gesetzgebung in der Kategorie der Kulaken verbleiben, ergeben sich große Verschlechterungen ihrer Wirtschafts- und Existenzbedingungen. Der Kulak gilt nicht mehr als „werktätig“ (trudowoj); nach dem Grundgedanken des Landkodex, der als Individualwirtschaftliche bäuerliche Landnutzung nur die werktätige Form kennt, verliert er damit das Recht auf Landnutzung. Trotzdem rechnet das neue Gesetz mit seinem Weiterbestehen; wirtschaftlich ist er einstweilen noch unentbehrlich, er wird daher noch geduldet. Einem mißliebigen Kulak kann das Land jederzeit genommen werden.

Im übrigen ist das Kulakentum ständig einer Schmälerung seines Landbesitzes ausgesetzt. Zu diesem Zweck kann in feldgemeinschaftlichen Bodengemeinden das Land vorzeitig umgeteilt werden; zu demselben Zweck können Gemeinden mit festem Landnutzungsrecht eine Neuordnung des Besitzes vornehmen, und zu eben diesem Zweck kann der Staat zu zwangsmäßiger Landeinrichtung schreiten; auch gegen Einzelhöfe, die einer Bodengemeinde nicht angeschlossen sind, kann in dieser Weise vorgegangen werden. Die Neuschaffung von Einzelhöfen und arrondierten Landstücken auf dem Wege der Landeinrichtung darf nur ausnahmsweise erfolgen.

Die zulässige Dauer der Landverpachtung ist von zwölf auf sechs Jahre herabgesetzt, um auch auf diesem Wege die Expansion der kräftigeren Wirtschaften zu erschweren.

Eine besonders drückende Neubelastung ist die durch Gesetz vom 20. Februar 1929 erfolgte Stellung der kulakischen Wirtschaft unter ein Arbeitsrecht, das sich von dem auf das Gewerbe zugeschnittenen „Kodex der Gesetze über die Arbeit“ nicht weit entfernt.

Bei verschiedenen staatlichen Aktionen, die auf die Förderung der Landwirtschaft abzielen, wird der Kulak an letzter Stelle oder gar nicht berücksichtigt.

Mit der politischen Entrechtung verbindet sich jetzt auch die Entziehung des Stimmrechts in der Bodengemeinde (semelnoje obschtschestwo), während Landarbeiter ohne Grundbesitz vollberechtigte Mitglieder werden. Die gleichzeitige Unselbständigmachung der Bodengemeinde gegenüber dem Dorfrat verfolgt u. a. den Zweck, den Einfluß der Oberschicht in der Bodengemeinde um so sicherer zu schwächen.

Zu allem tritt noch der Steuerdruck hinzu, der sich für den Kulak nicht nur in der allgemeinen schematischen Progressivität der Landwirtschaftssteuer äußert, sondern in oft untragbarem Grade durch die ausschließlich gegen ihn anzuwendende Form der Individualveranlagung noch gesteigert wird.

6. Die eigentliche Form sozialistischer Landwirtschaft, die des Staatsbetriebes („Rätegut“), soll zu erhöhter Bedeutung gebracht werden. Die Periode

ihrer Einschränkung wegen mangelhafter Produktivität oder Rentabilität gilt als abgeschlossen; die Zahl der Rätégüter soll (besonders in Gestalt der „Getreidefabriken“) wieder vermehrt werden; auch sind mancherlei Maßnahmen zu ihrer wirtschaftlichen Stärkung vorgesehen.

In weit größerem Maße soll die andere Form der Vergesellschaftung, der genossenschaftliche oder kollektivistische Betrieb ausgebreitet werden. Zwar soll der Grundsatz der Freiwilligkeit des Zusammenschlusses rechtlich gewahrt bleiben; die in dem Entwurf des Gesetzes vorgesehene Bestimmung, daß der von der Majorität einer Bodengemeinde gefaßte Beschluß, zu kollektivistischer Wirtschaft überzugehen, zwingende Kraft gegenüber der Minorität hat, ist fallengelassen. Aufgabe des Vorstandes der Bodengemeinde und des Dorfrates ist es aber, für die Kollektivierung Propaganda zu machen und ihr die Wege zu ebnet. Auch die Landeinrichtung soll auf die Kollektivierung hinwirken, indem sie der Flur möglichst eine Gestalt gibt, die für kollektivistische Bodenbearbeitung geeignet ist. Im übrigen genießt der Kollektivbetrieb im Vergleich zur Individualwirtschaft so viele Vorteile, daß sich daraus in vielen Fällen ein wirtschaftlicher Zwang zur Kollektivierung ergeben kann.

7. Die Bodengemeinde und über ihr stehend der Dorfrat erhalten erweiterte Vollmacht, um die Einführung von Maßnahmen technischen Fortschritts bei allen Mitgliedern zu erzwingen. Hiermit wird die Nebenabsicht verbunden, die Gemeinde allmählich für die Kollektivierung reif zu machen.

Der Hebung der Produktivität dienen gleichfalls die Bestimmungen gegen übermäßige Zerschlagung der bäuerlichen Wirtschaften durch Familienteilung und gegen zu häufige Umteilung des Bodens bei feldgemeinschaftlicher Verfassung der Bodengemeinde. Unausgenutzte Bodenverbesserungen sollen bei Besitzänderung dem bisherigen Bewirtschafter vergütet werden.

Die Übersiedlung wird durch das neue Gesetz insofern erleichtert, als der Übersiedler über sein bisheriges Land noch sechs Jahre lang (bisher nur zwei, ausnahmsweise drei Jahre) durch Verpachtung verfügen kann.

Ein kurzes Wort noch über die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung der neuen Gesetzgebung! Wenn sie auch zweifellos insofern einen Schritt nach rechts bedeutet, als ihr zufolge eine wesentliche Einengung des Begriffs „Kulak“ mit Sicherheit zu erwarten ist, so bleibt doch ein starker Druck auf die Individualwirtschaft bestehen. Wenn auch zu ihrer technischen Hebung vielerlei geschieht, so muß doch die Fortschrittsfreude gelähmt werden, wenn die Allertüchtigsten und Strebsamsten der Verfemung und der Gefahr wirtschaftlicher Vernichtung ausgesetzt sind. Die Kampfpolitik gegen den Kulak ist ideologisch auf der Unwahrheit aufgebaut, daß er kein werktätiger, kein arbeitsamer Bauer ist; die Bevölkerung in Stadt und Land ist nach meinem persönlichen Bindruck in überwältigender Mehrzahl in der Ansicht einig, daß der als Kulak verschriene Bauer in Wirklichkeit der arbeitsamste Typus ist.

Die sich aus dieser Politik ergebende Hemmung der Individualwirtschaft wird meines Erachtens durch die Ergebnisse der Sozialisierungspolitik bei weitem nicht kompensiert. Die neuen Großgüter („Getreidefabriken“) stellen nur sehr extensive, einseitige Körnerwirtschaften dar; die Hunderte von Millionen, die auf ihre Einrichtung verwandt werden sollen, würden — das ist auch die Überzeugung vieler kritischer Köpfe im bolschewistischen Lager — bedeutend größeren Nutzen bringen, wenn sie der bäuerlichen Wirtschaft zugewandt oder durch übermäßige Besteuerung nicht entzogen würden.

Die Kollektivierungsbewegung hat unstreitig in den letzten Jahren manche Erfolge erzielt. Viele Kollektive stehen in ihrer Produktivität über dem Durchschnitt der klein- und mittelbäuerlichen Masse, erreichen aber nicht, wie die Arbeiter- und Bauern-Inspektion in umfangreichen örtlichen Untersuchungen festgestellt hat, die durchschnittliche Höhe des kulakischen Betriebes. Es muß zugestanden werden, daß die Kollektivierung für einen großen Teil der immer mehr verkümmerten und verzweigenden kleinbäuerlichen Wirtschaft den einzigen Ausweg darstellt, wenn das Ziel der Stolypinschen Agrarreform, Zusammenballung des zwergbäuerlichen Besitzes in den Händen kräftiger Groß- und Mittelbauern, also eine Aristokratisierung der Bauernschaft (nach dem Vorbild der in Deutschland vorherrschenden Sozialschichtung des Dorfes) verworfen wird. In den ersten Jahren nach Einführung der „Neuen ökonomischen Politik“ (Nep.) wurde die Kollektivierungspolitik mit Maßen getrieben; im Vordergrund stand die Kräftigung der Individualwirtschaft, auch ihrer heute als kulakisch gescholtenen Oberschicht. Jetzt dagegen wird die Kollektivwirtschaft in solchem Maße begünstigt, daß die Lebensbedingungen für die Individualwirtschaft sich verschlechtern haben; die Kollektivierung ist durch die Lock- und Druckmittel der Regierung zu einer ungesunden Massenbewegung geworden. Anzuerkennen ist allerdings, daß nicht mehr ganz so stürmisch wie vor einem Jahre auf die Kollektivierung hingedrängt wird. Der für die Entwicklung der Landwirtschaft während des nächsten Jahrfünftes in Aussicht genommene Plan stellt das im Verhältnis zu den kürzlich noch gehegten hochfliegenden Hoffnungen bescheidene Ziel auf, den vergesellschafteten Sektor der Saatfläche im ganzen auf 21 2/3 % zu bringen, woran die Kollektivwirtschaft mit 17,5 %¹⁾ (von der gesamten Saatfläche) beteiligt sein soll.

Eine große Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktivität ergibt sich aus der jetzigen Unstetigkeit des Bodenbesitzes und der Flurgestaltung. Die Feldgemeinschaft (Mirverfassung) mit ihren mehr oder weniger häufigen Umteilungen ist heute in der Union viel verbreiteter als unmittelbar vor der Revolution. Von empfindlichen Störungen der bäuerlichen Wirtschaft ist auch das Verfahren der Landeinrichtung naturgemäß begleitet; da diese Reform in schnellem Tempo durchgeführt wird, daher jahraus jahrein ein gewaltiges Areal ergreift, so ergibt sich aus jener Übergangsstörung für die Gesamtleistung der russischen Landwirtschaft eine erhebliche Beeinträchtigung. Bei der Durchführung

¹⁾Nach dem im Mai 1929 beschlossenen Fünfjahrplan nur 14,3 %.

der Flurregulierungen in Deutschland war wegen des langsamen Tempos diese Schattenseite nicht so bemerklich. Vor allem brachte die Reform in Deutschland aber eine Ordnung auf lange Zeit; sie beruhte auf dem festen Fundament des Grundeigentums. In Rußland herrscht dagegen Unsicherheit und Unstetigkeit. Die Landeinrichtung kann je nach den wechselnden Zielen der staatlichen Agrarpolitik immer wiederholt werden. Heute ist es vor allem die kollektivistische Bewegung, die eine höchst bedenkliche Unruhe in die Landwirtschaft trägt; immer wieder spalten sich bäuerliche Gruppen als Kollektive von der Bodengemeinde ab, zu großem Teil lösen sie sich bald wieder auf; oft ist es aus solchen Anlässen nötig, die ganze Gemarkung umzurühren. Dazu die besondere Unsicherheit des Besitzes der durchschnittlich tüchtigsten Kategorie der Bauernschaft, des Kulaks.

Unveröffentlichter Zusatz zu vorstehendem Bericht

Die Landwirtschaftskommissariate der Bundesregierungen haben die Aufgabe, ihren Agrarkodex auf Grund des Gesetzes vom 15. Dezember 1928 umzuarbeiten. Im Moskauer Landwirtschaftskommissariat ist jetzt ein Kommissionsentwurf ausgearbeitet worden, der die Tendenzen der heutigen Agrarpolitik in vielen Punkten noch deutlicher macht als jenes Gesetz. Die entworfene Fassung ist sehr viel umfangreicher als der bisherige Kodex der RSFSR; während dieser nur 226 Artikel zählte, setzt sich der neue Entwurf aus 409 Paragraphen zusammen. Die Erweiterung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die staatliche Landnutzung und die Kollektivwirtschaft viel eingehender behandelt werden. Während in der alten Fassung Kollektive und Rätégüter nur sozusagen „unter anderen“ aufgeführt werden, wird heute einem Hauptteil des Kodex, der das Recht der werktätigen Landnutzung behandelt, ein anderer Hauptteil, „der vergesellschaftete Sektor der Landwirtschaft“ gegenübergestellt.

Der Entwurf beschränkt sich nicht auf die Berücksichtigung des neuen Bundesgesetzes, sondern trägt auch sonstigen agrarpolitischen Strömungen und der allgemeinen Entwicklung des russischen Agrarwesens in vieler Hinsicht Rechnung. Ich greife nur diejenigen Neuerungen heraus, die in enger Beziehung zu dem Thema meines Berichtes stehen.

1. Das bäuerliche Landnutzungsrecht ist allgemein wieder unsicher geworden. Besonders bezeichnend ist der negative Umstand, daß der Abschnitt des alten Kodex über die „Verschreibung“ (ukreplenije¹⁾) der Ländereien werktätiger Nutzung (RSFSR. Artikel 141 und 142) weggefallen ist. Das Wort „ukreplenije“ war dem Sprachschatz der Stolypinschen Agrarreform eigen und erweckte im Landkodex die Vorstellung, daß das bäuerliche Besitzrecht — abgesehen von Ausnahmefällen — künftig unantastbar sein sollte. Es hieß in Artikel 141: „Vom Tage des Erlasses des Grundgesetzes über die werktätige Landnutzung vom 22. Mai 1922 ab (dieses Gesetz ging dem Landkodex voraus) wird den Wolostbezirken²⁾, Dörfern und sonstigen landwirtschaftlichen Vereinigungen alles Land, das sich jetzt in

¹⁾ Eigentlich urkundliche „Festigung“.

²⁾ Administrative Gemeindeverbände, „Vogteien“.

ihrer tatsächlichen werktätigen Nutzung befindet..., als zu beständiger werktätiger Nutzung verschrieben zuerkannt"; Artikel 142: „Von demselben Zeitpunkt ab hören zwangsmäßige Landausgleichungen zwischen den Wolostbezirken und Gemeinden auf."

Nach den Bestimmungen des Entwurfs über die Landeinrichtung ist die Möglichkeit gegeben, bei der „Organisation des Territoriums für Rätégüter, kollektivistische und genossenschaftliche Betriebe auch für die Arbeiten der Traktoren-Kolonnen" (Artikel 244) große Umlegungen vorzunehmen. Tatsächlich ist es schon im vorigen Jahr bei Schaffung der neuen staatlichen Großgüter („Getreidefabriken") in nicht wenigen Fällen dazu gekommen, daß zur Erzielung arrondierter Latifundien ganze Ortschaften in eine andere Gegend verlegt wurden. Aber nicht nur die Lage, sondern auch die Größe des Landesteils ist ungesichert. Abgesehen von der örtlich beschränkten Abschneidung von Land für Übersiedler und von dem Zwang zur Aufnahme neuer Gemeindemitglieder bei Überfluß an Land haben jetzt Landarbeiter, Hirten, Schmiede usw. mit ihrem Eintritt in die Bodengemeinde überall Anspruch auf Landzuteilung (Artikel 28).

2. Kulakischer Landbesitz ist gesetzwidrig und wird lediglich bis auf weiteres geduldet. Als gesetzliche bäuerliche Landnutzung erkennt der Entwurf nur die werktätige an (Artikel 4). Unter den Fällen, die den Verlust des Rechtes auf Landnutzung (damit ist nicht gesagt: den tatsächlichen Verlust des Landes) nach sich ziehen, wird an erster Stelle der Fall aufgeführt, daß eine Wirtschaft die werktätige Struktur ablegt (Artikel 12); daß aber auch mit der tatsächlichen Entziehung des Landes unter Umständen zu rechnen ist, besagt der Artikel 18: „Ein Landnutzer, dessen Wirtschaft von den Landkommissionen („Agrargerichtcs") zu einer nicht werktätigen erklärt wird, hat, wenn ihm sein Grundstück genommen wird, ein Ersatzrecht nur für den Wert der Gebäude (also nicht für Bodeninvestitionen usw.). In der Bodengemeinde verliert der Kulak nicht nur das beschließende, sondern auch das beratende Stimmrecht; er ist überhaupt von der Gemeindeversammlung (semelnyj sschod) ausgeschlossen."

Verwandten Motiven entspringt eine neue Bestimmung, die sich gegen den älteren Einzelhofbesitz wendet: Wenn eine Chutor- oder Otrub-Wirtschaft (Einzelhof oder im Dorf belegene Wirtschaft mit arrondierter Feldlage), die vor dem 7. November 1917 entstanden ist, das durchschnittliche Landnutzungsmaß des betreffenden Bezirkes beträchtlich übersteigt, so ist die Verkleinerung der Wirtschaft bis zu diesem Mittelmaß zulässig, und zwar für Wirtschaften, die zu einer Bodengemeinde gehören, auf Antrag wenn auch nur einer Minderheit dieser Gemeinde, für außerhalb stehende Wirtschaften auf Veranlassung der Agrarbehörde (Artikel 92). Der Begehrlichkeit der Kleinen winkt wieder ein neues Ziel.

3. Die Bodengemeinde, die nach dem alten Kodex (Artikel 55) lediglich hinsichtlich der richtigen Anwendung der Gesetze vom Wolost-Vollzugskomitee zu beaufsichtigen war und im übrigen vollkommen selbständig handeln konnte, wird unter die Leitung und Aufsicht des Dorfrates gestellt (Artikel 41—43). Die Wahl des Vorstandes der Bodengemeinde, der sog. Bevollmächtigten für agrarische Angelegenheiten, bedarf der dorfrätlichen Bestätigung (Artikel 36).

4. In feldgemeinschaftlichen Bodengemeinden sollen Umteilungen sich frühestens nach fünfzehn Jahren wiederholen und auch dann nicht vor Ablauf der durch die Fruchtfolge festgelegten Rotation. Diese Bestimmung würde einen großen Fortschritt bedeuten, wenn nicht aus anderen Anlässen immer wieder mit einer Änderung der Bodenverteilung gerechnet werden müßte.

5. Die Landeinrichtung kann auch künftig neben den behördlich eingeleiteten Zwangsverfahren auf Antrag erfolgen (Artikel 247); für Berücksichtigung einzelner Anträge wird aber wenig Raum sein, da die Hauptvorschrift für die Durchführung der Landeinrichtung lautet (Artikel 243): „Die Landeinrichtung soll in planmäßiger Ordnung erfolgen, nesterweise (gnesdowym sspossobom), d. h. auf dem Wege einer gleichzeitigen Erfassung einer Reihe von einzelnen Landnutzungs-komplexen, die der Einrichtung ihres Territoriums und der Umgestaltung der Landwirtschaft bedürfen. Eine selektive (d. h. nur einzelne Objekte berücksichtigende) Landeinrichtung ist nur für landwirtschaftliche Kollektive, für die Arbeitsgebiete der Traktoren-Kolonnen, für städtische Siedlungen und für den Bedarf staatlicher und gesellschaftlicher Anstalten und Unternehmungen zulässig.“ Danach ist anzunehmen, daß die bäuerliche Individualwirtschaft bei der Regulierung einzelner Objekte künftig ganz in den Hintergrund treten wird. Abgesehen hiervon ist aber die Konzentration der Kräfte sicher von Vorteil.

Förderung der Sozialisierung durch die landwirtschaftliche Steuergesetzgebung

Auszug aus dem Bericht vom 13. April 1929 „Die russische Landwirtschaftssteuer in ihrer Entwicklung und die Bedeutung ihrer neuesten Fassung“, veröffentlicht in: „Berichte über Landwirtschaft“, 1929, Seite 220—256.

C. Zusammenfassung und Kritik

Wenn ich in den vorstehenden Ausführungen so sehr auf die Einzelheiten eingegangen bin, so tat ich es, weil die Steuergesetzgebung in allen ihren Teilen für die fast 120 Mill. Menschen, die ihr unterworfen sind, von schicksalsschwerer Bedeutung ist. Im Laufe der Jahre ist aus der Landwirtschaftssteuer ein immer kunstvollerer Bau geworden, der durch die Verbindung fiskalischer, sozial- und produktionspolitischer Zwecke in gewisser Weise an die komplizierte Konstruktion der deutschen Branntweinsteuer (bzw. des heutigen Branntweinmonopolgesetzes) erinnert. In den letzten Jahren sind die produktions- und sozialpolitischen Seiten der Landwirtschaftssteuer noch bedeutend schärfer herausgearbeitet worden.

Alles in allem ist von dem neuesten Gesetz insbesondere für die mittelbäuerliche Wirtschaft eine Förderung zu erwarten. Dieser Nutzen wird aber größtenteils paralytisiert durch den Druck, den die sozialpolitische Seite der Steuergesetzgebung auf die Oberschicht ausübt. Das Gesetz von

1928 hat in dieser Beziehung verheerend gewirkt. Es brachte eine Verschärfung der Progression der allgemeinen Steuersätze, dazu von einer durchschnittlich sehr niedrigen Grenze des Hofeinkommens ab schematische Zuschläge von bedeutender Höhe (bis 25 %) und vor allem die äußerst harte und meistens sehr willkürlich gehandhabte Individualbesteuerung der wohlhabenderen Bauern, wenn diese Erwerb von nichtwerktätigem Charakter haben; im äußersten Falle konnte 1928 das Individualverfahren zu einer um 150 % höheren Veranlagung des Einkommens führen als nach den allgemeinen Bestimmungen, was unter Umständen infolge der Steuerprogression eine Verdreifachung des Steuerbetrages nach sich zog. Die Wirkungen dieser Neuerungen waren hinsichtlich der Wirtschaft und Stimmung eines großen Teils der Bauernschaft so ungünstig, daß das neueste Steuergesetz Milde- rungen eintreten ließ. Die schematischen Zuschläge beginnen jetzt bei einer etwas höheren Einkommensgrenze und steigen nur bis 10 % an. Diese Erleichterung kommt im wesentlichen den Mittelbauern zugute, da der Kulak jetzt in der Hauptsache grundsätzlich im Individualverfahren zu besteuern ist. Gegen 1927 bleibt aber trotzdem für die oberen Einkommenstufen des Mittelbauerntums eine erhebliche Mehrbelastung übrig.

Die Individualbesteuerung ist dem Grade nach abgeschwächt. Während nach den Bestimmungen der Instruktion zu dem Steuergesetz von 1928 der Individualveranlagung die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens nach den allgemeinen Ertragsnormen und den schematischen Zuschlägen voranzugehen hatte und dazu in den meisten Fällen einfach ein Zuschlag und zwar bis zu 100 % gemacht wurde (so daß sich — wie soeben betont — ein Gesamtzuschlag zu den allgemeinen Ertragsnormen bis zu 150 % ergeben konnte), werden nach dem neuen Gesetz nur die Ertragsnormen zugrunde gelegt, und der Zuschlag steigt nur bis 75 %. Aber auch diese Last kann zum Zusammenbrechen der Wirtschaft ausreichen, zumal diese ja schon im vorigen Jahre nicht nur durch die Landwirtschaftssteuer, sondern auch durch die Selbstbesteuerung, durch die Getreiderequisitionen, die häufig noch mit schweren Geld- und Freiheitsstrafen verbunden waren, sodann durch die Aufdrängung der Bauernanleihe und später einer neuen Industrieanleihe vielfach auf das Äußerste geschwächt war.

Im übrigen hat das Kulakentum damit zu rechnen, daß es im neuen Steuerjahre viel umfassender zu der Individualbesteuerung herangezogen wird als im Vorjahre; an den 30/o von allen bäuerlichen Wirtschaften, die nach dem Regulativ vom 28. April 1928 *und nach dem* Gesetz von 1929 diesem Verfahren unterliegen sollten, war *im* vorigen Jahre die mittelbäuerliche Schicht in großer Zahl beteiligt, während diese Quote künftig ausschließlich auf die Kulaken entfallen soll.

Für den juristisch so unklaren und in der Praxis so verschieden ausgelegten Begriff des Kulaks bringt das neueste Steuergesetz mit den dazu bisher erlassenen Verordnungen noch keine scharfe Definition. An zwei Stellen hat das Gesetz Veranlassung zu erklären, was unter dem Kulak zu verstehen ist, einmal hinsichtlich der Anwendung des Individualverfahrens, sodann hinsichtlich der Vor- enthaltung von Steuererleichterungen bei Vergrößerung der Saatflächen oder bei

Durchführung von Maßnahmen des Agrominimums ¹⁾ In beiden Fällen wird als das wichtigste Kennzeichen die „systematische Verwendung von Lohnarbeit“ genannt. Das Wort „systematisch“ ist sehr dehnbar; unter diesen Begriff kann bereits die ständige Beschäftigung von einem einzigen Lohnarbeiter fallen. Überdies sind die Abgrenzungen des Kulaks hinsichtlich jener beiden Punkte (Individualverfahren und Vorenthaltung von Steuererleichterungen) nicht einmal kongruent; insbesondere wird die Vermietung landwirtschaftlicher Maschinen unterschiedlich behandelt; in einem Falle ist sie ein Kennzeichen des Kulaks, im anderen nicht. Nach dem Gesetz über die „Anwendung des Kodex der Arbeitsgesetze in kulakischen Wirtschaften“ vom 20. Februar 1928 soll demnächst genau gesagt werden, wo bei Anwendung von Lohnarbeit der Typus kulakischer Wirtschaft beginnt. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die Entscheidung so fiel, wie es gegenwärtig im Landwirtschaftskommissariat der RSFSR. erwogen wird; entscheidend wäre dann, ob in der Wirtschaft die Arbeit vorwiegend von den Mitgliedern der Hofgemeinschaft oder von Fremden geleistet wird. Ausgeschlossen ist es natürlich nicht, daß die Frage auch weiterhin in Unklarheit belassen wird, da es sich vom Standpunkt der Partei nicht um eine Angelegenheit der Rechtsordnung, sondern um politischen Kampf handelt, der bei ungenauer Definition leichter zu führen ist.

Die tüchtigsten Mitglieder der Bauernschaft, auch der vorwärtsstrebende Teil der Mittel- und Kleinbauern wird durch die antikulakische Politik in hohem Grade entmutigt. Es ist bezeichnend, daß die deutschen Kolonisten sowohl in der Ukraine wie in Sibirien und auch wohl in einzelnen anderen Gebieten zu großem Teile heute, die Union je eher je lieber verlassen möchten; die deutsche Kolonistenbevölkerung hat in den 100 oder 150 Jahren Ansässigkeit im Zarenreich trotz manchem Mißgeschick und mancher schweren Bedrückungsperiode den Mut nicht links lassen; jetzt haben sie — anscheinend endgültig — die Hoffnung darauf verloren, daß sie ihr wirtschaftlich-kulturelles Niveau aufrechterhalten können.

Bericht über eine Reise in die Krim und den Bezirk Melitopol

26. Mai 1929

3. Allgemeine Lage der Landwirtschaft

Die Krim und der Bezirk Melitopol gehören zu denjenigen Gebieten der Union, an denen der durch die Revolution heraufgeführte Verfall der Landwirtschaft besonders katastrophale Formen angenommen hat und durch die vielseitigen Maßnahmen der Regierung zur Hebung der Produktion noch bei weitem nicht wieder ausgeglichen worden ist. Der Grund liegt ähnlich, wie ich im vorigen Jahre für den Bezirk Odessa ausführte, besonders in dem Umstand, daß die landwirtschaftliche Produktion dieser Bezirke vor der Revolution zu großem Teil in den Händen deutscher Kolonisten und deutscher Gutsbesitzer lag, daß daneben auch zahlreiche russische Großbetriebe bestanden, die sich die deutsche Bewirtschaftungs-

¹⁾ D. h. der Gesamtheit behördlich vorgeschriebener Wirtschaftsverbesserungen.

weise zum Vorbild genommen hatten und daß diesen Kulturträgern durch die Revolution das Land zum größten Teile oder gänzlich genommen wurde. In der Krim wog der Gutsbesitz bei weitem vor. Der Staat erhielt infolgedessen die Verfügung über riesige Landflächen, so daß es möglich wurde, die Krim als Kolonisationsbezirk von Bundesbedeutung zu bezeichnen. Wo früher unübersehbare Weizenfelder wogten, sieht man heute hier und da eingesprengt die Felder ärmlicher Neusiedler. Seit einigen Jahren ist das Siedlungsland, soweit es für Zuzügler von außerhalb bestimmt ist, ausschließlich jüdischen Kolonisten vorbehalten, deren Wirtschaft vielleicht durch die Beihilfe besonderer Organisationen zu schnellerer Entfaltung gebracht werden wird (ich habe nur eine jüdische Kollektivwirtschaft gesehen, die durch Überweisung eines großen Obstgartens, der früher zu einem Gute gehörte, sich von vornherein in einer günstigen Lage befand). Im ganzen sind bisher etwa 4000 jüdische Kolonistenstellen auf einer Fläche von 230 000 ha geschaffen worden.

Ein sehr großer Teil des früheren Gutslandes ist aber noch nicht besiedelt worden und liegt infolgedessen seit einem Jahrzehnt brach. Hier trifft in vollem Maße das geflügelte Wort zu, das man zuweilen als Kritik der Rätewirtschaft hören kann: „ssobaka na ssenje“ („der Hund auf dem Heu“, der nach der Fabel von Krylow das Pferd nicht heran läßt, selbst aber für das Heu keine Verwendung hat).

Die bäuerliche Landwirtschaft weist bei weitem nicht die Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit auf. Sie ist verarmt, vor allem die Wirtschaft der deutschen Kolonisten und namentlich der Mennoniten. Die Kolonisten und Mennoniten im Bezirk Melitopol besaßen früher großenteils 60 bzw. 65 Deßj. je Hof; 1922 wurden sie meistens auf 16 Deßj. herabgesetzt (die Familien von mehr als 6 Köpfen behielten das doppelte). Der Bürgerkrieg und das Hungerjahr brachten die Kolonien ins Elend; im Zeichen der NEP. trat aber eine Erholung ein, die bis 1927 andauerte. Die Politik jedoch, die im Winter auf 1928 einsetzte, hat im Zusammenhang mit der vorjährigen Mißernte, der eine unbefriedigende Ernte im Jahre 1927 vorausgegangen war, die Landwirtschaft wieder sehr zurückgeworfen. Zu einer guten Ackerbestellung sind in diesen Steppenbezirken 6 kräftige Pferde erforderlich, über die 1927 noch viele Höfe, verfügten; heute ist die Spannkraft der besseren Wirtschaften auf die Hälfte oder den vierten Teil gesunken. Ganz besonders wird aber die Wirtschaft dadurch gestört, daß die fortgesetzt wechselnden Maßnahmen der Regierung eine große Unsicherheit über den Landbesitz gebracht haben. Die Landeinrichtung (Flurregulierung), die im allgemeinen für russische Verhältnisse eine außerordentlich wichtige Reform ist, für die früher schon gut geordneten Verhältnisse der deutschen Kolonien jedoch viel geringere Bedeutung hat, wird immer wieder von neuem aufgenommen, statt wie früher in Deutschland eine einmalige, abschließende Prozedur darzustellen. Es fand zunächst die Generalseparation statt, alsdann die Spezieseparation, die dem einzelnen Hof das Land zuteilt; in der Krim wird jetzt eine neue Spezieseparation geplant, da man glaubt, durch Herabsetzung der durchschnittlichen Landnorm den staatlichen Bodenfonds um 230000 ha vergrößern zu können; vor allem aber wird die Landwirtschaft beunruhigt durch die mit Hochdruck betriebene Kollektivierungsbe-

wegung; in manchen Gemeinden sind in den letzten Jahren 3 bis 6 Kollektive entstanden, immer wieder muß daher neu vermessen werden, um diesen das beste und dem Dorfe nächstgelegene Land zuzuteilen; diese Zuteilung ist nicht endgültig; treten neue Mitglieder ein, so sind neue Landverschiebungen nötig. Die Stetigkeit der bäuerlichen Wirtschaft ist auch dadurch erschüttert, daß in der Agrargemeinde heute nicht die alten tüchtigen Wirte die entscheidende Stimme haben, sondern die Kleinbauern, die erst in den letzten Jahren hinzugekommen sind und an Erfahrung und Verständnis sehr zu wünschen lassen; auch zwingt die Verarmung dazu, aus der Hand in den Mund zu leben und sich daher über das Gebot rationeller Wirtschaft, die auf lange Sicht angelegt ist, hinwegzusetzen.

Die Landwirtschaft dieser Bezirke beruhte früher vor allem auf der Schwarzbrache, die bereits im September die Stoppel umriß, um bis zum nächsten Herbst, also ein ganzes Jahr hindurch, den Acker immer wieder mit Eggen und Bukkern aufzulockern und so die Bodenfeuchtigkeit für den nachfolgenden Winterweizen aufzuspeichern. Es wurde früh gesät, die Saat kam kräftig in den Winter, und Auswinterungen waren nur in geringem Umfang zu beklagen; trat ausnahmsweise ein größerer Schaden ein, so wurde unter allen Umständen Sommerweizen gesät, der dank der Schwarzbrache regelmäßig noch eine Ernte von 70 bis 100 Pud gab. Im Bezirk Melitopol wurde von den Mennoniten an Weizen selten weniger als 100 Pud, oft aber 150 Pud und manchmal bis zu 250 Pud von der Deßjatine (3750 kg je ha) geerntet. Bei der heutigen Unsicherheit und Schwäche der Wirtschaft ist die Schwarzbrache von den lutherischen und katholischen Kolonisten größtenteils aufgegeben; bei den Mennoniten findet sie noch statt, aber in bedeutend schwächerer Form als früher. Allgemein wurde mir gegenüber die Ansicht vertreten, daß an der Auswinterungskatastrophe der beiden letzten Jahre nicht nur die Witterungsbedingungen, sondern auch die verschlechterte Wirtschaftsweise schuld seien. Die ganze heutige Wirtschaft, die nicht nach festem Plane geführt werde, sondern immer wieder aus der Not eine Tugend machen müsse, sei keine rechte „Bauerei“.

Die amtliche Agrarpolitik wird in diesem Zustand nur die Schattenseiten einer Übergangszeit, nur die Geburtswehen einer neuen Agrarordnung erblicken. Aber wie lange wird dieser Übergang währen? Bei längerer Dauer wird sich die heute schon bedenkliche Krise vielleicht verhängnisvoll verschärfen. Dänische Bauernweisheit hat den Vers geprägt:

Mens Grasset gror,

Dör Horse mor.

das heißt: „während das Gras wächst, stirbt das Pferd.“

(Aus meinen Notizen trage ich zu dem eben Ausgeführten noch nach, daß nach Aussage der Bauern in verschiedenen Kolonien bei mittleren Witterungsverhältnissen die Flächeneinheit heute nur die Hälfte des früheren Ertrages abwirft. In einer Kolonie an der Molotschnaja erklärten mir mehrere Bauern einhellig, daß früher nach Schwarzbrache nur ein einziger Frühjahrsregen genügt hätte, um eine Ernte von 150 Pud von der Deßjatine zu gewährleisten. Allerdings sei früher auf der Schwarzbrache mit Saatgut nicht gespart worden, man habe 12—14 Pud aus-

gesät, so daß auch in harten Wintern nicht alles vernichtet wurde; jetzt würden allenfalls 8 Pud gesät; der Staat habe im vorigen Herbst nur 6 Pud auf die Deßjatine — 90 kg je ha — gegeben.)

4. Kollektivierung der Landwirtschaft

Die Kollektivierungsbewegung schreitet mit großen Schritten vorwärts, ganz besonders die Bildung der einfachsten Form, der Bodenbearbeitungsgenossenschaften. Der Zuwachs in der Krim während des letzten Halbjahres geht aus folgenden Ziffern hervor:

	1. Oktober 1928	1. April 1929
Kommunen	19	20
Artele	425	661
Bodenbearbeitungsgenossenschaften	177	594
Summe	621	1275

Von der bäuerlichen Bevölkerung galten am 1. April 1929 16,5 %, von der bäuerlichen Saatfläche 15,5 % als kollektiviert. Zweifellos (wie mir auch von kompetenter Seite bestätigt worden ist) steht ein großer Teil der neuen Kollektive auf sehr schwachen Füßen; viele von ihnen sind nur zum Schein begründet, um irgendwelche Vorteile zu genießen. Die örtlichen Behörden mögen hierbei oft ein Auge zudrücken, da sie den verständlichen Ehrgeiz haben, den von oben diktierten Kollektivierungsplan zu ihrem Teile zu erfüllen; immerhin hat es Befremden hervorgerufen, als unlängst von einer örtlichen Behörde der Zentralstelle gemeldet wurde, daß der Wochenplan der Kollektivierung zu über 100 % ausgeführt worden sei.

Ich hatte Gelegenheit, mit einer Reihe von Kollektiven höheren Grades, besonders mit Artelen und auch einzelnen Kommunen bekannt zu werden. Diese höheren Formen sind in der Krim und im Bezirk Melitopol besonders dadurch begünstigt, daß ihnen wertvolle Gebäude und sonstige Anlagen von früheren Gütern und wohlhabenden Bauerngemeinden zufielen. Fast regelmäßig hatten diese Kollektive es verstanden, sich in den Besitz großer Obstgärten zu setzen. Hierbei ist besonders zu bemerken, daß es sich nicht nur um Überweisung von nationalisierten Guts-gärten handelt, sondern auch um Gemeindegärten, die von der Gemeinde durch einen in bekannter Weise erpreßten „freiwilligen“ Beschluß ohne Entschädigung an das Kollektiv abgetreten wurden. Mitglied von solchen Artelen zu werden, war so verlockend, daß sich in die von Armbauern gebildeten Artele in deutschen Gemeinden auch Russen hineindrängten, in einem Falle z. B. der Vorsitzende des zuständigen Dorfrats, der sicherlich als Amtsperson auf die Bildung des Arteis und die Zuweisung des Obstgartens einen maßgebenden Einfluß ausgeübt hatte. Die Durchdringung mit russischen Elementen veranlaßte in einem mir bekannten Falle mehrere deutsche Mitglieder zum Austritt. Die Gefahr ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß die Kollektivierungsbewegung den deutschen Charakter der Kolonien schwächt.

Etwas näher gehe ich auf die beiden von mir im Bezirk Melitopol besuchten Kommunen ein.

Der Kommune „Mirny Trud“ im Rayon Akimowka fielen die wertvollen Wohn- und Wirtschaftsgebäude eines früheren Gutes nebst einem 15 Deßj. großen Obstgarten zu. Die Kommune wurde 1921 gegründet und hatte zu Anfang viel Schweres durchzumachen; von den 30 Gründerfamilien sind nur 8 verblieben. Heute zählt das Gemeinwesen 150 Esser; die Einkommensverhältnisse sind dürftig, aber ausreichend, so daß jetzt nur noch Leute austreten, die in einer staatlichen oder gesellschaftlichen Instanz einen Posten angenommen haben. Es liegen viele Meldungen zur Aufnahme vor, die indessen nur im Rahmen der Wohnungsmöglichkeit berücksichtigt werden können; neu eintretende Mitglieder, die das 18. Lebensjahr überschritten haben (also auch erwachsene Familienmitglieder) haben 50 Rubel zu erlegen.

Die Kommune besitzt 466 Deßj., hiervon 404 Deßj. Ackerland. Sie verfügt über 2 Traktoren (Lanz und Fordson), 20 Arbeitspferde, eine Herde von deutschem Rotvieh (1 Stier, 30 Kühe, 20 Rinder und 22 Kälber), ferner 100 Schafe und 5 Böcke der Karakul-Rasse, annähernd 50 Sauen (Yorkshire-Kreuzung) und einen Inkubator für 500 Kücken. Auch ein Dampfdreschsatz ist vorhanden.

Die Kommune ist technisch und wirtschaftlich in gutem Fortschreiten. Das Grundkapital betrug am 1. April 1929 118000 Rubel; das im Vorjahr durch die Mißernte entstandene Defizit wurde aus dem Reservefonds gedeckt. Die Konsolidierung der Kommune kommt besonders darin zum Ausdruck, daß es ihr möglich gewesen ist, im vorigen Jahre einen 20 Deßj. großen Gemüsegarten mit künstlicher Bewässerung anzulegen. Ein 55 Faden tiefer artesischer Brunnen, unterstützt durch Zentrifugalpumpe (Anlagekosten 5000 Rubel), liefert in einer Stunde 4000 Eimer. Unter der Leitung eines angestellten Gemüsegärtners, der 100 Rubel Gehalt bezieht, werden für Moskau und andere Städte früher Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Eierfrüchte, bulgarischer Pfeffer, Mohrrüben, Petersilie usw. gezogen; zum Heranziehen der Pflanzen sind 350 Glasfenster vorhanden.

Die Kommune entspricht insofern nicht dem Regeltypus, als bisher weder eine gemeinsame Küche noch Räumlichkeiten für gemeinsame Erziehung von Kindern vorhanden sind. Das Fehlen der gemeinsamen Speiseanstalt ist um so auffällender, als das große Gutshaus geeignete Räume dafür enthält. Die Mitglieder haben sich offenbar einen Rest von Individualismus bewahrt. Charakteristisch ist auch, daß die Beziehungen zwischen der Kommune und ihren Mitgliedern streng geldwirtschaftlich geordnet sind. Die Mitglieder erhalten für ihre Arbeit eine Geldvergütung und haben alles, was ihnen die Kommune an Lebensmitteln und selbst an Wohnung gewährt, zu allerdings billigem Preise in Geld zu bezahlen.

Der Lohn ist für den augenblicklich zehnstündigen Arbeitstag auf 88 bis 115 Kop. gestaffelt; den Höchstlohn erhält der Vorsitzende, sein Vertreter, der Lehrer (das Vorhandensein einer Schule gehört zu den besonderen Begünstigungen), der Schlosser und der Tischler; die Traktoristen erhalten 1 Rubel, der Viehzüchter 96 Kop., die übrigen erwachsenen Arbeitskräfte ohne Unterschied des Geschlechtes 88 Kop.; halbwüchsige erhalten 75%.

Die ledigen Mitglieder haben unentgeltliches Massenquartier, während für nette Familienquartiere (bestehend aus 2 Zimmern und einer mit einer zweiten Familie

geteilten Küchennutzung) 3 Rubel monatlich zu zahlen sind. Lebensmittel werden augenblicklich zu folgenden Preisen verabfolgt:

1 Pfund (400 g) Brot	7 Kop.
1 Fleisch	18 „
1 Speck	35 „
1 Butter	35 „
1 Sonnenblumenöl	18 „
1 Hirsegrütze	3 „
1 Kartoffeln	1,5 „
1 Liter Milch	2 „

Wenn die Mitglieder keine Arbeitstage versäumen, so reicht der Lohn für den Lebensunterhalt aus. Außerdem winkt ein Anteil am Reinertrag, von dem 20 % dem unteilbaren Kapital der Kommune zufließen, während der Rest proportional zum Arbeitsverdienst verteilt wird. Für Kranke und Alte sorgt die Kommune.

Alles in allem sind die Mitglieder kaum anders gestellt als Landarbeiter. Die Leitung liegt in den Händen eines aus 5 Mitgliedern bestehenden Vorstandes, der sich jeden Sonntag versammelt; an der Besprechung können auch andere Mitglieder mit beratender Stimme teilnehmen. Eine allgemeine Mitgliederversammlung findet in jedem Monat statt.

Binnen kurzem wird sich die Kommune mit zwei anderen Kollektiven (1 Kommune und 1 Artel) zu einem „Kust“ zusammenschließen. Das Wort bedeutet eigentlich Strauch und im übertragenen Sinne in Beziehung auf die zu einer Einheit zusammengewachsenen Zweige einen engen Verband, in diesem Falle einen Zweckverband, der sich zum gemeinsamen Betrieb von technischen Anstalten (Traktorenkolonne, Reparaturwerkstatt, Ziegelei, Tomaten-Konservenfabrik), ferner zu gemeinsamer Schweinezucht vereinigen will; auch ein gemeinsamer Agronom soll angestellt werden. Wahrscheinlich wird diese Einrichtung dem Gedeihen der angeschlossenen Kollektive sehr förderlich sein, zumal es an der Unterstützung und auch an der Kontrolle seitens der Regierung nicht fehlen wird.

Ein ungünstigeres Bild gewährt einstweilen die Kommune „Gigant“, die im Gebiet der Molotschnaja gegründet ist; sie ist unlängst durch Vereinigung von 4 Kommunen und 1 Artel entstanden, die ihrerseits 1924 und 1925 ins Leben traten. Ein Gemeinschaftsleben ist in der von mir besuchten Glied-Kommune noch nicht vorhanden; die Behausungen machen einen recht verwehrten Eindruck. Die Arbeitsvergütung für die Mitglieder sowie ihre Beteiligung am Gewinn sind ähnlich geordnet wie in der oben besprochenen Kommune. Seit dem Februar ist bei der Gesamtkommune ein Agronom angestellt, den man vorläufig in dieser unkultivierten Umgebung bemitleiden möchte. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der „Gigant“ schon in einigen Jahren von kräftiger Entwicklung zeugen wird. Es sind ihm wertvolle Angebinde in die Wiege gelegt. Das Waisenhaus des Mennonitenverbandes ist ihm zugewiesen; jetzt begehrt er auch das schöne Altersheim desselben Verbandes, wo etwa 40 alte Leutchen inmitten einer großen Gartenanlage einen friedlichen Lebensabend verbringen. Auch ist ihm der große Obstgarten des Mennonitenverbandes im Umfang von annähernd 19 ha zugefallen, aus dem

der „Gigant“ im vorigen Jahre 20000 Rubel gezogen hat; zu Bauzwecken beschlagnahmt er das Material von zerstörten oder verlassenen Mennoniten-Gehöften, und zu alledem genießt er unter exorbitant günstigen Bedingungen den Kredit des Staates. Zur Erbauung von zentralen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gewährt ihm der Staat im laufenden Jahre einen Kredit von 44000 Rubel, dem im nächsten Jahre etwa die gleiche Summe folgen soll. Der Kredit läuft für Wirtschaftsgebäude auf 15 Jahre, für Wohngebäude auf 25; für 10 Jahre ist er zinslos; alsdann betragen die Zinsen für Wirtschaftsgebäude 4 %, für Wohngebäude 1 %. Es ist klar, daß eine derartige Begünstigung unstatthaft wird, sobald die Kollektivierungsbewegung noch weiter um sich greift.

Als geeignete Form der kollektivistischen Massenbewegung ist man in Rußland immer mehr geneigt, die zwischengemeindlichen Maschinen-Traktoren-Stationen zu erblicken, denen als Vorbild die im vorigen Jahre von mir besuchte und geschilderte Traktoren-Station beim Rätégut „Taras Schewtschenko“ im Bezirk Odessa dient. Vorzugsweise sollen diese Traktoren-Stationen indessen nicht unmittelbar vom Staate eingerichtet werden, sondern auf genossenschaftlicher Basis beruhen¹⁾. Sie werden mit einem großen Park von Traktoren, Anhängegeräten und Dreschmaschinen ausgestattet, verfügen über leistungsfähige Reparaturwerkstätten, über tüchtige Agronomen, Ingenieure und Monteure und schließen mit den umliegenden Bauerngemeinden Verträge ab, wonach die Gemeinden alle Maschinenarbeit kollektivistisch durch die Station ausführen lassen, ihrerseits die erforderliche Handarbeit stellen²⁾ und als Vergütung den dritten oder vierten Teil des Erdrusches abgeben. Im Bezirk Melitopol arbeitet die Plankommission ein Projekt aus, wonach in einigen Jahren 3500 Traktoren beschafft werden sollen, um 25 bis 30 derartige Stationen zu errichten. Statt der 138000 Wirtschaften, die augenblicklich im Bezirk bestehen, würden dann — wie sich der Leiter der landwirtschaftlichen Sektion der Plankommission ausdrückte — nur 25 bis 30 Großbetriebe vorhanden sein; es kommt darin deutlich zum Ausdruck, daß letzten Endes die Bauern in dem Getriebe des Agrarsozialismus aufgehen sollen.

5. Staatliche Großbetriebe

In der Krim sind in jüngster Zeit im Rahmen des im vorigen Jahre beschlossenen Programms 2 Getreide-Großgüter („Getreidefabriken“) geschaffen worden, ein größeres von 27 000 ha im Bezirk Simferopol und ein kleineres von 15 000 ha im Bezirk Feodossia. Ich besuchte das größere Gut, das sich in einer Entfernung von 30—70 km von Simferopol hinzieht. Es besteht aus früheren Gutsländereien und aus Arealien, die angrenzenden Mennoniten-Gemeinden abgeschnitten worden sind. Die Arrondierung läßt vorläufig noch sehr zu wünschen übrig; sie soll im nächsten Jahre gelegentlich einer neuen Landeinrichtungsaktion verbessert wer-

¹⁾ Die tatsächliche Entwicklung war umgekehrt. Im Sommer 1939 bestanden etwa 6500 staatliche M. T. S.

²⁾ Einschließlich der Traktorenführer.

den. Das Land lag größtenteils ungenutzt; nur 2 Neusiedlerdörfer, die erst $2\frac{1}{2}$ Jahre bestehen, bisher noch sehr ärmlich waren und 5 bzw. 13 Familien zählen, müssen in die Nachbarschaft verlegt werden; bei der bevorstehenden Arrondierung sollen Umsiedlungen von Bauern vermieden werden, vermutlich wird sich aber die Feldlage mancher Gemeinden verschlechtern.

Die Verwaltung ist einstweilen in der Mennoniten-Kolonie Spat bei Sarabus untergebracht; es wird jedoch bereits ein großes Zentralgehöft gebaut, für das (ohne Einrichtung der Werkstätten und ohne den bereits in Bohrung befindlichen artesischen Brunnen) 280000 Rubel ausgeworfen sind; außer der zentralen Werkstatt werden 5 fahrbare Werkstätten eingerichtet; an Traktoren sind im ganzen 68 vorhanden, davon 8 Cletrac-Raupenschlepper (40/55 PS.), 14 International zu 10/20 PS. und 46 International zu 15/30 PS. Anhängegeräte, wie Scheibeneggen, Kultivatoren, Sämaschinen, stammen größtenteils aus Deutschland. Das Wirtschaftsinventar bewertet sich augenblicklich auf 369 000 Rubel, wovon 269 000 Rubel auf die aus dem Ausland eingeführten Maschinen und Geräte entfallen. Die gesamten Anlagekosten werden sich im nächsten Jahre auf rund $1\frac{1}{2}$ Millionen Rubel belaufen.

In jedem der fünf Abschnitte sind die Arbeiter in Lagern untergebracht, die aus großen Militärzelten, Küchenbaracken usw. bestehen und je nach dem Stande der Arbeit verschoben werden. Zur Unterbringung der Geräte dienen in 2 Abschnitten requirierte Baulichkeiten, in einem die Hälfte eines Pastorats, in dem anderen die schönen Gehöfte von 3 früheren Gutsbesitzern, die jetzt zwangsweise ausgesiedelt werden.

Die Pflugarbeit begann in der zweiten Hälfte des April; es sollen 12500 ha zu Weizen bestellt werden, während 3000 ha für die nächstjährige Frühjahrsbestellung umgebrochen werden. Infolge der radikalen Mechanisierung des Betriebes ist die Zahl der Arbeitskräfte sehr gering; einschließlich des Oberpersonals sind 45 etatsmäßige Kräfte und 166 Saisonarbeiter tätig; von letzteren sind 145 zur Führung von Traktoren bestimmt, nachdem sie größtenteils durch einen Monatskursus oberflächlich ausgebildet worden sind; 40% der Traktoristen gehören dem kommunistischen Jugendbund an; 6 weibliche Kräfte sind darunter. Augenblicklich wird in 2 Schichten von je 9 Stunden gearbeitet und zwar von 4—13 und von 13—22 Uhr; Laternen sind einstweilen noch nicht angebracht, so daß zum Schluß im Dunkeln gepflügt wird. Mit den komplizierten Cletracs schien das Personal nicht gut fertig zu werden. Auf die Dauer wird es wohl zweckmäßiger sein, die Traktoristen für das ganze Jahr anzustellen; die Entlohnung während der arbeitslosen Wintermonate dürfte weniger kosten als die Ausgaben für die Ausbildung und der von wechselndem Personal immer wieder angerichtete Schaden.

Bei günstigen Witterungsbedingungen wird der Betrieb selbstverständlich ansehnliche Erträge geben; zweifelhaft ist es, ob tatsächlich die erhoffte Mittelernte von 80 Pud Weizen auf den Hektar erzielt werden wird; die Erwartung, daß die Selbstkosten für 1 Pud Weizen nur 1,17 Rubel betragen werden, dürfte schwerlich in Erfüllung gehen. Alles in allem bin ich der Überzeugung, daß die auf die Getreidefabriken verwandten Kosten volkswirtschaftlich einen größeren

Nutzen schaffen würden, wenn sie der bäuerlichen Wirtschaft zugeführt bzw. ihr nicht durch die Steuerschraube entzogen würden.

Am bedenklichsten ist aber die bevölkerungspolitische Seite. In der Bezirkskarte sind auf den Flächen, die jetzt dem Getreidegut zugewiesen sind, eine große Zahl von projektierten Ansiedlungen eingetragen, die nunmehr nicht zur Ausführung kommen. Auf dem Gesamtareal könnte eine Bevölkerung von 10000 Seelen untergebracht werden-, statt dessen ist man stolz, mit 45 ständigen und 166 Saisonarbeitern auszukommen. Das amerikanische Vorbild erklärt sich aus dem dortigen Mangel an Landarbeitern; in Rußland herrscht dagegen auf dem Lande ein ungeheurer Überfluß an Arbeitskräften. Die Frage, was aus den Menschen werden soll, die nun noch durch den Traktor von der Ackerarbeit verdrängt werden, hat in Rußland noch keine befriedigende Antwort gefunden. —

Askania Nova ist nur teilweise als Rätégut zu betrachten: in der Hauptsache hat es den Charakter eines Naturschutzgebietes („Sapowednik“). Von den 43000 ha, die Askania Nova mit dem früher gleichfalls im Besitz der Familie Falz-Fein gewesenen Dörnbürg umfaßt, dürfen nach einem Dekret von 1927 höchstens 10 000 ha beackert werden. Die übrige Fläche dient größtenteils als Weide und Heuschlag; als Naturschutzgebiet im engeren Sinne sind 6600 ha ausgelegt, von denen ein kleinerer Teil schon seit langer Zeit unberührt liegt; dieser Teil zeichnete sich durch einen besonders strotzenden Gras- und Krautwuchs aus und gibt damit eine Vorstellung von der ursprünglichen Kraft der Steppe. Für die Ackerwirtschaft sind 83 Traktoren, 110 Pferde, 20 Kamele und 260 Ochsen vorhanden. Mit Hilfe seines lebenden und toten Inventars übt das Gut nebenbei auch die Funktion einer Maschinen-Traktoren-Station in der oben geschilderten Weise für angrenzende Bauerngemeinden aus; auf Grund von Verträgen sind im Herbst und Frühjahr 3200 ha Bauernland gepflügt worden. Der Direktor (ein Parteimann) sprach die Vermutung aus, daß ich mich gewiß darüber wundere, daß der Betrieb noch nicht gänzlich mechanisiert sei; dies erkläre sich aus der Inanspruchnahme des Inventars für die Bauern; ohne diese Belastung wären jene „vorsündflutlichen“ („dopotopnyje“) Zugkräfte schon abgeschafft worden. Ich verriet nicht, daß wir in Deutschland noch so rückständig sind, mit Pferden und Ochsen zu ackern.

Nur kurz möchte ich an dieser Stelle erwähnen, daß die sehr gründlichen und umfassenden Versuche, die Prof. M. F. Iwanov als Leiter der Versuchsstation für Viehzucht auf Askania Nova angestellt hat, zu dem erfreulichen Ergebnis geführt haben, daß das deutsche Fleisch-Merinoschaf für die Weiterentwicklung der russischen Feinwollschafzucht am besten geeignet ist. Ich komme in einem späteren Bericht darauf zurück.

6. Die Lage der deutschen Kolonien

Die Verhältnisse in den deutschen Kolonien sind sowohl in der Krim wie im Bezirk Melitopol geradezu erschütternd traurig. Die große Mehrzahl — abgesehen von dem geringen Prozentsatz, der sich mit dem kommunistischen Regiment befreundet hat und übrigens zu einem nicht geringen Teil aus Zugewanderten be-

steht — lebt wirtschaftlich und seelisch unter einem furchtbaren Druck. Der seit Ende 1927 eingeschlagene Kurs der russischen Agrarpolitik mit der „nastuplenije na kulaka“, mit dem Angriff gegen den Kulak, mußte sich in den deutschen Kolonien, wo ein kräftiges Bauerntum sich nach den Stürmen der Revolution wieder zu konsolidieren begonnen hatte, besonders stark auswirken. Trotz der Mißernte von 1928 wurde die Steuerschraube scharf angezogen; durch das geradezu ruinöse Individualverfahren bei der Veranlagung der Landwirtschafts-Steuer wurden beispielsweise in einer Gemeinde 10 % aller Wirte erfaßt; offenbare Ungesetzmäßigkeiten waren hierbei gang und gäbe; ein Bauer wurde dem Individualverfahren bloß deshalb unterworfen und zugleich des Wahlrechts beraubt, weil er einem Nachbarn mit einer Fuhre Stroh ausgeholfen und, da dieser in Geld nicht bezahlen konnte, sich darauf eingelassen hatte, daß dessen Töchter ihm bei der Ernte einen oder zwei Tage halfen; diese Angabe wurde von anderen Bauern bestätigt. Dieser Bauer ist verwitwet und hat 6 Kinder zu ernähren; er bewirtschaftete im vorigen Jahre 12 Deßj. eigenes Nutzland und 14 Dcßj. Pachtland. Trotz der Mißernte wurde er zu einer Steuer von 402 Rubel verurteilt, wozu noch 102 Rubel Gemeindeumlage kamen. Um diese Summe aufzubringen, entschloß er sich, seine gesamte Schafherde (52 Stück) zu veräußern; statt 14 Deßj. Winterweizen und 5 Deßj. Wintergerste im vorhergehenden Jahre hat er im letzten Herbst nur 3 1/4 Deßj. mit Weizen und 1 Deßj. mit Gerste besät. Ein anderer, Bauer wurde unter ebenso fadenscheiniger Begründung mit einer Steuer von 502 Rubel belegt; die Wirkung ist, daß sein Pferdebestand von 6 Arbeitstieren und 2 jungen Tieren auf 1 Arbeitspferd und 1 Jungpferd zusammengeschmolzen ist. Auf alle die ungünstigen Folgen, die die Beraubung des Wahlrechts nach sich zieht, will ich nicht näher eingehen.

Die, deutschen Kolonisten leiden wirtschaftlich unter dem jetzigen System viel mehr als die Russen, da sie viel mehr zu verlieren hatten und an eine viel kultiviertere Lebenshaltung gewohnt waren. Der typische Kolonistenhof hatte vor der Revolution 8 bis 12 Arbeitspferde und 7 bis 8 Milchkühe; die Mennonitenhöfe waren noch besser gestellt. Heute hat der Normalhof von 16 Deßj. nur 2 Pferde und 1 Kuh. Der frühere Großbauer ist damit zum Kleinbauern herabgedrückt; trotzdem gilt er wegen seiner Vergangenheit vielfach noch als wohlhabend; er besitzt noch stattliche Gebäude, sein Hausrat ist ansehnlicher, er selbst halt sich besser, und dies alles macht die Steuerbehörde immer wieder geneigt, ihn bedeutend stärker zu belasten als den russischen Bauern. Dabei ist der Besitz größerer Gebäude für die auf einen Bruchteil zusammengeschrumpfte Wirtschaft zu einer, unverhältnismäßig großen Last geworden; während die russischen Bauern ihre Hütten annähernd so imstande halten können wie früher, ist dies dem deutschen Kolonisten unmöglich; je größer früher der Wohlstand war, um so ausgeprägter ist heute der äußere und innere Verfall der Häuser. Es stimmt hiermit durchaus überein, daß ich in mehreren Kolonien auf folgende Erscheinung aufmerksam gemacht wurde: während früher an der Güte der Pferde das deutsche Geschirr schon von weitem erkennbar war, stechen heute die deutschen Pferde gegen die der Russen ungünstig ab. Bis 1927 glaubten die Kolonisten sich allmählich zu einer

bescheidenen Höhe emporarbeiten zu können. Diese Hoffnung haben sie jetzt gänzlich verloren. Sie erkennen klar den Kurs der Regierung, der die Einzelbauern so herabzudrücken sucht, daß sie ihr Heil nur noch in der Kollektivierung erblicken. Die große Masse der deutschen Kolonisten lehnt indessen diesen Ausweg auf das Entschiedenste ab. Dem Selbstständigkeitsbedürfnis des deutschen Bauern ist der Zwang der kollektivistischen Organisation unerträglich; ein kollektivistisches Gemeinschaftsleben würde er als Hölle empfinden. Zudem sind für ihn kollektivistische Wirtschaft und bolschewistische Gesinnung untrennbare Begriffe.

Als das größte Unglück der Gegenwart empfindet der Kolonist die religiöse Verfolgung, die gleichfalls in jüngster Zeit wieder aufs schärfste eingesetzt hat. Nur folgende Einzelheiten seien in dieser Beziehung angeführt: Kinder, die sich konfirmieren lassen, werden nicht selten aus den Schulen ausgeschlossen; Kinder, die die Kirche besuchen, erhalten in vielen Fällen den Vermerk „Kirchenbesucher“; dies genügt zur Versperrung des Weges in höhere Lehranstalten. Die Geistlichen werden aufs schärfste überwacht; die Pastorate sind ihnen meistens genommen; die Bauern, bei denen sie zur Miete wohnen, werden nicht selten mit überhohen Steuern bestraft und dadurch genötigt, dem Mieter zu kündigen.

Überall äußern die Kolonisten, daß sie am liebsten auswandern würden, selbst wenn sie ihre ganze Habe zurücklassen und daher bettelarm das Land verlassen müßten. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß diese Äußerungen durchaus ernst gemeint sind und die große Mehrzahl nichts sehnlicher wünscht, als sich in Deutschland oder in einem anderen Lande eine neue Existenz zu schaffen. Von den Mennoniten, deren es 1910 in Rußland etwa 100 000 gab, ist bekanntlich eine große Zahl ausgewandert. 1927 wurde mir von einem Vertreter des Mennoniten-Verbandes mitgeteilt, daß seit 1923 im ganzen etwa 23 000 nach Kanada übersiedelt seien. Im allgemeinen wären sie nur mit dem Reisegeld ausgestattet gewesen, nachdem sie durchschnittlich je Familie etwa 4000 Rubel aus dem Verkauf ihrer Wirtschaft erzielt hätten; in Kanada seien sie zunächst auf Kredit angewiesen. (In einer lutherischen Gemeinde wurde mir — hiermit ziemlich übereinstimmend — gesagt, daß im Falle der Auswanderung besser gestellte Familien bis zu 5000 Rubel aufbringen könnten.) Von den Mennoniten an der Molotschnaja hörte ich, daß von dort bis 1924 etwa 5000 ausgewandert seien; anfänglich habe es keiner besonderer Pässe bedurft; damals habe der inzwischen aufgelöste Mennoniten-Verband Listen der Auswanderungslustigen der Regierung in Charkow vorgelegt, und nach der Genehmigung der Listen habe die Auswanderung ohne weiteres stattfinden dürfen. Später seien Einzelpässe bei Erlegung von 30 Rubel notwendig gewesen. In den letzten Jahren sei die Genehmigung zur Auswanderung grundsätzlich verweigert worden; für Ausnahmefälle sei die Gebühr von 50 bis 300 Rubel gestaffelt, wozu noch 10 % für das Rote Kreuz erhoben würden. Nicht selten wird heute die Auswanderung in der Weise versucht, daß die Absicht der Übersiedlung in das Amurgebiet vorgespiegelt wird, um dort über die Mandschurische Grenze zu entweichen. In Charbin befinden sich augenblicklich, wie mir von besonders glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, 148 mennonitische Familien, die wegen Paßlosigkeit die Einwanderungserlaubnis nach Kanada noch

nicht erhalten konnten. Diese Tatsache bestätigt, wie die Verzweiflung bei den deutschen Kolonisten um sich greift.

Wenn das bolschewistische System bestehen bleibt, so geht nach meiner Überzeugung das Deutschtum in den Kolonien der südlichen Ukraine und der Krim rettungslos der wirtschaftlichen Verelendung, dem sittlichen Verfall und schließlich dem Untergang entgegen.

In eine besondere Panik ist die frühere Oberschicht der deutschen Ansiedlungen während der letzten Wochen dadurch versetzt worden, daß in großer Zahl Aussiedlungsbefehle ergangen sind. Den Rechtsgrund dafür gewährt offenbar das Agrargesetz vom 15. Dezember 1928, wonach frühere Gutsbesitzer aus dem Bezirk ihres ehemaligen Landbesitzes auszuweisen sind. Ein Grund wird aber den Betroffenen nicht angegeben, um ihnen — vermutlich — keinen Anhalt für Einsprüche zu geben. Ich hörte von einem Falle, wo der Auszusiedelnde sich persönlich an den Vorsitzenden des Ukrainischen Zentralen Vollzugskomitees wandte und von diesem angewiesen wurde, zunächst eine amtliche Erklärung über den Grund beizubringen, die ihm dann aber von der örtlichen Behörde verweigert wurde. Die Maßnahme spielt sich in der Weise ab, daß ein Milizionär den Befehl überbringt, binnen 5 Tagen die Wirtschaft zu liquidieren und in einen anderen Bezirk zu ziehen. Verboten ist den Betroffenen die Niederlassung in den an das Schwarze Meer angrenzenden Bezirken sowie im Bezirk Saporoshje. So sind die Leute genötigt, alles, was sie nicht mitnehmen können, in kürzester Frist zu niedrigsten Preisen zu verschleudern oder zu verschenken und ihr Heim, das seit Generationen ihrer Familie gehörte, zu verlassen. Im Bezirk Melitopol fing diese unbegreiflich grausame Maßnahme Anfang Mai an; von mennonitischen Familien waren bereits etwa 60 ausgesiedelt worden, und auch in anderen Gemeinden hatte manche dasselbe Schicksal getroffen.

Ein Teil dieser Unglücklichen gehörte tatsächlich der Gutsbesitzerklasse an; seit der Nationalisierung ihres früheren Besitzes hatten sich diese aber eine bäuerliche Wirtschaft eingerichtet, in der sie sich gesichert fühlten. Andere wurden ausgesiedelt, obwohl sie nicht selbst ein Gut besessen hatten, sondern von einem Gutsbesitzer abstammten. Nicht gering ist aber die Zahl der Fälle, in denen es sich gar nicht um frühere Angehörige der Gutsbesitzerklasse handelt, sondern um mehr oder minder wohlhabend gewesene Kolonisten, die vielleicht einen Besitz von 150 oder 200 ha gehabt hatten, dabei aber im Dorfe wohnten, selbst hinter dem Pflug gegangen waren und daher durchaus als frühere Großbauern zu gelten hatten. So wird heute die führende Schicht der deutschen Kolonien teilweise vernichtet, teilweise in Angst und Schrecken gehalten.

*

Was die Ernährungslage in den von der vorjährigen Mißernte betroffenen Koloniebezirken betrifft, so sind in der Krim die Verhältnisse im allgemeinen noch etwas ungünstiger als im Bezirk Melitopol. Die Mißernte hatte die Krim noch schwerer betroffen. Aber auch im Bezirk Melitopol gibt es nicht wenige Fa-

milien, die schon seit längerer Zeit ohne Brot leben. Die Regierungshilfe ist im allgemeinen nur unzulänglich ausgefallen. An die arme Bevölkerung wurden in Gemeinden der Krim z. B. nur 10 Pfund Brot monatlich auf den Esser verabfolgt. Unterernährung liegt zweifellos im großen Umfange vor; die Gefahr einer eigentlichen Hungersnot besteht aber einstweilen nicht. Bis zur neuen Ernte wird die Bevölkerung auch nach Ansicht von Ärzten, die ich befragt habe, ohne ernstere Gesundheitsschädigungen durchhalten. Von einer Kolonie hieß es, daß dort Hungerswellungen eingetreten seien; durch Besuch dieser Gemeinde, wo ich insbesondere auch mit dem Geistlichen Rücksprache nahm, konnte ich mich davon überzeugen, daß dies Gerücht nicht zutraf. Mangel besteht übrigens nicht nur an Brot, sondern auch an manchen anderen Nahrungsmitteln; beispielsweise führe ich nur an, daß auf dem Lande neuerdings nur 1 kg Zucker im Monat auf die Familie ausgegeben wird.

Gesetzliche Vorbereitung der Vernichtung der bäuerlichen Oberschicht

Auszug aus dem Wirtschaftsbericht in „Osteuropa“, Oktoberheft 1929

Nowosibirsk, den 15. September 1929

Unfroh ist heute im Rätebund die große Mehrzahl seiner Bevölkerung. Die Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel lastet schwer auf dem Heer der städtischen Arbeiter und Angestellten, und das Dorf, das alte, wird ärmer und ärmer. Die Hoffnung auf bessere Zeiten schwindet im Volke immer mehr. Reichsdeutsche Kolonisten, die seit Jahrzehnten in Rußland wohnen, Schweizer, die im Kaukasus an der Hebung der Milchwirtschaft wirkten, verlassen scharenweise das Land, und überaus groß ist die Zahl nicht nur der fremdstämmigen, sondern auch der russischen Bürger der Union, die lieber heute als morgen den Abwandernden folgen würden. Zuversichtlich dagegen, teilweise geradezu enthusiastisch blicken — wenigstens dem Anschein nach — die Sprecher der Partei in die Zukunft. Ihr Palladium ist der Fünfjahr-Plan; in den Schwierigkeiten der Gegenwart sehen sie nur eine „Krise des Wachstums“, nur eine freiwillige Auferlegung von Entbehrenungen, die einer um so glänzenderen Zukunft dienen. Schon in vier Jahren soll das Volkseinkommen verdoppelt sein. Zweifel am Gelingen des Planes werden nicht zugelassen; immer entschiedener wird die Erwartung eines noch viel größeren Erfolges ausgesprochen.

Der Union wird es in diesem Jahre etwas leichter sein, ohne Einfuhr von Brotgetreide auszukommen. Nach einer Mitteilung des Handelskommissars Mikojan brauchte der Staat im abgelaufenen Getreidebeschaffungsjahr kein Getreide aus dem Ausland einzuführen, obgleich 1 638 000 t im Inland weniger aufgebracht waren als 1927/28. Daß es zuletzt noch gelang, erhebliche Mengen aus dem Dorfe herauszuholen und damit die Einfuhr zu vermeiden, war auf die Verschärfung der Methoden zurückzuführen, die unter der Flagge des Kampfes gegen den Kulak

erfolgte. Von besonderer Tragweite auch für die Zukunft ist ein Dekret der RSFSR. vom 28. Juni (für die Ukraine ist am 3. Juli eine ähnliche Verordnung ergangen), das „den zahlreichen Petitionen aus der arm- und mittelbäuerlichen Masse entgegenkommend und auch zur Bändigung des Kulaken- und Spekulantentums“ folgende Bestimmungen enthält:

1. Den Dorfräten wird erlaubt, in denjenigen Fällen, wo die Dorfversammlung beschlossen hat, den Getreidebeschaffungsplan durch Selbstverpflichtung des ganzen Dorfes zu erfüllen und im Zusammenhang hiermit die Aufbringung unter die einzelnen Höfe zu verteilen, solchen Wirten, die sich der Getreideabgabe entziehen, Geldstrafen im Verwaltungswege aufzuerlegen und zwar bis zum fünffachen Betrage der Kosten des fälligen Getreides, wobei erforderlichenfalls die Habe der betreffenden Personen versteigert werden kann.

2. Bei Verweigerung der Getreidelieferung durch Gruppen von Wirtschaften, ebenso bei Leistung von Widerstand gegen die Durchführung des Getreidebeschaffungsplanes sind die Dorfräte befugt, die strafrechtliche Verfolgung gemäß § 61 des Strafkodex zu beantragen.

3. Von den Strafgeldern und dem Versteigerungserlös sind 25 % den örtlichen Fonds für Kooperierung und Kollektivierung der Dorfarmut zuzuführen.

Eine Änderung des § 61 des Strafkodex durch ein anderes Dekret vom gleichen Tage gibt die Handhabe für die strafrechtliche Ahndung; unter Umständen kann Entziehung der Freiheit bis zu zwei Jahren unter Konfiskation des ganzen Eigentums und unter Zwangsaussiedlung verhängt werden.

Tatsächlich fanden Versteigerungen, Konfiskationen und Zwangsaussiedlungen in der Ukraine schon im Juni und Juli in großer Zahl statt, und nach dem Beispiel Sibiriens nehme ich an, daß dies Verfahren jetzt auch in der RSFSR. in breitem Umfang angewandt wird.

Wirtschaftlich bedeutet diese Neuerung den völligen Bruch mit der Getreidebeschaffungspolitik, wie sie sich seit Beginn der NEP. entwickelt hat. Vor dem 21. März 1921 Verpflichtung zur Ablieferung der (de facto) gesamten Überschüsse, seitdem Auferlegung zunächst einer Naturalsteuer, die einen bedeutenden Teil der Überschüsse der freien Verwertung im örtlichen Handel überließ, sodann Verwandlung der Naturalabgabe („prodna-log“) in eine Geldsteuer bei vollem Verfügungsrecht des Bauern über seine Erzeugung. Jetzt dagegen wird ein staatlicher Beschaffungsplan aufgestellt, der den Gebieten, Bezirken und Rayons ihr Pensum zuteilt; dieser Plan würde in der Luft schweben, wenn nicht der primäre Ablieferer, der Bauer, ihm unterworfen würde. Dies geschieht durch die „freiwillige“, in Wirklichkeit selbstverständlich von den Parteiorganen erzwungene „Selbstverpflichtung“ der Gemeinde, die die Verteilung des Ablieferungssolls auf die einzelnen Höfe vornimmt. Das bedeutet die Rückkehr zur Naturalsteuer und mehr noch: die Ablieferungspflicht ist so groß, daß im Durchschnitt der Union so ziemlich der gesamte Getreideüberschuß erfaßt werden dürfte (den sibirischen Mißerntebezirken sind große Lieferungen auferlegt worden, obgleich hier von Überschuß keine Rede sein kann); in Wirklichkeit kehrt daher das Beschaffungssystem der, Wirkung nach zu dem Zustand vor der NEP. zurück. Wenn sich die neue Me-

thode auf der ganzen Linie durchgesetzt hat, wird der freie Handel mit Getreide und Mehl auf einen sehr geringen Teil der Produktion zusammenschumpfen; um so trauriger wird die Lage aller derjenigen sein, die die Stiefkinder des staatlichen, Versorgungssystems sind.

In sozialer Hinsicht sind die neuen Bestimmungen eine furchtbare Waffe gegen die bäuerliche Oberschicht. Maßgebend für die Unterverteilung auf die einzelnen Wirte ist die in der Gemeinde politisch herrschende Klasse, die Dorfarmut, die sich leicht bereitfinden lassen wird, gemäß der Parteilosung und aus Klassenneid, im übrigen zur eigenen Entlastung den Kulak zu überbürden. Die Dorfarmut hat es jetzt in der Hand, den Kulak wirtschaftlich zu vernichten. Und was heißt „Kulak“? Der Kulak ist ja seit dem Winter auf 1928 größtenteils schon auf ein, ärmliches Niveau herabgedrückt worden; allerdings ist er wegen seiner Gesinnung verdächtig und unbequem, und daher kann die Neigung vorliegen, ihm den letzten Stoß zu geben, obgleich er nach der gesetzlichen Definition schon nicht mehr. Kulak ist; die neuen Bestimmungen sind anwendbar auch gegen den Nichtkulak; die Meute der Besitzlosen ist geneigt, auch geringeres Wild zur Strecke zu bringen — mit einem Wort: der Weg zur Nivellierung, zur Herabziehung aller auf die Stufe kümmerlicher Zwergwirtschaft ist wieder frei; das Ergebnis ist eine „Raskulatschwanije“ (Entkulakung), die noch viel umfassender und durchgreifender ist als zur Zeit des Kriegskommunismus, wobei das Odium jetzt nicht der Regierung oder der Partei, sondern der „frei beschließenden“ Dorfgemeinde zufällt.

So kommt die Partei mit einem Schläge zwei wichtigen Zielen näher: der Beseitigung der Getreidekrise und der Reifmachung des Dorfes für die Sozialisierung. Der innere Zusammenhang zwischen der Vernichtung des Kulaks und der Sozialisierung kommt drastisch in der Bestimmung zum Ausdruck, daß der vierte Teil der, Straf- und Versteigerungsgelder dem genossenschaftlichen Zusammenschluß der, Dorfarmut (vor allem der Kollektivierung) dienen soll.

*

Der Agrarsozialismus schreitet gigantisch vorwärts. Es wäre Vogel-Strauß-Politik, dies nicht anerkennen zu wollen. Es gilt dies sowohl für die Staatsbetriebe (insbesondere die Getreidegroßgüter, die vom Sernotrust verwaltet werden) wie auch für die Kollektive. Die Entwicklung geht viel schneller vor sich als im Fünf-Jahr-Plan vorgesehen ist. Hier in Sibirien und in anderen Gebieten, die noch dünn besiedelt sind, kommt die Landeinrichtung der Sozialisierung sehr zu Hilfe. Sie verfolgt vor allem das Ziel, auf Grund verkleinerter Landnormen (Landzuteilung je Esser) den Gemeinden Land abzuschneiden, um dieses den Staatsgütern oder Kollektiven zuzuweisen; die Landeinrichtung, die eigentlich vom Bauern als grundlegende Reform empfunden werden soll, erscheint daher zunächst als eine Beraubung, für die der Betroffene, insbesondere der Kulak, noch bezahlen muß (die erzieherische Wirkung der Bodenverringerung zu intensiver, rationeller Wirtschaft ist zunächst noch Zukunftsmusik). Es ist also nicht in vollem Umfang zutreffend, daß die Güter des Sernotrusts in der Hauptsache Neuland in Anspruch nehmen. Beispiele: das Gut Tscherepanowo (130 km südlich von Nowo-

sibirsk) umfaßt 50 000 ha, von denen 43 000 ha zu den angrenzenden Dörfern gehörten; das Gut Makuschino im Uralgebiet (Bezirk Ischim) ist durch Abschneidung von 73 000 ha aus bäuerlichem Besitz geschaffen worden; in elf Betrieben, die 1930 in Sibirien neu eingerichtet werden sollen, werden von einer Gesamtfläche von 520 000 ha nur etwa 25 % auf jungfräulichen Boden entfallen.

Bei aller Anerkennung der Bemühungen gut gedeihender Kommunen um die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder, um Schaffung von kulturellen Anstalten habe ich doch das Gefühl, daß es den abseits der Partei stehenden Bauern schon sehr schlecht gehen muß oder daß sie sich in ihrer Existenz sehr gefährdet fühlen müssen, ehe sie sich für die Kommune entschließen. Und die Massenbewegung zur Kommune ist eben daraus zu erklären, daß die Zahl derer, die nicht wissen, wie sie ihr Dasein fristen sollen, oder die einsehen, daß es mit ihrer Wirtschaft unaufhaltsam abwärts geht, heute im russischen Dorf ungeheuer groß ist. Durch die Erwürgung des Kulaks geht der Landarbeiter (Batrak) und der Armbauer des Rückhalts verlustig, den sie früher an der Lohnarbeiter beschäftigten und der Kleinwirtschaft aus helfenden Oberschicht hatten; der Steuerdruck wird auch von einem großen Teil der Mittelbauern schwer empfunden; dazu die fortgesetzte Beunruhigung der Wirtschaft durch die Änderungen des Landbesitzes infolge der Absonderung von Kollektiven, überdies in Sibirien und anderen Gebieten starke Verkleinerung des Landbesitzes zugunsten der Kollektive und Staatsgüter und neuerdings noch die Bedrohung der Existenz durch den oben besprochenen Getreidelieferungszwang. ... Hinzu kommt, daß die Wirtschaftsverfassung im Dorfe immer mehr Zwangscharakter annimmt und dadurch einen Übergang zur Kollektivierung schafft.

Ist aber erst eine Gemeinde von der Kollektivierungsbewegung erfaßt, so greift diese heute zwangsläufig um sich. Die Kollektive werden mit dem besten und günstigst gelegenen Lande ausgestattet. Die Zurückbleibenden sind benachteiligt, und bei weiterem Anhalten der Bewegung haben sie zu befürchten, gänzlich ins Hintertreffen zu kommen, und so ist es nicht unwahrscheinlich, daß vielerorts bald eine panikartige Flucht in die Kollektive einsetzen wird. Ebenso ist es durchaus erklärlich, daß nach den amtlichen Angaben neuerdings auch die Mittelbauern in größerer Zahl in die Kommunen eintreten; durchschnittlich wird es sich einstweilen noch um die ärmere Hälfte dieser Schicht handeln. Auch manche Großbauern streben in die Kollektive, um der wirtschaftlichen Vernichtung zu entgehen; zuweilen haben sie Kollektive unter sich gebildet, um steuerliche oder sonstige Vergünstigungen zu genießen, doch wird heute scharf geprüft, ob es sich nicht um „Pseudokollektive“ handelt; den Kulak will die Regierung als angeblich zersetzendes Element nicht in den Kollektiven dulden.

Die Kollektivierungsbewegung wird in allernächster Zukunft durch die inländische Massenproduktion von Traktoren sehr unterstützt werden. Der Bau der großen Traktorenfabrik in Stalingrad (Zarizin), für den 76,5 Millionen Rubel be-

Die Agrargesetze von 1928 und 1929 und ihre ersten Wirkungen

willigt sind, schreitet, wie ich mich vor kurzem überzeugen konnte, rüstig fort; bereits im Herbst 1930 soll die Fabrik fertig sein, um im ersten Jahre bei einer Schicht 10 000, bald aber bei zwei Schichten 40 000 Maschinen zu produzieren. Binnen kurzem wird der Bau einer ebenso großen Traktorenfabrik in Tscheljabinsk in Angriff genommen werden, während das Putilow-Werk in Leningrad seine Traktorenproduktion auf 20 000 erhöhen soll. Von kleineren Werken (insbesondere der Charkower Lokomotivenfabrik) abgesehen, hat also Rußland binnen kurzem jährlich 100 000 Traktoren eigener Erzeugung zu erwarten. Würden diese gänzlich in den Dienst der Landwirtschaft gestellt, so würde diese Produktion bei Annahme einer durchschnittlichen Jahresbearbeitung von 200 ha und einer jährlichen Abnutzung von 25 % in 8 Jahren für 120 Millionen ha — mehr als die heutige Saatchfläche der Union — ausreichen. Wenn auch die Wirklichkeit hiervon große Abstriche machen wird, so steht doch fest, falls keine unvorhergesehenen politischen Ereignisse eintreten: die Traktorenfabriken werden gebaut, und ebenso sicher schreitet die Kollektivierung fort.

ИЗВЕЩЕНИЕ

Гр-ну [REDACTED] село [REDACTED]

[REDACTED] сельсовета.

Раённый исполнительный комитет, на основании постановлений правительства и согласно решения граждан о выселении из сел сплошной коллективизации кулацких хозяйств, извещает вас, что вы назначены вместе с вашей семьёй к выселению из села [REDACTED] на новое место жительства.

Вам дается *29.03.1933* для подготовки к выселению семьи, при чём вы имеете право взять с собой: денег до 500 рублей, продовольствия на 2 месяца, домашнюю утварь, ремесленные инструменты, одежду—зимнюю и летнюю, а также бельё. Но всего разрешается взять груза не свыше 30 пудов.

Более подробно вам разъяснит уполномоченный РИК'а тов. [REDACTED] по указанию которого, вы должны быть готовы с семьёй и упакованными вещами к *29* марта, когда вам будут поданы лошади под груз и семью.

Первый путь вашего следования—в распоряжение РИК'а.

Вы предупреждаетесь о всех последствиях неподготовленности, попыток к бегству или попыток неподчинения сельсовету и уполномоченного РИК'а, а также и о том, что, в случае вашего бегства, будет выселена ваша семья.

Председатель [REDACTED] РИК'а [REDACTED]

Verschickungsbefehl vom 28. März 1930 an eine deutsche Bauernfamilie.

(Aus dem Russischen übersetzt.)

Nummer . . .

Benachrichtigung.

An den Bürger A. B. dos Dorfes C des Deutschen Dorfrats.

Das Rayon-Vollzugskomitee, auf Grund der Anordnung der Regierung und im Einverständnis mit dem Beschluß der Bürger über die Aussiedlung kulakischer Wirtschaften aus den Dorfern der völligen Kollektivierung, benachrichtigt Sie, daß Sie mit Ihrer Familie zur Aussiedlung aus dem Dorfe C an einen neuen Wohnort bestimmt sind.

Zur Vorbereitung auf die Aussiedlung der Familie wird Ihnen eine eintägige Frist gewährt, wobei Sie das Recht haben, Geld bis zu 500 Rubel mitzunehmen, ferner Verpflegung auf 2 Monate, Hausgeräte, Handwerkszeug, Winter- und Sommeranzug und Wäsche. Im ganzen darf jedoch das Gepäck 30 Pud nicht überschreiten.

Näheres wird Ihnen der Bevollmächtigte des Rayon-Vollzugskomitees, Genosse N. N., erklären, nach dessen Anweisung Sie mit der Familie und den gepackten Sachen am 29. März um 9 Uhr fertig sein müssen, zu welcher Stunde, Pferde für Ihre Fracht und Familie bereit stehen werden.

Sie werden verwahrt bezüglich aller Folgen der Nichtvorbereitung, etwaiger Fluchtversuche oder der Versuche des Ungehorsams gegen den Dorfrat und den Bevollmächtigten des R.V.K., und auch insofern, daß im Falle Ihrer Flucht Ihre Familie ausgesiedelt werden wird.

Der Vorsitzende des . . . R.V.K.

III.

Die Katastrophe

Die *eigentliche Katastrophe* begann im Herbst 1929 mit über- großen Getreideauflagen, deren Nichtleistung die wirtschaftliche Vernichtung zur Folge hatte. Diese Aktion führte zu der massenhaften Flucht deutscher Kolonisten nach Moskau. Am 27. Dezember erklärte Stalin auf der Konferenz der Agrar-Marxisten, die Kollektivwirtschaft habe inzwischen solche Fortschritte gemacht, daß der Kulak nunmehr entbehrlich geworden sei, und so forderte er jetzt die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“. Gemäß dieser Forderung wurde nunmehr auf jeden scheinbaren Rechtsgrund verzichtet, sondern es wurde einfach — im angeblichen Einvernehmen mit der Mehrzahl der Gemeindemitglieder — die Aussiedlung und Verschickung der „Kulakbauern“ nebst ihren Familien angeordnet (vgl. den vorstehenden Abdruck mit Übersetzung eines Verschickungsbefehls, wie er nach gleichem Vordruck zu Zehntausenden, vielleicht zu Hunderttausenden ausgeführt wurde).

a) Massenflucht deutscher Bauern nach Moskau

Anfang Oktober 1929 aus Sibirien nach Moskau zurückgekehrt, hörte ich auf der Botschaft, daß viele deutsche Bauern sich in den Vororten Moskaus angesammelt hätten und mit Hilfe der Botschaft die Erlaubnis zur Auswanderung zu erlangen hofften. Ich suchte die Leute am 11. Oktober auf und blieb ständig mit ihnen in Verbindung als einziges und in erster Linie dazu berufenes Mitglied der Botschaft. Vertreter der Flüchtlinge besuchten mich täglich in meinem Geschäftszimmer; oft fuhr ich in ihre Asylorte hinaus, wo sich regelmäßig Hunderte um mich sammelten. Ich sah meine Aufgabe darin, diese in Not und Angst lebenden Leute über die Auswanderungsaussichten zu unterrichten und, als immer neue Tausende ankamen, auf das Dringendste vor weiterem Zuzug zu warnen. Es bestand die Gefahr, daß sich damals Hunderttausende in Bewegung setzten. Die Botschaft wurde von mir über die Flüchtlinge fortlaufend mündlich oder durch schriftliche Aufzeichnungen informiert.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 11. Oktober 1929

Der Druck, der im Zusammenhang mit der Kollektivierungspolitik und der Getreidekrise seit dem Winter 1927/28 gegen die bäuerliche Einzelwirtschaft ausgeübt wird und in wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Hinsicht für die.

deutschen Bauern besonders empfindlich ist und zwar so empfindlich, daß die große Mehrzahl von ihnen ohne Unterschied des Bekenntnisses und der sozialen Klasse von dem heißen Wunsche beseelt ist, baldigst auswandern zu können, hat in Sibirien die Grenze des Erträglichen nunmehr überschritten. Tausende deutscher Flüchtlinge haben sich bereits in den Vororten Moskaus angesammelt, um hier entweder die Auswanderungserlaubnis zu erlangen oder zu verhungern, und Tausende werden ihnen in allernächster Zeit folgen. Besonders ergriffen ist von der Bewegung der Bezirk Slawgorod, der bei der im Dezember 1926 vorgenommenen Volkszählung eine deutschsprechende Landbevölkerung von 30512 Personen zählte; etwa die Hälfte mag in dem „Deutschen Rayon“ dieses Bezirks (Verwaltungszentrum Halbstadt) zusammengeballt sein. Jedoch finden sich bei Moskau auch Abwanderer aus anderen Gegenden, z. B. aus den sibirischen Bezirken Omsk und Nowosibirsk, aus Pawlodar in Kasachstan, aus Orenburg, aus der Krim und aus den Bezirken Stawropol und Armawir im Nordkaukasus-Gebiet.

Begonnen haben mit der Abwanderung die Mennoniten, die bisher das Gros der sibirischen Flüchtlinge bilden und aus denen sich die Abwanderer aus nicht-sibirischen Bezirken wohl ausschließlich zusammensetzen. Die Mennoniten leiden unter der Bedrückung der Religion besonders schwer, und sie sind in der Lage, sich auf leistungsfähige Hilfsorganisationen ihrer Glaubensbrüder in Kanada zu stützen. Durch ihr Beispiel veranlaßt, hat in den letzten Wochen auch eine Abwanderung von lutherischen und katholischen deutschen Kolonisten aus Sibirien eingesetzt.

Als Unterkunft haben die Flüchtlinge die Datschenvororte Moskaus an der von Sibirien über Jaroslawl herführenden Bahnlinie gewählt, wo sie leere Sommerwohnungen gemietet haben; sie verteilen sich auf die Orte Perlowka bis Puschino, 16 bis 30 km von Moskau. Besonders viele wohnen in Perlowka und Kljasma. Diese beiden Orte suchte ich heute auf in Gemeinschaft mit zwei deutschen Korrespondenten („Kölnische Zeitung“ und „Hamburger Fremdenblatt“) sowie drei amerikanischen Journalisten (International News Service, Christian Science Monitor und Chicago Daily News).

An Mennoniten, die ursprünglich größtenteils aus West- und Ostpreußen stammen, sind bisher etwa 800 Familien angelangt, die ungefähr 4500 Seelen zählen; an lutherischen Familien sind etwa 60, an katholischen etwa 40 Familien vorhanden. Täglich aber kommt neuer Zuzug; beispielsweise trafen mit dem heutigen Postzuge aus Sibirien 17 mennonitische und 9 lutherische Familien ein — ein entsetzlich trauriges Bild, wie diese tüchtigen deutschen Menschen, die noch vor 2 Jahren eine sichere Existenz zu haben glaubten, nun mit ihren Kindern im Kreise um ihre Säcke und Decken standen in völliger Ungewißheit darüber, was jetzt mit ihnen werden wird. Teilweise stammen die heutigen lutherischen Ankömmlinge aus dem im Bezirk Slawgorod gelegenen Dorfe Podssossnowa, wo von den dort bisher ansässig gewesenen 320 Familien noch viele andere ihre Wirtschaft bereits aufgelöst haben, um gleichfalls in nächster Zeit hierherzukommen.

Die Gründe, die zu diesem Verzweigungsschritt getrieben haben, sind überall dieselben. 1928 galt der Kampf der Regierung nur der eigentlichen Oberschicht

des Bauernstandes, dem Kulak, der aber damals noch hoffen konnte, wenigstens als Mittel- oder Kleinbauer weiterzubestehen. 1929 wurden sehr viel brutalere Methoden ersonnen. Ein gewisser, zunächst noch nicht großer Teil der Oberschicht verfiel zu Ausgang des Winters und im Frühjahr der zwangsmäßigen Aussiedlung als angebliche Angehörige des früheren Gutsbesitzerstandes. Das eigentliche Verhängnis brachte aber im Sommer die neue Methode der Auferlegung von Getreidelieferungen. Die Gemeinden wurden veranlaßt, „freiwillig“ hohe Lieferungen zu beschließen, mit denen die Wirtschaften bis zu den schwachen Mittelbauern herab belegt wurden. Obgleich schon in der vorhergehenden Zeit große Lieferungen erfolgt waren, sollten nun als „überschüssiges“ Getreide Mengen abgegeben werden, die bei vielen überhaupt nicht vorhanden waren. Die Ablieferung halte binnen kürzester Frist zu erfolgen; viele sahen sich genötigt, Pferd und Kuh zu verkaufen, um Getreide zu 5 bis 7 Rubel je Pud zu erstehen und es für 1,10 Rubel abzugeben; in manchen Gegenden war Getreide überhaupt nicht käuflich aufzutreiben. Wer der Pflicht nicht genügte, wurde zur Strafe mit dem fünf-fachen Geldwert belegt und mußte sich gefallen lassen, daß ihm die Gebäude, lebendes und totes Wirtschaftsinventar sowie der Hausrat zwangsweise versteigert wurden; er zog als Bettler ab, sofern er nicht noch ins Gefängnis gesetzt wurde. Den Vorteil aus dieser Wirtschaftszerstörung hatten in der Regel benachbarte Kollektive, die oft die einzigen waren, die bei den Versteigerungen boten, während die Einzelbauern sich aus Scham oder Furcht zurückhielten. Es ist vorgekommen, wie mir heute ein Kolonist aus der Krim versicherte, daß ein Pferd für 60 Kop. versteigert wurde.

In Sibirien ist nun die Lage noch sehr durch die Mißernte verschärft worden, von der die südlichen Teile des Ob-Irtysch-Beckens betroffen sind. In den von Deutschen besiedelten Teilen des Bezirkes Slawgorod scheint die diesjährige Getreideernte im Durchschnitt kaum 15 Pud vom Hektar (1,2 Zentner vom Morgen) zu betragen. Durchschnittlich hat die Wirtschaft kaum über 10 ha besät. Obgleich die Bauern größtenteils nicht genügend Brotgetreide für sich selbst haben und eher eine Hilfe gegen Hungersnot von der Regierung erwarten sollten, wurden ihnen auch jetzt wieder nach der Methode des Sommers große Lieferungen auferlegt. Beispielsweise wurde mir folgende glaubwürdige Angabe gemacht: der Bezirk eines deutschen Dorfrats, zu dem 4 kleine Bodengemeinden mit zusammen etwa 200 Höfen gehören, hat 34000 Pud Getreide als „Überschuß“ aufzubringen, obgleich durchschnittlich kaum 10 Pud vom Hektar, im ganzen wohl nicht viel mehr als 20000 Pud, geerntet worden sind. Ein einzelner Bauer aus der Gegend von Omsk, der 11 ha besäte (gegen 21 ha im vorigen Jahre) und im ganzen 80 Pud geerntet hat, sollte 65 Pud abliefern. Für Sibirien im allgemeinen ist dies Mißverhältnis zwischen Ernte und Getreideaufgabe ja bereits in einem der letzten Berichte des Konsulats Nowosibirsk festgestellt worden. Ein großer Teil der Bauern ist durch die Anbauverträge („Kontraktazija“) in eine besondere Zwangslage, die als Schuldknechtschaft zu bezeichnen ist, versetzt worden. Auf den in Form von Saatgut oder Geld empfangenen Vorschuß müssen sie Getreide im Werte einer vertragsmäßig ausbedungenen Summe abliefern, und davon wird trotz der Miß-

ernte nichts abgelassen. (Mit dem Saatgut sind viele von der Behörde abhängig; sie wurden gezwungen, auch ihr selbsterzeugtes Saatgetreide zum Preise von 1,10 Rubel je Pud abzuliefern, das für den Staat im Dorf eingelagert wurde, um es den Bauern später vorschußweise oder gegen bar für 1,60 Rubel zurückzuvverkaufen.) Zu alledem die Eintreibung der Steuer, der „Ssamooobloshenije“ (Selbstbesteuerung) und der Industrianleihe!

Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit wissen die Bauern, daß der Staat erbarmungslos über ihre Existenz hinwegschreitet, um den Agrarsozialismus aufzubauen. An Ort und Stelle winkt ihnen nur die Alternative: dem völligen Ruin entgegenzugehen, was in den sibirischen Mißerntegebieten für viele mit dem Hungertode gleichbedeutend ist, oder die Rettung im Kollektiv, in der Kommune zu suchen. Gegen diesen Ausweg sträubt sich aber die große Mehrzahl — man darf wohl sagen: 95 % — mit fester Entschlossenheit. Wirtschaftlich haben sie zu der Leistungsfähigkeit der Kollektive kein Vertrauen; sozial bedeutet der Eintritt in das Kollektiv für sie die Aufgabe nicht nur der Selbständigkeit, sondern auch der Freiheit; der Bauer wird zum Knecht, und da er nur als Bettler wieder ausscheiden kann (wie die Kolonisten meinen), so ist es eine Art von Leibeigenschaft, die er auf sich nimmt. Zudem wird in der Kommune nur die atheistische Weltanschauung geduldet, die Kinder werden dem Einfluß der Eltern entzogen, die deutschen Mütter sprechen mit Entsetzen von dem freien Verkehr der Geschlechter. Übrigens würde vielen der Eintritt in die Kommune gar nicht offenstehen; insbesondere gilt dies für die als Kulak gebrandmarkte Oberschicht; nicht selten kommt es in russischen Kommunen vor, daß Mitglieder nachträglich als Kulaken oder als religiös unter Zurückhaltung ihres eingebrachten Gutes ausgestoßen werden.

So ist es durchaus verständlich, wenn die deutschen Bauern, statt in Sibirien dem sicheren Ruin und großenteils auch der physischen Vernichtung entgegenzugehen, es vorziehen, sich von Haus und Hof zu trennen und nach der Hauptstadt zu flüchten, um die Regierung vor die Tatsache ihrer katastrophalen Lage zu stellen und sie so zur Erteilung der Auswanderungserlaubnis zu bewegen. Gelingt es nicht, so sind sie von dem Bewußtsein erfüllt, daß ihnen hier nichts Schlimmeres droht als in Sibirien, nur mit dem Unterschied, daß dort niemand von ihrem Untergang Notiz nehmen würde. Die Leute sind von bewundernswerter Tapferkeit; auch kinderreiche Mütter, die schon seit Wochen hier im Elend liegen, erklärten mir in allen Fällen, daß sie ihre Fahrt hierher nicht bereuen; alle sind entschlossen, sich keinesfalls mit Zwang zurückschicken zu lassen (womit angeblich schon gedroht werden soll). Es herrscht das Gefühl der Befriedigung, daß man sich zeitig genug zur Auflösung der Wirtschaft entschlossen hat, um noch die erforderlichen Mittel zur Reise und zum Lebensunterhalt für einige Wochen oder Monate aus dem Verkauf des Inventars herauszuschlagen zu können. Wer länger bleibt, hat zu befürchten, daß immer neue Forderungen an ihn gestellt werden, vor allem, daß er die Getreidelieferung infolge eigenen Verzehrs nicht leisten kann, während die Abgewanderten die Lieferung unter Verzicht auf ihren eigenen Brotbedarf ermöglichen. Wer seine Verpflichtungen an Getreideabgabe und Steuern und aus Darlehen nicht erfüllt, wird nicht fortgelassen. So ist eine ganze Gemeinde am

Abwandern verhindert, weil sie durch Belieferung mit einem Traktor in Schulden steckt.

Im allgemeinen ist die Liquidation der alten Wirtschaft zu sehr ungünstigen Preisen erfolgt; die Häuser haben regelmäßig nicht verkauft werden können; dasselbe trifft vielfach für das Hausmobiliar zu. Oft sind die Häuser nahen Verwandten überlassen worden, oft aber ließ man sie herrenlos zurück. Ein kleiner Teil der geflüchteten Familien ist fast mittellos, während die meisten wohl einige hundert Rubel besitzen; einzelne, die schon vor Monaten verkauften, verfügen über Tausende. Durchschnittlich wird der Barbesitz auf etwa 250 Rubel für die Familie angegeben.

Aber von Tag zu Tag schrumpfen diese Mittel zusammen. Die Unterkunft ist teuer und dabei jämmerlich eng. Für ein kleines Stübchen (oft nur 3 1/2 m im Geviert) müssen 25 bis 35 Rubel monatlich bezahlt werden; es liegen darin nicht selten Familien von 10 und mehr Mitgliedern; mitunter teilen sich auch zwei Familien in einen kleinen Raum. Krankheiten beginnen bereits; in Perlowka sind einige Kinder an Masern gestorben; ein Mann, der von der weinenden Frau im Bette aufrechterhalten wurde, war im Begriff, wegen schwerer rheumatischer Affektion in ein Krankenhaus gebracht zu werden. Ein Teil der Wohnungen ist nicht heizbar, dabei steht der Winter vor der Tür, und der Kubikfaden Holz kostet 80 Rubel. Milch für die Kinder ist schwer zu haben, und wenn sie erlangbar ist, so kostet sie trotz nicht guter Qualität 34 Kopeken das Liter; Eier kosten 11 Kop. das Stück. Fleisch ist überhaupt kaum erhältlich. Brotbezugsbücher werden trotz des gesetzlichen Anspruchs den Neuankömmlingen seit gestern verweigert, und den bisherigen Zuzüglern wird die Wiederabnahme angedroht; für Schwarzbrot, von dem übrigens auf Karte nur 300 g je Tag ausgegeben werden, müssen dann 40 statt 12 Kop. bezahlt werden. Günstig ist einstweilen noch der Kartoffelpreis (1 Rubel je Pud), doch wird der Winter darin bald eine Verschlechterung bringen. Alles in allem genommen wird bald bedrohliche Not herrschen.

Auf Ansiedlung in Deutschland hofft niemand. In der Tat ist ja die Aussicht darauf sehr gering, daß auch nur ein Teil dieser kernigen, fleißigen und durchschnittlich intelligenten Leute der alten deutschen Heimat zurückgewonnen werden könnte. Das Ziel ist Kanada; die Überfahrt soll durch die „Rußkapa“ (Russisch-Kanadisch-Amerikanisch-Passagier-Agentur A.G.) über Leningrad und Hamburg erfolgen. Den Mennoniten fehlt nur der Auslandspaß; alsdann stehen der Überfahrt und der Ansiedlung in Kanada keine Hindernisse mehr im Wege; sie haben drüben die gewährten Vorschüsse abzuarbeiten. Für die Kolonisten (Lutheraner und Katholiken) liegen die Bedingungen weniger günstig; allerdings gibt es auch für sie drüben landsmannschaftliche Hilfsorganisationen, so die „Aid“ in Winnipeg, doch wohl bei weitem nicht so leistungsfähig. Doch glauben auch sie, daß von drüben die erforderliche Finanzierung erfolgen wird.

Alles hängt von der Gewährung und zwar baldigen Gewährung der Ausreiseerlaubnis ab. Man hat sich nacheinander an das Verwaltungsamt des Moskauer Gebietes, dann an den Wzik (Zentrales Vollzugskomitee der RSFSR.) und schließlich an den Zik (Zentrales Vollzugskomitee der UdSSR.) gewandt, persönlich auch

an Smidowitsch, Leiter des Ressorts der nationalen Minderheiten im Zik sowie an den Sekretär des Zik Jenukidse. Man hat Briefe geschrieben an Maxim Gorkij, an Frau Krupskaja (Witwe Lenins) u. a. Es heißt aber, daß 1929 keine weitere Ausreise gestattet werden soll. Im August wurden noch 60 Mennonitenfamilien hinausgelassen. Vielleicht befürchtet die Regierung angesichts der jetzigen Bewegung, daß weitere Erlaubnis ein sofortiges Anschwellen auf Zehntausende zur Folge haben würde. Die Verweigerung der Pässe führt aber, wenn Hilfe ausbleibt, unausweichlich zu einer Katastrophe.

Wichtig ist auch angesichts der geringen Mittel der Flüchtlinge, daß für die Pässe keine hohe Gebühr gefordert werde. Einschließlich der 10 % Abgabe für das Rote Kreuz müssen nach den geltenden Bestimmungen Kulaken (trotz ihrer Verarmung) für sich und jedes über 16 Jahre alte Familienmitglied 330 Rubel zahlen, Mittelbauern 220 oder 110 Rubel, Armbauern 50 Rubel, Mitglieder von Gewerkschaften 5 Rubel.

Da sehr mit der Gefahr zu rechnen ist, daß die russische Regierung mit der Gewährung der Pässe noch längere Zeit zurückhält, so wird m. E. vom Ausland dafür Sorge zu tragen sein, daß die Opfer der russischen Sozialisierungspolitik nicht tatsächlich dem Hungertode und vorhergehenden Epidemien anheimfallen. Die in diesem Frühjahr für die deutschen Kolonien der südkrainischen Mißernte-Bezirke in Erwägung gezogene Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes habe ich für keine dringende Notwendigkeit gehalten; im vorliegenden Falle liegen aber die Verhältnisse ganz anders. Diese 5000—6000 Menschen, zu denen höchstwahrscheinlich in den nächsten Wochen weitere Tausende hinzukommen werden, sind lediglich auf ihre geringen Barmittel angewiesen, die bald durch den Bedarf an Heizmitteln noch schneller zusammenschmelzen werden; Hilfe von russischer Seite haben sie schwerlich zu erwarten. Ein Angebot der Hilfe des Roten Kreuzes ist daher jetzt unbedingt angezeigt, und zwar nicht nur für die hiesigen Flüchtlinge, sondern auch für den Hauptherd der Abwanderung, für den Bezirk Slawgorod. Vielleicht ist es möglich, auch die Vereinigten Staaten und Kanada für eine Hilfsaktion wenigstens zugunsten der bei Moskau lagernden Deutschen zu interessieren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die russische Regierung, wenn sie erfährt, daß das Ausland diesem Elend nicht müßig zusehen will, doch eher die Auswanderungserlaubnis erteilen wird.

***Schreiben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,
betreffend Ansiedlung von Flüchtlingen im Deutschen Reich***

Moskau, den 13. Oktober 1929

Einer Anregung unseres augenblicklichen Geschäftsträgers, des Herrn Botschaftsrates von Twardowski folgend, nehme ich mir die Freiheit, mich mit einem Privatschreiben an Sie zu wenden. Im Frühjahr hatte ich die Ehre, Ihnen über die unglückliche Lage der deutschen Kolonisten in den kurz vorher von mir besuchten Bezirken Südrußlands vorzutragen. Als ich berichtete, daß die große Mehrzahl der Kolonisten lieber heute als morgen auswandern möchte, äußerten Sie, daß diese Leute mit ihrer Zähigkeit und ihrer Anspruchslosigkeit — besonders bezüg-

lich der Gebäude — ein sehr geeignetes Siedlermaterial für Ostpreußen sein würden. Inzwischen ist nun für viele die Lage katastrophal geworden, besonders in gewissen Teilen Sibiriens, wo die Regierung trotz der Mißernte den Bauein und vor allem den als relativ leistungsfähigst geltenden deutschen Kolonisten eine überaus große Getreidelieferung abverlangt. Die Leute sehen ein, daß es keine Rettung vor dem völligen Ruin gibt und daß viele von ihnen Hungers sterben müssen, wenn sie in ihren Dörfern bleiben. Zu Schleuderpreisen verkaufen sie daher Vieh und Geräte, um die Reise nach Moskau zu ermöglichen; sie hoffen, daß es ihnen hier gelingt, die ihnen bisher verweigerte Auswanderungserlaubnis zu erlangen. Über 5000 Deutsche haben sich schon in den Vororten Moskaus angesammelt; jeder Tag bringt neuen Zuzug. Ich habe die Verhältnisse in der anliegenden Aufzeichnung, die von der Botschaft an das Auswärtige Amt weitergeleitet wird, näher geschildert. Auf Ansiedlung in Deutschland hoffen die Leute nicht, da sie darüber aufgeklärt sind, in wie bedrängter Lage sich die alte Heimat selbst befindet. Ihr gemeinsames Ziel ist Kanada, an dem die das Gros der Flüchtlinge darstellenden Mennoniten angesichts ihrer dortigen starken Hilfsorganisation unbedingt festhalten werden; die lutherischen und katholischen Kolonisten würden sich dagegen teilweise sehr gern für Deutschland entschließen, wenn sie nur Aussicht hätten, dort eine neue Existenz begründen zu dürfen.

Ehe uns diese wertvollen Elemente durch die transozeanische Übersiedlung endgültig verlorengehen, möchte ich mit der Bitte an Sie, hochgeehrter Herr Minister, herantreten, doch noch in Erwägung zu ziehen, ob nicht mit der Ansiedlung einiger Hunderte dieser Flüchtlingsfamilien in Ostpreußen oder auf Ödland der Versuch gemacht werden sollte, über den Fleiß, die Zähigkeit und Anspruchslosigkeit der deutschen Kolonisten ist kein Wort zu verlieren; sie zeichnen sich auch durch Intelligenz aus, worüber die deutschen und amerikanischen Journalisten, die gemeinsam mit mir die augenblicklichen Asyle der Abgewanderten besuchten, nicht wenig überrascht waren. Diese Bauern haben unter den schwierigen Bedingungen Sibiriens gezeigt, daß sie zu wirtschaften verstehen.

Mir ist bekannt, daß die inneren Ressorts der deutschen Regierung teilweise wenig Zutrauen zu der Eignung der deutschen Kolonisten haben; es ist dies wohl auf ungünstige Erfahrungen zurückzuführen, die in der unnormalen Zeit unmittelbar nach dem Kriege mit schlecht ausgewählten Leuten gemacht worden sind. Die deutschen Kolonisten sind gebietsweise von verschiedener Qualität, man muß daher zwischen ihnen unterscheiden. Weitaus die umfangreichsten und zwar im großen und ganzen günstige Erfahrungen hat in der Vorkriegszeit mit der Ansetzung der Deutschrussen als Landarbeiter oder als Bauern der Fürsorgevereine für deutsche Rückwanderer gemacht.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 18. Oktober 1929

Gestern besuchte ich in Gemeinschaft mit Herrn Prof. Dr. Hoetzsch und Herrn Prof. Dr. Zeiß die in Kljasma liegenden deutschen Flüchtlinge. Auf Grund meiner

dortigen Erkundigungen und der Aussagen von Kolonisten, die in diesen Tagen die Botschaft besuchten, möchte ich zu meiner Aufzeichnung vom 11. d. M. folgendes nachtragen.

Die Zahl der Flüchtlinge schwillt täglich an; an mennonitischen Familien sollen bereits über 900 vor Moskau liegen; über die Zahl der lutherischen und katholischen Flüchtlinge besteht infolge jeglichen Fehlens von Organisation und der weitverstreuten Wohnlage kein Überblick; jedenfalls ist auch sie inzwischen bedeutend gewachsen, — gestern z. B. kamen 23 Familien aus dem „Deutschen Rayon“ des Bezirks Slawgorod an. Die Gesamtmenge dürfte die Ziffer 5000 schon erheblich übersteigen.

Ebenso ist die Notlage im Zunehmen. Die Leute pferchen sich, um nicht zu hohe Miete zu zahlen, in entsetzlich engen Quartieren zusammen; so trafen wir gestern 3 Landarbeiterfamilien mit zusammen 25 Seelen an, die sich in einen 2,5X3 m großen Raum und in eine halb so große Küche teilen; sie mußten diese Unterkunft (wie manche andere) für 7 Monate mieten und sich zur Zahlung von 250 Rubel verpflichten, wovon die erste Rate mit 75 Rubel bezahlt ist.

Die gesundheitlichen Verhältnisse scheinen augenblicklich im allgemeinen noch günstig zu sein; nach dem Urteil von Dr. Zeiß ist aber schon für nahe Zukunft mit der Gefahr des Ausbruches ansteckender Krankheiten zu rechnen. Ein stark fieberndes Kind wurde von Dr. Zeiß als typhusverdächtig bezeichnet. In den von uns besuchten Familien befanden sich mehrere Frauen im Zustand vorgerückter Schwangerschaft. Der in den letzten Tagen erfolgte Eintritt kalter, regnerischer Witterung macht die Lage noch kritischer; ein älterer Mennonit drückte mir die Besorgnis aus, daß in 14 Tagen die ersten Begräbnisse stattfinden würden. Die schleunigste Einsetzung einer Hilfsaktion ist jedenfalls auf das dringendste geboten.

Die russischen Behörden haben ihr Interesse für die Kolonisten nunmehr in verschiedener Weise bekundet. Nach dem ersten Besuch, den ich mit deutschen und amerikanischen Journalisten ausführte, wurden in der Nacht (z. B. um 1 Uhr) manche Familien von der Miliz geweckt, die nach den Namen der Führer fragte; es wurde aber einmütig geantwortet, daß jeder auf eigene Faust gefahren sei. Sodann sind hier und da die Wohnungsverhältnisse von der Miliz festgestellt worden. Sehr beunruhigt sind die Flüchtlinge dadurch, daß täglich Studenten aus Moskau erscheinen (gestern z. B. 8), die ihnen aufs dringendste zureden, nach Slawgorod auf Kosten der Regierung zurückzufahren, wobei Drohungen für den Fall der Verweigerung eingestreut werden.

Im Bezirk Slawgorod werden nach Angabe der Neuankömmlinge den Abwanderungslustigen immer größere Hindernisse in den Weg gelegt; es scheint häufig vorzukommen, daß die Leute, wenn sie nur das Reisegeld zusammen haben, bei Nachtzeit flüchten, um nur der dortigen furchtbaren Lage zu entrinnen. Einzelne, die mit der Getreideaufgabe oder Steuer im Rückstand waren, sind von der Miliz wieder eingeholt und ins Gefängnis gesteckt worden. Ein großer Teil der dort noch befindlichen Bauern hat die Wirtschaft bereits aufgelöst; ich sprach z. B. mit einem Abgesandten von 3 lutherischen Dörfern, in denen von im ganzen

etwa 150 Wirtschaften ungefähr die Hälfte liquidiert hat; ein anderer Abgesandter vertritt 2 katholische Dörfer, wo im ganzen 75 Wirtschaften vorhanden waren, von denen gleichfalls die Hälfte liquidiert hat. Alle diese entwurzelten Familien haben einen Vorrat von Lebensmitteln zurückbehalten, der etwa für 3—4 Wochen ausreicht. Eine Hungerkatastrophe für Tausende bereitet sich auch dort vor, wenn Hilfe ausbleibt.

Das Zentrum der Abwanderer ist nach wie vor der Bezirk Slawgorod, jedoch sind auch aus anderen Gebieten vereinzelt Familien hinzugekommen; zum ersten Male traf ich gestern Kolonisten aus der Ukraine (Jekaterinoslaw) an; auf der Botschaft haben auch einzelne Wolga-Kolonisten vorgesprochen.

Die Frage der Paßgewährung für die entwurzelten Kolonisten ist von ungeheurer Tragweite. Nach der Volkszählung von Ende 1926 betrug die Zahl der Deutschen in der UdSSR. 1238 549; auf die Landbevölkerung entfielen hier von mindestens 1,1 Mill. Wenn man vielleicht augenblicklich noch annehmen will, daß von den Wolga-Kolonisten und einigen kleineren Kontingenten (z. B. Transkaukasien) etwa die Hälfte es vorziehen würde, in Rußland zu bleiben, so ist doch damit zu rechnen, daß 700—800 000 so schnell wie möglich auszuwandern wünschen.

Die Bewegung im Bezirk Slawgorod hat auch auf die russischen Bauern übergriffen. Viele sollen durch das Altai-Gebirge in die Mongolei geflüchtet sein, jetzt aber beginnen sie sich dem deutschen Zuge nach Moskau anzuschließen, um nach Amerika auszuwandern. Ein Abgesandter von diesen „Amerikanzy“, wie sie sich antizipierend nennen, erschien heute bei mir; ich erklärte ihm, daß die deutsche Botschaft nicht befugt sei, sich seiner anzunehmen, und verwies ihn wegen der Frage der Auswanderung nach Kanada an die mit Wahrnehmung der englischen Interessen beauftragte norwegische Gesandtschaft; ehe er ging, erzählte er mir, daß die russischen Bauern überall, wo auch immer er mit ihnen auf der Reise von Sibirien hierher gesprochen habe, in den Zustand der Mutlosigkeit oder gar Verzweiflung versetzt worden seien; viele seien auf dem Wege nach Moskau; Ein deutscher Ingenieur, der sich jetzt längere Zeit in Sibirien aufgehalten und durch seine dortige Tätigkeit viel Gelegenheit zu vertraulicher Unterhaltung mit der einheimischen Bevölkerung gehabt hat, erzählte mir heute, daß auch in den östlicheren Teilen des Sibirischen Gaus die Bauern furchtbar gedrückt werden; Erschießung wegen Nichtablieferung von Getreide und Selbstmorde wegen Nichtablieferkönnens sollen häufig vorkommen. Letztere Nachricht möchte ich für übertrieben halten; sie ist aber dafür bezeichnend, wie die Fama die Lage im Dorfe beurteilt.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 28. Oktober 1929

Gestern besuchte ich mit Herrn Metzger in Begleitung der Herren Vertreter der Kölnischen Zeitung und des Ullstein-Verlages die deutschen Flüchtlinge in Kljasma und Perlowka. Auch in den letzten Tagen ist ein starker Zuzug erfolgt. Nach An-

gab eines Vertrauensmannes wurden vor vier Tagen 941 mennonitische Familien festgestellt; jetzt soll die Zahl schon 1030 betragen; jedenfalls dürfte die Zahl der Mennoniten jetzt schon 5000 überschreiten. Stark ist auch der Zuwachs an Lutheranern und Katholiken; die Zahl dieser Familien dürfte über 200 (rund 1000 Seelen) bereits erheblich hinausgehen. Die Abwanderung aus der Krim nimmt zu; vorgestern kam von dort ein ganzer Waggon mit Flüchtlingen an. Auch aus Orenburg, wo eine Mißernte eingetreten ist, sind neue Flüchtlinge angelangt; auch sprach ich mit Flüchtlingen aus dem Bezirk Ufa und aus der Gegend von Aulie Ata (Usbekistan). Ein Abgesandter aus Ustj-Kamenogorsk (Kasachstan) erklärte, daß aus dem genannten Bezirk rund 1000 Familien auszuwandern entschlossen sind; die Ernte ist dort befriedigend ausgefallen, es werden aber auch dort den Bauern übergroße Getreidelieferungen auferlegt, bei deren Nichterfüllung die Leute von Haus und Hofverjagt werden; in einer Gemeinde, die 100 Familien zähle, sei bereits die Hälfte vertrieben worden; es geschehe dies, um die Bauern in die in Bildung begriffene Großkommune hineinzuzwingen.

Nach Mitteilungen aus den verschiedensten Gegenden ist die Regierung bestrebt, weitere Abwanderung zu verhindern. Das Maß der Getreideaufgabe wird noch weiter gesteigert, so daß die Leute das Reisegeld nicht mehr aufbringen können oder wegen Nichterfüllung ihrer Verpflichtung die zur Abwanderung erforderliche Bescheinigung nicht erlangen können. Es wird auch immer mehr die Regel, daß diejenigen, deren Geldstrafe (meistens in fünffachem Betrage des Geldwertes der rückständigen Getreidelieferungen) durch die Zwangsversteigerung der Wirtschaft nicht gedeckt wird, ins Gefängnis geworfen werden. In der Krim und Ukraine ist es mehrfach vorgekommen, daß die örtliche Behörde durch Drohung mit sofortigem Erschießen die Getreidelieferung zu erzwingen suchte; in der Kolonie Grünfeld bei Kriwoj-Rog ist es vorgekommen, daß dem Bedrohten der Lauf des Revolvers in den Mund geschoben wurde. An einzelnen Stationen wird bereits die Ausgabe von Fahrkarten verweigert, auch die Aufgabe von großem Gepäck nicht zugelassen. Viele der letzten Ankömmlinge sind in der Nachtzeit aus ihrem Dorf geflüchtet.

Hemmungsmaßnahmen der Regierung sind m. E. an und für sich vernünftig; andernfalls würde jetzt zweifellos eine Massenbewegung einsetzen, die zu einer Katastrophe führen könnte; auch trotz der Hemmung ist starke weitere Ansammlung mit Sicherheit zu erwarten. Zu beklagen ist aber das Elend, das in den Abwanderungsgebieten entstanden ist, die massenhafte Vertreibung, die massenhafte Inhaftierung und in einzelnen Gebieten, vor allem in Sibirien, auch die Gefahr der Hungersnot.

Mit der Registrierung der Flüchtlinge ist am 26. d. M. durch Milizionäre von der Verwaltungsabteilung des Moskauer Gebietes an den Ansammlungsorten begonnen worden; die Aufstellung der Listen erfolgte auf Grund der mündlichen Angaben der Flüchtlinge in den Räumen der Dorfräte, nachdem dies in vielen Häusern angesagt worden war. Die Milizionäre erklärten, daß bis zum 1. November für jede Person, die das 16. Lebensjahr vollendet habe, eine Paßgebühr von 200 Rubel zuzüglich einer Abgabe von 20 Rubel für das Rote Kreuz eingezahlt

werden müsse; dies gälte auch für Armbauern und Arbeiter, obgleich von diesen sonst nur 50 bzw. 5 Rubel gefordert werden. Wer die Gebühr nicht bezahle, würde nicht hinausgelassen werden.

Die Behörde ist demnach bemüht, den Flüchtlingen, nachdem diese wirtschaftlich zugrunde gerichtet sind, auch noch die letzten Rubel abzunehmen, obgleich diese zur Steuerung der Not, die bereits in vielen Familien herrscht, dienen könnten. Wenn auf die Paßgebühr verzichtet und den Flüchtlingen gestattet würde, ein Hilfswerk unter sich zu organisieren, so würden sie noch geraume Zeit durchhalten können, ohne daß eine Geldhilfe aus dem Auslande erforderlich wäre.

Die rigorose Gebührenforderung ist vielleicht dadurch veranlaßt worden, daß sich unter den Mennoniten viele gefunden haben, die in der vorigen Woche mit eigenen oder geborgten Mitteln in der Verwaltungsabteilung des Moskauer Gebietes die Gebühr für Einzelpässe in dem genannten Betrage erlegt haben. Im ganzen sollen bereits 170 000 Rubel eingezahlt worden sein.

Von einer Lebensmittelhilfe seitens der Behörde war noch nichts zu spüren; es heißt indessen, daß die beiden zuständigen Rayonvollzugskomitees Mytischtschi und Puschkino sich mit dieser Frage befassen. Im Bezirk Puschkino, zu dem der Ort Kljasma gehört, werden den Neuankömmlingen seit über 14 Tagen Brotkarten nicht mehr ausgehändigt, während dies im Bezirk Mytischtschi noch geschieht. Viele Familien leben nur noch von Almosen aus den Händen ihrer Leidensgenossen. In besonders elender Lage befinden sich 40 mennonitische Familien, die in Perlowka in zwei Räumen einer früheren Teewirtschaft untergebracht sind.

Mit ärztlicher Hilfe ist begonnen worden; in Dshamgarowka bei Perlowka soll angeblich heute ein ärztlicher Hilfspunkt eingerichtet werden.

Die Behauptung von bolschewistischer Seite, z. B. in der „Moskauer Rundschau“ vom 26. d. M., daß die Flüchtlinge sich lediglich aus den begüterten Kreisen zusammensetzen, ist durchaus unzutreffend. Die große Mehrzahl gehört der Klasse der Mittel- und Annbauern an. Für zwei Gemeinden des sibirischen Bezirks Barabinsk wurden mir durch Bevollmächtigte Listen vorgelegt, die von dem zuständigen Dorfrat unter Beidrückung des Stempels beglaubigt sind; danach beabsichtigen aus dem einen Dorfe 80 Familien auszuwandern, von denen 34 zu den Mittelbauern und 46 zu den Armbauern zählen, während aus dem anderen Dorfe 34 Familien auswandern wollen, von denen 8 zu den Mittelbauern, 5 zu den schwachen Mittelbauern, 18 zu den Armbauern und 3 zu den Landarbeitern (Batraki; gehören.

Schreiben an den Generalbevollmächtigten des Mennonitenverbandes in Europa

Moskau, den 25. Oktober 1929

An Herrn

Prof. Liz. Unruh

Karlsruhe

Die Not, in welcher nicht nur die Mennoniten Rußlands, sondern auch die lutherischen und katholischen deutschen Kolonisten leben, ist niemandem besser

bekannt als Ihnen. Die Zahl der in die Vororte Moskaus geflüchteten Mennoniten ist gegenwärtig wohl schon auf 900 Familien zu schätzen. Deutsche und amerikanische Journalisten, die vor 14 Tagen in meiner Begleitung die Flüchtlingsquartiere besuchten, haben die Aufmerksamkeit der Welt auf dieses Elend gelenkt, und endlich hat auch die russische Regierung eingesehen, daß sie die Erlaubnis zur Auswanderung nicht länger verweigern kann. Herr Konsul Dienstmann aus dem Auswärtigen Amt, der in der vorigen Woche hier war, hat entsprechend auf das Außenkommissariat eingewirkt. Es scheint aber, als ob die Auswanderung nur denjenigen gestattet werden soll, die bereits hier anwesend sind und demnächst in Listen eingetragen werden sollen, nicht aber denen, die später eintreffen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Nachricht von der Auswanderungserlaubnis sehr bald einen noch viel größeren Zuzug herbeiführen wird; die Regierung wird freilich bemüht sein, dies zu verhindern, doch die Bewegung hat eine so elementare Gewalt, daß sie die Hindernisse durchbrechen wird; alsdann werden wir hier Zeugen eines noch größeren Elends als gegenwärtig sein, zumal ja der Winter vor der Türe steht. Eine Verschärfung der Not droht auch den bereits hier anwesenden Auswanderern; ehe der Abtransport erfolgt, können noch Wochen vergehen, und ein großer Teil der Flüchtlinge, auch der Mennoniten, zehrt bereits von den letzten Rubeln. Die Einsetzung einer deutschen Hilfsaktion, von der Herr Konsul Dienstmann im Außenkommissariat sprach, wurde entschieden abgelehnt; wohl wurde russische Hilfe versprochen, jedoch ist von dieser bis heute nichts zu spüren gewesen; übermorgen werde ich wieder nach den wichtigsten Orten fahren, um mich persönlich vom Stande der Dinge zu überzeugen. Es wäre jedenfalls sehr gut, wenn in der deutschen Presse immer wieder auf das allereindringlichste auf die entsetzliche religiöse und wirtschaftliche Not der Mennoniten und Kolonisten, hingewiesen würde.

***Schreiben an den Vorsitzenden der Ostpreußischen Landgesellschaft
betreffend Ansiedlung von Flüchtlingen in Ostpreußen***

Moskau, den 25. Oktober 1929

An den

Vorsitzenden der Ostpreußischen Landesgesellschaft

Königsberg i. Pr.

Infolge des furchtbaren Druckes, der seit 2 Jahren auf ihnen lastet, haben die deutschen Kolonisten (einschließlich der Mennoniten) jede Hoffnung auf ein menschenwürdiges Dasein in Rußland verloren, und sie kennen daher fast sämtlich keinen brennenderen Wunsch, als so schnell wie möglich auszuwandern. Die Erlaubnis hierzu wurde ihnen seit Jahren verweigert. Jetzt aber sind Tausende nach Moskau geflüchtet, um hier durch ihre Anwesenheit die Auswanderungserlaubnis zu erzwingen. Die hier eingetretene Lage ist in den beiden anliegenden Aufzeichnungen näher dargestellt. Augenblicklich schätze ich die Zahl der hier anwesen-

den Mennoniten auf gegen 5000, die der Lutheraner und Katholiken auf gegen 1000. Die russische Regierung hat nun tatsächlich beschlossen, die hier liegenden Deutschen herauszulassen. Weiteren Zuzug wird man zu verhindern suchen, was aber schwerlich gelingen wird. Die Nachricht von der Genehmigung der Auswanderung wird voraussichtlich weitere Tausende hierher ziehen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß in naher Zukunft das ganze deutsche Bauernvolk Rußlands (gegenwärtig etwa 1,1 Mill. Seelen) sich in Bewegung setzen wird.

Den Kolonisten ist im allgemeinen bekannt, wie schwierig die Verhältnisse augenblicklich in Deutschland sind; fast alle (für die Mennoniten gilt dies so gut wie ausnahmslos) streben nach Kanada; ein gewisser Teil würde aber die Rückkehr nach Deutschland bei weitem vorziehen. Nach meiner Überzeugung finden sich unter den Abwandernden viele Bauern, die sich für die Ansiedlung in Deutschland vortrefflich eignen würden; Intelligenz, Tatkraft und zäher Fleiß sind bei ihnen gepaart mit großer Entsagungsfähigkeit. Ehe diese Leute durch überseeische Abwanderung dem Deutschtum endgültig verloren gehen, sollte doch vielleicht noch einmal überlegt werden, ob nicht wenigstens eine beschränkte Zahl in Deutschland untergebracht werden kann. In der Landbevölkerung Ostpreußens sollen doch in letzter Zeit gefährliche Lücken entstanden sein; wenn es wahr ist, daß an geeigneten reichsdeutschen Siedlern zur Vermehrung der ostpreußischen Landbevölkerung Mangel herrscht, so würden m. E. die deutsch-russischen Flüchtlinge wertvollen Ersatz ermöglichen. In der ersten Zeit nach dem Kriege sollen ja mit Deutsch-Russen ungünstige Erfahrungen gemacht worden sein; vielleicht lag dies daran, daß die Zeiten unnormale und die Rückwanderer nicht gut ausgewählt waren. Dagegen sind vor dem Kriege mit der Ansiedlung von Deutsch-Russen unter Mitwirkung des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer, soviel mir bekannt ist, im großen und ganzen gute Erfolge erzielt worden. Ein Hindernis ist leider insofern gegeben, als die meisten aller Mittel beraubt sind, viele haben augenblicklich wohl einige Hundert, manche auch einige Tausend Rubel, doch dürfen sie diese ja nicht hinausnehmen, abgesehen davon, daß der Rubel im Auslande nur zum vierten oder fünften Teil seines gesetzlichen Goldwertes verkäuflich ist; einige wenige sind im Besitz ausländischer Valuta; der Betrag wird aber höchst selten einige hundert Dollar übersteigen. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die russischen Kolonisten mit sehr geringen Bauansprüchen kommen würden; aus Südrußland sowohl wie aus Sibirien sind sie gewohnt, sich als Neusiedler zunächst mit einer Erdhütte oder einem kleinen Lehm- oder Blockhäuschen zu begnügen, um später bei zunehmendem Wirtschaftsertrage bessere Gebäude zu errichten. (Also ähnlich, wie bei der Besiedlung von Heide und Moor in Oldenburg verfahren wird.)

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie *mir* freundlichst mitteilen wollten, ob Sie in Berücksichtigung der von mir dargelegten Umstände eine Ansiedlung deutsch-russischer Bauern in Ostpreußen oder vielleicht auch in anderen Gebieten Deutschlands, z. B. in der Grenzmark Posen-Westpreußen, für erstrebenswert und möglich halten...

Moskau, den 9. November 1929

Herrn

Vorsitzendem der Ostpreußischen Landgesellschaft

K ö n i g s b e r g i. Pr.

Für Ihre freundliche Erwiderung vom 31. v. M. danke ich Ihnen verbindlichst. Der Inhalt Ihres Schreibens interessierte mich ungemein, obgleich ich selbstverständlich sehr bedauere, daß die Antwort auf meine Frage negativ lautete; im Kern ist es wohl die Finanznot, an der die Aufnahme von Rückwanderern scheitert. Was die Frage primitiver Anfangsbehausung der Siedler betrifft, so darf ich nochmals auf das Beispiel der haushälterischen Kolonisationspolitik Oldenburgs hinweisen.

Das Flüchtlingselend, aber auch die Not in den Kolonien wird immer katastrophaler; trotz aller Gegenwirkung meinerseits treffen täglich neue Scharen ein, so daß jetzt schon etwa 12 000 dieser Unglücklichen in den Vororten Moskaus liegen. Es handelt sich aber nicht nur um Tod und Leben dieser, sondern überhaupt um Sein oder Nichtsein des deutschen Bauerntums in Rußland. Auf die russische Regierung kann mit Aussicht auf Erfolg nur durch die öffentliche Meinung des Auslandes eingewirkt werden. In der deutschen und ausländischen Presse dürfte daher die Empörung über diese entsetzlichen Vorgänge gar nicht verstummen. Ich kann es daher nur begrüßen, wenn Sie meine Ausführungen nach Belieben publizistisch verwerten.

Bericht über die verzweifelte Lage der deutschen Kolonisten und die Gefahren der herrschenden Agrarpolitik

9. November 1929

Anliegend beehre ich mich die Abschrift eines Aufsatzes vorzulegen, der für das nächste Heft der Zeitschrift „Osteuropa“ geschrieben ist. Ich behandle darin die Frage, welche Wirkungen der heutige Kurs der Agrarpolitik auf die Land- und Volkswirtschaft der Union ausüben wird; hierbei stütze ich mich zu gewissem Teile auf die Mitteilungen, die von den nach Moskau geflüchteten deutschen Kolonisten täglich in großer Zahl und zwar für fast alle Gebiete der Union gleichlautend gemacht werden. Diese Aussagen bestätigen, was ich Mitte September von Sibirien aus über die jetzige Agrarpolitik für das Oktoberheft der „Osteuropa“ (Separatabdruck ist beigelegt) geschrieben habe, nur mit dem Unterschiede, daß der Terror an Umfang und Schärfe sich noch furchtbar gesteigert hat und dementsprechend die Wirkungen auch viel verheerender sind, als ich damals voraussehen konnte.

Eine starke Verminderung der Saatfläche und des Viehstandes bei der Individualwirtschaft wird auch von russischen Bauern aus vielen Bezirken bestätigt. Der Verfall der bäuerlichen Wirtschaft kann durch die von der Regierung erhofften Mehrleistungen des „Sozialistischen Sektors“ der Landwirtschaft nicht so

bald ausgeglichen werden. Ich hoffe, hierüber dem Reichsministerium in nächster Zeit eingehend berichten zu können.

Jedenfalls bin ich schon jetzt überzeugt, daß die heutige Politik zu unhaltbaren Verhältnissen führen wird und daß bereits in Jahresfrist der jetzige Radikal Kurs Bankrott erleiden wird — es müßte denn sein, daß ihm ganz außergewöhnlich günstige meteorologische Erntebedingungen oder hohe Auslandskredite zu Hilfe kommen.

Dem Reichsministerium unterbreite ich zugleich abschriftlich drei Aufzeichnungen, die ich über das hiesige Flüchtlingselend dem gegenwärtigen Geschäftsträger Herrn Botschaftsrat Dr. v. Twardowski vorgelegt habe und die von diesem an das Auswärtige Amt weitergeleitet sind. Die erste dieser Aufzeichnungen habe ich mit Privatschreiben vom 13. v. M. dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft persönlich zugesandt, wobei ich unter Bezugnahme auf eine mir im Frühjahr gewährte Unterredung die Bitte aussprach, nochmals Erwägungen darüber anzustellen, ob es nicht doch möglich sei, wenigstens eine kleine Auswahl der Auswanderer in Deutschland anzusiedeln.

Ich stehe in ständiger Verbindung mit den Flüchtlingen und den Abgesandten aus fast allen Wohngebieten der deutschen Kolonisten und suche weiterem Zustrom nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Trotzdem treffen täglich neue Scharen ein, so daß die Gesamtzahl der bei Moskau liegenden Flüchtlinge schon auf etwa 12 000 angeschwollen ist.

Anlage zu vorstehendem Bericht

Das äußerlich imponierende Bild des industriellen Aufbaues in der UdSSR, wird durch die Agrarfrage immer dunkler beschattet. Die russische Agrarpolitik ist in das Stadium eines bedenklichen Paroxysmus getreten. Ein grelles Schlaglicht auf die Art und die Wirkungen dieser Politik wirft die Massenflucht deutscher Kolonisten nach Moskau, die in der Hauptstadt die Erlaubnis zur Auswanderung erwirken wollen. Dieser Bewegung, der seit dem Winter 1920/21 keine andere Äußerung der Volksstimmung gleichzustellen ist, kommt eine so hohe symptomatische Bedeutung zu, daß sie hier näher dargestellt und in ruhiger Objektivität, wie es einer wissenschaftlichen Zeitschrift geziemt, analysiert werden muß. Die jetzigen Ereignisse bestätigen, was ich mehrfach in diesem Jahre festgestellt habe; im März schrieb ich in einem Aufsatz über „die neueste russische Agrargesetzgebung“: „Die deutsche Kolonistenbevölkerung hat in den 100 oder 150 Jahren ihrer Ansässigkeit im Zarenreich trotz manchem Mißgeschick und schweren Bedrückungsperioden den Mut nicht sinken lassen, jetzt hat sie — anscheinend endgültig — die Hoffnung darauf verloren, daß sie ihr wirtschaftlich-kulturelles Niveau aufrechterhalten kann.“ Eine Besprechung meines Aufsatzes im Oktoberheft der Zeitschrift der Berliner Handelsvertretung der UdSSR, legt hiergegen Verwahrung ein, doch darüber sind die Ereignisse inzwischen hinweggeschritten.

Zu dem schweren wirtschaftlichen und sehr verschärften religiösen Druck des Jahres 1928 ist in diesem Jahre vor allem die neue Art der Getreideaufbringung

hinzugetreten, die bereits im Sommer in vielen Gebieten angewandt wurde und jetzt im Rahmen der neuen Kampagne allgemeines System geworden ist. Formal beruht das neue Verfahren auf der "freiwilligen" Selbstverpflichtung der Bodengemeinde, in Wirklichkeit bedeutet es die Rückkehr zur Zwangseintreibung, zur Prodraswerstka, also zu jenem System, das zur Zeit des „Kriegskommunismus“ die bäuerliche Wirtschaft zum Verfall brachte und das Lenin am 21. März 1921 beseitigte. Um die Selbstverpflichtung herbeizuführen, erscheint ein Vertreter des Rayonvollzugskomitees im Dorfe, bespricht sich zunächst mit der örtlichen Gruppe der Armbauern (die sich in deutschen Kolonien vielfach nicht dazu hergeben) und beruft dann die Dorfversammlung (unter Ausschluß der Kulaken), die den vorgelegten Lieferungsplan regelmäßig „einstimmig“ annimmt. Binnen kurzer Frist muß die Ablieferung erfolgt sein. Geschieht diese tatsächlich pünktlich und vollständig, so wird das nicht selten als Beweis dafür angesehen, daß die Selbstverpflichtung zu niedrig gewesen ist; es erfolgt dann nachträglich eine zweite Auflage, zuweilen sogar eine dritte. Grundsätzlich soll den Bauern nach festgesetzter Norm Brot- und Saatgetreide, für Pferde auch Futterkorn belassen werden, jedoch ist in den deutschen Kolonien die Ernte von der Behörde regelmäßig überschätzt worden, so daß die Auflage tief in den eigenen Bedarf der Bauern hineingreift. Am stärksten wird, wie sich von selbst versteht, der verfehlmte Kulak überlastet, aber auch die Mittel-, selbst die Armbauern sind größtenteils in eine unmögliche Lage versetzt worden.

Ganz katastrophale Verhältnisse sind in einzelnen Mißerntegebieten Sibiriens eingetreten, vor allem im Bezirk Slawgorod, der bisher eine deutsche Landbevölkerung von über 30 000 Seelen aufwies. Auch diesem Notstandsgebiet werden große Getreidelieferungen abgefordert. Einer kleinen Kolonie von 30 Höfen beispielsweise, wo im ganzen etwa 1500 Pud geerntet wurden, legte man anfänglich 2093 und dann noch weitere 1000 Pud auf. Ein Mittelbauer aus diesem Dorf hat von 15 Deßj. 80 Pud geerntet; gemäß der ersten Auflage hat er 126 Pud abzuliefern, während er nur 53 abzugeben sich entschließen konnte; nun hat er noch den Anteil an der zweiten Auflage zu erwarten. 4 Kolonien desselben Bezirks mit rund 200 Höfen haben gegen 25 000 Pud geerntet und müssen 34 000 Pud abliefern. Ein Kulak im Bezirk Slawgorod hat von 22 1/2 Deßj. 218 Pud Getreide geerntet; obgleich seine Familie 9 Seelen zählt, soll er 657 1/2 Pud Getreide abgeben und 584 Rubel Steuern zahlen, wozu noch die Kommunalabgabe in Höhe von 50% der staatlichen Steuer treten wird.

Ein Bauer in der Krim, der ein zweijähriges und ein halbjähriges Kind hat, hielt zur Entlastung seiner Frau im vorigen Jahre 5 1/2 Monate hindurch eine Magd und gilt seitdem als Kulak; er ist mit einer Landwirtschaftssteuer von 533,55 Rubel belegt; von 22,7 Deßj. besäter Fläche hat er in diesem Jahre 910 Pud geerntet; an Getreidelieferungen wurden ihm auferlegt im August 599 Pud, im September 400 und im Oktober noch 220 Pud, außerdem sollte er in den Saatfonds der Gemeinde zu Anfang 48 Pud, sodann weitere 75 Pud schütten. Außerdem wurde ihm die Pflicht auferlegt, 6 ha Schwarzbrache mit Weizen zu besäen; da er Saatgut nur für 2 Deßj. käuflich zu beschaffen vermochte, so hat er wegen Nichtaus-

führung des Bestellungsplanes zu allem übrigen noch Bestrafung nach Art. 61 des Strafgesetzbuches zu erwarten. Im Bezirk Smolensk hat ein reichsdeutscher Bauer 12 Pud Roggen geerntet, während er 35 abzuliefern hat. Im Bezirk Aulie-Ata (Usbekistan) hat ein Kolonist von 10 Deßj. Bewässerungsland 600 Pud geerntet; ebensoviel muß er abliefern, nachdem seine Ernte auf 1000 Pud geschätzt worden ist.

Um die Auflage zu erfüllen, ist der überlastete Bauer genötigt, das fehlende Getreide freihändig zu kaufen; die Mittel dazu muß er häufig durch Verkauf von Vieh, Geräten, Möbeln usw. zu beschaffen suchen. Dabei muß er das Getreide vielfach mit 5—7 Rubeln je Pud bezahlen, während ihm das abgelieferte nur mit dem vierten oder fünften Teil dieses Preises vergütet wird. Aber alle diejenigen Bauern, denen die Behörde nicht wohl will, mühen sich vergebens; ihnen werden weitere Lieferungen auferlegt, dazu wird ihre wirtschaftliche Kraft durch Steuern und Zwangszuteilung von Industrieanleihen geschwächt, und sobald ein solcher Bauer dann endlich nicht mehr zu erfüllen vermag, ist er ein verlorener Mann. Alsdann werden die neuen im vorigen lieft erwähnten gesetzlichen Bestimmungen gegen ihn angewandt. Zunächst Verhängung einer Geldstrafe, meistens im fünffachen Betrage des Wertes des rückständigen Getreides, der dann häufig zu dem hohen Preise des freien Marktes berechnet wird, und zugleich Pfändung der gesamten Habe. Kurz darauf Versteigerung; auf die wertvolleren Gegenstände bieten nur, solche Personen oder Organisationen, denen der Zuschlag erteilt werden soll, z. B. das örtliche Hilfskomitee für die Armbauern oder eine benachbarte Kommune. Der Erlös ist verschwindend gering und reicht selbstverständlich zur Deckung der Strafsumme nicht aus. Alsdann wird die Familie von Haus und Hof gejagt und der Wirt nicht selten, in manchen Gegenden regelmäßig, „wegen böswilliger Nichterfüllung“ zu jahrelanger Zwangsarbeit und anschließender Verschickung verurteilt. Wenn „Böswilligkeit“ (also absichtliche Selbstvernichtung!) angenommen wird, so wird vielfach von der Formalität der Zwangsversteigerung abgesehen, sondern das Vermögen einfach konfisziert.

Bei den Zwangsversteigerungen sind z. B. in der Krim erzielt worden: für eine Dreschmaschine (8 PS.) 25 Rubel, für Pferde und Kühe je 3 Rubel, für Hühner 1 Kop., für ein Bett mit Zubehör 1 Rubel, für einen Diwan 50 Kop., für einen Stuhl 5 Kop., für Gehöfte, deren Gebäude nach den Gesteungskosten mit 10000 bis 20000 Rubel zu bewerten wären, in 4 Fällen: 20, 31, 54 und 100 Rubel. In Sibirien ist in allerletzter Zeit ein Wohnhaus mit Blechdach für 4 Kop., eine Göpeldreschmaschine für 5 Kop. versteigert worden; hier kann man nicht einmal von Spottpreisen sprechen, nicht einmal der Schein der Versteigerung wird aufrechterhalten.

Alle diese Einzelheiten, denen nach Belieben Hunderte hinzugefügt werden könnten, beruhen entweder auf den Angaben glaubwürdiger, schlichter Männer, die von anderen bestätigt sind, oder sie sind Briefen entnommen, die von den Betroffenen an Leidensgenossen geschrieben sind und die durchaus das Gepräge der Wahrheit tragen.

Was wird nun aus den vertriebenen Unglücklichen, soweit sie nicht eingekerkert sind? Ihnen ist oft nichts belassen als was sie auf dem Leibe tragen. Ringsherum Armut und vor allem Furcht. Wer die Geächteten aufnimmt, setzt sich der Gefahr aus, demselben Schicksal zu verfallen oder doch dem „Boykott“, der ihn vom Bezüge irgendwelcher Waren aus dem Konsumverein und hier und da selbst von der Wasserentnahme aus dem Gemeindebrunnen ausschließt. Glückliche eine Familie, von der ich weiß, daß sie irgendwo weitab in einem Stallverschlage Unterschlupf gefunden hat. Ein Reichsdeutscher aus der südlichen Ukraine ruft verzweifelt aus: „Man verlangt von mir jetzt noch mehr — ich soll 1000 Pud stellen, geerntet habe ich nur 750. Jetzt sagt man mir: „Wenn Sie 1000 Pud nicht stellen, dann machen wir Ihnen Protokoll und versteigern Ihr Hab und Gut. Sollen wir denn verhungern? Betteln kann keiner mehr, es ist kein Brot mehr da. Weiter bleibt nichts mehr als Verhungern.“ Aus der Krim wird geschrieben: „Nach vielen, vielen Versteigerungen muß der Wirt mit Familie (schauen nicht, wie groß sie ist oder ob Kranke sind) gleich die Wohnung verlassen, denn sie wird zugeschlagen. Gehe hin und suche Dir Wohnung? Wo suchen? In vielen Familien waren Kranke, welche man vom Bett herunterjagte und das Bett versteigerte. Solche Familien gehen ohne Brot, nur die Kleidung, die auf ihnen ist, ganz verlassen ins Blaue. Der Winter steht vor der Tür. Was kann aus solchen Familien werden? Sie sind ja dem Hunger und Frost preisgegeben?“ Und noch furchtbarer ist die Lage in den sibirischen Mißerntebezirken, wo innerhalb der grenzenlosen Schneewüste in weiten Abständen die vom Hunger bedrohten Dorfgemeinden ihr abgeschlossenes Dasein führen. Eine unglückliche Mutter, deren Mann soeben zu Gefängnis und Verschickung verurteilt ist, schreibt ihren geflüchteten Verwandten: „Wenn wir das vorher gewußt hätten, wie es uns geht, so wären wir heute auch dort, wo Ihr seid. Jetzt sollten wir den Nalog¹⁾ aufzahlen 389 Rubel und Islichki²⁾ 343 Rubel, und weil wir es nicht hatten, so haben sie uns alles aufgeschrieben von Pferden und Wagen bis an die Eßgabeln und Löffeln, Bettsachen, Mehl und Weizen, nun alles was sie gesehen haben. Die Frucht und Mehl habe ich alles müssen in die Kooperazija abgeben. Der . . . (der Mann der Briefschreiberin) ist arretiert und schon gerichtet auf 1 Jahr sitzen und 1 Jahr verschickt auf Arbeit, und das Sach nehmen sie mir alles weg, und wie man hört, wollen sie uns aus den Häusern jagen und dann wohin im Winter und ist kein Brot da. Möchte einem das Herz verplatzen in solchem Jammer. Da konnte man sich auch nichts wegnehmen, weil es zu schnell ging, und niemand wollte es nehmen, jeder hatte mit sich zu tun, da laufen sie heute hin und her und wissen nicht wohin. Ich und . . . (eine Witwe) laufen hin und her, um Rat zu suchen und finden keinen. Liebe Katja, daß dort mit den Eßwaren schwer ist, wie Du schreibst, aber seid froh, daß Ihr fort seid und habt nicht den Todhunger vor Augen. Wir haben bis jetzt noch etwas zu essen bis sie alles nehmen, unsere großen Schweine haben wir noch glücklich geschlachtet, wenn sie uns das Fleisch nicht nehmen, aber ich kann doch nicht essen, weil

Landwirtschaftssteuer.

2) „Getrcideüberschuß“, der nicht vorhanden ist.

der Jammer zu groß ist, ich habe mit Tränen geschrieben. Da läuft man mit Zittern und Zagen herum und schaut zum Fenster hinaus, ob sie nicht kommen und nehmen das Sach alles weg. Es hat heute geheißten, daß heute bei uns und K. . . . und Z. . . . versteigert wird, aber sie haben bei A. . . . , bei B. . . . und bei C. . . . versteigert. Jetzt sagen sie unser Sach ist festgestellt, das holen sie ohne versteigert, und so wird es uns allen gehen, wo schon aufgeschrieben ist. Es ist bei 16 oder 17 Wirten aufgeschrieben."

Die meisten dieser Unglücklichen sind völlig ratlos; weder auf Obdach noch auf Arbeit haben sie Anspruch; Aufnahme in ein Kollektiv oder in die Gewerkschaft ist ausgeschlossen, die Konsumgenossenschaften mit ihren leichter erschwinglichen Preisen sind ihnen versperrt. Auf die Frage „wohin“ antwortet die Behörde „na proiswol sudby“, d. h. wie euer Geschick es will. Sie können nur illegal weiter zu leben hoffen; legal sind sie in die Steppe hinausgejagt und den Wölfen preisgegeben.

Dies grause Los trifft viele Mittelbauern. In erster Linie aber den Kulak, dessen einziges Verbrechen darin besteht, daß er ein fleißiger, tüchtiger Wirt ist, der es vielleicht etwas weitergebracht hat als der Durchschnitt seiner Dorfgenossen. Von den gesetzlichen Merkmalen des Kulaks (Beschäftigung von Lohnarbeitern usw.) wird in immer größerem Umfange abgesehen, sonst würde man sich ja bald auch vergeblich nach Kulaken umsehen. Das Steuergesetz schreibt aber vor, daß im Durchschnitt der Union 3 % der Bauern, das sind 750000 Wirtschaften! — als „ausgeprägte“ Kulaken der ruinösen Individualveranlagung unterliegen sollen; in den Getreideüberschußgebieten ist dieser Prozentsatz noch bedeutend höher; in Sibirien sollen von 100 Bauern 7 „den Todesstoß erhalten“; in einer deutschen Kolonie im Bezirk Slawgorod sind von 46 Wirtschaften in diesem Jahre 32 individuell besteuert worden; man sollte denken, daß dies ein von Wohlhabenheit strotzendes Dorf sei; in Wirklichkeit aber wohnen Not und Kummer in jedem Hause.

Welche Absicht liegt dem geschilderten Verfahren der Behörden zugrunde? Zunächst zweifellos das Bestreben, die mit allem Druck von oben gestellte Aufgabe der Getreidebeschaffung zu erfüllen. Dem Getreide soll in diesem Jahre keine Zeit gelassen werden, in unkontrollierte Kanäle zu verschwinden; bis zum ersten Februar soll daher die Kampagne durchgeführt sein. Fortgesetzt wird in den Zeitungen schärfere Arbeit, stärkerer Druck auf den Kulak gefordert, und die rückständigen Stellen werden in aller Öffentlichkeit gerügt und mit Strafe bedroht. Nur diese Jagd nach Getreide kann es erklären, wenn hier und da Bauern die in Verdacht stehen, Getreide versteckt zu haben, mit sofortigem Erschießen bedroht werden und wenn hierbei, wie es in der Kolonie Grünfeld bei Kriwoj Rog geschehen ist, dem unschuldig Bedrohten der Lauf der Pistole in den Mund gezwängt wird. Vor allem ist aber der Terror dort entfaltet worden, wo die Bildung von Großkollektiven, die Kollektivierung ganzer Gemeinden und Rayons (örtlicher Verwaltungsbezirke) beschlossen ist. Jeder Widerstand dagegen soll rücksichtslos

gebrochen werden; die Losung lautet hier: Vernichtung aller besseren Wirtschaften und Ächtung aller derjenigen Bauern, bei denen eine besonders starke Abneigung gegen den Eintritt in die Kommune vorausgesetzt wird. Zugleich wird die Kommune dadurch gefördert, daß hauptsächlich ihr das Land und Inventar der vernichteten Wirtschaften zufallen.

Die Wirkung dieser Politik ist nunmehr in der Massenflucht der deutschen Bauern zutage getreten. Gegenwärtig (Anfang November) haben sich in den Vororten Moskaus gegen 10 000 Flüchtlinge angesammelt, jeder weitere Tag bringt neuen Zuzug. Die Mehrzahl kommt aus dem sibirischen Slawgorod, wo eine Mißernte den Schrecken erhöht. Es ist aber durchaus irrig, diese Mißernte als den eigentlichen Grund der Abwanderung zu bezeichnen; wie viele Mißernten haben die deutschen Kolonisten schon über sich ergehen lassen, ohne daran zu denken, alles im Stich zu lassen! Nach allem Vorhergegangenen wissen sie, daß die Regierung über ihre einzelbäuerliche Existenz erbarmungslos hinwegschreiten wird, um sie in die Kommune hineinzuzwingen. Die große Masse der deutschen Landbevölkerung sträubt sich hiergegen mit größter Entschlossenheit. Die Kommune beraubt ihn seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit, er fühlt sich in ihr nicht nur als Knecht, sondern als Leibeigener, ihn schreckt die Auflösung seiner Familie, und er will lieber Hungers sterben, als seinen Glauben verleugnen. Hierin sind sich alle sozialen Schichten einig; es ist durchaus unzutreffend, wie die bolschewistische Presse behauptet, daß die Flüchtlinge sich hauptsächlich aus Kulaken zusammensetzen und nur eine geringe Zahl anderer Bauern von ihnen verführt worden sei, sich der Bewegung anzuschließen. Die große Mehrzahl sind Mittel- und Armbauern. Von einer Gruppe von 178 lutherischen und katholischen Familien, die bei Moskau liegen, gehören 69 den Mittelbauern, 92 den Armbauern, 7 den Batraken (Landarbeiter) an, und nur 10 Kulaken sind unter ihnen. Es gibt Auswanderergruppen, unter denen sich überhaupt kein Kulak befindet; für zwei Ortschaften des sibirischen Bezirks Barabinsk habe ich sowjetamtlich beglaubigte Listen der auswanderungslustigen Kolonisten gesehen ¹⁾, deren eine 34 Mittelbauern und 46 Armbauern aufführt, während die andere Liste 13 Mittelbauern, 18 Armbauern und 3 Batraken verzeichnet.

Diese Bewegung begann bei den Mennoniten, die den wirtschaftlichen und religiösen Druck besonders schwer empfanden und sich mit ihrem Wunsche, nach Kanada auszuwandern, auf ein sehr leistungsfähiges Hilfswerk ihrer ausländischen Glaubensbrüder stützen können; später haben sich in zunehmendein Prozentsatz lutherische und katholische Kolonisten angeschlossen, die gleichfalls auf Ansiedlung in Kanada hoffen. Die Bewegung hat von Sibirien auf viele andere Gebiete übergegriffen, auf die Ukraine, Krim, auf den Bezirk Orenburg (der gleichfalls von einer Mißernte betroffen ist) und auf verschiedene Bezirke Kasachstans; aus Samara, Ufa, Nordkaukasien und selbst aus Turkestan sind einzelne Familien gekommen. Die deutsche Wolgarepublik ist an der Bewegung bisher kaum beteiligt.

1) Sie sind noch in meinem Besitz.

Aus allen übrigen Gebieten verlautet aber, daß die große Mehrzahl sofort auswandern würde, wenn es nur möglich wäre.

Angesichts der katastrophalen Lage, in der sich die Flüchtlinge befinden, hat die russische Regierung beschlossen, den bei Moskau liegenden Deutschen die Auswanderung zu gestatten, weiteren Zuzug aber nach Möglichkeit zu verhindern. Es soll hier nicht näher geschildert werden, welche harten Maßnahmen zu diesem an und für sich gerechtfertigten Zweck ergriffen sind; ohne Restriktion würde die Gefahr vorliegen, daß jetzt im Winter Zehntausende sich ansammeln würden. Ebenso wenig will ich bei dem Elend verweilen, das in den Massenquartieren der Flüchtlinge herrscht, auch nicht bei den Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß für jede Person über 16 Jahre eine Paßgebühr von 200 Rubel zuzüglich eines Beitrages von 20 Rubel für das Rote Kreuz (!) entrichtet werden muß. Alle diese Dinge sind für die volkswirtschaftliche Beurteilung der russischen Agrarpolitik belanglos.

Um die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Vorgänge zu messen, drängt sich zunächst die Frage auf, ob es sich nur um das deutsche oder auch um das russische Dorf handelt. Selbstverständlich ist auch das Schicksal der deutschen Kolonisten für Rußland nicht gleichgültig. Nach der Volkszählung von 1926 zählte die deutsche Landbevölkerung etwa 1,1 Million, und anerkanntermaßen war der Kolonist in der russischen Landwirtschaft ein besonders wertvolles Element. Heute stellt die Kolonistenwirtschaft in den meisten Bezirken im Vergleich zu früher nur noch ein Trümmerfeld dar. Ausnahmen bilden einstweilen noch die transkaukasischen Kolonien und vor allem die deutsche Wolgarepublik, wo anscheinend bisher eine etwas gelindere Politik gehandhabt wurde.

Wie aber steht es mit den russischen Bauern? Zweifellos hat sich die Lage bei ihnen nicht so zugespitzt. Meistens scheinen sie weniger bedrückt zu werden. Der deutsche Bauer, der aus früherer Zeit stattliche Gebäude besitzt, deren Größe ihm heute nur eine Last ist, der sich sauberer kleidet und vor allem wirtschaftlich tüchtiger ist, gerät eher in Gefahr, als Kulak zu gelten und auch unabhängig hiervon mit Steuern und sonstigen Auflagen überlastet zu werden. Es kommt hinzu, daß er seinen Pflichten, wenn es nur irgend möglich ist, pünktlich nachkommt und dadurch den Eindruck erweckt, daß er noch mehr zu leisten vermag. Es liegt aber nur ein gradueller Unterschied vor; an und für sich ist der vorwärtsstrebende Bauer auch im russischen Dorf sehr gedrückt, und zwar in Millionen von Fällen über die Grenze des Erträglichen hinaus; vor allem gilt das für die agrarischen Überschußgebiete (Ukraine, Krim, Nordkaukasus-Gau, Mittel- und Unterwolga-Gebiet, Uralgebiet, Sibirien und große Teile Kasakstans), während in der „konsumierenden Zone“ der Druck sich meistens nicht so scharf äußert.

Auch dadurch unterscheidet sich der russische Bauer von dem deutschen Kolonisten, daß er auf die Politik der Regierung anders reagiert. Der Weg ins Ausland steht ihm nicht offen, obgleich Millionen mit Freude auswandern würden. Immer häufiger kommt es vor, daß einzelne aus Wut und Verzweiflung sich zu Mord und

Brandstiftung hinreißen lassen, worauf die Regierung mit immer zahlreicheren Erschießungen antwortet. In den letzten Wochen sind hier und da auch schon größere Zusammenrottungen erfolgt.

Die Neigung zum Eintritt in die Kommune ist auch bei den Russen sehr gering. „Das Leben in der Kommune ist kein menschenwürdiges Dasein; heute wollen nicht einmal die Kinder den Eltern gehorchen, noch viel weniger kann Ordnung in der Kommune herrschen; während der eine arbeitet, faulenzet der andere; Zank ist an der Tagesordnung.“ Derartige Äußerungen hört man regelmäßig von russischen Bauern, die noch in Freiheit leben. Wenn jedoch die Regierung scharfe Druckmittel anwendet, so läßt sich die große Menge der Bauern trotz ihres inneren Widerstrebens — „po newolje dobrowolno“, gegen den Willen freiwillig — in die Kollektive hineinpresse. Man würde den meisten Bauern Unrecht tun, wenn man sie als Herdenmenschen bezeichnen wollte; immerhin beugt sich der Russe nach seiner kulturellen und wirtschaftlichen Vergangenheit, bei seinem Charakter leichter als der Deutsche unter das Joch der Kollektivwirtschaft; auch fällt ihm der Verzicht auf die Kirche weniger schwer. Alles in allem muß aber auch hinsichtlich der Russen gesagt werden, daß die Kollektivierungspolitik, zumal in ihrer heutigen Form, die auf die Großkommune gerichtet ist, der bäuerlichen Seele nicht entspricht. Diese Seele hat im bolschewistischen Staat ja keine Existenzberechtigung; wird es aber in absehbarer Zeit gelingen, im russischen Landvolk die individualistische Sinnesart durch die des Gemeinschaftsmenschen zu ersetzen?

Der Verfall der bäuerlichen Wirtschaft ist bei den Russen durchschnittlich wohl nicht so weit fortgeschritten wie bei den Deutschen, hat aber zweifellos auch schon einen bedenklichen Grad erreicht. Bestätigt wird mir dieses Urteil durch die reißend schnelle Ausbreitung der Kollektive. Der Präsident des Zentralverbandes der Kollektivwirtschaften sagte mir unlängst, daß es jetzt vollkommen deutlich sei, daß bis 1932/33 nicht 17 oder 20 % der bäuerlichen Wirtschaften kollektiviert sein würden, wie es im Fünfjahresplan vorgesehen ist, sondern mindestens 50 %. Tatsächlich treiben die Dinge diesem Ergebnis zu; wenn keine Hemmungen eintreten, so ist sogar eine noch schnellere Entwicklung wahrscheinlich. Meines Erachtens hat die russische Wirtschaftspolitik aber allen Anlaß, über diese Vehemenz zu erschrecken. Was ich nach den Parteibeschlüssen vom Dezember 1927 vorausgesagt habe, ist jetzt in größtem Maßstabe eingetreten; die Kollektivierung ist eine „ungesunde Massenbewegung“ geworden. Konzentration der Kräfte an Stelle der zwergbäuerlichen Wirtschaft ist unbedingt erforderlich; wenn diese Konzentration auf dem Wege der Kollektivierung angestrebt wird, so ist erforderlich, daß die alte Wirtschaft auf möglichst ebenem Wege zu der neuen Form hinübergleitet, ohne daß sich jähe Abgründe öffnen. Alles hängt vom Tempo ab, und ein richtiges Tempo ist nur gewährleistet, wenn die Kollektivierung sich auf der Grundlage der Freiwilligkeit vollzieht. Der jetzige direkte oder indirekte Zwang widerspricht der Einsicht, die bei der Beratung des Agrargesetzes vom 15. November 1926 zum Siege gelangt schien. (Vgl. darüber meine früheren Ausführungen in dieser Zeitschrift.) Ich habe mehrfach, zuletzt im Oktoberheft (S. 67) betont, daß infolge der seit 1927 eingetretenen Forcierung der Kollektivierungspolitik für eine mehr

oder minder lange Übergangszeit das Produktionsminus auf Seiten der Individualwirtschaft größer ist als das Plus infolge der Kollektivierung.

Zur Verdeutlichung drückte ich meine Ansicht ziffernmäßig aus; die Produktionssteigerung durch die Kollektivierung schätzte ich auf 25 %, die Produktionsverminderung durch die Beeinträchtigung der Individualwirtschaft auf 10%; diese Rechnung war vielleicht schon damals viel zu günstig; sie erklärt sich daraus, daß ich nicht in den Fehler des Pessimismus verfallen wollte. Angesichts der Ereignisse aber, die sich heute im Dorfe abspielen, muß das Urteil ganz anders lauten. Es ist wie eine verheerende Flut, die am Ufer der Individualwirtschaft das fruchtbare Erdreich abreißt und es zum jenseitigen Ufer der Kollektivwirtschaft hinüberschwemmt; wieviel Erdreich versinkt unterwegs, und wie lange dauert es, bis drüben volle Vegetation aufsprießt! 50 % der russischen Bauern, also gegen 12 oder 13 Millionen Wirtschaften in drei oder vier Jahren kollektiviert — das bedeutet nicht nur die von Bucharin behauptete „Degradazija“ (ein Abgleiten), sondern geradezu einen massenhaften Zusammenbruch der bäuerlichen Wirtschaft. Und auf der anderen Seite drängen die Bauern mit ihrer Not in solcher Menge in die Kollektive, daß die Bewegung der Regierung über den Kopf wächst. Vor allem reicht das Kapital nicht aus, um die Kollektive in den Stand zu setzen, eine befriedigende Wirtschaft zu führen. In Sibirien arbeiten schon in diesem Sommer nur 30 % der Kollektive mit Traktoren, und zweifellos wird dies Verhältnis in nächster Zukunft noch viel ungünstiger werden¹).

Der Traktor ist aber für die Leistungsfähigkeit der Kollektive fast von entscheidender Bedeutung. Auch an den erforderlichen Mitteln für die Errichtung von Wirtschaftsgebäuden wird empfindlicher Mangel herrschen; von der Wohnungsnot, die in vielen Kollektiven herrscht, habe ich im letzten Heft gesprochen. Auch ist zu bedenken, daß die Kollektive selbst bei Vorhandensein des nötigen Sachapparates nicht leicht von heute auf morgen ihre Vorzüge entwickeln können. Die guten Kollektive, die ich gesehen habe, bestehen ausnahmslos schon eine stattliche Reihe von Jahren; das Schicksal der neuen ist immer zunächst fraglich gewesen, und dies gilt für den größten Teil der heutigen Massengründungen erst recht. Eine Ausnahme bildet vielleicht ein Teil der in Gründung befindlichen Großkollektive, um deren Ausstattung und Leitung sich die Regierung von vornherein besonders bemüht. Im ganzen muß ich aber mein Urteil dahin zusammenfassen, daß der Verfall der Individualwirtschaft gegenwärtige Wirklichkeit, die Produktionssteigerung durch die Kollektivwirtschaft aber zum größten Teil Zukunftshoffnung ist.

Die Regierung glaubt, die Schwierigkeiten des Überganges am sichersten zu überwinden, indem sie die Entwicklung auf das höchste beschleunigt. Ein bekannter Theoretiker der Partei exemplifizierte neulich, um mir das jetzige Tempo der Sozialisierungspolitik begreiflich zu machen, auf die Geschichte von Jules Verne,

Heute (4. Nov.) höre ich in einer Versammlung aus dem Munde des Vizepräsidenten des Zentralverbandes der Kollektivwirtschaften, daß der Anteil der mit Traktoren bearbeiteten Fläche in den Kollektiven auf 14,5% gesunken ist.

in der der Mann auf der Lokomotive den Kessel auf das Gewagteste heizt, um über eine brüchige Brücke hinwegzukommen, ehe diese Zeit hat, unter der Last des Zuges einzustürzen. Diese Auffassung bedarf keines Kommentars.

Wie wird die Entwicklung der nächsten Zeit sein? Das Dorf wird in vielen Bezirken hungern. Getreide für die Stadt wird voraussichtlich in ausreichender Menge beschafft werden; an Fleisch, Milch, Butter, Eiern, Öl wird aber auch in der Stadt empfindlicher Mangel herrschen. Sehr viel ernstere Sorgen ergeben sich für das nächste Jahr. Die Individualwirtschaft ist so geschwächt und mutlos geworden, daß die Saatfläche fraglos einen starken Rückgang und die Bestellungsweise eine große Verschlechterung erleiden wird; bedenklliche Nachrichten in dieser Hinsicht verlauten schon über die Herbstbestellung, obgleich sich gegen diese die neueste Bauernpolitik noch bei weitem nicht in vollem Maße ausgewirkt hat. Das Versprechen der Steuerfreiheit, das in dem diesjährigen Steuergesetz für die Zuwachs-Saatfläche auf zwei Jahre gegeben ist, hat seine Wirkung verloren, da ja das neue System der Getreideauflage eine noch viel drückendere Form der Besteuerung ist. Auch mit keinerlei sonstigen Versprechungen wird die Regierung künftig Eindruck machen; der Bauer ist überall überzeugt, daß seine Wirtschaft in allernächster Zeit im Kollektiv aufgehen soll; sich um die Vergrößerung und Verbesserung des Betriebes zu bemühen, erscheint ihm zwecklos und sogar gefährlich.

Katastrophal sind die Wirkungen der jetzigen Politik auf den Viehstand. Die „Iswestija“ veröffentlichten kürzlich (22. 9.) folgende Zahlen über die Entwicklung während der letzten Jahre in der Union. Danach war die Indexziffer bereits im Sinken:

	Rindvieh	Schweine	Schafe
1926	106,3	97,6	107,8
1927	105,4	106,0	105,1
1928	101,2	109,2	104,4
1929	96,6	82,8	100,4

Besonders bedenklich, weil nicht so schnell wieder auffüllbar, sind die Lücken, die beim Rindvieh eingerissen sind; ein noch viel größerer Rückgang ist aber nach diesem Winter zu erwarten. Auf dem Moskauer Schlachthof soll ein großer Prozentsatz der getöteten Kühe als trächtig befunden worden sein.

*

Die Regierung steht dieser Entwicklung mit stählerner Härte gegenüber. Selbst die katastrophalen Verhältnisse im Bezirk Slawgorod scheinen ihr keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben. Im Gegenteil, „Iswestija“ teilte vor kurzem mit, daß einem der wichtigsten Organe der Getreidebeschaffung in diesem Bezirk eine Rüge „wegen schwacher Arbeit“ erteilt worden ist. Auch hat die Ansammlung von soviel Tausenden von Flüchtlingen vor den Toren von Moskau die Zentralregierung nicht bewogen, eine Untersuchung über die Ursachen anzustellen; die Auswanderer sind samt und sonders, trotzdem sie größtenteils Mittel- und Armbauern sind, amtlich als „Klassenfeinde“ bezeichnet worden. Offenbar steht

die Regierung auf steiler Höhe, die sich um das Elend der Niederung nicht kümmert, wenn nur der große Bau der Sozialisierung aufgerichtet wird. Gegenüber diesem Ziele von säkularer Bedeutung darf nach ihrer Ansicht die Not einiger Jahre keine Rolle spielen. Ein Bolschewist in einflußreicher Stellung verwies mir gegenüber auf die Opfer der Französischen Revolution. Leider sind die Opfer des Bolschewismus unendlich viel zahlreicher; nach allem Schrecken der ersten Revolutionsjahre hat jetzt eine Massenvernichtung begonnen, die zunächst mindestens auf das Kulakentum abzielt, auf 750000 Wirte mit ihren Familien.

Die Regierung fürchtet den Verfall der Individualwirtschaft offenbar deshalb nicht, weil sie glaubt, binnen kurzem aus dem sozialistischen Sektor der Landwirtschaft wenigstens die Stadt ernähren zu können; schlimmstenfalls wird das Dorf notleiden. Meine Zweifel bezüglich der Möglichkeit eines baldigen Ersatzes der individualwirtschaftlichen Produktion durch die Kollektivwirtschaft habe ich schon oben ausgesprochen; die Regierung hofft vor allem auf die neuen Getreidegroßgüter, die ja zu großem Teil jungfräuliches Land beackern und insofern zusätzliche Produktion schaffen; diese aber werden im nächsten Jahr allenfalls 1 Million ha besäen und bei günstiger Witterung nach dem Wirtschaftsplan des Sernotrasts annähernd 640 000 t Getreide abgeben können; das sind nur 6 % der zu beschaffenden Menge. Ich glaube daher, daß die Union bezüglich der Deckung ihres Lebensmittelbedarfes sehr schweren Jahren entgegengeht.

Selbstverständlich ist diese Entwicklung geeignet, auch auf den industriellen Aufbau ungünstig zurückzuwirken und die Erfüllung des Fünfjahrplanes auch nach dieser Seite in Frage zu stellen. Rußland ist immer noch ein Agrarstaat; nicht auf industrieller Ausfuhr, sondern auf der Urproduktion beruht seine Volkswirtschaft. In einem Agrarstaat ist es selbstverständlich, daß die Last des Staates hauptsächlich auf der Landwirtschaft ruht; das ist unbedenklich, wenn der Druck nicht so groß ist, daß die Landwirtschaft an ihrer Weiterentwicklung verhindert wird. In der Union liegt die Last vor allem auf der Bauernbevölkerung von 120 Millionen; die Kollektive mit ihren Kreditansprüchen nahmen vom Staat bisher mehr, als sie ihnen gaben; jetzt werden sie mit noch viel größeren Anforderungen an ihn herantreten. Die Leistungsfähigkeit der Bauern geht aber in bedrohlichem Maße zurück. Wie wird der Staat den Haushalt künftig balancieren? Er wird bestrebt sein, die Bevölkerung in Stadt und Land zu noch größerer Entsamung zu zwingen. Er wird nunmehr an seinen bisher verzogenen Kindern, den Kollektiven, mit dieser Forderung nicht mehr vorübergehen können. Schon jetzt herrscht bei der Regierung großer Unwille darüber, daß die Kollektive selbst zu viel verzehren oder ihre Erzeugnisse mit Vorteil heimlich verkaufen; manche Kollektive sind zur Strafe aufgelöst und viele ihrer Leiter verhaftet worden. Künftig wird man auch die Kollektive ebenso drücken wie bisher die Bauern. Wie wird dies aber auf die Stimmung und die ohnehin nicht große Arbeitsfreudigkeit des kollektivierten Landvolks wirken?

Der Verantwortung, die ich mit den vorstehenden Ausführungen übernehme, bin ich mir vollkommen bewußt. Ich habe als wissenschaftlicher Beobachter die Dinge zu schildern gesucht, wie sie in Wirklichkeit sind.

Aufzeichnung vorn 14. November 1929 für das Außenkommissariat der UdSSR.

Vorbemerkung: Der Deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat v. Twardowski war in das Außenkommissariat gebeten worden, wo ihm der Abteilungsdirektor B. Stein erklärte, daß er verpflichtet sei, die Botschaft auf das inkorrekte Verhalten des Landwirtschaftlichen Sachverständigen aufmerksam zu machen; gegen ihn seien drei Vorwürfe zu erheben. Die Zusammenkunft und der Vortrag in der Wohnung des Korrespondenten der Vossischen Zeitung W. Stein waren von dem Geschäftsträger angeregt worden. Ich erklärte mich zu dieser Aktion bereit, indem ich die Erwartung aussprach, hierdurch persona ingrata zu werden. Die Aufzeichnung wurde vom Geschäftsträger dem Außenkommissariat überreicht.

Zu den einzelnen Punkten, die mir seitens des Außenkommissariats vorgeworfen werden, habe ich folgendes zu erklären:

1. Die Behauptung, daß ich in Sibirien in einer öffentlichen oder halböffentlichen Versammlung mich abfällig über die heutige Agrarpolitik der Sowjetregierung ausgesprochen oder gar über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der "Rechtsabirrigung" in der kommunistischen Partei geurteilt habe, beruht offenbar auf vollkommen unwahrer Information, die dem Außenkommissariat zuteil geworden ist. Ich habe in Sibirien während meines dortigen Aufenthaltes im August und September dieses Jahres keine Fahrt ohne Begleitung von Vertretern der örtlichen Behörden gemacht, so daß die sibirischen Behörden über meinen Verkehr mit der Bevölkerung lückenlos unterrichtet sind. In einer größeren Versammlung habe ich nur einmal gesprochen, nämlich auf einem Bankett, das anläßlich des Abschlusses des Vertrages über sozialistischen Wettbewerb auf dem Gebiet der Landwirtschaft zwischen dem Sibirischen Gau und dem Nordkaukasus-Gau in Nowosibirsk stattfand und an dem ich auf Einladung des Präsidenten des Gau-Vollzugskomitees, Herrn Kusnezow, teilnahm. Da in den vorhergehenden Reden meiner Anwesenheit mehrfach gedacht wurde, ergriff ich das Wort, um für die Förderung zu danken, die ich auf meinen Reisen in den beiden Gebieten erfahren hatte, und um meine Wünsche für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in der UdSSR, auszusprechen. Die Versammlung dankte mit lautem, anhaltendem Beifall für meine Worte. Zu einem größeren Kreise von Personen zu sprechen, habe ich sonst nur Gelegenheit bei dem Besuch landwirtschaftlicher Kommunen gehabt; ich habe hierbei aber lediglich Fragen gestellt und zum Schluß hier und da der betreffenden Kommune gutes Gedeihen gewünscht.

2. Auf Unwahrheit beruht ebenso die Behauptung, daß ich in der Krim, wo ich im Mai d. J. war, vor Gruppen von Bauern oder anderen Leuten ungünstige Bemerkungen über die jetzige Agrarpolitik gemacht oder von dem Eintritt in die Kollektivwirtschaften abgeraten hätte. Ich bin stets bestrebt gewesen, nicht ein-

mal den Schein hervorzurufen, als ob ich meine Informationsreisen dazu benutze, um gegen den heutigen Kurs zu agitieren oder um mich sonst irgendwie in die innerpolitischen Verhältnisse des Landes einzumischen; ich war mir stets bewußt, daß ich damit gegen die Pflichten verstoßen würde, die mir meine amtliche Stellung auferlegt. Wohl aber habe ich es für mein Recht gehalten, mich über die Lage der Landwirtschaft nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei einzelnen Bauern zu erkundigen, und ich bin bisher überzeugt, daß der Sowjetregierung nur daran gelegen sein kann, wenn ein Spezialist, dessen wissenschaftliche Objektivität seit Jahren in sowjetamtlichen Kreisen anerkannt ist, sich über die wirkliche Lage im Lande informiert. Demgemäß habe ich mich in verschiedenen Ortschaften der Krim mit einzelnen Bauern, einmal auch mit drei oder vier Bauern gleichzeitig unterhalten. Die Bauern haben auf meine Fragen geantwortet und mir ihre Lage geschildert. Meine hauptsächlich Erkundigungen habe ich in der Krim auf den Amtsstuben einiger Dorfräte. eingezogen, wo regelmäßig eine größere Anzahl von Bauern sich versammelte; ich habe sowohl bei diesen Gelegenheiten wie auch bei Einzelunterhaltungen mich jeglicher abfälliger Äußerungen über die Kollektivierungspolitik oder sonstige Maßnahmen der Sowjetregierung enthalten. Ich mußte in der Krim ebenso wie im Anschluß daran in der südlichen Ukraine feststellen, daß die Lage der dortigen deutschen Kolonisten so ungünstig war, daß die meisten von dem Wunsche erfüllt waren, baldigst auswandern zu dürfen. Nach meiner Rückkehr machte ich hiervon Herrn Raiwid im Außenkommissariat Mitteilung.

3. Äußerungen, die ich in der Wohnung des hiesigen Vertreters des Ullstein-Verlages, Herrn W. Stein, ausländischen Korrespondenten getan habe, sind dem Außenkommissariat anscheinend in ganz falschem Lichte dargestellt worden. Der Einladung des Herrn Stein waren außer mir mehrere Mitglieder der Deutschen Botschaft und eine größere Anzahl von ausländischen Korrespondenten gefolgt. Es kam sehr bald zunächst in Einzelgesprächen die Rede auf die Not der deutschen Kolonisten und das hiesige Flüchtlingselend, wofür bei den ausländischen Korrespondenten schon vorher großes Interesse bestand. Später wurde ich aufgefordert, die Dinge im Zusammenhange darzulegen. Ich entsprach diesem Wunsche gern, da ich eine durchgreifende Hilfe für die vielen Tausende unserer Stammesbrüder, die bereits ruiniert sind oder ihren sicheren Untergang vor Augen haben und daher das Land verlassen wollen, nur dann für möglich halte, wenn das Ausland Siedlungsmöglichkeiten schafft. Ich schilderte daher die furchtbare Lage, die für so viele deutsche Kolonisten heute entstanden ist, um zu beweisen, daß für sie in der Auswanderung die einzige Rettung besteht; ich wies hierbei besonders auf alle diejenigen hin, die als sog. Kulaken von Haus und Hof vertrieben werden und die weder die Möglichkeit haben, in eine Kollektivwirtschaft (Kolchos) oder als Landarbeiter in eine Gewerkschaft (Profsojus) einzutreten, und daher schlechterdings mit ihren Familien dem Hungertode preisgegeben sind. Meine Ausführungen gipfelten in der Bitte an die ausländischen Journalisten, für die Ansiedlung dieser tüchtigen Menschen in geeigneten Gebieten einzutreten.

Im allgemeinen muß ich zu den gegen mich erhobenen Vorwürfen folgendes bemerken. Ich bin überzeugt, daß in den letzten Wochen systematisch vom Zentrum aus nachgeforscht worden ist, ob ich mir auf meinen Informationsreisen irgendeine Blöße gegeben habe. Von selbst wäre sonst niemand in Sibirien auf den Gedanken gekommen, eine derartige Unwahrheit nach Moskau zu melden; auch ist mir bekannt, daß im Süden in letzter Zeit einzelne Personen verhaftet wurden, die mit mir im Frühjahr in Berührung gekommen waren. Es überrascht mich dies alles nicht, nachdem vor einigen Wochen Herr Boris Stein im Außenkommissariat Herrn Konsul Dienstmann erklärt hatte, es habe einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht, daß ich in Begleitung der Herren Professoren Hoetzsch und Zeiß die Flüchtlinge in Kljasma besucht habe. Bei der Erhebung dieses Vorwurfs war zum mindesten nicht berücksichtigt worden, daß Deutschland als voraussichtliches Durchgangsland der Auswanderer authentischer Informationen über die voraussichtliche Zahl sowie über die wirtschaftlichen und vor allem auch über die gesundheitlichen Verhältnisse der Auswanderer bedarf und daß ich als Beauftragter des Reichslandwirtschaftsministeriums mir die Frage zu stellen habe, ob nicht ein gewisser Teil der Auswanderer in Deutschland angesiedelt werden kann.

Im übrigen muß ich in meiner amtlichen Eigenschaft größten Wert darauf legen, daß es mir frei steht, mich über die Lage der Landwirtschaft auch durch unmittelbare Erkundigungen bei der bäuerlichen Bevölkerung zu informieren. Ich würde sonst der Möglichkeit beraubt sein, eine für den deutschen Handels- und Kreditverkehr mit der UdSSR ausreichende Berichterstattungs-Tätigkeit auszuüben.

gez. Auhagen

Deutscher Landwirtschaftlicher
Sachverständiger für die UdSSR.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 16. November 1929

Nach den Angaben, die mir von Vertretern der verschiedenen Konfessionen aus den Flüchtlingsorten gemacht worden und vielleicht nicht ganz vollständig sind, berechnet sich die Zahl der in den Vororten Moskaus liegenden deutschstämmigen Flüchtlinge etwa folgendermaßen:

Mennoniten	9120
Lutheraner	2481
Baptisten und Evangelisten	95
Katholiken	743
Zusammen	12439

Nicht eingerechnet in diese Gesamtzahl sind die 327 Personen, die mit dem Dampfer Dshersinski nach Deutschland fuhren, und die etwa 350 Personen, die später nach Leningrad abtransportiert wurden.

Der Zuzug neuer Flüchtlinge war in den ersten Tagen der heute ablaufenden Woche noch beträchtlich, hat aber seitdem stark abgenommen. Offenbar sind die

behördlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Zureise wirksamer geworden. In manchen Gegenden, besonders in dem an der Abwanderung am stärksten beteiligten sibirischen Bezirk Slawgorod, darf niemand das Dorf ohne Erlaubnis der Ortsbehörde verlassen; die Ortschaften werden auch nachts bewacht; Fahrkarten werden verweigert, wenn der Verdacht der Auswanderungsabsicht besteht. In manchen Bezirken sucht die Behörde der Abwanderung auch dadurch entgegenzuwirken, daß solchen Kolonisten, die noch nicht zugrunde gerichtet sind, unausführbare Auflagen gemacht werden, so daß der Auswanderungslustige die erforderliche Bescheinigung darüber, daß er dem Staat nichts schuldig ist, nicht erlangen kann. Auch wird oft der Verkauf von Habseligkeiten, um das Geld für die Reise nach Moskau und für die Paßgebühren zu beschaffen, polizeilich verhindert. In vielen Bezirken werden Personen, die von Auswanderung sprechen, ohne weiteres verhaftet; besonders haben dies Los diejenigen zu erwarten, die sich als Abgesandte von Gruppen oder Gemeinden in Moskau nach den Aussichten der Auswanderung erkundigten und, wenn auch nur als Warner, in ihr Dorf zurückkehren.

Trotz aller dieser Maßnahmen gelang es noch vielen, nach Moskau zu entweichen. Sie brachen bei Nacht auf, begaben sich teilweise mit Fuhrwerk zu entfernten Stationen, ließen sich durch unverdächtige Personen Fahrkarten lösen oder nahmen Fahrkarten nach anderen Richtungen, um unterwegs das Reiseziel zu ändern.

Die Regierung ist nunmehr dazu übergegangen, die Eisenbahnzüge auf mehreren nach Moskau führenden Linien (besonders von Sibirien und vom Süden her) einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen. In den letzten Tagen sind viele Personen unterwegs gezwungen worden, den Zug zu verlassen; dem Befehl, zurückzureisen, sollen sie größtenteils nicht nachgekommen sein, weil sie in ihrer bisherigen Heimat nichts mehr besitzen und nur den Hungertod erwarten. Manche Gruppen sind trotzdem auch noch in den letzten Tagen in Moskau angelangt; ihnen ist es aber nicht mehr gelungen, sich mit der Hauptmasse der Flüchtlinge zu vereinigen; auf dem Bahnhof, von welchem die Züge zu den betreffenden Vororten abgehen, wurden sie von der Miliz angehalten, wobei ihnen befohlen wurde, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie sich verpflichten, alsbald die Rückreise anzutreten; über die Frage der Bezahlung der Fahrkarten für die Rückreise wurden mir widersprechende Angaben gemacht; einzelne der Betroffenen sagten mir, daß sie schon deshalb die Unterschrift verweigert hätten, weil sie kein Geld für Fahrkarten haben, während andere mir die glaubwürdigere Mitteilung machten, daß gleichzeitig mit der Verpflichtung die unentgeltliche Aushändigung der Fahrkarten in Aussicht gestellt wurde. Jedenfalls haben sich fast alle geweigert zurückzufahren, da sie dies für gleichbedeutend mit dem Hungertode halten. Die Leute liegen in größter Not auf verschiedenen Bahnhöfen; im ganzen mögen es 150 bis 200 Personen sein. Einzelne von ihnen haben die Botschaft aufgesucht; ich habe ihnen ausnahmslos erklärt, daß wir den polizeilichen Maßnahmen der Sowjetregierung nicht entgegenwirken können.

Allem Anschein nach wird demnach die weitere Zuwanderung von Kolonisten stark abnehmen; auf die Schreckensnachrichten, die jetzt aus Moskau in den Ko-

lonien eintreffen, werden die deutschen Bauern sich vorläufig wohl zum größten Teil in ihr Schicksal ergeben, obgleich es für viele ein entsetzliches sein wird.

**Chiffriertes Telegramm an das Auswärtige Amt
vom 18. November 1929**

auf die telegraphische Verfügung zu berichten, warum ich die Veröffentlichung eines Aufsatzes, der in der Tagespresse mit auffälligen Überschriften erschienen sei, veranlaßt hätte.

Bei meiner Entsendung habe ich angenommen, daß ich wissenschaftlich publizistische Tätigkeit fortsetzen darf. Ein Verbot hiergegen ist nicht ergangen; meine Aufsätze in „Osteuropa“ sind mit Wissen des Auswärtigen Amtes regelmäßig erschienen. Meinen Novemberaufsatz habe ich privatim unter Herstellung der Abschriften auf meine Kosten ohne Angabe meiner dienstlichen Stellung deutschen Tageszeitungen zur Verfügung gestellt, da es sich, wie ich Herrn Botschafter am 9. November berichtete, um Leben und Tod von Tausenden und um Sein oder Nichtsein deutschen Bauerntums in Sowjet-Union handelt. Ich stellte den Redaktionen anheim, Aufsatz ganz oder teilweise unter Nennung von Quelle und Autor abzdrukken, so daß etwaige Veröffentlichungen als Zitate aus der „Osteuropa“ erscheinen sollten.

Aufsatz ist durchaus wissenschaftlich gehalten, schildert die Vorgänge im Dorfe, die in Deutschland noch viel zu wenig bekannt sind, und zieht sehr gemäßigte Schlüsse bezüglich der Wirkungen jetzigen agrarpolitischen Kurses. Der Schrei der Empörung über die entsetzlichen Verhältnisse in den deutschen Kolonien darf nach meiner Überzeugung in deutscher Presse nicht verstummen. Deutsche Zentralzeitung Moskau schreibt 13. November: „Für den Kulak ist kein Platz im Kollektiv. Er ist zum Tode verurteilt.“ Dies bestätigt authentisch meine Darstellung und gilt nicht nur der deutschen Oberschicht, sondern auch allen Mittel- und Armbauern gegenüber, die von Haus und Hof vertrieben werden, weil sie nicht im Kollektiv Freiheit, Religion und Deutschtum einbüßen wollen. Nur über die öffentliche Meinung der Welt ist Rettung für die Hunderttausende draußen im Lande zu erhoffen. Ich fühle mich absolut verpflichtet, in dieser Richtung zu wirken.

gez. Auhagen.

Bewogen wurde ich zur Veröffentlichung in der Tagespresse dadurch, daß Kanada, das anfängliche Reiseziel der Flüchtlinge, die Erlaubnis zur Einwanderung verweigert hatte und die Deutsche Reichsregierung zögerte, einen auch nur vorübergehenden Aufenthalt im Deutschen Reiche zu gestatten. Die Zustände in den Asylorten wurden immer unhaltbarer; die Sowjetregierung drohte mit dem Rücktransport. Wie mir später der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes mitteilte, erfolgte der Kabinettsbeschluß zur Hereinlassung der Flüchtlinge unter dem Eindruck der Veröffentlichung.

1) Vgl. hier Seite 64—74.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 23. November 1929

über die Art und Weise der bisher ausgeführten Rücktransporte sowie über die vorhergegangenen oder gleichzeitig ausgeführten Verhaftungen sind mir aus Flüchtlingskreisen zahlreiche Mitteilungen gemacht worden, deren Ergebnis ich im folgenden zusammenfasse.

Die ersten Verhaftungen erfolgten am 30. Oktober, denen bald in zunehmender Zahl weitere folgten. Anfänglich wurden nur Mennoniten verhaftet; anscheinend spürte man nach Anstiftern der Bewegung; für diese Vermutung spricht auch der Umstand, daß schon vorher der frühere Geschäftsführer des vor Jahren aufgelösten Verbandes der in der UdSSR, wohnhaften Mennoniten verhaftet wurde.

Später wurden auch Angehörige anderer Konfessionen verhaftet; bis zum 16. November soll die Zahl der Verhafteten auf etwa 1000 gestiegen sein. Es scheint so, als ob den meisten dieser Verhafteten unter scharfem Druck zugeredet wurde, sich freiwillig zur Rückkehr zu verpflichten; jedenfalls trifft dies für die wenigen zu, die mich nach ihrer Freilassung aufsuchten. Ein kleiner Teil hat sich tatsächlich verpflichtet, und von einzelnen weiß ich, daß sie mit ihrer Familie die Rückreise mit gewöhnlichen Zügen angetreten haben. Die große Mehrzahl hat sich dagegen standhaft geweigert; viele von ihnen sind trotzdem freigelassen worden. Es trifft dies z. B. für 120 bis 150 Personen zu, die in einem Vorort-Kino in Haft gehalten wurden.

Manche der Häftlinge, denen die Erklärung bezüglich der Rückkehr abgezwungen werden sollte, waren brutaler Behandlung ausgesetzt; sie wurden vielfach mit dem Revolver bedroht; ein Mann, dessen Name mir genannt wurde, war schwer mißhandelt worden.

Der zwangsmäßige Rücktransport setzte am 17. November ein und wurde in den Vormittagsstunden des folgenden Tages fortgesetzt. Vielfach wurde so verfahren, daß zunächst die Familienväter verhaftet wurden; sie wurden in bereitstehende Eisenbahnwagen gebracht, worauf den Familien mitgeteilt wurde, daß die Väter zurückführen und die Familien gleichfalls zurückreisen müßten. In anderen Fällen wurden die Familien ohne vorherige Festnahme der Väter zwangsweise zu den Eisenbahnzügen gebracht. Viele Frauen, die gegen die Gewalt protestierten und sich schreiend zu Boden warfen, wurden mit Füßen getreten, an Händen und Füßen gebunden und in die Lastautomobile hineingetragen. Es wurde kein Unterschied zwischen Gesunden und Kranken gemacht. So wurde eine Frau, die an Typhus darniederlag, mit ihren windpockenkranken Kindern dem Rücktransport unterworfen; man hat sich sogar nicht gescheut, eine Mutter, die einige Stunden vorher ein Kind geboren hatte, in das Lastauto und dann in den Waggon zu verbringen; selbstverständlich ist sie bald danach gestorben.

Die Züge setzen sich aus geschlossenen Güterwagen zusammen, die teilweise unmittelbar vorher zum Transport von Kohlen oder von Vieh gedient hatten und

nur unvollständig gesäubert waren. Mit kleinen Ofen scheinen sämtliche Wagen versehen gewesen zu sein.

Es wird mir mitgeteilt, daß in jenen Tagen vier Züge in der Richtung nach Sibirien und etwa ebensoviele Züge nach Süden abgingen; im ganzen sollen etwa 2000 Personen abtransportiert worden sein. Auf den Wagen war mit Kreide bezeichnet, für welche Richtung sie bestimmt waren. Grundsätzlich sollten die Leute wohl in ihre verschiedenen Heimatsbezirke zurücktransportiert werden, indessen sollen manche in die falschen Züge gebracht worden sein.

Die Züge fuhren unter schwacher militärischer Bedeckung; manchen Männern und Frauen ist es gelungen, unterwegs zu entkommen und nach Moskau zurückzufahren. Ich habe von solchen Leuten gehört, daß die Verpflegungsverhältnisse auf der Fahrt sehr ungünstig waren; zu Beginn wurde jedem ein Stück Brot (etwa 300 g) und ein Stückchen Wurst (etwa 100 g) gegeben. Nachher waren die Leute auf sich selbst angewiesen; viele waren gänzlich mittellos, z. B. solche Familien, deren Häupter verhaftet sind.

Allgemein herrscht unter den Deportierten die größte Verzweiflung, da sie in ihrer bisherigen Heimat nichts als Verhaftung, Verschickung, Erschießung oder den Hungertod erwarten.

Am Dienstag herrschte in den Flüchtlingsorten Ruhe. In der Nacht auf Mittwoch wurden gegen 100 Familienväter festgenommen, wobei den zugehörigen Familien befohlen wurde, sich sofort für den Rücktransport fertigzumachen. Die Abholung mit Lastkraftwagen unterblieb indessen.

In der Nacht auf den 22. d. M. wurden in einzelnen Orten systematische Registrierungern aller Flüchtlinge durch die Miliz vorgenommen; offenbar war das eine vorbereitende Maßnahme für den Rücktransport, der gestern abend wieder aufgenommen wurde und heute vormittag noch im Gange war. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten werden unter Aufgebot einer bedeutend größeren Zahl von Lastkraftwagen als zu Beginn der Woche einzelne Ortschaften gänzlich geräumt, während in anderen Ortschaften noch nicht damit begonnen worden ist. Heute vormittag um 8 Uhr waren auf der Station Lossino—Ostrowskaja bereits 20 Eisenbahnwagen voll belegt.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 27. November 1929

Zwei Kolonisten melden mir, daß der Leiter der ausländischen Abteilung des Administrativen Otdels heute morgen erklärt hat, daß die Paßgebühr für alle Personen über 16 Jahre einschließlich des Beitrages zum Roten Kreuz ohne Unterschied der Klassenzugehörigkeit 220 Rubel betrage.

Auch wird mir berichtet, daß in der vergangenen Nacht in Kljasma (dem hauptsächlichsten Wohnort der noch anwesenden Flüchtlinge) die Miliz in den Häusern bekanntgemacht hat, daß möglichst umgehend die Pässe zu beantragen sind; die Gebühr betrage 220 Rubel.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 27. November 1929

Die Maßnahme des Rücktransports der deutschstämmigen Kolonisten in die Heimatgebiete hat in erster Linie die Mennoniten betroffen, in viel geringerem Maße die Lutheraner und fast gar nicht die Katholiken. Es hängt wohl damit zusammen, daß bei dem letzten großen Rücktransport gerade diejenigen Ortschaften geräumt wurden, die zum größten Teil oder fast ausschließlich von Mennoniten bewohnt waren, während die verschont gebliebenen Ortschaften, vor allem Kljasma (hauptsächlicher Wohnort der noch anwesenden Flüchtlinge) sowohl von Mennoniten wie auch von Lutheranern und Katholiken bewohnt sind.

Unter den Tausenden, die in den nächsten Tagen nach Deutschland abtransportiert werden sollen, befinden sich nach meinem persönlichen Eindruck und nach Andeutungen, die mir Vertrauensmänner gemacht haben, Personen von recht zweifelhafter moralischer Beschaffenheit. Diese Leute hier bei der Visenerteilung abzulehnen, war schon deshalb nicht möglich, weil die Sowjetregierung erklärte, einen amtlichen Verkehr zwischen der Botschaft und den Auswanderern nicht zu lassen zu können; auch wäre dadurch eine für die Hauptmasse der Auswanderer sehr unerwünschte und vielleicht sogar gefährliche weitere Verzögerung entstanden. Um mehr als 20 oder 30 Personen dieser unerwünschten Kategorie dürfte es sich nicht handeln.

Es ist sehr mit der Möglichkeit zu rechnen, daß einzelne dieser Leute in Deutschland sehr bald mit dem Wunsche hervortreten werden, in die Sowjetunion zurückzukehren, was hier selbstverständlich entsprechend kommentiert werden wird¹⁾.

Vielleicht ist es möglich, in den deutschen Sammellagern diese ungeeigneten Elemente ausfindig zu machen und sie bald abzuschieben.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 28. November 1929

Ein besonders umsichtiger Vertrauensmann der Mennoniten schätzt heute die Zahl seiner noch bei Moskau anwesenden Glaubensbrüder auf etwa 3000. Wenn diese Angabe zutrifft, so dürfte die Gesamtzahl der nach Deutschland zu überführenden Flüchtlinge doch beträchtlich größer sein, als am 25. d. M. angenommen werden konnte. Wie ich in meiner gestrigen Aufzeichnung bereits ausführte, sind von dem Rücktransport in die Heimat die Lutheraner und Katholiken in viel geringerem Prozentsatz betroffen worden als die Mennoniten. Vor dem Rücktransport betrug die Zahl der Lutheraner nach den mir ausgehändigten Verzeichnissen 2471, zu denen sich 118 Baptisten und Evangelisten gesellten; von ihnen mögen etwa 1800 verblieben sein. Die Zahl der Katholiken betrug vor dem Rücktransport 761 und ist vielleicht auf 600 zusammengeschmolzen.

Ich komme daher zu dem Schluß, daß das deutsche Hilfswerk im ganzen mit 5500 Personen rechnen muß. Vielleicht ist diese Angabe zu hoch, jedoch ist es

1) Diese Vermutung bestätigte sich.

im Hinblick auf die deutscherseits zu treffenden Vorbereitungsmaßnahmen wohl richtiger, eine zu hohe als eine zu niedrige Ziffer zu nennen. Zu einer genaueren Schätzung bin ich nicht in der Lage, da nur noch wenige Vertrauensmänner mich besuchen, und ich es gegenwärtig vermeiden möchte, die Wohnorte der Flüchtlinge aufzusuchen.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 2. Dezember 1929

Vor der Abfertigung der letzten Auswandererzüge ist einer nicht geringen Zahl von Familien, für die bereits der Paß ausgestellt war, eröffnet worden, daß ihnen die Genehmigung zur Auswanderung nicht erteilt werde. Die Angabe eines Grundes wurde in den meisten Fällen verweigert; den Betroffenen ist es vollkommen unverständlich, warum gerade ihnen die Ausreise verboten wird, obgleich sie nicht einmal zu denjenigen gehören, die früher festgenommen und in der Haft unter Anwendung von Drohungen und sonstigem Druck veranlaßt worden waren, sich zur Rückreise in die Heimat zu verpflichten. Von der Auswanderung sind auch einige Familien ausgeschlossen worden, die auf eine derartige Bereitwilligkeitserklärung als Grund dieser Ausschließung hingewiesen wurden, ohne daß eine solche Erklärung abgegeben worden war.

Alle diese Familien sind in größter Verzweiflung; sie glaubten, am Ziele ihrer Wünsche zu sein, und sehen sich nun im letzten Augenblick gezwungen, in die verlassene Heimat zurückzukehren, wo sie nichts mehr besitzen und nur den Hungertod erwarten. Ebenso trostlos ist selbstverständlich die Lage derjenigen Familien, die tatsächlich in der vorigen oder vorvorigen Woche sich zur Rückreise bereit erklärt hatten und sich jetzt in der Hoffnung, trotzdem auswandern zu dürfen, getäuscht sehen.

Auch wird mir berichtet, daß auf den Bahnsteigen der Flüchtlingswohnorte immer noch einzelne Kolonisten auf die bloße Feststellung hin, daß sie Deutsche sind, verhaftet werden und dadurch der Hoffnung auf alsbaldige Auswanderung verlustig gehen.

Alle diese Vorgänge scheinen mir im Widerspruch mit der Zusage der Sowjetregierung zu stehen, die Auswanderung der noch anwesenden Flüchtlinge im allgemeinen zuzulassen. Vielleicht ist es möglich, die betroffenen Familien durch erneute Vorstellung beim Außenkommissar zu retten.

Bericht über die Lage der deutschen Kolonisten und der Landwirtschaft in der UdSSR.

z. Zt. Berlin, den 18. Dezember 1929

I.

Der Verkehr mit den deutschen Kolonisten, die in den letzten Monaten die Botschaft teils als Flüchtlinge, teils als Abgesandte ihrer Heimatsgenieinden aufsuchten, gab mir Gelegenheit, mich über die landwirtschaftliche Lage in fast sämt-

lichen Bezirken der deutschrussischen Bauern zu unterrichten. An wichtigeren Gebieten fehlten lediglich der Bezirk Odessa, dessen Lage indessen aus den Berichten des Konsulats Odessa zur Genüge bekannt ist, und Transkaukasien, wo die bisher erträgliche Lage der deutschen Kolonien erst in der allerletzten Zeit im Zusammenhang mit dem Schicksal der Winzergenossenschaft Konkordia sich in verhängnisvoller Weise verschlechtert hat. Zweifellos ist auch in diesen beiden Gebieten die Neigung zur Auswanderung sehr groß; daß diese Stimmung in der Entsendung von Kundschaftern nach Moskau nicht zum Ausdruck gekommen ist, mag sich daraus erklären, daß die Kolonisten sich zunächst bei den dortigen Konsulaten erkundigten und über die gegenwärtige Unmöglichkeit der Auswanderung (abgesehen von den bereits bei Moskau angesammelten Flüchtlingen) informiert wurden.

Besonders hervorzuheben ist, daß in der letzten Zeit in zunehmender Zahl auch Flüchtlinge und Abgesandte aus der Republik der Wolgadeutschen erschienen.

Fast überall ist die deutsche Bevölkerung von dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit beherrscht, das meistens an Verzweiflung grenzt oder bereits in volle Verzweiflung ausgeschlagen ist. Die Gründe sind überall dieselben: Steuerdruck, übermäßige Getreideaufgaben und die Furcht vor der Kollektivierung, im Zusammenhang hiermit die religiöse Bedrückung und die Angst um die sittliche Entwicklung der Kinder. Aus fast allen Bezirken wurde mir von den Abgesandten berichtet, vielfach unter Vorlegung langer Namenslisten, daß die große Mehrzahl oder die Gesamtheit der Mitglieder der betreffenden Gemeinden zur Auswanderung entschlossen sei; in einzelnen Bezirken der Ukraine haben die Kolonisten auf falsche Gerüchte hin ihre Wirtschaften bereits aufgelöst und selbst ihren Hausrat größtenteils verkauft, so daß sie nur noch auf Strohlagern nächtigen. Alle diese Abgesandten, denen ich eröffnen mußte, daß an Auswanderung vorläufig nicht zu denken sei, verließen mich in größter Niedergeschlagenheit.

Die einzige Ausnahme bildete eine deutsche Saatzuchtgenossenschaft in der Krim, die offenbar wegen ihrer wertvollen Saatgutlieferungen bisher schonend behandelt worden ist; aber auch diese rechnet damit, daß ihre guten Tage gezählt sind.

Daß das Elend in den deutschen Kolonien durch die Sozialisierungspolitik in Verbindung mit der Getreidekampagne heraufbeschworen wurde, ist bekannt. Furchtbar ist das Los des Kulaks. Im Gegensatz zu mehrfachen Äußerungen Kalinis und Rykows im Laufe des letzten Jahres, daß eine Wiederholung der „Raskulatschiwanije“ (Entkulakung) nicht beabsichtigt sei, geschieht heute etwas viel Schlimmeres als in der Zeit des Kriegskommunismus. Damals bestand die Maßnahme in der Herabdrückung der Oberschicht auf oder unter das bäuerliche Durchschnittsniveau durch Wegnahme eines Teiles des Landes, Inventars und Hausrats; heute dagegen völlige Vermögenskonfiskation, Verjagung von Haus und Hof, Ächtung. Das Wort der Deutschen Zentralzeitung vom 13. November: „Für den Kulak ist kein Platz im Kollektiv! Er ist zum Tode verurteilt.“ ist im buchstäblichen Sinne gemeint. Ich sehe davon ab, dies mit Einzelheiten zu belegen.

Hervorzuheben ist, daß die Zahl als Kulaken behandelte Bauern in den deutschen Kolonien besonders groß ist. Teilweise liegt der Grund darin, daß bis in die

letzte Zeit der Prozentsatz kräftigerer Wirtschaften bei den Deutschen tatsächlich höher war als bei den Russen; besonders gilt dies von den mennonitischen Kolonien. Großenteils wurde aber nur nach den Anzeichen früheren Wohlstandes, z. B. nach den stattlicheren Gebäuden geurteilt, und vielfach war einfach der Gedanke maßgebend, daß im deutschen Dorf individualwirtschaftliche Gesinnung noch viel rigorosser zerschmettert werden müßte als bei den russischen Bauern.

Der Vernichtungskampf wird in erster Linie, aber keineswegs ausschließlich gegen diejenigen Bauern geführt, die nach dem letzten Gesetz über die Landwirtschaftssteuer als „ausgeprägt kulakische Wirtschaften“ der individuellen Besteuerung unterliegen; im Durchschnitt der Union sind 3 % aller Höfe, also von 26 Mill. 780000 *Wirtschaften* hierzu ausersehen. Als ich vor kurzem gelegentlich einer Versammlung, in der der Vizepräsident des Zentralverbandes der Kollektivwirtschaften über die Ziele dieses Verbandes gesprochen hatte, im Vorstandszimmer zwischen Vortrag und Diskussion auf das entsetzliche Los einer so großen Zahl bäuerlicher Familien hinwies, wurde meine Rechnung als grundsätzlich richtig anerkannt und hinzugefügt: „Dafür ist eben Revolution.“

Auf die deutschen Kolonien entfallen aber viel mehr als 3 %. Beispiele:

Kolonie im Bezirk Charkow: Von 62 Bauern sind 5 des politischen Stimmrechts beraubt und 26 individuell besteuert; 5 Wirtschaften sind versteigert; dasselbe Schicksal droht den übrigen 21.

Eine andere Kolonie im Bezirk Charkow: von 30 Wirtschaften sind 23 individuell besteuert.

Kolonie im Bezirk Kriwoi Rog: Von 65 Wirtschaften sind bisher 7 versteigert. Ein Neusiedlersdorf in demselben Bezirk hat noch Schonzeit; von 86 Höfen ist nur einer versteigert.

In mehreren Kolonien der Bezirke Cherson und Artemowsk sind bis zu 50 % der Wirtschaften individuell besteuert. In einer Kolonie von 62 Wirtschaften im Bezirk Artemowsk sind 30 „boykottiert“ und damit auf die schwarze Liste gesetzt.

Kolonie im Bezirk Melitopol: 30 deutsche und (seit der Revolution zugesiedelt) 10 russische Wirtschaften; 5 deutsche Wirtschaften individuell besteuert.

Eine andere Kolonie im Bezirk Melitopol: Von 92 Wirtschaften sind 6 individuell besteuert; stimmrechtlos sind gegen 30 Bauern, in der großen Mehrzahl deshalb, weil sie im vorigen Jahre gegen die „freiwillige“ Selbstbesteuerung gestimmt haben.

In dem großen Mennonitenbezirk Halbstadt an der Moloischnaja (Bezirk Melitopol) sollen 17% der Bauern individuell besteuert und bereits vertrieben sein oder doch die Vertreibung zu erwarten haben.

Kolonie im Bezirk Kiew: Von 100 Wirtschaften wurden im vorigen Jahre 4, in diesem Jahre 16 individuell besteuert.

Kolonie in der Krim: Von 30 Wirtschaften sind 2 individuell besteuert, gepfändet sind 17. Partieller Versteigerung sind bisher 4, totaler Versteigerung 1 Wirtschaft verfallen.

Eine andere Kolonie in der Krim: Von 50 Wirtschaften sind 7 individuell besteuert und bisher 3 versteigert. Eine dritte Kolonie in der Krim: Von 26 Wirt-

schäftensind 2 individuell besteuert und 9 gepfändet. Partielle Konfiskation hat bisher bei 2 Wirtschaften stattgefunden. 4 Bauern sind zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Kolonie im Bezirk Rostow a. Don: Von 40 Wirtschaften sind 2 stimmrechtlos und außerdem 13 Mittelbauern in diesem Jahre den Kulaken steuerlich gleichgestellt, d. h. individuell besteuert.

Eine andere Kolonie in demselben Bezirk: Von 55 Bauern sind 15 wegen „böswilliger“ Nichterfüllung der Getreideaufgabe verhaftet.

Kolonie im Bezirk Petropawlowsk (Kasachstan): Von 70 Wirtschaften sind gegen 30 gepfändet und 15 versteigert, davon 10 total unter Wegnahme sämtlicher Lebensmittel.

Kolonie im Bezirk Slawgorod (Sibirien): Von 42 Wirtschaften sind 11 total versteigert; Zahl der stimmrechtlosen Bauern: 7.

Eine andere Kolonie in demselben Bezirk: Von 46 Wirtschaften sind 32 individuell besteuert.

Sehr unglücklich hat sich in der letzten Zeit auch die Lage der Bauern in der deutschen Wolgarepublik gestaltet. In der anfänglichen Ansammlung von Flüchtlingen bei Moskau waren sie überhaupt nicht vertreten; erst in der allerletzten Zeit mögen sich einige Wolgadeutsche den Auswanderertransporten verstoßen angeschlossen haben. Daß sich auch Abgesandte erst im November auf der Botschaft meldeten, ist teilweise wohl daraus zu erklären, daß die Wolgadeutschen wenig Verbindung mit den übrigen Gruppen der Kolonisten haben und erst aus den gegen die Auswanderung gerichteten Äußerungen der russischen Presse erfahren, daß Auswanderung in Frage komme. Vor allem aber trat Mitte Oktober eine Verschärfung der Getreidekampagne in der bis dahin in dieser Beziehung noch ziemlich rückständigen Wolgarepublik ein, indem zugleich die Parole umfassender Kollektivierungspolitik ausgegeben wurde. Nach einem etwas älteren Plan sollte lediglich der hauptsächlich von Russen bewohnte Kanton Krassnyj Kut der Totalkollektivierung unterworfen werden. Indessen zeigte sich auch in der Wolgarepublik die bäuerliche Einzelwirtschaft derart erschüttert, daß das gleiche Ziel auch für die übrigen Kantone aufgestellt werden konnte. Die „Prawda“ berichtete am 24. November, daß eine Spezialkommission des Rats der Volkskommissare der RSFSR. nach einer Bereisung des Unter-Wolga-Gaues zum Schluß gekommen sei, daß sämtliche landwirtschaftlichen Bezirke dieses Gaues, darunter auch die Republik der Wolgadeutschen, bereits Ende 1930 durch umfassende Kollektivierung zu einheitlichen Wirtschaftskörpern zusammengeschlossen werden könnten. Zunächst wird mit Volldampf die einzelne Kolonie kollektiviert, um dann mit anderen Gemeinden vereinigt zu werden. Wie überall, so wird auch in der Wolgarepublik gegen führende Persönlichkeiten, bei denen eine Abneigung gegen diese Entwicklung vermutet wird, in rücksichtslosester Weise vorgegangen.

Ende November wurde mir mitgeteilt, daß bereits 1500 Bauern in das Gefängnis des Hauptortes der Republik — Pokrowskoje — geworfen seien; von Zeit zu Zeit werde neuen Arrestanten Platz geschaffen durch Abschiebung früherer Häftlinge in die Zwangsarbeits-Territorien der GPU. im Weißen Meer (Solowki):

die Familien der Verhafteten seien von Haus und Hof vertrieben. Bauern, die von Auswanderung gesprochen hatten, seien in Saratow eingekerkert worden, wo sie bereits in der 3. Woche bei einer Tagesration von 100 g Brot und einem Glas Wasser gehalten würden, ohne daß ihnen von Angehörigen Lebensmittel gebracht werden dürften. Ich sträube mich dagegen, dies zu glauben.

In einer Kolonie des Kantons Kamenka wurden bei der Umformung des Dorfe zu einem Kollektiv 87 Familien, deren Mitgliedern das politische Stimmrecht ab gesprochen war, in der Weise separiert, daß ihnen das schwächste Land an den Peripherie der Gemarkung zugeteilt wurde: das Weiterbestehen dieser Wirt schalten ist sehr in Frage gestellt, da sie bei der Zuteilung von Saatgut voraus sichtlich leer ausgehen werden und mit Sicherheit alle erdenklichen Schikanen zu erwarten haben. Bei 30 Familien hat bereits völlige Konfiskation des Besitzes statt gefunden, wobei 19 Wirte zu 2 Jahren Gefängnis und anschließender 8jährige Verschickung verurteilt sind. In einer anderen Kolonie des Kantons sind von etwas 600 Bauern 33 verhaftet worden. Im Kanton Seelmann haben von 150 Bauen einer Kolonie 34 die wirtschaftliche Vernichtung zu erwarten.

In einer Kolonie des Bezirkes Balzer waren bis Ende November von 400 Bauen über 20 verhaftet und ebenso viele verjagt; eine Fortsetzung des Terrors war aber noch zu erwarten. Nur ein einziges Beispiel für das angewandte Verfahren: einen Bauern, der von 33 Deßj. etwas über 2000 Pud Getreide geerntet hat, wurde zunächst eine Lieferung von 1373 Pud auferlegt, sodann nachträglich 330 Pud und hierauf sollte er binnen 24 Stunden noch weitere 1000 Pud aufbringen; da er dieses nicht vermochte, so wurde er am folgenden Tage mit seiner Familie unten völliger Konfiskation seiner Habe verjagt.

In einer deutschen Kolonie des Kantons Krassnyj Kut waren bis zum 25. No vember von 320 Wirtschaften 9 versteigert worden, 39 waren hierfür vorgemerkt und 12 weitere Wirtschaften hatten mit Wahrscheinlichkeit dasselbe Schicksal zu erwarten.

Am 28. November sprach der Reichsdeutsche Schippmann auf der Rückreise nach Deutschland bei mir vor. Als namhaftes Mitglied der Deutschen Kommu nistischen Partei wurde er im Sommer 1929 auf Empfehlung von Thälmann im Kanton Kukul als Lehrer an einer Bauernjugend-Schule angestellt (wahrscheinlich um russische Methoden auf Anwendbarkeit in Deutschland zu studieren). Er sprach mit größtem Abscheu von der Bauernpolitik, deren Zeuge er geworden war. Alf er sich weigerte, bei der Getreidekampagne mitzuwirken, und ihm bedeutet wurde daß er als Kommunist auf den Posten zu treten habe, auf den er kommandiert werde, erklärte er seinen Austritt aus der Partei; in einer Versammlung habe er die schriftliche Frage eingereicht, ob es sich für den deutschen Kommunisten lohne im Kampf für ein solches System sich erschießen zu lassen; absichtlich habe er nachher durch alkoholischen Exzeß erreicht, daß er nicht gemäßregelt, sondern als Psychopath zur Heilbehandlung heimgeschickt worden sei. Er erzählte dasselbe, wie die Abgesandten der Bauern: daß z. B. ein ganzes Dorf 210000 Pud Getreide hätte abliefern sollen, während es nur 200000 Pud geerntet habe, daß in einem anderen Dorf bei der Kollektivierung von 200 Wirtschaften 18 Familien ver-

trieben worden wären, daß ein Bauer, der zur Erfüllung der auferlegten Getreidelieferung unter der Hand Getreide gekauft hätte, nach Art. 107 des Strafgesetzbuches wegen spekulativen Getreidehandels zu 5 Jahren strenger Einzelhaft verurteilt worden wäre.

Was ich an konkreten Einzelheiten erfuhr, wurde immer wieder durch allgemein gehaltene Aussagen der Hunderte von Bauern bestätigt, mit denen ich mich unterhalten habe. Das Schicksal der Verhaftung und wirtschaftlichen Vernichtung traf nicht nur den Kulak im gesetzlichen Sinne, sondern zum großen Teil auch Mittel- und Armbauern, die als Gesinnungsgenossen der früheren Oberschicht galten oder aus sonstigen Gründen den Zorn der Gewalthaber auf sich gelenkt hatten. Auch wissen die Bauern überall, daß der Begriff „Kulak“ in der praktischen Anwendung durchaus ein relativer ist. Es ist stets die jeweilige Oberschicht, die auf das Korn genommen wird: im vorigen Jahr die Bauern mit 4 Pferden, in diesem Jahr die Halbspänner, im nächsten Jahr vielleicht schon Bauern mit einem Pferde; die Bauern sind sich deswegen nicht im Zweifel darüber, daß die Einzelwirtschaft zu baldigem Absterben bestimmt ist. Der Bauernstand — dies gilt sowohl vom deutschen wie vom russischen — sinkt daher wie ein Baum, dessen Wurzeln unterwaschen sind, nach der Seite der Kollektivwirtschaft hinüber. Nicht zu leugnen ist, daß ein kleiner Teil der Bauern, vor allem im russischen Dorf, sich freiwillig in die Kollektive drängt. Hauptsächlich sind dies diejenigen Bauern, die nicht die notwendigen Mittel besitzen, um ihren Landanteil zu bewirtschaften, und die durch die neueste Agrarpolitik, die den kräftigeren Bauern die Pachtung von Land und Beschäftigung von Lohnarbeitern immer mehr erschwert hat, größtenteils in eine ganz unausträglich Lage versetzt worden sind. Sicher gab es bisher auch viele Bauern, die gern und voller Hoffnung ein Kollektiv begründeten oder sich einem solchen anschlossen; besonders großen Andrang hatten die konsolidierten und gute Überschüsseerzielenden Kollektive zu verzeichnen, die in der Gesamtheit der Kollektive aber nur die Minderzahl darstellen. Aber auch bei dieser Kategorie wird die Freude am Kollektiv künftig sehr gedämpft werden; die neuen Riesengebilde, die ganze Verwaltungsbezirke umfassen sollen, müssen das Gefühl des genossenschaftlichen Anteilbesitzes gänzlich aufheben; der Kollektivist wird sich künftig lediglich als Landarbeiter fühlen. Die große Mehrzahl der Bauern, die heute das Heer der Kollektivisten vermehren, sieht sich entweder direkt oder indirekt hierzu gezwungen. Der direkte Zwang besteht darin, daß die Gemeinde in der bekannten Weise durch Antrag von Seiten der Partei veranlaßt wird, den Übergang zu kollektivistischer Wirtschaft zu beschließen; Separationsgelüste einer etwa vorhandenen Minorität werden sehr bald ausgetrieben. Der indirekte Zwang besteht in dem Druck, der gegen die Individualwirtschaft durch Steuern, Getreideaufgaben, Vorenthaltung von Kredit, Saatgut, Geräten, Konsumwaren, durch Entziehung von Land oder Zuteilung geringwertigen Landes ausgeübt wird; im Herbst dieses Jahres hat vor allem die Getreidekampagne Millionen von Einzelbauern in eine unhaltbare Lage gebracht. So wird ein immer größerer Teil des Bauernstandes vor die Alternative gestellt, zu verelenden und zu hungern oder in das Kollektiv zu gehen, wo ein einigermaßen gesichertes Dasein, wenn auch in Unfreiheit, winkt. Die Deut-

schen suchen sich allerdings diesem indirekten Zwang, so weit es irgend möglich ist, zu entziehen — daher der Wunsch auszuwandern, daher immer wieder die Versicherung, lieber sterben zu wollen, als das Joch des Kollektivs auf sich zu nehmen und die Kinder verderben zu lassen. Trotzdem werden auch sie sich in die Kollektive hineinzwängen lassen, wenn sie keinen anderen Ausweg sehen. Den Beweis dafür liefern die Kulaken und alle anderen, die jetzt von Haus und Hof verjagt sind; wie gern würden diese das Schlimmste von sich und ihrer Familie durch Eintritt in das Kollektiv abgewandt haben! Ihr Los ist deshalb ein so entsetzliches, weil sie grundsätzlich in kein Kollektiv aufgenommen werden, wie sie auch ebensowenig einem Arbeiterverbände beitreten können.

Die Zahl dieser Unglücklichen, die heute in äußerster Not um ihr Leben ringen, ist überaus groß. Mindestens ist sie gegenwärtig schon auf 5 % der deutschen Kolonistenbevölkerung zu schätzen, also auf etwa 10000 Familien oder 50 000 Personen. Voraussichtlich wird ihre Zahl aber noch sehr wachsen. In den großen Zwangskollektiven werden innere Kämpfe zweifellos an der Tagesordnung sein, und wenn die Partei obsiegt, so werden immer wieder Anhänger des privatwirtschaftlichen Prinzips ausgestoßen werden; auch alle diejenigen, die im Kollektiv ihren Glauben nicht verleugnen wollen, haben mit diesem Schicksal zu rechnen.

Abgesehen von der Vernichtung einer so großen Zahl von Einzelexistenzen, droht aber ganzen deutschen Bezirken in nächster Zukunft Hungersnot, die nach Angabe der Kolonisten sich von dem Hungerjahr 1921/22 nur dadurch unterscheiden wird, daß damals die Sowjetregierung ausländische Hilfe herbeirief, während sie jetzt das Bestehen einer Notlage, die sie selbst durch ihre eigenen Maßnahmen in furchtbarster Weise verschärft hat, nicht anerkennen will. Fast überall in der Union ist das Dorf seiner Getreidereserven gänzlich beraubt worden, und in sehr vielen Bezirken ist der ländlichen Bevölkerung nicht einmal die gesetzliche Nahrungs- und Futternorm belassen worden. Am bedrohlichsten ist die Lage natürlich in den diesjährigen Mißerntebezirken, wie in West-Sibirien und Kasachstan, auch in dem zum Uralgebiet gehörenden Bezirk Orenburg; auch diesen Gebieten sind große Getreideaufgaben zudiktiert worden. Eine Kolonie im sibirischen Bezirk Rubzowsk zählt 2400 Einwohner, denen nach der örtlichen Norm (15 Pud jährlich je Person) 36000 Pud Brotgetreide zustehen; die Deßjatine gab aber nur 3—5 Pud, so daß im ganzen nur 7700 Pud Getreide geerntet wurden; trotzdem wurde der Gemeinde eine Lieferung von 3000 Pud abverlangt. Ende November waren schon 40 Familien ohne Brot und Kartoffeln; das Vieh war größtenteils zur Zahlung der Steuern verkauft; das übrige Vieh wird geschlachtet, um über die Not der nächsten Zukunft hinwegzukommen. Die Abgesandten berichteten mir, daß die gesamte Gemeinde einschließlich des Vorstehers sich zur Auswanderung fertig gemacht habe; spätestens im Februar werde eine Hungerkatastrophe eintreten; in den russischen Dörfern sähe es nicht besser aus; der russische Bauer entziehe sich dem Elend nicht selten durch Selbstmord, was auch aus vielen anderen Gegenden berichtet wird. Ähnliche Verhältnisse bestehen in den Bezirken Slawgorod, Petropawlowsk, Pawlodar, Kustanai und anderen transuralischen Bezirken.

Eine Hungersnot wird auch in der Republik der Wolgadeutschen erwartet, obgleich hier eine Mittelernte erzielt wurde. Im Bezirk Kamenka haben in einer Kolonie die Armbauern nur 4—7 Pud Brotgetreide auf die Person behalten, während den Mittelbauern noch weniger belassen wurde und die Oberschicht selbstverständlich noch viel schlechter gestellt wurde; schon im Januar werde in diesem Kanton Hunger herrschen. Aus dem Kanton Krassnyj Kut wurde mir berichtet, daß das Brot höchstens bis zum Februar reichen werde. In der Wolga-Republik wie in vielen anderen Bezirken wird die Gefahr der Hungersnot für den späteren Verlauf des Wirtschaftsjahres durch die massenhafte Vernichtung des Viehbestandes, von der nachher die Rede sein soll, noch verschärft. Auch in der Ukraine und Krim wird in vielen Gemeinden zum Ausgang des Winters Hungersnot erwartet. Abgesandte aus dem Bezirk Dnjepropetrowsk (Jekaterinoslaw) erklärten mir, daß die dortigen Bauernschaften, um dem Hungertode zu entgehen, unter allen Umständen versuchen würden, über die Grenze zu entkommen.

Die Darstellungen, die mir im einzelnen über die Ernährungslage gegeben wurden, mögen durch die Angst zu schwarz gefärbt sein; immerhin ist die Lage auf jeden Fall sehr bedrohlich, und an dem Ausbruch einer Hungersnot in den Mißerntebezirken ist nicht zu zweifeln.

Die deutschen Kolonien fallen einer Politik zum Opfer, die grundsätzlich sich gegen das russische Bauerntum in gleicher Weise richtet. Allerdings leidet das deutsche Element stärker darunter, nicht nur subjektiv insofern, als der Deutsche den Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit, die Auflösung der Familie und die Unterdrückung der Religion viel schwerer empfindet, als der Russe, sondern auch objektiv. Der Prozentsatz der vernichteten Existenzen ist im deutschen Dorf, wie ich oben ausgeführt habe, ungleich größer als im russischen. In vielen Bezirken werden die deutschen Kolonien auch im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit viel stärker mit Steuern, Getreideaufgaben und sonstigen Lasten belegt. Auch das Verfahren bei Versteigerungen, Konfiskationen und strafrechtlichen Verfolgungen wird häufig gegen sie mit größerer Schärfe angewandt. Zweifellos sind hierbei nicht selten nationale Antipathien und Mißgunst auf seiten der russischen Organe mit im Spiel. Aus der Wolga-Republik wird mir berichtet, daß russischen Kulaken bei Vermögenskonfiskation nicht selten das Nebenhaus (die sog. Backstube), und wenn diese nicht bewohnbar ist, das eigentliche Wohnhaus belassen wird, während der deutsche Kulak verjagt wird.

Die heutige Politik umfassender Kollektivierung stellt zugleich auch die nationale Zukunft der deutschen Kolonien in Frage. Durch die Ausrottung der Religion (Verfolgung der Geistlichen, Wegnahme der Kirchengebäude) verliert das Deutschtum sein stärkstes Rückgrat; an Stelle der verjagten Oberschicht werden hier und da, z. B. in der Krim, Angehörige fremder Nationalitäten dem Dorfe aufgedrängt. Vor allem aber läuft die Entwicklung darauf hinaus, daß die deutschen Kolonien mehr und mehr mit russischen Dörfern zu Großkollektiven zusammengeschlossen werden, deren Leitung nicht in deutschen Händen liegt. Die Voraussage meines im Mai d. J. über meine Reise in die Krim und die südliche Ukraine erstatteten Berichts, daß bei Fortbestehen der jetzigen Politik das deutsche Kolonistentum ret-

tungslos der wirtschaftlichen Verelendung, dem sittlichen Verfall und schließlich dem Untergang entgegengehe, scheint sich in furchtbarster Weise zu bestätigen.

II

Aus den Aussagen der deutschen Kolonisten konnte ich wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der allgemeinen Lage der Landwirtschaft entnehmen, zumal ich regelmäßig die Abgesandten nicht nur nach den Verhältnissen ihrer eigenen Gemeinden, sondern auch benachbarter russischer Dörfer befragte.

Amtlich wird zugegeben, daß die Herbstbestellung sich nicht nach Wunsch vollzogen hat; sie sei in vielen Bezirken, z. B. in der ganzen Ukraine, erheblich hinter dem Plan zurückgeblieben; im ganzen sei aber doch die Wintersaatfläche um 2 bis 3 % vergrößert worden. Ich halte von dieser Angabe sehr wenig. Ich habe im letzten Jahr allzu große Fehler in der russischen Agrarstatistik festzustellen Gelegenheit gehabt. Im Juli z. B. meldete die statistische Zentralverwaltung der Union für Sibirien eine Mittelernte, obgleich sich damals für die wichtigsten Bezirke Sibiriens bereits eine schwere Mißernte herausgestellt hatte; dasselbe traf auf Kasachstan zu. Hinsichtlich der Anbaufläche wurde von der sibirischen Statistik eine bedeutende Vergrößerung angegeben, während nach den Mitteilungen von bäuerlicher Seite eine Verminderung eingetreten war. Die Abnahme der Anbaufläche wurde mir auch von einem Agrarstatistiker bestätigt, der jahraus jahrein auf dem Lande tätig ist und die Ziffern der amtlichen Statistik als Fiktion bezeichnete. Daß die russische Erntestatistik mit viel zu hohen Zahlen rechnet, schließe ich auch auf Grund der Überlegung, daß sonst die Durchführung der diesjährigen Getreidekampagne bei rigoroser Unterbindung des Privathandels nicht einen so fühlbaren Getreidemangel herbeigeführt haben könnte, wie er in vielen ländlichen Bezirken besteht.

Für fast alle Gebiete meldeten die Abgesandten der deutschen Kolonien einen starken Rückgang der Saatfläche; Sibirien kommt hierbei nicht in Betracht, da dort in den meisten Bezirken nur Sommergetreide gesät wird. An konkreten Einzelangaben führe ich folgende an: in einer Kolonie der Krim ist die Saatfläche um 40 % gesunken, in mehreren Dörfern nördlich von Kiew um 500/0, im Kanton Balzer (Wolga-Republik) soll die Saatfläche bei den Einzelbauern auf den dritten Teil gesunken sein; starke Abnahme auch in den Bezirken Kamyschin (Bezirk Stalingrad) und Anape (Nordkaukasus). In einer Kolonie im Bezirk Melitopol ist die Wintersaatfläche von 500 auf 220 Deßj. gesunken; in einer Kolonie des Bezirkes Kriwoi Rog betrug sie 1927 300 Deßj., 1928 200 und 1929 137 Deßj.; in deutschen Kolonien des Bezirks Stalingrad ist die Wintersaatfläche bei den Einzelbauern um 50 % vermindert worden, bei den Kollektiven hat sie zugenommen, so daß im ganzen mit einem Rückgang um 30 % gerechnet wird. Als Gründe werden regelmäßig angegeben: die Abnahme der Spannkraft durch Verminderung des Pferdebestandes, der Mangel an Saatgut oder dessen zu späte Anlieferung und vor allem die Mutlosigkeit, die sich der Bauernschaft bemächtigt hat. Der Einzelbauer hat kein Interesse mehr an seiner Wirtschaft, da die Kollektivierung vor der Tür

steht, er sieht, wie furchtbar es größeren Wirtschaften geht und ist daher bestrebt, auf das Niveau der armbäuerlichen Wirtschaft zu sinken.

Die Regierung ist allerdings bemüht, mit großer Strenge die Einhaltung des Bestellungsplanes zu erzwingen; besondere Kommissionen, die sich aus Parteileuten des Dorfes zusammensetzen, und von außen kommandierte Arbeiterbrigaden üben scharfe Kontrolle aus; für Nichterfüllung des von der Gemeinde zwangsweise angenommenen Bestellungsplanes drohen dieselben Strafen, wie für Nichterfüllung der übertriebenen Getreideaufgaben. Zweifellos wird auf diese Weise viel erreicht, aber im allgemeinen doch bei weitem nicht das angestrebte Ziel. Zur Überwindung der Unlust der Bauern reicht auch der jetzige Kontrollapparat nicht aus, und im übrigen gilt das Wort: ultra posse nemo obligatur. Hier und da soll es vorkommen, daß die Bauern wohl mit der Drillmaschine und dem Bukker über den Acker gehen, das Saatgetreide aber wieder nach Hause bringen, da sie es zur Nahrung notwendig gebrauchen. Nur aus einzelnen Bezirken, besonders aus der südlichen Ukraine (Cherson, Mariupol) wird eine Zunahme der Winter-saatfläche gemeldet; es darf aber nicht übersehen werden, daß hier infolge der katastrophalen Auswinterung des Weizens im Jahre 1927/28 der Mangel an Saatgut im vorjährigen Herbst die Anbaufläche sehr einschränkte.

Sehr in die Waagschale fällt auch, die qualitative Seite der Ackerbestellung. Alles was die Regierung in den letzten Jahren zur Hebung der bäuerlichen Einzelwirtschaft durch Verbesserung des Saatguts, durch Ausbau der agronomischen Beratung, durch Flurregulierung usw. erreicht hat, wird bei weitem überwogen durch die nachteiligen Wirkungen des steuerlichen und wirtschaftlichen Druckes und vor allem durch die Unsicherheit oder vielmehr Aussichtslosigkeit, vor die nunmehr die einzelbäuerliche Wirtschaft gestellt ist. In den hauptsächlichsten Kornkammern der Union, den Steppengebieten des Südens und Ostens, beruhte der Getreidebau auf der Schwarzbrache; diese besteht darin, daß die Steppe des an die Reihe kommenden Feldes im Herbst umgebrochen wird, um dann im folgenden Frühjahr und Sommer durchgearbeitet und hierauf mit Wintergetreide besät zu werden; der Erfolg der Wirtschaft hing vor allem von der Ernte dieses Feldes ab. Die Schwarzbrache macht sich also erst im zweitfolgenden Jahr bezahlt. Unter den heutigen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, wenn diese verhältnismäßig intensive Methode nur noch in ganz geringem Umfange gehandhabt wird. Auch der für das Ernteergebnis so wichtige herbstliche Umbruch der Stoppel für die folgende Frühjahrssaat, wird trotz aller schönen Beschlüsse in vielen Bezirken in geringerem Umfange als im vorigen Jahr ausgeführt.

Noch viel ungünstiger hat sich die neueste Agrarpolitik auf den Viehstand ausgewirkt. Die unbefriedigenden Verhältnisse auf diesem Gebiet kommen so deutlich auch in den Versorgungsbedingungen der Stadt zum Ausdruck, daß das Bestehen einer Kalamität von der amtlichen Presse offen zugegeben wird. Indessen reichen die Äußerungen der Presse und Regierung bei weitem nicht an die Meldungen der Kolonisten heran. Teilweise ist der Rückgang der Viehhaltung dadurch bedingt, daß sich infolge des Mißverhältnisses zwischen der Zunahme der Bevölkerung und dem landwirtschaftlichen Fortschritt die Futterfrage im allge-

meinen sehr verschärft hat. In manchen Gebieten haben auch Mißernten, die gerade beim Viehstande eine nachhaltige Wirkung ausüben, das ihre beigetragen. Vor allem aber hat die Agrarpolitik der beiden letzten Jahre verheerend gewirkt. Die Rolle, die in dieser Beziehung die unglücklich konstruierte Landwirtschaftsteuer spielt, habe ich im April d. J. in einem eingehenden Bericht dargelegt. Der Terror der letzten Monate hat geradezu eine panikartige Abstoßung von Vieh durch Schlachtung und Verkauf ausgelöst, entweder galt es, Geld zur Steuerzahlung oder zum Ankauf des abzuliefernden Getreides aufzubringen, oder die Wirtschaft war infolge der übermäßigen Getreideaufgabe so von Kraftfutter entblößt, daß der Viehstand vermindert werden mußte, oder man schränkte sich auf das Äußerste mit dem Viehstand ein, um nicht dem Schicksal des Kulaks zu verfallen. Oft wurde auch geschlachtet, um vor dem infolge der Getreidewegnahme drohenden Hunger geschützt zu sein. Ungeheuerliche Mengen von Vieh sind in Erwartung baldiger Kollektivierung verkauft oder geschlachtet worden. Der Schlachtung verfielen auch häufig trüchtige Kühe und kurz vor dem Lammen stehende Schafe. Auch Schweine sind großenteils vorzeitig geschlachtet worden. Auch von den verkauften Kühen sind viele vorzeitig zugrunde gegangen, sei es, daß sie für einen ganz geringen Preis (z. B. jenseits des Urals für 30 Rubel statt für 160 Rubel) an Private zur Schlachtung abgesetzt, sei es, daß sie an Kollektive oder große behördliche Einkaufsorganisationen verkauft wurden, wo infolge Futtermangels und schlechter Pflege viele Tiere verkümmerten. An Einzelnachrichten greife ich folgende heraus:

In einer Kolonie des Kantons Kamensk (Wolga-Republik) ist die Zahl der Kühe auf den dritten Teil des vöriährigen Bestandes gesunken.

In einer Kolonie des Bezirkes Kiew ist die Zahl der Milchkühe im letzten Jahr von 470 auf etwa 200 gesunken; die Mehrzahl der fehlenden soll geschlachtet sein. In früheren Jahren habe jede der 100 Wirtschaften etwa 4 bis 5 Stück Vieh aufgezogen, während in diesem Jahr die ganze Kolonie kaum 10 Kälber behalten hätte; der Schweinebestand sei je Hof von 10 bis 15 auf 2 bis 3 Stück zurückgegangen.

In einer Kolonie von Kriwoi Rog hatte der Gemeindegirt im vorigen Jahr 217 Kühe zu hüten, in diesem Sommer nur 70, die sich jetzt auf 50 vermindert hätten; mehr als eine Kuh halte niemand mehr. Die Mehrzahl der Bauern müsse jetzt schon Gerstenbrot essen; wegen des Getreidemangels würde der Bestand an Schweinen und Hühnern auf das Äußerste eingeschränkt.

In einer Kolonie des Bezirkes Rostow am Don sind von 300 Kühen, die im Jahre 1927 vorhanden waren, nur 85 übrig geblieben.

In einer Kolonie des Bezirkes Petropawlowsk ist die Zahl der Milchkühe seit dem Frühjahr von 400 auf 40 gesunken.

Aus dem Kanton Marienthal wurde mir Ende November mitgeteilt, daß die Höfe überall vom Blut der geschlachteten Kühe, Schafe und Schweine schwimmen. Schweine seien kaum noch vorhanden. Im Hauptort der Wolga-Republik Pokrowskoje sollen täglich etwa 500 Schafe geschlachtet werden. Auch wurde wir

Anfang Dezember berichtet, das an der Station Urbach in der Wolga-Republik seit

2 Monaten täglich 50 bis 60 Kamele für Moskauer Konservenfabriken geschlachtet werden; angeblich werden diese für die Verwertung durren, stacheligen Steppenfutters so wertvollen Arbeitstiere behördlich, in Erwartung der künftigen Traktoren, als überflüssig angesehen. Mein Gewährsmann verkaufte, um nicht als Kulak zu gelten, 3 Kamele zur sofortigen Schlachtung zusammen für 75 Rubel, die er im vorigen Jahre für 310 Rubel erstanden hatte.

Auch Pferde werden in großer Zahl abgestoßen, für die vielfach nur ein Spottpreis erzielt wird und die überhaupt häufig niemand zu kaufen wagt; aus vielen Kolonien des Südens wurde mir mitgeteilt, daß die auf dem Bazar unverkauft gebliebenen Pferde oft als herrenlos in die Steppe gejagt wurden; im Kanton Balzer sollen außer Pferden auch Kühe und Schafe herrenlos sein. Alles in allem ist an einer sehr bedenklichen Verminderung der Viehhaltung in jeder Beziehung, und zwar nicht nur in den deutschen Kolonien, sondern überhaupt in der einzelbäuerlichen Wirtschaft der UdSSR., nicht zu zweifeln.

Über die Kollektivierung urteilten die deutschen Kolonisten im allgemeinen sehr absprechend; auf die Frage, wie die ihnen bekannten Kollektive arbeiten, antworteten sie regelmäßig mit geringschätzigem Lächeln. Sie führten Beispiele an, wonach das Kollektiv im Verhältnis zur Fläche viel weniger ernte als der Einzelbauer. Sicher beruhten diese Urteile auf unrichtiger Verallgemeinerung; ich habe viele Kollektive kennengelernt, die in Ackerwirtschaft und Viehzucht vergleichsweise gut abschnitten, und im ganzen bin ich immer noch der Ansicht, daß die einigermaßen konsolidierten Kollektive, wie sie bisher bestanden, dem im russischen Dorf vorherrschenden Typus armseliger Zwergbauernwirtschaft mehr oder weniger überlegen waren. Durch die jetzige überstürzte Massenbildung von Kollektiven ändert sich die Rechnung indessen gewaltig. Alle diese neuen Kollektive leiden zunächst noch unter den Unvollkommenheiten und Schwierigkeiten des Anfangs; ein genossenschaftlicher Geist kann, wie ich oben schon erwähnte, in den Großkollektiven nicht bestehen. Die ganz überwiegende Mehrzahl der heute kollektivierten Bauern ist über diese Entwicklung erbittert und bringt dem Kollektiv nicht Liebe, sondern Haß entgegen. Es ist daher begreiflich, wenn sie durch möglichst schlechte Arbeitsausführung das Kollektiv und damit ihre Fesseln zu sprengen sucht. Aus vielen Gegenden ist mir unter Anführung von Einzelheiten berichtet worden, wie dieser Einstellung gemäß gearbeitet wird; besonders soll im russischen Kollektiv der Wunsch, daß die ganze Sache der Teufel holen solle, zu lautem Ausdruck kommen.

Ein hervorragender mennonitischer Landwirt aus der Wolga-Republik bezeichnete das jetzige Kollektivierungsfieber als Selbstmord des Staates; die Wirkung sei dieselbe, „wie wenn Millionen fremder Soldaten in das Land kommen“.

III.

Im ganzen neige ich zur folgenden Beurteilung der landwirtschaftlichen Aussichten des nächsten Jahres:

Der Getreidebau der bäuerlichen Einzelwirtschaft wird, auf die gesamte Wirtschaftsfläche der nicht kollektivierten Betriebe gerechnet, voraussichtlich einen

Rückgang erleiden, und jedenfalls ist eine Verschlechterung der Bestellungsverfahren anzunehmen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß schon im Jahre 1930 der „sozialistische Sektor“ den Verfall der einzelbäuerlichen Wirtschaft ausgleichen kann. Nach dem Plan, den das Zentralvollzugskomitee der Union (ZIK.) am 8. Dezember angenommen hat, soll die nächstjährige Anbaufläche (einschließlich der jetzigen Wintersaat) um 10% ausgedehnt und damit auf 130,4 Millionen ha gebracht werden. Die tatsächliche Erreichung dieser Ziffer dürfte ebenso ein frommer Wunsch bleiben wie die Durchführung des Beschlusses, daß die Getreideernte von der Flächeneinheit um 80/0 erhöht werden soll. Ich führe die obige Zahl nur an, weil sie einen Maßstab für den Sozialisierungsplan gibt; die auf diesen sich beziehenden Zahlen haben reale Bedeutung. Zu unterscheiden sind die Ssowchoty (Rätégüter, d. h. Staatsbetriebe) und die Kolchosy (Kollektivwirtschaften, dem Namen nach genossenschaftliche Betriebe, die jetzt aber in volle Abhängigkeit vom Staat gebracht werden und sich dadurch den eigentlichen Staatsbetrieben mehr und mehr annähern). Die Saatfläche der Rätégüter soll von 1,8 auf 3,7 Mill. ha steigen. Vor allem kommen für den Ausgleich im obigen Sinne die neuen Getreidelatifundien in Betracht, die vom Korntrust (Sernotrust) verwaltet werden, da diese großenteils jungfräuliches Steppenland — allerdings in durchschnittlich sehr niederschlagsarmen Gebieten — bewirtschaften und insofern zusätzliche Produktion schaffen. Nach dem bisherigen Plane sollen diese Betriebe im nächsten Jahre eine Anbaufläche von annähernd 1 Mill. ha aufweisen, von der nach sehr optimistischem Anschlag 1 Mill. t Getreide geerntet werden sollen; vor kurzem ist beschlossen worden, die Saatfläche noch um etwa 40 % zu vergrößern; mit den Gesetzen rationeller Steppenwirtschaft wäre dies unvereinbar, da diese Erweiterungsfläche der Herbstbeackerung nicht mehr unterworfen werden kann. Alles in allem dürfte die wirkliche Erntesteigerung durch den Korntrust im nächsten Jahr über 1 Mill. t kaum hinausgehen, was zwar für die Versorgung der Stadt eine wesentliche Hilfe ist, jedoch bei dem Gesamtbedarf des Volkes im Betrage von 70 bis 75 Mill. t nur wenig in die Waagschale fällt.

Die Kollektivwirtschaften sollen ihre Saatfläche von 4,3 auf mindestens 30 Mill. Hektar bringen. Hiervon ist wenigstens soviel richtig, daß die Wirtschaftsfläche der Kollektive sich im Vergleich zum vorigen Jahr mindestens siebenfachen wird; angesichts des Zusammenbruchs oder doch der Schwächung der bäuerlichen Einzelwirtschaft halte ich es sogar für wahrscheinlich, daß den Kollektiven ein noch viel größerer Teil des Bauernlandes zufallen wird. Hier aber heißt es: je mehr um so schlimmer, je mehr um so weniger wird der Staat in der Lage sein, die Kollektive in der gehörigen Weise arbeitsfähig zu machen, wozu nicht nur Traktoren, zugehörige Arbeitsgeräte und Wirtschaftsbauten, sondern auch fachlich tüchtige Leiter erforderlich sind. Was Traktoren betrifft, so reichen diese schon im Sommer dieses Jahres nur für 15 % der kollektivierten Fläche aus. Im nächsten Jahr sollen der Landwirtschaft einschließlich der Rätégüter im ganzen 29000 Traktoren zugeführt werden. Selbst wenn es gelingt, diesen Plan zu finanzieren und die Maschinen rechtzeitig herauszubringen, so würde die genannte Menge nur für allenfalls 6 Mill. ha ausreichen. Vor allem aber ist, wie ich

schon oben ausführte, mit der Unlust der in die Kollektive hineingezwungenen Bevölkerung zu rechnen. Ich halte es daher für wahrscheinlich, daß die Zuwachsfläche der Kollektive im nächsten Jahr im ganzen einen geringeren Ertrag geben wird, als wenn sie in einzelbäuerlicher Bewirtschaftung geblieben wäre; jeder wirkliche Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse im heutigen Rußland wird anerkennen müssen, daß das Urteil über die von der jetzigen Massenkollektivierung zunächst zu erwartende Wirkung nicht vorsichtiger formuliert werden kann.

Daß die Staatsleitung mit schlechter Arbeitsdisziplin und Sabotage in den Kollektiven rechnet, geht aus dem Beschluß des Zentralkomitees der Partei (Ekon. Shisnj vom 24. Nov. 1929) hervor, 25000 Arbeiter aus den hauptsächlichsten Industriebezirken in die Kolchosy zu entsenden; zum großen Teil sollen sie als Leiter fungieren. Das Parteikomitee der Republik der Wolgadeutschen hat für die jetzt beschlossene Totalkollektivierung des Gebietes u. a. folgende Leitsätze aufgestellt (Deutsche Zentralzeitung vom 4. Dezember 1929): „Mit der Verwirklichung der kompakten Kollektivisierung wird der Klassenkampf im Dorfe durchaus noch nicht aufhören, sondern nur andere Formen annehmen. Das läßt die Frage der Verstärkung der Arbeit unter den armen Bauern und Batraken und der Verstärkung des proletarischen Einflusses auf die Kollektivwirtschaften zur Sicherung der Klassenlinie in der Kollektivwirtschaftsarbeit in ihrer ganzen Größe entstehen. Zu diesem Zwecke haben die Kantonkomitees der Partei Maßnahmen zur Organisation von, Parteizellen in den Kollektivwirtschaften zu treffen. In diese Zellen sind die besten und aktivsten Kollektivwirtschaftler, besonders aus der Mitte der Batraken und armen Bauern, welche die Klassenlinie, die Linie der Partei in den Kollektivwirtschaften fest durchführen, hineinzuziehen. Bei den Verwaltungsorganen der Kollektivwirtschaften (Räte, Verwaltungen und Revisionskommissionen) sind Armengruppen zu bilden.“

In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung des unmittelbaren Einflusses des Industrieproletariats auf die Kollektivwirtschaftsbewegung wird die Fraktion des Gewerkschaftsrates beauftragt, durch die entsprechenden Gewerkschaftsverbände mindestens 50 Arbeiter aus dem Betrieb auf ständige Arbeit in die Kollektivwirtschaften zu schicken. Die Fraktion des Kollektivwirtschaftsverbandes aber hat besonders eihmonatliche Kurse für diese Arbeiter zu organisieren. Außerdem müssen die Industrie-Gewerkschaften Brigaden auf Saisonarbeit zur Untersuchung der Kollektivwirtschaften schicken.“

Der Terror wird jetzt also aus dem der Vernichtung entgegengehenden Bauerndorf in das Kollektiv verlegt werden. Fortgesetzt werden wegen nichtbolschewistischer Gesinnung Mitglieder ausgestoßen und damit dem äußersten Elend preisgegeben werden, was bei dem Überfluß an Arbeitskräften in den Kollektiven, zumal bei zunehmender Mechanisierung der Ackerwirtschaft, und angesichts des Geburtenüberschusses von über 3 1/2 Millionen die heutigen Gewalthaber nicht im mindesten bekümmert. Die Tatsache, daß Kollektivierung und Versklavung von jetzt ab gleichbedeutend sind, kommt hierdurch aber zum schärfsten Ausdruck; der

Russe müßte ganz anders geartet sein als andere Menschen, wenn sich daraus nicht höchst bedenkliche Spannungen ergeben sollten.

Viel hängt in der besonders kritischen Übergangszeit, zunächst im bevorstehenden Jahre natürlich von der Witterung ab. Im großen und ganzen hat das lange Ausbleiben winterlichen Frostes günstig gewirkt. Die Saat hatte sich in vielen Gebieten teils infolge herbstlicher Dürre, teils infolge nicht rechtzeitiger Anlieferung des Saatgutes verspätet; es setzte dann aber in den meisten Gebieten des europäischen Rußlands eine lange Periode milder, regenreicher Witterung ein, die den Saaten sehr zustatten kam. Wo allerdings (wie in der Ukraine) die Bauern veranlaßt wurden, zur Verbesserung der Statistik bis tief in den November noch Weizen zu säen, dürfte im nächsten Frühjahr „hundertprozentige“ Auswinterung, nun schon zum dritten Male, zu erwarten sein; die Bauern wurden bei dieser Zumutung, wie mir aus einzelnen Ortschaften mitgeteilt wurde, auf die neuerdings eingeführte Versicherung gegen Mißwachs verwiesen.

Die vom ZIK. am 8. Dezember beschlossenen Kontrollziffern fordern ferner mit besonderem Nachdruck für die Viehzucht eine Vermehrung; der Rinderbestand soll um 4,5 %, die Zahl der Schweine um 10 % wachsen. Dieser Beschluß ist insofern unklar, als nicht gesagt ist, im Vergleich zu welchem Zeitpunkt die Zunahme eintreten soll. Die Vermehrung wäre sehr geringfügig, wenn sie von der jetzigen Ziffer ausginge, die durch die Ereignisse der letzten Monate so katastrophal gesunken ist. Eine Vermehrung gegenüber dem vorjährigen Bestände, der übrigens auch schon eine starke Verringerung darstellte, liegt ganz außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, wenn auch demnächst große Rätégüter für Viehzucht eingerichtet und diese sowohl wie die Kollektive mit ausländischen Zuchttieren versorgt werden. Der Mangel an Fleisch, Milch, Butter und Eiern wird im nächsten Jahre in der Stadt trotz der Einbeziehung dieser Produkte in das System der Ausdingung (Kontraktazija) und der dadurch bedingten Beschränkung des bäuerlichen Konsums noch viel empfindlicher werden als bisher.

Von einer Äußerung über die politischen Auswirkungen der jetzigen landwirtschaftlichen Lage glaube ich absehen zu müssen, da ich hierfür amtlich nicht zuständig bin.

Bericht über die überraschende Getreideausfuhr Rußlands

z. Zt. Berlin, den 13. Januar 1930

Zur Anfrage des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bezüglich russischer Getreideausfuhr

Im Wirtschaftssystem der Räteunion liegt es begründet, daß es dem Ausland immer wieder große Überraschungen bereiten kann. Der Staat hat die Verfügung über ungeheure Gütermengen, und es bedarf nur einer willkürlichen Planänderung an der Zentralstelle, um vom Auslandsmarkt zu verschwinden oder mit starkem Angebot hervorzutreten. Eine solche Überraschung ist die Wiederaufnahme der Getreideausfuhr, von der die anliegenden Drahtberichte der Botschaft in Moskau und der Gesandtschaft in Riga Mitteilung machen. Am 27. Februar 1929 sprach ich in

Moskau mit dem früheren Chef der Berliner Handelsvertretung, jetzigen Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats Stomonjakow über die Frage künftiger Getreideausfuhr; ich äußerte, daß bei einer besseren Ernte Rußland bald wieder ausführen könne; St. verneinte dieses, für die nächsten Jahre sei nicht an Ausfuhr zu denken. Diese Aussage stand im Einklang mit dem Fünfjahrplan, der erst für das Wirtschaftsjahr 1930/31 (ab 1. September laufend) den Wiederbeginn der Getreideausfuhr annimmt; dann solle diese sich schnell entwickeln; bereits 1932/33 soll sie den Betrag von 8 Millionen Tonnen erreichen, obgleich inzwischen eine Getreidereserve von 4,9 Millionen Tonnen angesammelt werden soll.

Die Ernteergebnisse dieses Jahres waren an und für sich hinsichtlich der Frage der Ausfuhrmöglichkeit nicht günstiger als in den beiden vorhergehenden Jahren. Über die Aussichten der Ernte zu Anfang Juli habe ich dem Reichsministerium am 12. Juli berichtet; in allgemein-volkswirtschaftlicher Beleuchtung schrieb ich darüber von einer Reise aus im Augustheft der „Osteuropa“ (S. 787—790; Sonderabdruck füge ich bei). Die Statistische Zentralverwaltung in Moskau kam am 1. Juli für die gesamte Getreideernte der Union zu einer etwas geringeren Bewertung als an dem gleichen Tage des Vorjahres; die Note lautete (Mittelernte = 100): 115 gegen 119 im Jahre 1928. Für große Teile Sibiriens und Kasakstans erwies sich die amtliche Schätzung, wie ich auf meiner Reise feststellen konnte, als viel zu günstig; sie waren von einer schweren Mißernte betroffen, die in jener Schätzung nicht zum Ausdruck kam. Trotz der geringeren Note der amtlichen Statistik rechnete der Handelskommissar, wie ich am 12. Juli berichtete, mit einer Mehrernte von 3,3 bis 5 Millionen Tonnen; später setzte er diese Schätzung auf 2 Millionen Tonnen herab. Ob tatsächlich für Getreide in seiner Gesamtheit ein Mehrertrag erzielt würde, halte ich für zweifelhaft; wohl aber ist es wahrscheinlich, daß an Roggen bedeutend mehr geerntet wurde als 1928, wo in wichtigen Anbaugebieten des Roggens schwere Auswinterungsschäden eingetreten waren; im ganzen lagen 1929 die Wachstumsbedingungen für den Roggen günstiger. Eine Ausfuhr von Brotgetreide und speziell von Roggen erschien aber trotzdem ausgeschlossen, weil die Bevölkerung im vorhergehenden Erntejahre besonders in den kleineren Städten und in vielen ländlichen Bezirken unter empfindlichem Brotmangel gelitten hatte und daher die etwaige Mehrernte im neuen Jahre zu auskömmlicher Ernährung erforderlich war; auch trug die Regierung sich mit der Absicht, aus der diesjährigen Ernte eine bedeutende Getreidereserve für künftige Mißerntejahre (wohl auch für den Kriegsfall) anzusammeln.

Die Dinge haben sich vor allem dadurch anders gestaltet, daß die Regierung die diesjährige Getreidebeschaffungskampagne mit denkbar größter Schärfe durchgeführt hat; unter systematischer Überschätzung der örtlichen Erntemengen wurden die Bauern überall gezwungen, ihre rechnungsmäßigen, in Wirklichkeit aber in diesem Umfang bei weitem nicht vorhandenen Überschüsse abzuliefern; es wurde damit tief in die zur Ernährung der Landbevölkerung erforderlichen Brotgetreidevorräte eingegriffen; in vielen Bezirken wurden die Bauern auf Gerste zu Brotzwecken verwiesen. Die bäuerliche Oberschicht (die „Kulaken“), die in der Union gegen 4 Millionen Personen zählt, wurde großenteils wirtschaftlich vernichtet und

sämtlicher Vorräte beraubt oder doch, soweit die Wirtschaften erhalten blieben, auf ganz geringe Brotgetreidenormen gesetzt. Der Terror der Getreidekampagne hat in Verbindung mit der Kollektivierungspolitik auch die große Mehrzahl der deutschen Kolonisten an den Rand der Verzweiflung gebracht und die bekannte Auswanderungsbewegung hervorgerufen. Über die wirtschaftlichen Folgen dieses Terrors habe ich am 9. November von Moskau aus und am 18. Dezember von hier aus berichtet (Durchschlag des letzteren Berichtes füge ich bei). Beide Berichte legen dar, wie in vielen Bezirken, nicht nur in den transuralischen Mißerntegebieten, sondern auch an zahlreichen Orten von mittlerer Ernte für den späteren Verlauf des Winters Hungersnot erwartet wird und wie der durch die Getreidekampagne herbeigeführte Mangel auch an Futtergetreide zu der Massenvernichtung von Vieh beigetragen hat.

Zum Unglück für die Landbevölkerung und zum schweren Nachteil der Landwirtschaft ist es der Regierung auf diese Weise gelungen, einen Getreidevorrat von noch nicht dagewesener Höhe anzusammeln; soweit ich es von hier aus beurteilen kann, übertrifft er die Menge, die im Vorjahr der Regierung durch die Getreidekampagne und durch die Ablieferung der Mahlmetze in natura zufließ, um mindestens 4 Millionen Tonnen. Allem Anschein nach ist die Regierung entschlossen, trotz der Ernährungsnot des Landes einen beträchtlichen Teil dieser Menge auszuführen; ohne weiteres ist sie ja auch in der Lage, die aufgespeicherte Getreidereserve, die dem Vernehmen nach in diesem Jahre auf 100 Mill. Pud (über 1 1/2 Mill. t) gebracht werden sollte, zum Zwecke der Ausfuhr anzugreifen. Der treibende Grund für die Ausfuhr ist zweifellos die Schaffung von Valutaguthaben für vermehrte Einfuhr von Maschinen und anderen Produktionsmitteln; der Wunsch, die Einfuhr von Traktoren und sonstigen landwirtschaftlichen Maschinen für die sozialisierte Landwirtschaft stark zu vergrößern und damit die Wirkungen des Zusammenbruchs der bäuerlichen Einzelwirtschaft nach Möglichkeit zu neutralisieren, dürfte hierbei sehr in die Waagschale fallen.

Was speziell die Frage der zu erwartenden Roggenausfuhr betrifft, so läßt sich darüber bei der Undurchsichtigkeit und Unberechenbarkeit der russischen Planwirtschaft nichts Bestimmtes sagen. Bei rücksichtsloser Beschränkung des inländischen Roggenverzehrs wird wohl die Möglichkeit bestehen, mindestens eine halbe Million Tonnen im Auslande anzubieten.

***Begleitbericht zu einer Aufzeichnung für den Staatssekretär
im Ausw. Amt v. Schubert***

Berlin, den 5. März 1930

Anliegend beehre ich mich, eine auf Ersuchen des Herrn Staatssekretärs v. Schubert verfaßte Aufzeichnung über den von der Räteregierung unternommenen Versuch völliger Sozialisierung der Landwirtschaft abschriftlich vorzulegen. Ich werde mich morgen nach Moskau zurückbegeben.

gez. Auhagen.

Wohin führt die Sozialisierung der Landwirtschaft in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken?

Bereits im ersten Ansturm der bolschewistischen Revolution wurde die Sozialisierung der Landwirtschaft angestrebt. Zwar mußte die Rätewirtschaft zulassen, daß sich die Bauern den größten Teil des Gutslandes aneigneten, doch hoffte sie, durch das Beispiel der dem Staate verbliebenen Großbetriebe und durch entsprechende Agrar- und Steuergesetzgebung sowie durch die Regelung des Warenaustausches die Bauern bald auf den Weg der Kollektivierung und damit dem Sozialismus näher bringen zu können. Statt dessen führte diese Politik den Staat an den Rand des Abgrundes. Die „neue Wirtschaftspolitik“ (NEP.), zu der sich Lenin 1921 entschloß, fand sich mit dem einstweiligen Fortbestehen der bäuerlichen Einzelwirtschaft, auf die über 97% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen, ab. Im Vordergrund stand fortan die Förderung dieser Betriebsform; die Kollektivierungspolitik wurde zwar nicht gänzlich aufgegeben, jedoch hörte deren exorbitante Begünstigung auf. Die Folge war, daß die große Mehrzahl der Kollektivwirtschaften sich auflöste; ein kleiner Teil verstand es, sich den neuen Bedingungen anzupassen und sich zu festigen. Der Bauer konnte nach 1921 wieder zu Kräften kommen; die NEP. gab ihm wieder ein festes Besitzrecht (wenn auch kein Eigentum am Boden) und ließ in gewissen Grenzen wieder freien Marktverkehr zu. Infolgedessen konnte im Dorfe wieder eine soziale Differenzierung, die Bildung einer Oberschicht, Platz greifen, die durch Tüchtigkeit, Fleiß und Sparsamkeit sich über den Durchschnitt erhob und später als Kulaken bezeichnet wurde (mit dem Scheltnamen Kulak — wörtlich „Faust“ — belegte man früher skrupellose Bauern und Händler, die es verstanden, durch Wucher und andere Machinationen die schwächeren Bauern oder die ganze Dorfgemeinde unter ihre Gewalt zu bringen). Durch Zupachtung von Land und Beschäftigung von Lohnarbeitern konnten diese kräftigeren Bauern im Zeichen der NEP. ihre Wirtschaft auch flächenmäßig erweitern.

Nach Lenins Tod begann die ideologisch-radikale Opposition gegen die NEP.; in der Landwirtschaft akkumuliere sich zuviel Kapital, und das Kulakentum entwickle sich zu einer Gefahr für die Räteherrschaft. Die Opposition wurde 1927 endgültig besiegt; gleichzeitig aber entschloß sich die herrschende Richtung, geführt von Stalin, zu einer grundlegenden Änderung der Agrarpolitik, die im Hinblick auf den Kulak den Argumenten der Opposition entsprach. Tatsächlich schien die Entwicklung von 1921 bis 1927 darauf hinauszulaufen, daß die bäuerliche Oberschicht mehr und mehr der tragende Pfeiler der landwirtschaftlichen Produktion, der Lebensmittelversorgung der Stifite und der Agrarausfuhr wurde und infolgedessen sich das politische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschieben mußte. Schon Ende 1926 hatte man ihr das politische Wahlrecht entzogen; Ende 1927 beschloß die Partei auch den wirtschaftlichen Kampf gegen sie. Diese Taktik wurde in den Rahmen einer fundamental geänderten Agrarpolitik gestellt. Solange die bäuerliche Einzelwirtschaft vorherrschte, durfte man aus wirtschaftlichen Gründen die Herausbildung eines kräftigen Großbauerntums nicht verhindern; sonst hätte die Landwirtschaft in der Hauptsache auf dem armseligen Zwergbauerntum be-

ruht, das dem Staate wenig geben konnte. Eine Konzentration der Kräfte war unentbehrlich; wenn der Weg zum Großbauerntum als politisch gefährlich verlassen werden sollte, so blieb logischerweise nichts anderes übrig, als die Konzentration durch Sozialisierung der Landwirtschaft anzustreben — auf die vom bolschewistischen Dogma gelegnete Gefahr hin, damit den wirtschaftlichen Gesetzen zuwiderzuhandeln. So wurde die NEP. aufgegeben; sie sei eine Atempause gewesen und habe die Wirtschaft so weit gekräftigt, daß die Politik der Sozialisierung der Landwirtschaft wieder mit Volldampf aufgenommen werden könne; der Kulak werde durch die Sozialisierung entbehrlich gemacht, und seine Beseitigung sei für die Durchführung der Sozialisierungspolitik geradezu notwendig, da er der Kollektivierung widerstrebe und als Landpächter und Arbeitgeber auch die Zwergbauern davon abhalte, sich zu Kollektiven zusammenzuschließen.

Die neue Politik setzte im Winter auf 1928 ein. Es ist bekannt, wie sie immer radikalere Formen angenommen hat, und zwar im gewissen Grade unfreiwillig, zwangsläufig. Die Kollektivierungsbewegung wird anfänglich durch ein System neuer Begünstigungen beschleunigt, in dem gleichzeitig die Bedingungen für die Privatwirtschaft verschlechtert werden und der Kulak durch übermäßigen Steuerdruck eingeschnürt wird. Sodann sucht die Regierung mit Hilfe der Parteiorgane die Bildung von Kollektiven zu erzwingen, gegen widerstrebende Elemente wird mit Terror vorgegangen, und nun bemächtigt sich der großen Masse der Bauernschaft eine Panikstimmung, sie weiß, daß die Individualwirtschaft keine Zukunft mehr hat, der Verfall der bäuerlichen Wirtschaft greift um sich, um so dringender wird die Kompensierung dieses Verfalls durch Kollektivierung, der Terror wird weiter verschärft; um das nackte Leben zu retten, lassen sich die Bauern in die Kollektive hineinzwingen, oder sie drängen aus diesem Grunde auch selbst hinein. Das Kulakentum wird in unmenschlichster Weise „liquidiert“. (Die Meldung der russischen Telegraphen-Agentur Taß vom 25. Februar, daß die „exmittierten Kulaken auf neuen Ländereien angesiedelt werden“, beruht auf Unwahrheit; die Unglücklichen werden mit ihren Familien, aller Habe beraubt, einfach davongejagt, und ihre nachträgliche Rettung durch Ansiedlung kann im allgemeinen schon deswegen nicht in Frage kommen, weil der russische Kolonisationsapparat allenfalls 200 000—250 000 Menschen jährlich ansiedeln kann, während die Schicht der Kulaken auf mindestens 4 Mill. Personen zu schätzen ist.)

Die Maßnahmen der Regierung und ihre Auswirkungen haben sich gegenseitig höher und höher geschraubt, so daß die Kollektivierungsbewegung über die anfänglichen Absichten der Regierung um ein Vielfaches hinausgewachsen ist. Nach dem Fünfjahrplan sollten im Jahre 1932/33 etwa 20 % der Landwirtschaft kollektiviert sein; im Herbst 1929 rechnete die Zentrale der Kollektivwirtschaften damit, daß bis 1932/33 50 % der bäuerlichen Wirtschaften angeschlossen sein würden; dieser Prozentsatz ist aber bereits jetzt erreicht worden, und zweifellos wird er in den nächsten Wochen weiter und weiter steigen. Es ist kein Halten mehr, das Bauerntum, wie ich in meinem Bericht vom 18. Dezember ausführte, gleicht einem Baum, dessen Wurzeln unterwaschen sind und der nun nach der Seite der Kollektivwirtschaft hinübersinkt.

Welcher Erfolg wird der Sozialisierungspolitik beschieden sein? Sie besteht in zwei Aktionen, in der unmittelbaren Sozialisierung durch Schaffung staatlicher Großbetriebe und in der mittelbaren durch Kollektivierung des Bauernvolkes. Die staatlichen Großbetriebe („Rätegüter“) umfaßten vor 1928 gegen 3 % der Nutzfläche. 1928 ging man an die Bildung riesiger staatlicher Getreidelatifundien („Getreidefabriken“) heran, die dem Zwecke dienen, die Versorgung der Städte mit Brotgetreide zu erleichtern und die Getreideausfuhr zu vergrößern. Ursprünglich sollten bis 1932/33 etwa 5 Mill. ha durch die Betriebe erfaßt werden, und zwar in der Hauptsache weite Komplexe in regenarmen Steppengebieten, die bisher einer extensiven Viehzucht gedient hatten. Inzwischen hat das Programm auf 12 Mill. ha erweitert werden können, indem in manchen Gebieten die bäuerliche Landnutzungsfläche erheblich beschnitten wurde. Diese Betriebe dienen einem einseitigen Körnerbau unter weitestgehender Mechanisierung der Ackerwirtschaft (Traktoren, Mähdrescher usw.). 1930 soll die Erntefläche 1 Mill. ha betragen, von der etwa 1 Mill. t Getreide erwartet werden. Das Risiko dieser Betriebe ist besonders infolge der Dürrefahr recht groß, und einsteuilen dürften auch die Produktionskosten bedenklich hoch sein, wengleich dies offiziell in Abrede gestellt wird. Anzuerkennen ist aber, daß hier in kurzem Zeitmaß eine zusätzliche Produktion von bedeutendem Umfange geschaffen wird, die — wenn nicht Störungen politischer oder allgemeiner volkswirtschaftlicher Art eintreten — in wenigen Jahren für die Versorgung der Städte und für die Ausfuhr sehr in die Waagschale fallen werden. 1931 soll die Anbaufläche der „Getreidefabriken“ schon auf 4 Mill. ha steigen. Neuerdings werden zu analogen Zwecken auch staatliche Groß- und Riesenbetriebe für andere spezielle Produktionszweige geschaffen, z. B. für Fleischvieh, Milchvieh, Schafzucht, Flachsbaue, Gemüsebaue, Obstbaue usw. Wenn alle diese Pläne zur Durchführung gelangen, so würde die Exportfähigkeit der Räteunion auf allen genannten Gebieten sehr gesteigert werden.

Die Entwicklung der russischen Landwirtschaft hängt aber in viel höherem Grade davon ab, ob die andere Form der Sozialisierung, die Kollektivierung der bäuerlichen Wirtschaft zu dem angestrebten Ziele führen wird. Von der Kollektivierung erhofft die Partei nicht nur den politischen Erfolg einer Austilgung des Kulakentums und einer völligen Proletarisierung des Landvolkes (in Verbindung mit der Ausrottung der Religion), sondern auch eine schnelle und große Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Man ist überzeugt, daß ebenso wie der staatliche, so auch der kollektivistische Großbetrieb der bäuerlichen Wirtschaft bei weitem überlegen ist; man beruft sich hierbei auch auf günstige Ergebnisse, die in manchen Kollektivbetrieben in den letzten Jahren erzielt worden sind. Wenn auch die große Mehrzahl der von 1917 bis 1921 gebildeten Kollektive bald wieder verfiel und auch von den Kollektiven, die im Zeichen der NEP. zwischen 1921 und 1927 entstanden, ein großer Prozentsatz scheiterte, so haben doch viele dieser Betriebe sich halten können, und einzelne, die sich tüchtiger Leitung zu erfreuen hatten und auch sonst unter einem günstigen Stern standen, haben sich gut entwickelt; mit ihren leistungsfähigen Ackergeräten — großenteils von Traktoren gezogen —, mit verbessertem Saatgut, besseren Wirtschaftsgebäuden, fortschrittlichen Methoden

der Viehzucht, technischen Nebenbetrieben waren sie der bäuerlichen Wirtschaft des Umkreises in der Produktion quantitativ und qualitativ bei weitem überlegen. Für die Kollektive im allgemeinen, soweit sie nicht zusammengebrochen waren, mag das Urteil zutreffen, zu dem im Jahre 1927 eine umfassende sowjetamtliche Untersuchung gelangte; danach stand der Ertrag der Kollektivwirtschaft über dem allgemeinen Durchschnitt der bäuerlichen Wirtschaft, blieb aber hinter der kulakischen Produktion zurück. Ich hatte 1927 den Eindruck, daß die Kollektivwirtschaft ein interessantes, für die Zukunft vielleicht lehrreiches Experiment sei, dem aber für die Gegenwart der russischen Volkswirtschaft nur geringe Bedeutung zukomme; nur 1 % des Bauernlandes war kollektiviert und zwar größtenteils in der schwachen Form der Bodenbearbeitungsgenossenschaft, bei der lediglich die Ackerwirtschaft kollektiviert ist.

Der Optimismus, von dem die heutige Kollektivierungswirtschaft getragen ist, gründet sich zu wesentlichem Teil auf jene bisherigen „Paradepferde“, im ganzen vielleicht 100 oder 200 landwirtschaftlichen Kommunen, die in technischer Beziehung tatsächlich ein erfreuliches Bild darbieten. Durch noch leistungsfähigere Organisation und Ausstattung glaubt man die gesamte Kollektivwirtschaft bald noch über das Niveau dieser Musterbetriebe emporheben zu können. Vor allem wird bei Neugründung oder auf dem Wege der Zusammenschmelzung bestehender Kollektive die Betriebsgröße gegen den bisherigen Umfang gewaltig vergrößert. Früher nur aus 10, 20 oder 30 Familien zusammengesetzt, werden jetzt Kollektive mit Hunderten und Tausenden von Familien im Umfang von Tausenden und Zehntausenden und sogar über 100000 ha gebildet, die natürlich hinsichtlich der technischen und baulichen Ausstattung, hinsichtlich der Möglichkeit, tüchtige Spezialisten für die einzelnen Zweige des Betriebes heranzuziehen, auch als tragfähige Basis für Reparaturwerkstätten und technische Nebenbetriebe große Vorzüge vor den bisherigen kleineren Betrieben (etwa 100—400 ha) entwickeln können. Auch sucht die neue Politik auf höhere Formen der Kollektivierung hinzuwirken; die Bodenbearbeitungsgenossenschaft gilt nur als unvollkommene Vorstufe; meistens wird zum mindesten die Begründung eines Arteis gefordert, in welchem die gesamte Produktion, also auch Viehzucht, Gartenbau usw., kollektiviert ist; das nachdrücklich angestrebte Endziel aber ist die Kommune, die nicht nur eine Produktions-, sondern auch eine Konsumtions- und Lebensgemeinschaft darstellt; mit der Kasernierung der Ehepaare und Unverheirateten, mit Kinderinternaten, mit gemeinsamen Speiseanstalten, Klubräumen und allen sonstigen gesellschaftlichen Einrichtungen soll sie die Bauern zu Gemeinschaftsmenschen umformen.

Daß technisch derartige Groß- und Riesenbetriebe, wie sie geplant sind, der herkömmlichen russischen Bauernwirtschaft weit überlegen sein könnten, ist nicht zu bestreiten. Vom Standpunkt der kommunistischen Idee aus gesehen, wäre es durchaus verständlich gewesen, in dem Tempo, wie es eine organische Entwicklung erheischt, auf jenes Ziel hinzusteuern. Die Voraussetzung hierfür war das Festhalten am Grundsatz der Freiwilligkeit der Kollektivierung. Statt dessen entschloß sich die Regierung zur künstlichen Beschleunigung durch übertriebene Privilegierung und schließlich durch Zwang, und so kam es durch die oben be-

leuchtete Kausalkette (Zwang und Terror — Entmutigung und Schwächung der bäuerlichen Individualwirtschaft — zur Kompensation noch weitere Beschleunigung der Kollektivierung und erhöhter Terror — panikartige Massenflucht in die Kollektive bei schwerem Verfall der Individualwirtschaft), zu dem immer rasenderen Tempo, das heute für die bolschewistische Wirtschaft zu einer großen Gefahr geworden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bewegung der Regierung in bedenklichster Weise über den Kopf gewachsen ist. Die ersehnte Mechanisierung, in der der Hauptnutzen des Großbetriebs erblickt wird, kann zunächst nur in sehr geringem Umfang durchgeführt werden; der Prozentsatz der mit Traktoren beackerten Fläche war seit Beginn der neuen Kollektivierungspolitik ständig gesunken, im Sommer 1929 waren es nur noch 15 %, heute ist der Anteil noch viel geringer. Die Errichtung großbetrieblicher Wirtschaftsgebäude hinkt erst recht hinterher, und noch weniger kann der Bedarf an tüchtigen Fachleuten für die technische Leitung der Gesamtbetriebe oder für die einzelnen Spezialzweige befriedigt werden. Die von der Kollektivierung erwartete Produktionssteigerung ist daher im wesentlichen Sache der Zukunft, während der Verfall und teilweise der Zusammenbruch der bäuerlichen Einzelwirtschaft harte Wirklichkeit sind.

Noch viel größer aber ist der Schaden, der von der seelischen Einstellung des kollektivierten Landvolks her droht. Die Ignorierung psychologischer Gesetze ist der Kardinalfehler der heutigen bolschewistischen Agrarpolitik. Früher waren die Kollektive kleine, freiwillige Genossenschaften; die Mitglieder gingen mit Lust und Hoffnung hinein, auch in der Absicht, sich gut miteinander zu vertragen, wenn es in den meisten Fällen nachher auch anders kam. Heute liegt der Kollektivierung eine ganz andere Gesinnung zugrunde. Abgesehen von einem kleinen Prozentsatz, der aus kommunistischer Überzeugung oder wegen bisheriger allzu elender Lebensbedingungen sich gern kollektiviert, wird die große Masse der Bauernschaft direkt oder indirekt in die Kollektive hineingezwungen, noch dazu in die im allgemeinen auch den russischen Bauern verhaßteste Form, in die Kommunen, die die individuelle Lebensweise auf das weitestgehende einschränken. (Wenn die Regierung sich vielfach zunächst mit der schwächsten Form, mit der Gründung einer Bodenbearbeitungsgenossenschaft, begnügt, so geschieht es, um das Widerstreben der Bauern stufenweise zu überwinden, und auch deshalb, weil Artel und Kommune eine umfassendere technische und bauliche Ausstattung fordern; die Bauern wissen aber, was ihnen am Ende winkt.) Dazu kommt, daß in den heutigen Großkollektiven genossenschaftlicher Geist keine Stätte hat. An der Spitze stehen die von der Partei bestimmten Leute, die Verwaltung ist bürokratisch geordnet, die Mitglieder sind genau wie die Arbeiter eines staatlichen Großbetriebes einer schablonenhaften Arbeitsverfassung unterworfen und einer Lohnstufenordnung eingegliedert; das Kollektiv ist nur dem Namen nach eine genossenschaftliche Organisation, in Wirklichkeit ist es ganz und gar vom Staate abhängig, und von radikalen Köpfen in der Partei (Larin) wird bereits gefordert, die Kollektive zu wirklich sozialistischen, also zu staatlichen Betrieben zu machen. Seit 1928 haben die Bauern immer klarer erkannt, daß die Kollektivierung sie zu Landarbeitern und zwar zu unfreien Arbeitern macht. Zwar steht ihnen der Austritt frei, und vielen droht wegen

religiöser oder sonstiger mißliebiger Gesinnung oder aus Gründen anderer Art die Ausschließung. Aber bettelarm gehen diese hinaus, nur schwer werden sie irgendwo eine Beschäftigung finden, und so steht ihnen dasselbe furchtbare Schicksal bevor, das über das Kulakentum verhängt ist, dem von vornherein der Eintritt in die Kollektive verwehrt ist. Die Masse der Bauern sieht in der Kollektivierung eine neue Leibeigenschaft, und dieser Erkenntnis entsprechen die Empfindungen, mit denen sie sich in die Kollektive hincinzwingen lassen. Die Masse ist von dem Gefühl großer Erbitterung beseelt, die sich in der oft laut ausgesprochenen Absicht kundgibt, durch schlechte Arbeit, durch Sabotagehandlungen, durch Brandstiftungen das Kollektiv und die Kollektivierungspolitik zugrunde zu richten und damit die Freiheit wiederzugewinnen. Die Regierung kennt diese Stimmung. Sie hat daher 25 000 kommunistische Industriearbeiter nach einer kurzen Ausbildung in die Kollektive entsandt, um dort leitende Posten einzunehmen; Kontrollbrigaden, die sich gleichfalls aus Industriearbeitern, besonders auch aus dem kommunistischen Jugendbund rekrutieren, sollen von Zeit zu Zeit nach dem Rechten sehen; aus Nachrichten der sowjetamtlichen Presse ist auf häufig recht unfreundliche Aufnahme dieser Elemente zu schließen. In einzelnen Gebieten sind auch Truppen der Roten Armee für kurze Zeit kommandiert worden, „um bei der Einrichtung der Kollektive zu helfen“. Ob es zu größeren Unruhen auf dem Lande kommen wird, wage ich nicht zu beurteilen. Den Bauern fehlt die politische Führung, aber zweifellos herrscht Hochspannung, und die Kollektivierung erleichtert den Zusammenschluß großer Haufen.

Auf die landwirtschaftliche Produktion dieses Jahres müssen die geschilderten Verhältnisse sehr ungünstig zurückwirken. Während der verfloßenen Herbstbc-Stellung waren mindestens noch 90 % des Bauernlandes in Einzelbewirtschaftung; die Kollektivierung stand aber vor der Tür, und in weiten Gebieten wurde daher auf die Herbstsaat viel weniger Arbeit verwandt als sonst. Die in den südlichen und östlichen Getreidegebieten so wichtige Schwarzbrache wurde größtenteils unterlassen, und die Vorbereitung der Frühjahrssaat durch herbstlichen Stoppelsturz fand nur in geringem Umfange statt. Wie ich in meinem Bericht vom 18. Dezember näher ausführte, hat auch der Flächenumfang der Herbstsaaten eine bedeutende Verminderung erfahren (die amtliche Statistik meldet eine geringe Zunahme, gibt aber starkes Zurückbleiben hinter dem Plane zu). Jetzt, vor der Frühjahrsbestellung, die im Süden schon beginnt, ist durchschnittlich noch die Hälfte des Bauernlandes in Einzelbesitz, wird aber größenteils in allernächster Zeit ebenfalls der Kollektivierung anheimfallen. Es ist nicht anders denkbar, als daß dieser labile Zustand die einzelbäuerliche Frühjahrsbestellung noch mehr beeinträchtigen wird als die Herbstarbeit. Die Bedingungen für die Bestellung der ungeheuren Landflächen in den eben erst gebildeten Kollektiven liegen nach dem oben Gesagten gleichfalls ungünstig. In der sowjetamtlichen Presse wird fortgesetzt darüber geklagt, daß die Versorgung der Kollektive mit Saatgut in sehr bedenklichem Rückstände ist. An Spannkraften herrscht empfindlicher Mangel, der keinesfalls rechtzeitig behoben werden kann. Noch größere Nachteile ergeben sich daraus, daß die jungen Kollektive in so kurzer Zeit noch nicht durchorganisiert werden

konnten; größtenteils wird in ihnen schlimmer Wirrwarr herrschen. Die schwerste Gefahr droht aber von den Menschen selbst, die in die Kollektive hineingezwungen sind.

Ein Ausgleich aller dieser negativen Faktoren auf dem Gebiete des Ackerbaues, insbesondere der Getreideproduktion, kann von den neuen Getreidelatifundien nicht erwartet werden. Selbst wenn sie — nach ziemlich optimistischem. Anschlag — 1 Mill. t ernten, so fällt diese Menge gegenüber der Gefährdung einer bisherigen Gesamternte von durchschnittlich 75 Mill. t wenig ins Gewicht.

Geradezu verheerend hat die Stalinsche Politik auf die Viehwirtschaft gewirkt. Der Steuerdruck, der Terror gegen die Kulaken und „Kulakenanhänger“, ganz besonders aber das Bestreben der in die Kollektive hineingezwungenen Bauern, ihr Vieh vorher noch für sich selbst zu verwerten, haben zu einer massenhaften Abschachtung von Kühen, Schweinen, Schafen und Geflügel geführt; vielfach trug hierzu auch die Furcht vor Hungersnot bei, nachdem die außerordentlich rigore Getreidekampagne der letzten Monate einen großen Teil des für die eigene Ernährung notwendigen Brotgetreides aus dem Dorfe herausgeholt hatte. Teilweise war die Abschachtung von Schweinen und Geflügel, auch die Abstoßung von Pferden durch den Eingriff der Getreidekampagne in das Futterkorn bedingt; in manchen Gebieten herrschte Futtermangel auch infolge schlechter Ernte. Staatliche und genossenschaftliche Organisationen suchten viel Vieh und Pferde zu retten, konnten aber bei dem Mangel an Futter und Stallungen nicht verhindern, daß ein bedeutender Teil der angesammelten Bestände zugrunde ging. Der Nutzviehstand der gesamten Union ist mindestens um 40 %, vielleicht aber um mehr als 50 % geringer als vor einem Jahre, wobei zu bemerken ist, daß damals schon eine bedenkliche Verminderung im Vergleich zu 1928 von der amtlichen Statistik festgestellt wurde. Das Thema der Fleischnot ist eine ständige Rubrik der russischen Presse, und zweifellos wird sich dieser Notstand noch außerordentlich verschärfen.

Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln geht daher einer schweren Krisis entgegen. Durch den im Dorf angewandten Terror hat die Regierung allerdings eine unerhört große Menge von Getreide angesammelt — 15 Mill. t gegen 9,5 Mill. t im Vorjahr, und sie ist daher in der Lage, wenn sie die des Getreides allzusehr beraubte Landbevölkerung hungern lassen will, gemäß einer unlängst erlassenen Verordnung, in den industriellen Zentren zum Ausgleich für die Verknappung von Fleisch, Milch, Butter, Eiern, Zucker und anderen Lebensmitteln die Brotration der Arbeiter etwas zu erhöhen; auch scheint es, als ob sie entschlossen ist, Millionen von Tonnen Getreide auszuführen und trotzdem noch 2 Mill. t zurückzulegen; die Schwierigkeiten, die sich aus dem (bei normalem Witterungsverlauf) sehr wahrscheinlichen starken Rückgang der diesjährigen Getreideernte ergeben müssen, würden durch eine solche Reserve zu gewissem Teile vermindert werden. Trotzdem wird das Brotgetreideproblem sich sehr zuspitzen, nicht nur infolge der voraussichtlichen Verminderung der Ernte, sondern auch weil das Landvolk — zumal das kollektivierete — sich sehr dagegen sträuben wird, auch im neuen Landwirtschaftsjahre zum Hungern genötigt zu werden.

Wird die nächste Zeit nur eine kritische Übergangsperiode darstellen, nach deren Überwindung die Regierung in ruhigerem Fahrwasser ihren produktionspolitischen Zielen zusteuern kann? Es hängt dies in erster Linie von dem schwer berechenbaren Verhalten der Bauern ab. In diesem Jahre und wohl auch im nächsten Jahre werden sie, wie oben ausgeführt, die Kollektivwirtschaft zu sabotieren suchen. Vielleicht tritt dann aber eine Beruhigung ein. Das russische Landvolk ist viele Jahrhunderte hindurch geknechtet worden; es ist daher immerhin denkbar, daß ein aktiver Widerstand gegen die Versklavung nach einigen Jahren erlahmen wird. Aber Unlust und zumindest Gleichgültigkeit werden auch künftig, jedenfalls noch auf viele Jahre, der Arbeit des kollektivierten Landvolkes den Stempel aufdrücken, und infolgedessen wird trotz aller technischen Ausgestaltung die sozialistische Wirtschaft bei weitem nicht zu dem erhofften Erfolg führen. Die akute Krise würde sich in eine schleichende verwandeln.

Auch aus allgemein volkswirtschaftlichen Erwägungen ist das Gelingen des jetzigen agrarpolitischen Kurses zu bezweifeln. Bisher arbeitete in der Räte-Union die sozialisierte Wirtschaft — in der Hauptsache die Staatsindustrie — größtenteils mit volkswirtschaftlicher Unterbilanz; die buchmäßig errechneten Überschüsse würden einer Prüfung, die in volkswirtschaftlicher Bewertung Aufwand und Ertrag miteinander vergleicht und hierbei insbesondere die zu hohen Verkaufspreise auf das richtige Maß reduziert, meistens nicht standhalten. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde bisher ins Gleiche oder sogar zu einem Aktivsaldo dadurch gebracht, daß das Hundertzwanzigmillionen-Bauernvolk auf dem Wege der direkten und indirekten Steuern und vor allem der Preisschere das Defizit der sozialistischen Wirtschaft deckte. Der „sozialistische Sektor“ war — drastisch ausgedrückt — ein Parasit, der von der Individualwirtschaft — in der Hauptsache von der bäuerlichen Wirtschaft — zehrte. Daher konnte die sozialistische Wirtschaft bisher im Streben nach möglichst hohem Röhertag die Frage des Reinertrages vernachlässigen. Jetzt aber, wo die bäuerliche Privatwirtschaft verschwindet und der sozialistische Sektor sich zum vollen Kreise rundet, läßt sich das oberste Wirtschaftsgesetz, daß der Ertrag dem Aufwand entsprechen muß, nicht länger beiseite schieben. Jetzt muß es sich zeigen, ob die sozialistische Wirtschaft im Rätestaat sich selbst zu tragen vermag, jetzt erst kommt die Probe aufs Exempel. Der Staat sieht sich demgemäß genötigt, seine bisher verwöhnten Lieblingskinder, die landwirtschaftlichen Kollektive, die Rätégüter und vor allem die gewerbliche Arbeiterschaft mit großer Strenge zu rentabler Leistung anzuhalten. Die große Forderung des Staates ist die Senkung der Selbstkosten in allen Zweigen der sozialistischen Wirtschaft. Mancherlei Vorkommnisse der letzten Zeit lassen erkennen, daß die Arbeiterschaft dem zunehmenden Drucke widerstrebt; eine Änderung ihres politischen Verhaltens zum jetzigen System liegt daher sehr im Bereiche der Möglichkeit.

Jedenfalls halte ich es für unwahrscheinlich, daß im Laufe einer kurzen Reihe von Jahren die Rätewirtschaft bei Gewährung eines leidlichen Lebensstandards des werktätigen Volkes zu einer echten Überschußwirtschaft gestaltet werden kann. Zwar werden gigantische Monstre-Werke den Eindruck rapiden Fortschritts der

russischen Industrie hervorgerufen; auch ist die volkswirtschaftliche Basis durch Ausbau des Verkehrs und der Kraftgewinnung sowie durch die mit großer Energie und Klugheit betriebene Erschließung ungeheurer Mineralschätze in gewaltiger Erweiterung begriffen. Das Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag wird aber, wie ich vermute, nicht so bald beseitigt sein. Der Ausgleich würde künftig — abgesehen von Heranziehung ausländischen Kapitals auf dem Kreditwege — auf zweierlei Art denkbar sein: wenn erstens auf gebührende Unterhaltung und Erneuerung des vorhandenen volkswirtschaftlichen Apparats verzichtet und zweitens der Bevölkerung eine kümmerliche Lebenshaltung aufgenötigt wird. Wieweit in dieser Beziehung die Räteregierung zu gehen fähig ist, zeigt die Gegenwart. Die bäuerliche Oberschicht — mindestens 4. Mill. — ist zum Hungertode verurteilt, in den Städten wird die frühere Bourgeoisie von dem Bezuge von Lebensmitteln zu den für die werktätige Bevölkerung festgesetzten Preisen ausgeschlossen, und jetzt beginnt man, diese Schicht auch ihrer Wertgegenstände zu berauben und damit vielen, die zu wesentlichem Teil von dem allmählichen Verkauf dieser Dinge lebten, die Existenzmöglichkeit zu nehmen. Aber auch die breite Masse des Landvolks leidet in vielen Gegenden infolge des übertriebenen Ablieferungszwanges Hunger. Zugleich wird der Anschein des Überflusses durch Ausfuhr von Getreide und anderen Agrarerzeugnissen hervorgerufen. Es ist sehr wohl denkbar, daß bei weiterem Ausbau von staatlichen und kollektivistischen Großbetrieben unter Spezialisierung der Produktionsrichtung die agrarische Ausfuhr sich in großem Maßstäbe entwickeln wird, obgleich das Inland bitteren Mangel leidet; auch für einen Teil der gewerblichen Ausfuhr kann das gleiche zutreffen. Eine Politik, die durch Enthaltensamkeit in der Gegenwart eine bessere Zukunft schaffen will, ist grundsätzlich wohl anerkennenswert; im Räterstaat wird aber der Bogen auf das bedenklichste überspannt.

Alles in allem sehe ich in der durch die agrarsozialistische Politik hervorgerufenen Krise die schwerste wirtschaftliche und politische Belastungsprobe, die der Bolschewismus seit dem Bürgerkriege zu bestellen hat. Durch die überstürzte Kollektivierung wird die landwirtschaftliche Produktion zunächst einen schweren Rückschlag erleiden; die große Mehrzahl der Bauern ist über die heutige Politik erbittert und neigt zur Sabotage. Auch in der gewerblichen Arbeiterschaft greift infolge der Verschlechterung der Ernährungsbedingungen und infolge der Steigerung der an sie gestellten Leistungsforderungen die Unzufriedenheit um sich. Diese Stimmungen werden sich voraussichtlich auch der Roten Armee in gewissem Grade mitteilen. Wenn sich die heute von der DAZ. gebrachte Nachricht von dem Uebertritt einer Grenztruppenabteilung auf polnisches Gebiet bestätigt, so ist dies Ereignis ein bedenkliches Symptom.

Zusammenfassung

Der Radikalismus der ersten Jahre nach dem Siege der Bolschewisten machte 1921 der „neuen Wirtschaftspolitik (NEP.)“ Platz, die auf baldigste Sozialisierung der Landwirtschaft verzichtete; im Vordergrund der Agrarpolitik stand bis 1927

die Förderung der bäuerlichen Einzelwirtschaft. Diese erstarkte wieder, und gemäß den wieder freier waltenden wirtschaftlichen Gesetzen bildete sich im Dorfe wieder eine Oberschicht aus den tüchtigeren Bauern, die später in mißbräuchlicher Anwendung des ursprünglichen Begriffs als Kulaken gescholten wurden.

Unter dem Einfluß der 1927 niedergeworfenen Linksoption (Trotzki u. a.) erfolgte im Winter auf 1928 eine grundlegende Änderung der Agrarpolitik. Im Kulakentum, dessen wirtschaftliche Bedeutung in ständigem Wachstum war, erblickte der neue Kurs den Totengräber des Bolschewismus. Die Partei beschloß seine Unterdrückung im Rahmen nachdrücklichster agrarsozialistischer Politik. Wenn dem Bauerntum die soziale Differenzierung, also der soziale Aufstieg der Tüchtigen verwehrt werden sollte, so war eine andere Form der Konzentration der Kräfte nötig, um die Landwirtschaft nicht in kümmerlichem Zwergbauerntum versinken zu lassen, und so blieb nur der Versuch des Agrarsozialismus übrig.

Die neue Politik wurde zwangsläufig immer radikaler, immer terroristischer, der Bauer hat im Jahre 1929 erkennen müssen, daß seine Wirtschaft zum Untergang verurteilt ist; er läßt sie verfallen und rettet sich in die Kollektive. Diese Bewegung geht viel schneller vor sich, als es von der Regierung geplant war. 1927 war nur 1 % der Bauern kollektiviert; nach dem Fünfjahresplan sollten es bis zum 1. Oktober 1933 etwa 20 % sein; statt dessen sind es heute schon 50 %. Das Bauerntum gleicht jetzt einem Baum, dessen Wurzeln unterwaschen sind und der nun nach der Seite der Kollektivierung hinübersinkt.

Wie wird der Erfolg sein? Die Sozialisierungspolitik besteht aus der Schaffung staatlicher Großbetriebe und der Kollektivierung der Bauern. Die Staatsbetriebe (Rätegüter) nahmen 1927 nur 3 % der Nutzfläche ein. 1928 schritt man zur Gründung von staatlichen Getreidelatifundien, die bis 1932/33 12 Mill. ha umspannen sollen. Diese Flächen dienten bisher zu größerem Teil nur einer extensiven Weidewirtschaft; die neuen Betriebe schaffen daher eine beträchtliche Erweiterung des Ackerbaus. Da sie meistens in regenarmen Zonen liegen, so wird der Ertrag von der Flächeneinheit nicht groß sein; 1930 werden von einer Saatfläche von 1 Mill. ha 1 Mill. t Getreide erhofft gegenüber einer bisherigen durchschnittlichen Gesamternte von 75 Mill. t. 1931 soll sich die Saatfläche bereits vervierfachen. Die Regierung geht jetzt auch an die Errichtung staatlicher Großbetriebe für andere Produktionsrichtungen (Fleisch, Milch, Wolle, Eier, Flachs, Obst, Gemüse) heran. Wenn diese Pläne durchgeführt werden, so wird dies der landwirtschaftlichen Exportfähigkeit der Räte-Union sehr zustatten kommen.

Die Entwicklung der russischen Landwirtschaft hängt aber in viel höherem Grade davon ab, wie sich die Kollektivierung der Bauern auswirken wird. Die Hoffnungen in dieser Beziehung stützen sich auf günstige Erfahrungen, die hier und da mit Kollektiven gemacht worden sind. Man will jetzt auf der ganzen Linie zu noch viel besseren Erfolgen gelangen durch den Übergang zu ganz großen Betrieben, die nicht wie bisher einige Hundert ha, sondern Tausende und Zehntausende umfassen. Versuchsweise in dieser Richtung vorzugehen, wäre vom Standpunkt kommunistischer Agrarpolitik durchaus verständlich. Verhängnisvoll ist dagegen der immer schärfer angewandte Zwang, der nun eine Bewegung von rasendem Tempo

ausgelöst hat. Die Regierung ist nicht entfernt in der Lage, die neuen Kollektive in der gehörigen Weise mit Maschinen, Wirtschaftsgebäuden und tüchtigen fachlichen Leitern auszustatten. Die erwartete Produktionssteigerung ist daher im wesentlichen Sache der Zukunft, während der Verfall der bäuerlichen Einzelwirtschaft vorliegende Wirklichkeit ist.

Noch größer aber ist der Schaden, der von der Ignorierung der bäuerlichen Psyche her droht. In die kleinen freiwilligen Kollektive der früheren Jahre gingen die beteiligten Bauern mit Lust und Hoffnung hinein, wenn sie sich nachher auch großenteils enttäuscht sahen. Heute herrscht der Zwang, und zugleich tritt an Stelle der kleinen Form das Großkollektiv, in welchem ein genossenschaftlicher Geist nicht bestehen kann. Die Kollektivierung bedeutet für die Bauern eine Verwandlung in Landarbeiter und wird von ihnen als eine neue Leibeigenschaft empfunden, da sie nicht wieder ausscheiden können, ohne völliger Verarmung und der größten Unsicherheit der Existenz zu verfallen. Die Mehrzahl der Bauern geht in die Kollektive mit dem Gefühl der Erbitterung und in der oft laut ausgesprochenen Absicht, durch schlechte Arbeit und sonstige Sabotage die Kollektivwirtschaft zuzrunde zu richten und damit die Freiheit wiederzugewinnen. Die Regierung sucht dieser Gefahr zu begegnen, indem sie kommunistische Industriearbeiter und Rotarmisten in die Kollektive kommandiert. Das Gefühl des Versklavtseins kann hierdurch bei den Bauern nur verstärkt werden. Die politische Lage auf dem Lande ist zweifellos sehr gespannt.

Die landwirtschaftliche Produktion dieses Jahres wird zweifellos durch die skizzierten Verhältnisse sehr beeinträchtigt werden. Was den Ackerbau, insbesondere die Getreideproduktion betrifft, so würde eine besondere Gunst der Witterung viel ausgleichen können. Unter allen Umständen aber muß die Produktion von Fleisch, Milch, Butter, Eiern außerordentlich zurückgehen, da unter der Wirkung des agrarischen Terrors der Viehbestand auf 60 oder 50 % des vorjährigen Bestandes reduziert worden ist. Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln geht einer schweren Krise entgegen.

Wird es sich nur um eine kritische Übergangsperiode handeln, nach deren Überwindung die Regierung den Agrarsozialismus in Ruhe ausbauen kann? Wird sich das russische Landvolk, das Jahrhunderte hindurch geknechtet war, nach einigen Jahren an das Joch gewöhnt haben? Das Streben nach Freiheit wird sich auch bei ihm nicht unterdrücken lassen, und wenn auch der Widerstand durch Sabotage aufhören sollte, so werden Unlust oder Gleichgültigkeit der Arbeit in den Kollektiven das Gepräge geben. Die akute Krise würde sich in eine schleichende verwandeln.

Die Sozialisierung der Landwirtschaft schafft auch auf allgemein-volkswirtschaftlichem Gebiet eine große Gefahr. Bisher arbeitete die sozialisierte Wirtschaft der Räte-Union, hauptsächlich die Staatsindustrie — alles in allem genommen mit volkswirtschaftlichem Defizit. Die Volkswirtschaft bilanzierte trotzdem mit einem Aktivsaldo, weil das Hundertzwanzigmillionen-Volk der Bauern durch direkte und indirekte Steuern, vor allem, aber durch die Preisschere in entsprechendem Maße tributpflichtig gemacht wurde. Der „sozialistische Sektor“ zehrt von

der bäuerlichen Individualwirtschaft. Jetzt rundet sich dieser Sektor zum vollen Kreise, und nun muß die sozialistische Wirtschaft zeigen, ob sie sich selbst zu tragen vermag; jetzt erst kommt die Probe auf das Exempel. Die Regierung hat erkannt, daß es nicht nur auf den Rothertrag, sondern auch auf den Reinertrag ankommt, und verfolgt daher als allerdringlichste Aufgabe die Senkung der Produktionskosten. Ohne starken Druck auf die bisher verwöhnte gewerbliche Arbeiterschaft ist dies Ziel aber nicht erreichbar.

Der Agrarsozialismus hat die schwerste wirtschaftliche und politische Belastungsprobe geschaffen, die der Bolschewismus seit den Kämpfen, die dem Umsturz folgten, zu bestehen hatte.

Berlin, den 1. März 1930.

gez. Auhagen.

b) Die Zwangsverschickung deutscher Bauern und ihre Folgen

Nach einem Weihnachtsurlaub wurde mir die Rückkehr nach Moskau zunächst durch die Sowjetregierung verweigert, doch erreichte das Auswärtige Amt mit meiner Zustimmung, daß ich im März auf kurze Zeit zur Abwicklung meiner Geschäfte nach Moskau zurückkehren konnte. So kam ich in die Lage, noch über die Zwangsverschickung auf Grund der zahlreichen Mitteilungen, die mir deutsche Kolonisten mündlich und brieflich machten, zu berichten. Ende Mai 1930 schied ich aus meiner Moskauer Stellung aus.

Bericht über Kundgebungen der Parteileitung gegen die Auswüchse der Kollektivierungspolitik

Moskau, den 27. März 1930

Spät, sehr spät hat sich die Parteiführung entschlossen, den sog. „Überbiegungen und Verzerrungen“ der parteipolitischen Linie bei der Kollektivierung der Bauern entgegenzutreten. Es ist nicht denkbar, daß der Terror, der in dieser Beziehung seit dem Herbst im Lande geübt wurde, den obersten Stellen nicht längst bekannt geworden sei. Monate hindurch ließ man die Aktivisten gewähren, triumphierend wurde die immer schnellere Zunahme der Kollektive registriert, und erst jetzt, wo die Bewegung ein offenbar wahnwitziges Tempo angenommen hat, entschließt man sich zu im Augenblick ernsthaft gemeintem Bremsen.

Das lawinenhafte Anschwellen der Kollektivierung in den letzten Wochen wird durch folgende Zahlen beleuchtet (laut Berechnung des Landwirtschaftskommisariats der Union):

	20. Jan.	1. Febr.	10. Febr.	20. Febr.	1. März
Kollektivierte Wirtschaften (1000)	4 393,1	8015,1	10935,3	13675,9	14 264,3
% der bäuerlichen Wirtschaften					
(nach dem Stand von Frühjahr 1929)	21,6	32,5	42,4	52,7	55,0
Kollektivierte Ackerfläche (1000 ha)	31237,9	52763,5	69766,9	82647,4	87 868,7
Zahl der organisierten Kollektive	59400	87900	103700	108800	110200

Den Kollektiven wuchs demnach in 40 Tagen eine Ackerfläche von 56 630 800 ha zu, im Tagesdurchschnitt 1415 700 ha. Und dieses kurz vor Beginn der Frühjahrsbestellung, von deren Gelingen gerade in diesem Jahre so ungeheuer viel abhängt! Mögen auch Motive parteipolitischer oder außenpolitischer Art zu den Kundgebungen Stalins und des Zentralkomitees der Partei beigetragen haben, der hauptsächlich und für sich allein zureichende Grund lag in der Erkenntnis, daß die Frühjahrsbestellung im höchsten Grade gefährdet ist, wenn sich der Boden in derart reißender Bewegung befindet. Wie können unter solchen Verhältnissen rechtzeitig Betriebspläne für die Kollektive aufgestellt werden, wie soll es möglich sein, sie rechtzeitig mit technischen Leitern und Produktionsmitteln auszustatten, und wie muß die Arbeitslust in der Individualwirtschaft herabgedrückt sein, wenn der Bauer mit der Wahrscheinlichkeit rechnen muß, daß auch seine Wirtschaft binnen kurzem von der Kollektivierungsbewegung verschlungen wird! Es war daher dringend notwendig, im jetzigen Stadium des landwirtschaftlichen Jahres der Bewegung Halt zu gebieten.

Stalin griff persönlich durch seinen Zeitungsartikel vom 2. März ein. Die Leichtigkeit des Erfolges hätte in „einigen“ Rayons den örtlichen Funktionären den Kopf verdreht. Man habe hinter der großen Zahl hergejagt, statt das Erreichte zu festigen; man sei mit Zwang vorgegangen, während die Kollektivierung nur auf freiwilligem Wege stattfinden dürfe. Falsch sei es auch, bei der Kollektivierung ohne weiteres die Kommune, also die volle Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft anzustreben, statt sich mit der zeitgemäßen Form des Arteis zu begnügen, bei der vor allem die Ackerwirtschaft, von der Nutzviehhaltung aber nur ein Teil der Vergesellschaftung unterliege. Gleichzeitig veröffentlichten die Zeitungen, Mustersatzungen für ein landwirtschaftliches Artel, wie sie vom Rat der Volkskommissare und dem Präsidium des Zentralen Vollzugskomitees der Union bestätigt worden sind.

Der 15. März bringt den Befehl des Zentralkomitees an die örtlichen Parteiorgane, der teilweise noch über die Forderungen der Stalinschen Kundgebung hinausgeht. Es wird darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Rayons Mittel- und Armbauern durch die Drohung, als Kulaken vertrieben zu werden, in die Kollektive hineingezwungen und in einzelnen Rayons 15 % der Bauern tatsächlich verjagt worden seien. Die Nötigung zur Kollektivierung habe aufzuhören; durch wirtschaftliche und parteipolitische Maßnahmen müßten die Befestigung der erreichten Kollektivierungserfolge und die Organisation in Form des Artels angestrebt werden. Die Fehler bei der Verjagung von Mittel- und Kleinbauern seien wieder gutzumachen. Das Zentralkomitee wendet sich auch gegen die verfehlten Handlungen, die die örtlichen Organe im Übereifer der Kollektivierungspolitik auf den Gebieten der Religion und des Marktverkehrs begangen hätten. Während der Stalinsche Aufsatz nur ein kurzes spottendes Wort gegen die „Rrevolutionäre“ fand, die da glaubten die Kollektivierung mit der Abnahme der Glocken beginnen zu sollen, werden Auswüchse dieser Art vom Zentralkomitee mit besonderer Strenge verurteilt („Das Zentralkomitee hält es für notwendig zu bemerken, daß die Verzerrungen der Parteilinie auf dem Gebiete des Kampfes mit den religiösen Vor-

urteilen vollkommen unzulässig sind. Wir haben die administrative Schließung von Kirchen ohne Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Dorfes im Auge, wodurch gewöhnlich die religiösen Vorurteile noch verstärkt werden." „Das Zentralkomitee verpflichtet die Parteiorganisationen, die Praxis der Schließung von Kirchen im Verwaltungswege, gestützt auf die Fiktion des freiwilligen Wunsches der Bevölkerung, entschieden einzustellen und die Schließung der Kirchen nur dann zuzulassen, wenn dies tatsächlich von der überwiegenden Mehrheit der Bauern gewünscht wird und entsprechende Beschlüsse der Dorfversammlungen durch die Gebiets-Vollzugskomitees bestätigt werden. Für verhöhnende Ausschreitungen in Beziehung auf die religiösen Gefühle der Bauern und Bäuerinnen sind die Schuldigen auf das Strengste zur Verantwortung zu ziehen)." Die an manchen Orten erfolgte Aufhebung der Märkte habe die Versorgung der Stadt verschlechtert; die Märkte seien wieder zu öffnen, und die Bauern dürften nicht daran verhindert werden, ihre Erzeugnisse auf dem Markte feilzubieten.

Beide Kundgebungen und auch sonstige Auslassungen der Partei stellen es so dar, als sei die Parteileitung zu keinem Zeitpunkt mit den Zwangsmaßnahmen einverstanden gewesen, die überall im Lande zur Beschleunigung der Kollektivierung ergriffen worden sind. Es ist zutreffend, daß offiziell an der im Agrargesetz vom 15. Dezember 1928 geforderten Freiwilligkeit festgehalten wurde und daß insbesondere auch Stalin in Reden und Aufsätzen immer wieder sich gegen den Zwang aussprach. Zwang und Freiwilligkeit sind aber in der Verwaltungspraxis der Sowjets sehr dehnbare Begriffe. Es ist allgemein bekannt, wie heute im Rätestaat „freiwillige einstimmige Beschlüsse" zustande kommen. Auch die Männer an der Spitze mußten sich sagen, daß es mit der Freiwilligkeit einer so plötzlichen Massenbewegung eine eigene Bewandnis haben müsse. Sofort nach Veröffentlichung des Stalinschen Aufsatzes waren die Zeitungen voll von Nachrichten über den Terror, der an unzähligen Orten zur Erzwingung der Kollektivierung angewandt wurde; für die Regierung konnte dies keine Überraschung sein. Daß die Erzwingung der „freiwilligen" ihrer eigenen Absicht entsprach, geht zweifelsfrei daraus hervor, daß sie selbst dekretierte, welche Gebiete binnen kurzer Frist der Totalkollektivierung zu unterwerfen seien; bereits im November wurde vom Landwirtschaftskommissariat verkündet, daß bis zum Herbst 1930 die Kollektivierung in den Gebieten der unteren und mittleren Wolga sowie des Nordkaukasus durchgeführt werden solle; wie kann solches in Aussicht genommen werden, wenn echte Freiwilligkeit walten soll! Ein Beschluß des Zentralkomitees vom 7. Januar erklärt es ebenfalls als zweifellos, daß in den drei genannten Gebieten die Kollektivierung zum Herbst 1930 oder doch spätestens bis zum Frühjahr 1931 beendet sein werde, und nimmt für die übrigen Getreidegebiete als Schlußtermin Herbst 1931 oder spätestens 1932 in Aussicht. Für die örtlichen Organe ergibt sich daraus die Anweisung, mit aller Energie auf das bezeichnete Ziel hinzuwirken, und daß sie herbeivor „Überbiegungen" nicht zurückschrecken, ist der Leitung aus den Erfahrungen der letzten Jahre nur zu wohl bekannt.

Bedeutet das Parteidekret vom 15. März eine Wende in der Kollektivierungspolitik? Es ist zu sondern nach der Absicht und der tatsächlichen Wirkung des Dekrets. Was den Zweck betrifft, so ist formal eine Änderung der Kollektivierungspolitik nicht gewollt; nach dem Wortlaut des Dekrets sollen die in ihm gegebenen Anordnungen „dem schnellen Wachstum der Kollektivierungsbewegung und der Liquidation des Kulakentums als Klasse“ dienen. Nur die Auswüchse sollen beschnitten werden. Da indessen die „Überbiegungen und Verzerrungen“ in den letzten Monaten zu großem Teil gewollt oder doch geduldet waren und die Kollektivierungspolitik den Hauptteil ihres quantitativen Erfolges gerade ihnen zu verdanken hat, so bedeutet das Dekret nach der Absicht doch eine wesentliche Mäßigung des Kurses. Allerdings gilt dieses nur „einstweilen“; vielleicht kommt schon bald die Zeit, wo die Regierung den „Überbiegungen“ gern wieder zusieht. Es folgt dies schon daraus, daß der Vernichtungskampf gegen den Kulak in voller Schärfe fortgesetzt werden soll. In den Gebieten, für die die Total-Kollektivierung angesagt ist, wird das Kulakentum gemäß der Rede Stalins vom 27. Dezember vorigen Jahres in der Konferenz der Agrar-Marxisten und dem nachfolgenden Gesetz vom 1. Februar durch Vermögenskonfiskation und Verschickung gänzlich ausgerottet (Augenzeugen berichten aus vielen Gegenden von Güterzügen, in denen exmittierte Kulaken mit ihren Familien unter militärischer Bedeckung zur Holzwerbung nach dem hohen Norden oder Sibirien transportiert werden). In den übrigen Bezirken genügt schon das neue Gesetz über die Landwirtschaftssteuer vom 23. Februar, um die noch vorhandene Kulakenschicht wirtschaftlich gänzlich zu entkräften. Der Steuerdruck ist gegen die beiden Vorjahre noch gesteigert. Die ruinöse Individualbesteuerung, die bisher nur gegen die ausgeprägt kulakischen Wirtschaften angewandt werden sollte, gilt jetzt für jeden Kulak, indem der Begriff „Kulak“ noch sehr erweitert worden ist; vor allem ist jetzt für die Veranlagung des Kulaks jede Grenze nach oben weggefallen, während sie bisher die Veranlagung nach Normen nur in einem gewissen Prozentsatz überschreiten durfte. Dazu sollen wie im Vorjahr 3% der Individualbauern als Kulaken erfaßt werden, obgleich sich inzwischen die Zahl der Kulaken im Verhältnis zu den noch vorhandenen bäuerlichen Einzelwirtschaften sehr vermindert hat; dies führt mit Notwendigkeit dazu, daß noch ärmere Schichten als bisher zu den Kulaken gezählt werden. Wenn auf diese Weise der Kampf gegen die Individualwirtschaft noch verschärft wird, so wird die Regierung nach ihrem kommunistischen Glaubensbekenntnis nicht umhin können, Kompensation durch schleunigste Kollektivierung anzustreben, und so liegt logischerweise die Vermutung nahe, daß es der Regierung augenblicklich nur um eine Atempause zu tun ist, um bald wieder mit verschleiertem Zwang vorzugehen.

Ein glücklicher Entschluß der Parteileitung ist die Empfehlung des Artels statt der Kommune. Das Artel hat seit Beginn der bolschewistischen Herrschaft als Form der Kollektivierung bestanden und ist im Agrarkodex von 1922 gesetzlich verankert. Eine scharfe Abgrenzung gegen die unterste Stufe der Kollektivierung, die Bodenbearbeitungsgenossenschaft, und gegen die höchste, die Kommune, lag indessen nicht vor. Grundsätzlich war das Artel auf die Kollektivierung der ge-

samen landwirtschaftlichen Produktion orientiert, jedoch blieben vielfach Kleintierzucht und Gartenbau dem Einzelbetrieb vorbehalten, wie es aber auch umgekehrt nicht selten war, daß auf früheren Gutshöfen das Artel sich ein gemeinsames Wohnhaus einrichtete, im übrigen aber davon absah, nach dem Muster der Kommune volle Konsumtions- und Lebensgemeinschaft zu begründen. Bei der Massenkollektivierung der letzten Zeit wurden häufig nicht nur bei der Begründung von Kommunen, sondern auch von Artelen die Bauerngehöfte als Kollektiveigentum erklärt. Die veröffentlichten Mustersatzungen empfehlen (und das will sagen: befehlen) eine bestimmte und zwar sehr zweckmäßige Regelung. Von der Kollektivierung bleiben ausgeschlossen die Wohngebäude, das Hof- und Gartenland, die Geflügelhaltung und, wo Schweine- und Schafzucht nicht eine besonders wichtige Rolle spielen, auch diese Zweige der Viehzucht; von Milchkühen ist der Wirtschaft eine zu belassen. Vergesellschaftet werden demnach der Ackerbau und die Großviehhaltung nebst zugehörigen stehenden und umlaufenden Betriebsmitteln (einschließlich erforderlicher Wirtschaftsgebäude, die sich bisher im Einzelbesitz befanden). Vergesellschaftet werden in wichtigen Zuchtgebieten auch Schweine und Schafe, wobei eine vom Artel zu bestimmende Anzahl der Einzelwirtschaft verbleibt. Aber auch in anderen Bezirken ist das Artel befugt, neben der einzelwirtschaftlichen Kleintierzucht — das gilt auch allgemein für die Geflügelzucht — kollektivistischen Betrieb dieser Zweige einzurichten. Nicht ausdrücklich gesagt, aber selbstverständlich ist die Berechtigung des Arteis, auch Gemüse und Obstkulturen sowie Bienenzucht gemeinschaftlich zu betreiben. Mit Recht betont indessen Stalin in seinem Aufsatz, daß der Getreidebau die Hauptsache und zugleich grundlegend für die Entwicklung der übrigen Zweige der Landwirtschaft sei und daher die Kollektivierungsarbeit nicht zu sehr nebensächlichen Zielen nachjagen dürfe.

Der Kern des Unterschiedes dieser Regelung gegen die Kommune (und die der Kommune häufig angegliche Artelverfassung der letzten wilden Zeit) liegt darin, daß das Mitglied im Besitz seiner eigenen Häuslichkeit bleibt. In seinen vier Pfählen bleibt der Bauer, was er ist, während die Kommune ihn aus allem, was ihm gewohnt und lieb war, herauszureißen drohte. Das Familienleben setzt sich fort wie bisher, die Kinder werden den Eltern nicht weggenommen, es brennt weiter der eigene Herd, der heilige Winkel in der Wohnstube bleibt unangetastet, der Besuch der Kirche ist nicht verboten (wenn er auch durch das Umsichgreifen der Fünftageweche erschwert wird). Die Wirtschaft wird allerdings in der Hauptsache kollektiviert; da die Wohngebäude aber im Einzelbesitz bleiben, das Dorf also weiterbesteht, hat die Kollektivierung nicht den Anstrich des Unwiderrufflichen; der Bauer kann die Kollektivierung als einen Versuch betrachten, von der er hoffen darf, daß er im Fall des Mißlingens wieder aufgegeben wird. Abgesehen von dieser Zukunftsperspektive liegt wirtschaftlich ein großer Unterschied gegen die Kommune darin, daß mit der Hauswirtschaft auch Kleintierhaltung und Gartenbau verbunden bleiben. Die bäuerliche Familie bleibt für viele wichtige Nahrungsmittel Selbstversorgerin, und sie hat die Möglichkeit, Haushaltsabfälle zu verwerten und zeitweise brachliegende Arbeitskraft, insbesondere auch von Kindern, nützlich zu

verwenden. Infolgedessen ist das Arbeitsproblem im Hinblick auf den saisonweise wechselnden Arbeitsbedarf der Ackerwirtschaft im Artel leichter lösbar als in der Kommune.

Das Artel bedeutet daher bei weitem nicht den Grad sozialer Revolutionierung wie die Kommune. Von wirklich freiem, genossenschaftlichem Geist wird allerdings auch im Artel angesichts der unberührt gebliebenen Tendenz zum Großkollektiv nicht gesprochen werden können. Auch das Artel wird ganz und gar als Glied der staatlichen Planwirtschaft arbeiten. Die Mustersatzungen besagen ausdrücklich, daß die Wirtschaft nach den Weisungen der höheren Instanz, des örtlichen Verbandes der Kollektivwirtschaften zu führen ist, und da diese Instanz wieder von dem Zentralverbande abhängig ist und dieser vom Landwirtschaftskommissariat, so ist die Kollektivwirtschaft quasi verstaatlicht. Auch bestimmen die Mustersatzungen, was bisher nicht so ausdrücklich vorgeschrieben war, daß das Artel die gesamte überschüssige Produktion an den Staat oder die zuständige, als Organ des Staates fungierende Einkaufsgenossenschaft abzuliefern hat. Auf dem Wege der Kontrahierung wird der Staat auch von der individualwirtschaftlichen Produktion der Artelmitglieder möglichst viel zu erfassen suchen, und damit wird die Bedeutung der Bestimmung des Partei-Dekrets vom 15. März, daß auch die kollektivierten Bauern im Verkauf ihrer einzelwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Markt nicht beschränkt werden sollen, stark zusammenschrumpfen. Der soziale Unterschied zwischen dem Mitglied einer Kommune und eines Artels läßt sich daher dahin präzisieren, daß die Kommune den Bauern zum völlig proletarisierten Landarbeiter gleich dem Knechte eines Großbetriebes macht, während das Mitglied eines Artels dem deutschen Häusler ähnlich ist, der in der Hauptsache wohl auf Tagelohn gehen muß, daneben aber seine eigene kleine Wirtschaft hat.

Satzungsgemäß ist das Artel eine freie Vereinigung. Die Mustersatzungen beginnen mit der Erklärung des freiwilligen Zusammentritts der Landarbeiter, Arm- und Mittelbauern ¹⁾ des betreffenden Dorfes (Totalkollektivierung des Dorfes wird also mindestens als Regelfall vorgesehen), und ebenso ist auch der Austritt frei. Er ist aber heute mit viel größerem Vermögensverzicht verbunden als nach der bisherigen Mustersatzung. Diese schrieb vor, daß nur ein gewisser Teil der Reinerträge dem unteilbaren Fonds des Artels zufließen solle, während jetzt außerdem beim Eintritt in den unteilbaren Fonds 2 bis 10 % vom Werte des gesamten Vermögens einschließlich des nicht vergesellschafteten Besitzes in barem Gelde

1) Kulaken und sonstige des Wahlrechts beraubte Personen bleiben vom Artel ausgeschlossen. Neu ist die Bestimmung des Parteidekrets und der Mustersatzung, daß Ausnahmen für Mitglieder solcher politisch entrechteter Familien zulässig sind, zu denen außer Dorflehrern rote Partisanen und Rotarmisten gehören; Bedingung ist, daß diese für die politische Zuverlässigkeit der betreffenden Familienmitglieder bürgen. Diese „Vergünstigung“ wird wohl nur einem geringen Prozentsatz der Kulakenschicht zugute kommen, da ja Söhne der politisch Entrechteten vom Dienst im Heer und Flotte ausgeschlossen sind bzw. bei nachträglicher Brandmarkung des Vaters entfernt werden. Wenigstens gilt dies grundsätzlich; die Praxis ist oft wohl milder. Ehemalige rote Partisanen dürften nur ausnahmsweise zu den Kulaken zählen. Allenfalls wird durch die neuen Bestimmungen dem zehnten Teil der Kulaken die Tür ins Kollektiv geöffnet.

zu entrichten und vom vergesellschafteten Vermögen 25 bis 50 % des Wertes demselben Fonds zuzuschreiben sind und damit dem austretenden (oder ausgeschlossenen) Mitglieder verlorengehen. Für das Land, das ja seit der Revolution nationalisiert ist, wird keine Entschädigung gewährt; der Ausscheidende mag sich irgendwo um Zuweisung eines Landanteils bemühen — mit welchem Erfolge bleibt dahingestellt. Im übrigen hat der Austretende damit zu rechnen, daß ihm noch Abzüge für Verluste des Artels oder unter anderer Begründung gemacht werden. Alles in allem schafft der Austritt jedenfalls eine viel schlechtere Lage, als sie vor dem Eintritt gewesen war. Insofern läuft die Kollektivierung auf Begründung einer Art wirtschaftlicher Unfreiheit hinaus, zumal der Austretende auch Gefahr läuft, als Feind der Rätewelt angesehen und dementsprechend behandelt zu werden.

Für den Bauern, der seine wirtschaftliche Selbständigkeit schätzt, ist daher auch der Beitritt zu dem Artel in seiner jetzigen Konstruktion kein leichter Entschluß. Immerhin wird die Abneigung viel geringer sein als gegen die Auslöschung der Individualexistenz in der Kommune. Allerdings bleibt diese das Ideal der Partei. Der Übergang zur Kommune als der vorherrschenden oder ausschließlichen Form wird daher nur vertagt, weil dafür — wie Stalin schreibt — die Bedingungen noch nicht herangereift sind. Wie ich in meiner Denkschrift vom 1. d. M. darlegte, sind sich die Bauern sehr wohl bewußt, daß als Endglied der Entwicklung die Kommune geplant ist. Nach den neuesten Kundgebungen dürfen sie aber annehmen, daß die Artelform, wo sie gewählt wird, auf geraume Zeit bestehen bleiben wird; in diesem Punkt liegt nach meiner Ansicht eine ernsthaft gewollte Kursänderung von einigermaßen nachhaltiger Bedeutung vor. Ich glaube daher, daß die Kollektivierung, auch wenn sie in Zukunft sich unter verschleiertem und indirektem Zwang fortsetzen wird, einiges von ihrem Schrecken verlieren wird. Wären die Bestimmungen bezüglich der Artelform schon im vorigen Herbst erschienen, so hätte sich die Auswanderungsbewegung unter den deutschen Kolonisten vermutlich in engeren Grenzen gehalten.

Nach der anderen Seite hat die Empfehlung des Arteis die Bedeutung, daß die Bodenbearbeitungsgenossenschaft, die bisher noch bei weitem vorherrschte (die Masse der neuen Kommunen war erst in Bildung begriffen), jetzt als überholte Form bezeichnet worden ist und daher auch ihr gegenüber das Artel an Feld gewinnen soll. Die Kollektivierungspolitik soll also nach dem Intensitätsgrade nicht abgeschwächt, sondern verstärkt werden¹⁾.

Wie ist nun die Wirkung der beiden Kundgebungen einzuschätzen? Hierüber ein ganz sicheres Urteil abzugeben, ist augenblicklich noch nicht möglich, da wohl Nachrichten für manche Gegenden vorliegen, aber noch kein ausreichendes Gesamtbild gewähren. Außer auf Zeitungsnachrichten kann ich mich auf Mitteilungen stützen, die mir in den letzten Tagen deutschstämmige, z. T. reichsdeutsche Bauern

¹⁾ Von Mitte 1929 bis Mitte 1933 stieg der Anteil der Artele an der Kollektivierung von 33,6 auf 96,3 %, während der Anteil der Kommunen von 6,2 auf 1,8, der der Bodenbearbeitungsgenossenschaften von 60,2 auf 1,9 % fiel.

aus den Bezirken Tula, Taganrog, Mariupol, Simferopol, Chorosty, Kustanaj, Omsk und Aulie Ata sowie russische Bauern aus den Bezirken Moskau, Twer und Rjasan gemacht haben. Ich kombiniere diese Nachrichten mit den Überlegungen, die sich auf meine Bekanntschaft mit den russischen Agrarverhältnissen und insbesondere mit dem bäuerlichen Wesen stützen, und gelange so zu folgenden Wahrscheinlichkeitsschlüssen.

Welche Wirkung ist zunächst hinsichtlich der weiteren Ausbreitung der Kollektivierungsbewegung zu erwarten? Gewollt ist vorderhand, wenigstens bis zum Abschluß der Frühjahrsbestellung eine Verlangsamung, und es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß diese Absicht erreicht wird. Die unmittelbarste Wirkung ist eine Rückwärtsbewegung; aus vielen Gegenden wird gemeldet, daß nicht nur einzelne Bauern austreten, sondern ganze Kollektive sich auflösen, indem sie erklären, gezwungen worden zu sein; sie setzen sich ohne weiteres wieder in den Besitz ihres Landes sowie ihres lebenden und toten Inventars. Mancherorts hatten sich solche Vorkommnisse in Auswirkung zunehmender Unzufriedenheit und Erregung schon vor dem Stalinaufsatz ereignet, und sie mögen dazu beigetragen haben, der Parteileitung die Augen für das angerichtete Unheil zu öffnen. Sehr viele Kollektive standen bisher nur auf dem Papier, und ein großer Teil von ihnen, besonders diejenigen, die durch einfachen Machtspruch „dekretiert“ waren, werden jetzt von der Statistik abgeschrieben werden müssen. Allerdings hat die Kollektivierungsstatistik für die erste Dekade des März noch eine Zunahme verzeichnet; nach Mitteilung der Iswestija stieg der Prozentsatz der kollektivierten bäuerlichen Wirtschaften am 10. März auf 57 1/2 % (gegenüber 55 % zu Ende Februar). Es mag dieses daran liegen, daß die Willensänderung der Parteileitung nicht so schnell durchdrang; wahrscheinlich ist auch die Statistik vorläufig nur auf Zugang, nicht auch auf Abgang eingerichtet. Theoretisch wäre denkbar, daß die Rückwärtsbewegung einen fast ebenso großen Umfang annimmt wie die Vorwärtsbewegung der letzten Monate, da ja diese zum größten Teil durch unmittelbaren Zwang (offen oder verschleiert) oder mittelbaren Zwang (Bedrückung der Individualwirtschaft, in der letzten Zeit besonders durch Wegnahme von Brot-, Futter- und Saatgetreide) herbeigeführt wurde. Indessen würde dem die Regierung entgegenzutreten suchen; sie wird die Rückgängigmachung der Bildung eines Kollektivs oder des Beitritts einzelner grundsätzlich wohl nur dann zulassen, wenn offener Zwang angewandt wurde. Fraglos wird es in dieser Frage zu vielen Konflikten kommen, deren Ausgang nicht selten dem Willen der Regierung zuwider sein wird. Der Stalinaufsatz und die anschließende Pressekampagne gegen die „Tölpeleien“ der allzueifrigen Kollektivatoren hat in vielen Gegenden die Autorität der örtlichen Organe der Regierung und Partei stark erschüttert; aus dem Nordkaukasus berichtete die Presse von zahlreichen stürmischen Versammlungen der Bauern, bei denen sich die bisherigen Machthaber verkrochen hätten. In anderen Gegenden wird den Bauern aber scharf entgegengetreten; im Bezirk Taganrog z. B. sind Leute, die aus dem Kollektiv austraten, nicht wegen dieses Faktums, das vor dem Stalinaufsatz als Rechtsvorwand genügt hätte, sondern wegen der durch oder beim Austritt be-

kündeten „Agitation gegen die Kollektivierung“ enteignet und ins Gefängnis geworfen wurden.

Wenn die Regierung ihre Autorität behauptet, so ist anzunehmen, daß gleichzeitig mit der Bewegung des Austritts und der Auflösung auch eine Neubildung von Kollektiven, wenn auch zunächst beträchtlich langsamer als in der letzten Zeit, vor sich gehen wird. Die Notlage, in der sich ein großer Teil der Armbauern befindet, zumal seit der Unterdrückung des Kulakentums, bei dem die Armbauern früher Lohnarbeit fanden, dazu die wirtschaftliche Bedrückung und die Bedrohung der Zukunft der Individualwirtschaft werden auch weiterhin zahlreiche Bauern in die Kollektive treiben. Der vorläufige Verzicht der Parteileitung auf die Kommune als vorherrschende Form wird der weiteren Expansion der Kollektivierung zustatten kommen.

Wie werden der Stalinaufsatz und das Parteidekret von den Bauern beurteilt, und wie wird sich die hierdurch erzeugte Stimmung äußern, insbesondere den Kollektiven gegenüber? Die Verhältnisse liegen in dieser Beziehung sehr verschieden.

In Moskau zirkuliert eine Version, als ob die Bauern plötzlich in Stalin ihren Wohltäter, genauer gesagt, den Freund bäuerlicher Freiheit erblicken und zum Himmel um Gesundheit und langes Leben für ihn beten. Wenn Stalin eine derartige Wirkung erhofft hätte, so würde er bei den Bauern doch einen zu hohen Grad frommer Einfalt vorausgesetzt haben. Den Bauern haben die Erfahrungen der beiden letzten Jahre doch zu sehr gewitzigt; er erinnert sich nur zu gut der außerordentlichen Maßnahmen der Getreideerfassung im Winter 1927/28 und der nachträglichen Verurteilung der „Überbiegungen“ jener Kampagne; dann der Steuerbedrückungen im Jahre 1928 und der späteren Rede Kalinins gegen die Übertreibungen dieser Aktion; und beide Male wurde der Bauer nachher noch viel stärker bedrückt. So stehen die Bauern auch jetzt den Erklärungen Stalins und des Zentralkomitees ganz überwiegend mit Mißtrauen gegenüber oder vielmehr mit dem festen Glauben, daß sich Stalin im Augenblick nur reinwaschen wolle (wie mir wörtlich gesagt wurde) und die Partei die Bauern nur jetzt, wo die Frühjahrsbestellung beginne, gefügig zu machen wünsche, um zu gelegenerem Zeitpunkt die Methoden des Terrors wieder hervorzuholen. Daß es die Regierung nicht ehrlich meine, gehe ja auch daraus hervor, daß sie nicht daran denke, die Zwangskollektivierung in vollem Umfang wieder rückgängig zu machen.

Immerhin ist sicherlich in vielen Gegenden eine gewisse Entspannung eingetreten. Allzu tolle Auswüchse haben Remedur gefunden, und vor allem ist die Wiederanerkennung der Wohngebäude als Eigentums der einzelnen Bauern, die Rückgabe der Kuh, der Hühner, des Gemüsegartens von beruhigender Wirkung gewesen. Die Wiederfreigabe des Marktes, die Verurteilung der antireligiösen Ausschreitungen werden gleichfalls vielerorts die Stimmung verbessert haben. Das Nachlassen des Grolls wird voraussichtlich der Qualität der Arbeitsausführung in den Kollektiven zugute kommen. Die Neigung zu sabotierenden Handlungen und Unterlassungen wird abnehmen. Besonders dürfte diese Vermutung für einen großen Teil der zentralen Gebiete zutreffen, wo der bäuerliche Landbesitz durch-

schnittlich sehr klein ist und die große Mehrzahl der bäuerlichen Familien auf nichtlandwirtschaftlichen Nebenerwerb angewiesen ist. Anders in den agrarischen Überschußgebieten des Südens, Südostens und Ostens, wo ein selbständiges Bauerntum, das mit beiden Füßen in der Landwirtschaft stand, in viel größerem Umfang vorhanden war. In diesen Schichten ist das Gefühl des Versklavtseins bei jeglicher Art der Kollektivierung sehr viel stärker ausgeprägt; hier herrscht auch viel entschiedener die Überzeugung, daß die Kollektivwirtschaft dem Individualbetrieb weit überlegen ist und daher zur völligen Verelendung des Landvolks führen muß. Hier ist, wie ich von einer ganzen Reihe von Gewährsmännern höre, die Haltung gegenüber dem Kollektiv entschieden ablehnend geblieben. Mißwachs wird sehnlichst herbeigewünscht, und dementsprechend wird die Arbeit ausgeführt. Aus dem Bezirk Mariupol wird mir erzählt, wie in einem Kollektiv Weizen ohne vorheriges Eggen in die raue Furche gedrillt sei und, als kurz darauf der Wind einen großen Teil der Körner bloßlegte, die Bauern befriedigt gesprochen hätten, daß nun die Vögel zu fressen hätten. Die deutschen Bauern erblicken überall ihre einzige Rettung in der Auswanderung, und in allen ihren Siedlungsbezirken heißt es, daß sie sich bei Eintritt wärmerer Witterung, etwa Anfang Mai in Bewegung setzen wollen. Die russischen Bauern dagegen — wenigstens in den zuletzt besprochenen Zonen des Südens, Südostens und Ostens — hoffen auf Krieg und sprechen davon, im Frühjahr sich erheben zu wollen. Verzweiflungsaktionen größeren Maßstabes wird voraussichtlich dadurch noch Vorschub geleistet werden, daß im Frühjahr in vielen Bezirken Hungersnot eintreten wird. Die Furcht vor großen Unruhen trägt dazu bei, reichsdeutsche Kolonisten zur Rückwanderung zu bestimmen.

Trotz der Entspannung in manchen Gebieten bleiben die Aussichten für die landwirtschaftliche Produktion dieses Jahres ungünstig, auch wenn die unberechenbare, von mir im ganzen nicht hoch eingeschätzte Gefahr größerer Unruhen außer Betracht gelassen wird. Der Viehstand hat eine geradezu katastrophale Verminderung erfahren; wahrscheinlich ist er seit einem Jahre auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen. Die Bauern, mit denen ich sprach, Russen sowohl wie Deutsche erklären ausnahmslos, daß der Rückgang noch viel größer sei. In einem noch nicht kollektivierten deutschen Dorf des Bezirkes Mariupol ist die Zahl der Kühe von 140 vor einem Jahre auf 16 gesunken. Kälber werden nur in ganz geringem Prozentsatz aufgezogen. Die Presse klagt darüber, daß das strenge Verbot der Abschachtung von Jungvieh wenig helfe. Der Bauer entschuldigt sich damit, daß das Kalb ein Bein gebrochen habe oder erfroren oder aus anderer Ursache krepirt sei, oder er fühlt sich mit der ganzen Gemeinde solidarisch, wenn er ohne jede Ausrede mit dem Tier kurzen Prozeß macht, da er sich den Luxus der Aufzucht nicht leisten kann. Die bäuerliche Schweinezucht soll sich in vielen Gegenden dem Nullpunkt nähern; die Sicherung des Bestandes durch die Kontrahierung gelingt nicht, da es an Futter fehlt. Der Mangel an Fleisch, Milch, Butter und Eiern wird sich in diesem Jahre auch für die Stadt in empfindlichster Weise verschärfen.

Was die Ackerwirtschaft betrifft, so rechnen die Bauern gleichfalls auf starken Rückgang der Produktion. Die Zeitungsnachrichten sind widersprechend; im einzelnen wissen sie von tausend Orten alle erdenklichen Mängel zu berichten, während die Gesamterfolge durchweg als befriedigend ausposaunt werden. Die Saatgutbeschaffung für die Kollektive war noch vor kurzem ein Gegenstand schwerer Sorge. Plötzlich aber war die planmäßige Menge zu 100 % beschafft, was als „größter Sieg“ bejubelt wurde. Die darüber veröffentlichte Statistik, wonach am 20. Januar erst 12,3% des Saatgetreides bereitgestellt waren, am 10. Februar schon 48,5 % und am 1. März 99,9 %, trägt allzusehr den Stempel innerer Unwahrscheinlichkeit an sich, zumal die Kollektivierung in schnellster Ausdehnung begriffen war und die neukollektivierten Bauerngemeinden bei weitem nicht so viel Saatgut mitbrachten, wie es für die optimistischen Bestellungspläne der Kollektive erforderlich ist; die aufzubringende Menge war also fortgesetzt in enormem Steigen begriffen. Es ist ausgeschlossen, daß nach der Ausplünderung der Bauern durch die Getreidekampagne noch Millionen von Tonnen aus einzelwirtschaftlicher Hand für die Kollektive zusammengebracht werden konnten (im ganzen beträgt die planmäßige Menge des kollektivistischen Saatgutbedarfes nach dem Stande vom 1. März 39,2 Mill. t, wovon selbstverständlich ein großer Teil von vornherein im Besitz der Kollektive oder der kollektivierten Bauern vorhanden gewesen ist). Wenn das Defizit so plötzlich gedeckt wurde, so dürfte dies daraus zu erklären sein, daß der Staat aus seinem riesigen Getreidefonds entsprechende Mengen den Kollektiven zugeführt bzw. zunächst zugeschrieben hat. Ein im Dienst der Räteregierung stehender reichsdeutscher Agrarsachverständiger bestätigte mir gegenüber, daß Getreide auf diese Weise vom Staat hin- und hergefahren ist; für eine große sibirische Kommune berechnete er die unnütze Transportleistung auf 320 000 tkm, wobei sich noch leicht der Nachteil ergeben kann, daß für das zuerst weggenommene gutgeeignete Saatgetreide unerwünschter Ersatz geliefert wird. Meine bäuerlichen Gewährsmänner bestreiten für die ihnen benachbarten Kollektive mit Entschiedenheit, daß die Saatgutvorräte ausreichen; daher müsse schon aus diesem Grunde die Bestellungsfläche weit hinter dem Plan und den über den Fortgang der Saatkampagne veröffentlichten Ziffern zurückbleiben; außerdem werde vielfach zu dünn gesät. Günstiger liegen wohl die Bedingungen für diejenigen Kollektive, die sich besonderer Beachtung seitens der Behörden zu erfreuen haben und die mit Traktoren gut ausgestattet sind; z. B. soll auf der Kommune Gigant bei Dshankoj (Krim) nach Angabe eines sich in der Nähe aufhaltenden deutschen Flüchtlings flott gearbeitet worden sein, und wo ein energischer Einsatz von Traktoren erfolgt, wird wohl auch an Saatgut kein Mangel bestehen. Nebenbei sei bemerkt, daß auch auf den staatlichen Getreidegroßgütern des Sernotrasts zweifellos angestrengte Arbeit geleistet wird.

Die Kollektive sind aber nur zu geringem Teil mit Traktoren ausgestattet. Im ganzen arbeiten in der Union in diesem Frühjahr nach Angabe eines besonders gut orientierten reichsdeutschen Fachmannes gegen 44000 Maschinen, von denen ein großer Teil für die staatlichen Betriebe beansprucht wird. Durch Verschiebung eines Teils der Traktorenkolonnen zur Ausnutzung der geographischen Unterschiede

der Saatzeit wird eine möglichst große Nutzleistung angestrebt; dennoch dürften die Traktoren kaum für mehr als 12 % der planmäßigen Bestellungsfläche ausreichen. In der Hauptsache kommt es daher auf die tierische Spannkraft an. In dieser Beziehung sieht es sehr ungünstig aus. Die Ochsen sollen in vielen Gegenden fast sämtlich oder größtenteils der Schlachtung verfallen sein, und auch der Pferdebestand ist außerordentlich vermindert; eine bedenkliche Sprache in dieser Hinsicht spricht die Zunahme des Verzehrs von Pferdefleisch. Die übriggebliebenen Pferde — vielleicht 80 % der vorjährigen Ziffer, vielleicht aber noch weniger — sind grobenteils infolge des Futtermangels und in den Kollektiven außerdem (anscheinend meistens) infolge nachlässiger Haltung in entkräftetem Zustand.

Am bedrohlichsten steht es mit der bäuerlichen Einzelwirtschaft, die in Wirklichkeit noch weit über die Hälfte des Bauernlandes umfaßt. (Die neueste Ziffer der Kollektivierungsstatistik trägt, wie schon gesagt, der seit dem Stalinaufsatz erfolgten Rückwärtsbewegung, insbesondere der massenhaften Widerrufung der papierenen Kollektivierung noch keine Rechnung.) Wie die Presse selbst zugibt, hatten die Behörden die bäuerliche Individualwirtschaft in der letzten Zeit sehr vernachlässigt, da deren Tage ja gezählt schienen. Nun erst besinnt man sich wieder auf sie, und mit Schrecken wird festgestellt, daß sie für die Frühjahrsbestellung sehr schlecht ausgerüstet ist. Das Schlimmste aber ist, daß der Individualbauer in der großen Mehrzahl keine Neigung bezeigt, für die Wiederkräftigung seiner Wirtschaft irgend etwas zu unternehmen. Vertrauen zur Regierung hat er nicht mehr. Er ist der Ansicht, daß er binnen kurzem zur Kollektivierung genötigt werden wird und daß ihm bis dahin eine Vermehrung seiner Produktion eher zum Schaden als zum Nutzen gereichen würde. Aus einem südlichen Bezirk wird mir berichtet, daß die Bauern schon seit 8 Tagen säen könnten, es aber unterlassen, bis es befohlen wird, weil sie bei dem Verfall ihrer Wirtschaft nur Genugtuung empfinden.

So liegen daher auch die Bedingungen für die diesjährige Ackerproduktion im ganzen recht ungünstig.

Der bisherige Witterungsverlauf läßt keine bestimmten Rückschlüsse auf die Ernteaussichten zu. Ein langer warmer Herbst kam dem Umfang der Winterbestellung sehr zustatten und ließ auch späte Saaten noch kräftig aufgehen. Der Winter hatte im europäischen Rußland im allgemeinen einen durchschnittlich milden, aber doch durch scharfe Frostperioden unterbrochenen Charakter. In den nördlicheren Teilen gilt ein strenger, beständiger Winter, der die Saaten bis in den April unter einer guten Schneedecke birgt, als günstiger. Die warme Witterung der letzten Tage hat die Felder von Schnee gänzlich entblößt, und man rechnet mit der Möglichkeit des Eintritts von gefährlichem Blachfrost. Ob der Wechsel zwischen Tauwetter und Frost bisher schon den Wintersaaten in den nördlicheren Zonen geschadet hat, ist noch nicht zu erkennen. Im Süden haben die Wintersaaten in einzelnen Bezirken erheblich gelitten: im ganzen ist das Bild aber dort bedeutend günstiger als im vorigen Jahre. Günstig ist auch hier, daß die Frühjahrsbestellung vergleichsweise früh beginnen konnte; auch ist der Boden anscheinend

in den meisten Bezirken des Südens und Südostens besonders durch reichliche Niederschläge der letzten Zeit gut durchfeuchtet. In den wichtigeren Anbaubieten Sibiriens und der Kirgisensteppe spielen die Wintersaaten im allgemeinen nur eine sehr geringe Rolle; für die Sommersaaten ist wichtig, daß der Winter viel Schnee bringt. In den meisten Bezirken scheint dies der Fall zu sein; ungünstig lautete eine Nachricht über den Bezirk Kustanaj.

Es ist vorauszusehen, daß die amtliche Statistik zunächst das volle Gelingen der Frühjahrskampagne bezüglich des Umfangs der Saatfläche und später befriedigenden oder guten Ausfall der Ernte melden wird. Wie es sich damit in Wirklichkeit verhält, wird vielleicht erst der Winter erweisen.

Zusammenfassung

1. Es war höchste Zeit, daß dem rasenden Tempo der Kollektivierung Einhalt geboten wurde; sonst hätte die Frühjahrbestellung großenteils unter chaotischen Verhältnissen stattfinden müssen.

2. Der Zwang soll aufhören; er ist aber ein dehnbarer Begriff. Es gibt direkten und indirekten Zwang, und der direkte Zwang kann offen oder verschleiert sein. Offenbar besteht die Absicht, den indirekten Zwang (durch Druck auf die Individualwirtschaft) und wahrscheinlich auch den verschleierte(n) (durch Herbeiführung fiktiv-freiwilliger Gemeindebeschlüsse) weiter zu üben. Der Beschluß, ein Gebiet nach dem anderen in kurzer Frist der Totalkollektivierung zu unterwerfen, setzt Zwang voraus.

3. Der Kurs bleibt nach wie vor auf Vernichtung des Kulakentums und energische Kollektivierung gerichtet. Die Beseitigung des Kulaks zwingt zu weiterer Kollektivierung, da sich die Volkswirtschaft auf die Zwergbauern nicht stützen kann.

4. Dennoch liegt ein Einlenken für den Augenblick insofern vor, als die „Überbiegungen und Verzerrungen“ der Parteilinie zweifellos gewollt waren und insofern zum System gehörten. Ob die Politik der Mäßigung von Dauer sein wird, ist für den Außenstehenden noch nicht erkennbar.

5. Eine Kursänderung für wahrscheinlich geraume Zeit besteht in der Empfehlung des Arteis statt der Kommune. Beim Artel bleibt der Bauer in seinem Hause; sein Familienleben wird nicht gestört, und für wichtige Nahrungsmittel bleibt er Selbstversorger. Religion wird im Artel geduldet. Gegen die Kollektivierung in dieser Form ist die Abneigung des Bauern weniger groß; allerdings weiß er, daß die Entwicklung letzten Endes auf die Kommune abzielt.

6. Wirkung hinsichtlich des künftigen Umfangs der Kollektivierungsbewegung? Die unmittelbarste Wirkung besteht in dem Austritt zahlreicher Bauern und der Auflösung ganzer Kollektive, besonders solcher, die lediglich auf dem Papiere standen. Ob diese Rückwärtsbewegung Massencharakter annehmen wird, hängt wesentlich von der Autorität der örtlichen Regierungs- und Parteiorgane ab, die an vielen Stellen, indessen nicht überall stark erschüttert ist.

Die Bildung neuer Kollektive wird sich jedenfalls zunächst verlangsamen, wie es ja auch von der Parteileitung gewünscht wird.

7. Wirkung hinsichtlich der Stimmung des Landvolks? Die Bauern stehen dem Stalinaufsatz und dem Parteidekret mit durch Erfahrung begründetem Mißtrauen gegenüber. In den zentralen Gebieten ist wohl großenteils eine Entspannung eingetreten, nicht aber in den agrarischen Überschußgebieten des Südens und des Ostens, wo früher ein kräftiges Bauertum vorhanden war. Hier fühlt sich der Bauer durch die Kollektivierung versklavt, und er ist zugleich überzeugt, daß diese ins Elend führt. Die deutschen Kolonisten wünschen nach wie vor auszuwandern, während die russischen Bauern auf Krieg hoffen und von Aufstand reden.

8. Das gegenwärtige Einlenken der Parteileitung kann den in der Landwirtschaft bereits angerichteten Schaden nicht schnell wiedergutmachen. Der Viehstand hat sich um mehr als die Hälfte vermindert; die Aufzucht von Jungvieh wird aufs äußerste eingeschränkt. Auch die Bedingungen für den Ackerbau liegen ungünstig. An Saatgut soll es vielfach fehlen. Traktoren reichen allenfalls für 12 % der Fläche aus. Der Pferdebestand ist stark vermindert und entkräftet. Die Individualwirtschaft — noch weit über die Hälfte des Bauernlandes umfassend — ist mit Produktionsmitteln schlecht ausgerüstet. Die Bauern haben größtenteils weder in Kollektiven noch in der Einzelwirtschaft Interesse an der Arbeit.

9. Der bisherige Witterungsverlauf läßt noch keinen Schluß auf die Ernteausichten zu. Ob die Unbeständigkeit des Winters große Schäden hervorruft, ist noch nicht erkennbar. Die lange Andauer warmer Witterung im vorigen Herbst und jetzt im Süden der frühe Beginn der Bestellungsarbeiten kommen dem Umfang der Saatfläche sehr zugute.

Aufzeichnung für das Auswärtige Amt über die Terrorisierung der deutschen Kolonisten und die Auswanderungsfrage

10. April 1930

Die Angst vor der nächsten Zukunft, die im vorigen Herbst das Auswanderungsfieber in den meisten deutschen Siedlungsbezirken hervorrief, hat sich im Winter als nur zu gerechtfertigt erwiesen. Es scheint, als sei mit ganz besonderem Terror gegen die Kolonisten vorgegangen. Allerdings ist es zu Erschießungen von „Kulaken“ usw. im deutschen Dorfe wohl nur selten gekommen, wiewohl es an solchen Fällen nicht fehlt; aus dem Rayon Bubinskij im Bezirk Omsk wurde mir mitgeteilt, daß 4 von den im Dezember zurücktransportierten Flüchtlingen wegen Agitation für Auswanderung erschossen seien. Daß diese äußerste Maßnahme gegen Deutsche viel weniger angewandt wird als gegen Russen, erklärt sich daraus, daß sich deutsche Bauern fast nie zu Gewaltakten wie Totschlag, Brandstiftung und Demolierung hinreißen lassen. Im übrigen ist aber dem Terror ein vergleichsweise hoher Prozentsatz der deutschen Kolonisten zum Opfer gefallen; ein viel größerer Teil der Bauern als im russischen Dorf ist zu den Kulaken gerechnet, viel größer ist verhältnismäßig die Zahl der Verhafteten, die Zahl derer, die der völligen Konfiskation ihres Vermögens verfallen, und auch die Zahl solcher, die aus ihrem

Heimatsbezirk verjagt oder geflohen sind oder — wie seit dem Januar bis in die letzten Tage hinein — zwangsweise nach dem Norden transportiert werden. In der Krim entfallen nach Angabe eines besonders gut unterrichteten Gewährsmannes von allen Verschickten 50 % auf die deutschen Kolonisten, obgleich diese nur den 20. Teil der Landbevölkerung darstellen. Die Unmenschlichkeit, mit der bei der Deportation verfahren wird, läßt sich kaum noch steigern; mündliche und briefliche Nachrichten schildern übereinstimmend, wie es hierbei zugeht. Die zur Verschickung verurteilten Familien werden samt Kranken, Greisen und kleinen Kindern gewöhnlich nachts aus den Häusern geholt, ohne Rücksicht auf die herrschende Winterkälte zu Sammelplätzen bei einer Eisenbahnstation gefahren; dann geht es in verschlossenen Güterwagen, die mit 40 und mehr Menschen belegt sind, nordwärts. Ein Aussteigen während der 5—12 Tage währenden Fahrt wird, nicht gestattet; die Notdurft muß im Wagen verrichtet werden, wofür ein Eimer aufgestellt ist; schwere Verdauungsstörungen sind die Folge. Die Deportierten sind zunächst auf die in der Eile zusammengerafften Lebensmittel angewiesen; abgesehen davon, daß es von vornherein an Milch für die Kinder und an besonderer Kost für die Kranken fehlt, stellt sich sehr bald Nahrungsmangel ein. Einem Transport, der 12 Tage dauerte, wurde während der ganzen Zeit nur zweimal Suppe gereicht, das erste Mal nach 5 Tagen; aus einem Transport, der vor einigen Tagen Alexandrowsk an der Nordbahn passierte, bat ein Mann durch einen Zettel unter Beifügung eines Geldscheins einen vorübergehenden Flüchtling um Besorgung von Brot für seine hungernden Kinder. Aus einem anderen Transportzug baten die Verschickten um Hereinreichung von Schnee zur Löschung des Durstes. Eines der Deportationsziele im europäischen Rußland ist das Kloster Korniljew bei Grjasowez im Bezirk Wologda, wo Mitte März nach einem Briefe von verschickten Frauen über 2000 Deutsche „wie das Vieh“ untergebracht sind und Hungerleiden; der Ausbruch von Seuchen nach Eintritt wärmerer Witterung wird mit Bestimmtheit erwartet. Die Männer im Alter von 15—65 Jahren wurden nach kurzem Aufenthalt in diesem Kloster in nördlicher gelegene Waldgebiete verbracht, um dort — in nichtwinterlicher Kleidung — Holz zu werben. Die in diesem Jahre sehr rückständige Holzbeschaffung zu fördern, scheint überhaupt ein wesentlicher Nebenzweck der Verschickung zu sein; fast überall wurde den zu verschickenden Familien befohlen, sich mit Axt und Säge zu versehen. Verschickungsorte, von denen ich außer dem obengenannten-Kloster gehört habe, sind die Bezirke Archangelsk und Jenissejsk; in letzterem werden die Verschickten, wie schon vor einiger Zeit der Leiter des sibirischen Parteikomitees ankündigte, Wald- und Erdarbeiten für die geplante Bahn nach Jenissejsk zu verrichten haben.

Die Zahl der Deportierten beträgt schon jetzt viele Tausende. Aus der Krim z.B. ging am 25. März ein Zug von 44 Wagen mit je 40 Personen, im ganzen 1760 Personen, ab; der Transport setzte sich aus 2 russischen, 20 tatarischen und 358 deutschen Familien zusammen. Nach einer während der Fahrt abgesandten Nachricht ist der Zug über den Ural hinübergegangen. Aus Sibirien liegt die an Grimmelshausens *Simplizissimus* erinnernde Schilderung eines Transportes von 900 Schlitten vor, der sich Ende Februar bei einer Kälte von 40° und durch nächt-

lichen Schneesturm nach Tjukalinsk (nordwestlich von Omsk) bewegte; ähnliche Transporte langten dort von anderen Seiten an. Der eigentliche Zielpunkt der Fahrt war den Leuten nicht bekannt. — Tausende von Kolonisten liegen in Gefängnissen und haben jedenfalls zu großem Teil gleichfalls das Schicksal der Deportation zu erwarten. Keine Worte sind stark genug, um das Unglück der Verschickten zu kennzeichnen. Die ganze Kulturwelt hat sich über die Greuel entsetzt, die in der Türkei aus nationalem Haß oder in der Kriegswut an den Armeniern verübt wurden; hier aber werden mitten im Frieden lediglich aus kalter dogmatischer Berechnung Zehntausende hingemordet oder dem äußersten Elend überliefert.

Der Eindruck, den diese Massenverschickungen auf die zurückbleibende Kolonisten-Bevölkerung machen, ist noch niederschmetternder als die vorherige Verjagung vieler einzelner Familien von Haus und Hof. Die Furcht vor gleichem Schicksal hat auch die Kolonisten zu großem Teil veranlaßt, in die Kollektive zu flüchten, zumal ja die Individualwirtschaft vielfach durch die Wegnahme des Saatkorns unmöglich gemacht worden ist. Sie fühlen sich aber — wie sie es nicht anders erwartet haben — im Kollektiv sehr unglücklich; sie sind ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit beraubt, zugleich sind sie überzeugt, daß Kollektivwirtschaft gleichbedeutend mit Mißwirtschaft ist und daher nur ein elendes Dasein ermöglichen wird, und vor allem fühlen sie sich in ihrem Glauben bedrängt. Wenn auch der neueste Kurs der Regierung nicht auf die sofortige Präponderanz der Kommune, sondern einstweilen mehr auf das Artel gerichtet ist, bei dem die Mitglieder ihr Wohnhaus behalten und wegen religiöser Gesinnung die Maßregelung durch Ausschließung nicht so leicht zu befürchten haben, so liegt doch in jedem Kollektiv die Gefahr vor, daß die Fünftagewoche eingeführt wird und damit die Heilighaltung des Sonntags aufhört, und im übrigen glauben die Kolonisten, daß doch binnen kurzem das Artel sich in die Kommune (mit gemeinsamer Kindererziehung) umwandeln wird.

Nach wie vor ist daher die große Mehrzahl der Kolonisten (90—95 %), einerlei ob kollektiviert oder nicht kollektiviert, von dem heißen Wunsche beseelt, baldigst auswandern zu können. Auf vage Gerüchte hin, die hier und da anscheinend durch unlautere Spekulanten verbreitet worden sind, haben sich viele mit der Hoffnung getragen, daß sich ihnen im Frühjahr die Möglichkeit zur Auswanderung bieten wird. Aus manchen Gegenden ist mir berichtet worden, daß alles zur sofortigen Abreise gerüstet sei; die Neigung zur Instandhaltung der Wirtschaft, zu energischer Aufnahme der Bestellarbeiten ist unter solchen Umständen natürlich sehr gering. Das Gefühl der Enttäuschung, das in diesen Wochen überall Platz greifen muß, verbindet sich aber doch immer noch mit der Hoffnung, daß Deutschland ihnen schließlich die rettende Hand reichen wird; sie können sich nicht vorstellen, daß sie im russischen Bolschewismus völlig versinken sollen. Im Herbst und im Winter haben die Kolonisten häufig geäußert, daß sie bei Verweigerung der Auswanderungserlaubnis dennoch versuchen würden, zu entkommen, selbst bei Verhinderung der Eisenbahnfahrt; man werde im Frühjahr einfach anspannen und zur Grenze fahren. Je näher aber der Mai kommt, desto stiller wird es von solchem

Vorhaben. Von Verzweiflungshandlungen zu sprechen und diese tatsächlich auszuführen, ist zweierlei. Wie viele der Moskauer Flüchtlinge sagten im Herbst, sie wollten eher sterben, als sich in die Heimat zurückschicken lassen, und sie haben sich aus den nach Sibirien rollenden Zügen dennoch nicht auf die Schienen geworfen! Lind wie viele verwahrten sich mit ähnlichen Worten gegen den Eintritt in das Kollektiv, und sie haben sich doch dazu bekehrt! Besonnene Männer, die als Abgesandte in den letzten Wochen bei mir waren, halten eine große spontane Auswanderungsbewegung in diesem Frühjahr für ausgeschlossen. Die Erinnerung an die Schreckenszeit in den Moskauer Vororten, der Terror, der gegen viele der zurücktransportierten Flüchtlinge geübt wurde und von dem jeder bedroht ist, der heute von Auswanderung spricht, vor allem aber die Schwierigkeiten und Gefahren, die sich einer Fahrt auch nur in die Nähe der Grenze — geschweige denn einer Überschreitung der Grenze — entgegenstellen, werden es auch nach meiner Ansicht nicht zu einer großen Bewegung „ins Blaue hinein“ kommen lassen.

Die Neigung zu illegalem Grenzübertritt oder doch zum Versuch, durch Massenansammlung in der Nähe der Grenze die Erlaubnis zur Auswanderung zu erlangen, würde am ersten bei denjenigen voraussetzen sein, die als Kulaken usw. die Verschickung zu befürchten haben oder sich als Flüchtlinge im Lande verborgen halten. Diese Kategorie ist aber durch die Massendeportation der letzten Zeit sehr zusammengeschmolzen. Aus den meisten Gebieten werden es daher wohl nur Einzelpersonen oder ganz kleine Gruppen sein, die von Fall zu Fall versuchen werden, ins Ausland zu entkommen; ein besonders großes Kontingent solcher Einzelfälle dürfte auf die Kolonisten der Grenzbezirke entfallen. Eine Auswanderungsbewegung etwas größeren Maßstabes ist vielleicht nur aus den schlimmsten Mißernte- und Hungerbezirken Sibiriens und Kasakstans zu erwarten. Von bevorstehender Hungersnot ist mir aus den Bezirken Omsk und Barabinsk berichtet worden, von bereits herrschender Hungersnot (mit schon in großer Zahl auftretenden Schwellungen) aus dem Bezirk Pawlodar am Irtysch; auch die kollektivierte Bevölkerung leidet hier nach den Angaben, die mir gemacht sind, Hunger. Durch einen Abgesandten ist mir bekannt geworden, daß aus diesem Bezirk unlängst 2 Gruppen von 60 bzw. 65 Personen nach Kaluga gefahren sind; die zweite dieser Gruppen wurde im Gouvernement Wjatka von der GPU. angehalten und ist dort vorläufig interniert worden; ob die erste am Ziele anlangte, ist nicht bekannt. Es scheint, als ob Kaluga von vielen der Grenze zustrebenden Flüchtlingen als Etappe und vorläufiges Asyl gewählt wird.

Aufzeichnung für die Botschaft

Moskau, den 3. Mai 1930

N. N. (63 Jahre alt), luther. Kolonist aus . . ., Bez. Slawgorod, macht folgende Mitteilungen:

„Im Bezirk herrscht Hungersnot. Die Regierung gibt zwar seit kurzem Brotmehl, jedoch nur 20 Pfd. monatlich auf die Seele; die zahlreichen Lischenzen (des politischen Stimmrechts Beraubten) sind hiervon ausgeschlossen. Sonstige Lebens-

mittel sind kaum vorhanden; Kartoffeln sind nur ausnahmsweise zu kaufen, 5 Rubel für das Pud, ausnahmsweise auch Mehl zu 26 oder 28 Rubel je Pud. Die deutschen Kolonisten hatten sich zu 90% im Herbst zur Auswanderung gerüstet und das Vieh abgestoßen. Milch ist in geringen Mengen bei russischen Bauern erhältlich, 1 Rubel 25 Kopeken je Vierteileimer ¹⁾. Fleisch ist fast gar nicht zu haben, allenfalls Pferdefleisch. In äußerster Not wird Fleisch von in der Steppe gefallenen Pferden gegessen. Hungerschwellungen und Sterbefälle infolge Hungers sind häufig; das Massen-Hungersterben steht aber noch bevor. Man befürchtet, daß die Regierung die Brothilfe nach der Saatzeit einstellen wird. Die Bevölkerung setzt dem Mehl zu Pulver verriebenes, im Ofen gedörrtes Steppengras zu. Nach Eintritt wärmerer Witterung wird der Ausbruch von Typhus befürchtet.

Von den im Dezember zurücktransportierten Flüchtlingen sind viele infolge des während der Reise erlittenen Nahrungsmangels gestorben, unter ihnen auch meine 18jährige Tochter, die 4 Tage nach der Heimkehr starb.

Auf meiner jetzigen Reise hierher fuhr ich mit lutherischen Kolonisten aus dem Nordkaukasus, die im Bezirk Kainsk ihren dorthin verschickten Vater besucht haben. Diese erzählten, der Vater sei mit einem großen Transport am 25. Januar abtransportiert worden. Die Männer müssen Waldarbeiten machen; wenn sie abends nicht mit dem Pensum fertig sind, so werden sie mit Nagaiken geschlagen. In dem Barackenlager sind bisher 6000 Kinder gestorben, russische, deutsche usw.

Am 28. März wurde ich nach dreimonatiger Haft (der ich wegen meiner Auswanderungsabsicht unterworfen war), aus dem Gefängnis in Nowosibirsk zum Gefängnis in Slawgorod transportiert. Dicht bei der Verladestelle (etwa 0,5 km vom Bahnhof) sah ich einen Haufen von etwa 25 Kinderleichen, die aus Transportzügen von Verschickten herausgeholt, vorläufig mit Schnee oberflächlich zugeschaufelt waren, um nachts irgendwo vergraben zu werden. Aus der Bevölkerung wurde mitgeteilt, daß solches schon mehrfach beobachtet sei."

Aufzeichnung für die Botschaft

12. Mai 1930

Am 12. Mai 1930 bekundet ein 65jähriger deutscher Kolonist aus dem Bezirk Odessa folgendes:

„Ich fuhr nach Archangelsk, um meinen am 22. April dorthin verschickten Sohn zu besuchen. Er arbeitet mit 29 anderen Kulaken als Zwangsarbeiter auf dem Sägewerk Nr. 14, das 25 Werst von Archangelsk entfernt ist. Er lebt dort unter sehr schlechten, immerhin aber erträglichen Verhältnissen.

In furchtbarer Lage befinden sich die im Februar ausgesiedelten Bauern, die in einem Barackenlager 200 Werst südlich von Archangelsk, 7 Werst von der Station Schelekssa in einem Barackenlager untergebracht sind. Dort sind etwa 6500 Menschen eingesperrt, von denen der 4. Teil Deutsche sind. Derartige Lager gibt es in der dortigen Gegend noch mehrere. Die Verschickten haben dort zuerst Holz gefällt und Baracken gebaut. Von dem gefrorenen Boden ist es unten in den

1) 1 Eimer (Wedro) = 12,3 l.

Baracken eiskalt. Wenn wärmere Witterung kommt, müssen alle sterben. Die aus Brot und Fisch bestehende Ernährung ist ganz unzulänglich; die Lebensmittel sind nur käuflich zu haben. Wer kein Geld hat, muß sterben. Die Leute sind schon ganz schwarz im Gesicht. Es besteht bereits ein großer Friedhof, der schon mindestens 1500 Leichen aufgenommen hat; täglich sterben 50—60 Menschen, jetzt auch schon die Erwachsenen." ¹⁾

Bericht über die Frühjahrssaat-Kampagne in der UdSSR.

16. Mai 1930

Mit äußerster Anspannung aller Kräfte sucht die Räteregierung die Frühjahrsbestellung anzupeitschen; Ungeheures steht auf dem Spiel, nicht nur die Volksernährung und die Gestaltung der Handelsbilanz, daher auch das Tempo weiterer industrieller Entwicklung, sondern vor allem auch das Ansehen des bolschewistischen Systems im In- und Ausland. Wird die diesjährige Krise der agrarischen Produktion überwunden, so können die Sowjets der weiteren Entwicklung mit bedeutend größerer Ruhe entgegensehen. Wie ein militärischer Feldzug wickelt sich die Saatkampagne ab. Eine große Zahl außerordentlicher Kräfte ist mobil gemacht und in die Landwirtschaft geworfen, 25000 Industriearbeiter, die mit technischem Können und bolschewistischem Geist den Kollektivwirtschaften zur Hand gehen sollen, ferner 90 % der landwirtschaftlichen Studenten und ausgebildeten Agronomen von Lehranstalten, Versuchsbetrieben und Behörden und schließlich ein Heer von Jugendbündlern, Journalisten und anderen Personen, die kontrollieren und berichten sollen. Von allen Stellen der „Front“ muß der Zentrale tägliche Meldung erstattet werden, die Zeitungen sind voll von Einzelnachrichten und summarischen Übersichten, unter denen besonders die seit dem 10. April alle 5 Tage erscheinenden Tabellen über die gesamte Saatkampagne vom Landwirtschaftskommissariat der Union hervorrangen; je nach der Leistung regnet es Lob und Tadel, und wo an der Front Schwächen hervortreten, dorthin ergehen Befehle oder werden Hilfskräfte geschickt, um die Lage nach Möglichkeit zu verbessern. Besonders charakteristisch ist für die diesjährige Frühjahrskampagne die fortgesetzte Aufeinanderfolge von Dekreten, die durch Gewährung von Vergünstigungen, unter Umständen auch durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile auf die Bestellung einzuwirken suchen.

Es ist wohl anzuerkennen, daß die Räteregierung hierbei ein hohes Maß schneller Entschlußkraft und von Fähigkeit geschickter Anpassung an wechselnde Umstände an den Tag gelegt hat, doch es muß hinzugefügt werden, daß diese außerordentliche Beweglichkeit der Kampagne nur deshalb nötig wurde, weil die vorausgegangene Überstürzung und Übertreibung der Kollektivierung eine sehr gefährliche Lage geschaffen hatte. Der Aufsatz Stalins vom 2. März gab das Signal zur Einstellung des Vormarsches gegen die bäuerliche Einzelwirtschaft; der ausdrückliche Befehl dazu erfolgte durch das Dekret des Zentralkomitees der Partei

1) Fassungslos fügte der Mann hinzu: „Die Leute gehen sämtlich zugrunde; sie sind sich schon nicht mehr ähnlich.“

vom 15. März. Die produktionspolitische Absicht war die Schaffung einer einseitigen Demarkationslinie zwischen Kollektiv- und Einzelwirtschaft, damit der Bestellungsplan hinsichtlich der Fläche mit festen Größen rechnen konnte. Diese Erwartung ging aber nicht in Erfüllung. Der Siegeszug der Kollektivierung wurde durch eine Rückwärtsbewegung abgelöst, die für die Parteileitung zweifellos eine unerfreuliche Überraschung bedeutete. Die Statistik verbuchte zwar zu Anfang noch eine Zunahme der Kollektive — der Prozentsatz der kollektivierten Bauernwirtschaften stieg von 55 am 1. März auf 57,5 am 10. März; in Wirklichkeit aber kam es sofort nach dem Stalinaufsatz und erst recht nach dem Parteidekret überall zu zahlreichen Auflösungen bzw. zu massenhaftem Austritt; in seinem offenen „Antwortschreiben an die Genossen in den Kollektiven“ vom 3. April rechnete Stalin nur noch mit 40 % — mit diesem Anteil aber sicher —, sobald die Rückwärtsbewegung zum Stillstand gekommen sei. Gleichzeitig wurde gemäß der Forderung der Parteileitung vom 2. April ein ganzes Füllhorn von Vergünstigungen über die Kollektive ausgeschüttet, um ihre Anziehungskraft zu erhöhen. Obwohl das Landwirtschaftssteuergesetz vom 23. Februar die Kollektive im Vergleich zur Einzelwirtschaft noch bedeutend stärker als in den vorhergehenden Jahren bevorzugte, wurde ihnen außerdem Steuerfreiheit für Arbeits- und Nutzvieh auf 2 Jahre gewährt; auch für Gemüsekulturen wurde Steuer erlassen oder ermäßigt. Den Bauern, die Kollektiven beigetreten sind oder beitreten, wird die Rückzahlung von Schulden an die Kreditgenossenschaft und den Staat gestundet oder erlassen; die Erhebungen von Anzahlungen für Traktoren wird ausgesetzt; erlassen werden auch die Schulden für das den Kollektiven zugewiesene Vermögen der enteigneten Kulaken. Das stärkste Lockmittel ist für viele Bauern die Erlassung von Strafen für Verletzung der Gesetze über die Steuer und andere obligatorische Zahlungen sowie für Nichterfüllung sonstiger Verpflichtungen. Für die schwächste Form der Kollektivierung, für diejenigen Bodenbearbeitungsgenossenschaften, in denen Arbeitstiere und Ackerinventar nicht vergesellschaftet worden sind, wird durch Verordnung vom 12. April ein bedeutend geringeres Maß von Vergünstigungen zugestanden.

Die Presse wußte nach der Verordnung vom 2. April alsbald zu berichten, daß wieder ein starker Zuzug in die Kollektive einsetzte. Es mochte dies in vielen Einzelfällen zutreffen, jedoch scheint es so, als ob die Austrittsbewegung auch nach dem 2. April sehr viel stärker als die umgekehrte Bewegung gewesen ist. Am 30. April hörte ich im Rundfunk den Vortrag, den der Handelskommissar Mikojan in einer Festversammlung des Moskauer Sowjets hielt; er machte hier die — m. W. in der Presse nicht wiedergegebene — Mitteilung, daß der Prozentsatz der kollektivierten Wirtschaften am 20. April nur noch 30 betragen hätte und — wie er im Einklang hiermit sagte — die Kollektive 8 Millionen Bauern umschlossen. Wahrscheinlich ist der tatsächliche Prozentsatz noch bedeutend geringer¹⁾; fragt man Bauern, so lautet gewöhnlich die Antwort, daß aus den Kollektiven, soweit diese sich nicht gänzlich auflösen, weitaus die meisten Mitglieder

1) Amtliche Ziffer für den 1. Juni 1930: 23,6%.

ausgetreten seien; in der Regel blieben nur wenige Funktionäre des Dorfrats und der Partei sowie eine kleine Schar sonstiger Aktivisten und Jugendbündler (Komsomolzen) darin. Die Armabauern, die politisch nichts zu befürchten hätten, entschlossen sich oft am schnellsten zum Austritt, während größere Bauern — besonders gilt dies auch für die deutschen Kolonien — vielfach davor Furcht haben. In den ukrainischen Bezirken Artemowsk und Kriwojrog sollen nach einer mir glaubwürdig erscheinenden Angabe deutscher Kolonisten, darunter eines Studierenden der Landwirtschaft, der in dortiger Gegend an der Entkulakungsaktion hatte teilnehmen müssen, nur 20% der Bauern in den Kollektiven geblieben sein und auch diese größtenteils in der Absicht, nach Aberntung der kollektiv besäten Felder auszutreten. Die Mitteilung Mikojans, daß in der Ukraine am 20. April noch 41 06 der Bauern kollektiviert gewesen seien, erscheint mir gegenüber manchen anderen Nachrichten wenig wahrscheinlich. Es ist übrigens bemerkenswert, daß der ukrainische Landwirtschaftskommissar noch im April in Aussicht stellte, daß die Ukraine Ende dieses Jahres ein Land der totalen Kollektivierung darstellen würde. Für die ehemaligen Gouvernements, die heute in dem „Moskauer Gebiet“ zusammengefaßt sind, in denen vor dem Stalinaufsatz etwa 65 % der Bauern kollektiviert gewesen sein sollen, läßt sich der Rückgang der Kollektivierung aus folgender Mitteilung der „Sozialistischen Landwirtschaft“ vom 15. Mai entnehmen. Danach hätten bis zum 10. Mai die Kollektive mit einer Besäung von 107 000 ha 47% des Planes erfüllt, die Einzelbauern mit 1037 657 ha 42%. Von dem Beststellungsplan entfallen somit auf die Einzelbauern 91,5 % und auf die Kollektive nur 8,5 %, wobei zu bemerken ist, daß der Beststellungsplan im Verhältnis zur Gesamtfläche der betreffenden Kategorie bei den Kollektiven doch sicherlich nicht kleiner ist als bei den Einzelbauern.

Indessen soll hier nicht von den Aussichten der Kollektivierung gesprochen werden; die vorstehenden Ausführungen wollten lediglich zeigen, in welchem Strudel die Frühjahrsbestellung vor sich ging. Die in diesem Jahre grundlegende Frage, ob der Acker kollektiv oder individuell zu bestellen war, entschied sich für einen großen Teil des Landes erst in letzter Stunde. Für die Kollektive ergab sich daraus, daß Wirtschaftsplan und Betriebsorganisation teilweise gar nicht vorbereitet waren oder, soweit dies geschehen war, größtenteils in äußerster Eile gemäß dem veränderten Besitzstand abgeändert oder auch gänzlich verworfen werden mußten. Noch größerer Schaden erwuchs der Individualwirtschaft. In den Wintermonaten, in denen die Kollektivierung in geometrischer Progression um sich griff, wurde sie allgemein als belanglose Größe behandelt. Die in der zweiten Hälfte des Winters so nachdrücklich betriebene Kampagne zur Bereitstellung des Saatgutes für die Frühjahrsbestellung berücksichtigte lediglich die Kollektivwirtschaft; in der Hauptsache wurde sie in der Weise ausgeführt, daß die Individualwirtschaft ihr Saatgut an die Kollektive abgeben mußte. Auch hinsichtlich der Befriedigung sonstigen Bedarfs war die Individualwirtschaft das Stiefkind. Die örtlichen Gewalten waren größtenteils der Überzeugung, daß es nur die Frage einiger Wochen sein würde, den Siegesmarsch der Kollektivierung bis zum letzten Ziele zu führen. Als der Stalinaufsatz Halt gebot und die Bauern in die Individualwirtschaft zurück-

fluteten, wurde mit Schrecken wahrgenommen, daß auf diese noch weit über die Hälfte, nach den heutigen Feststellungen sogar mehr als zwei Drittel des bäuerlichen Landes entfielen und daß dieser jetzt doch wieder wichtigste Sektor der Landwirtschaft nicht nur ohne Unterstützung geblieben, sondern größtenteils lahmgelegt worden war. Es fehlten ihm nicht nur Saatgut und Spannkraft, sondern vielfach auch das Land; die Kollektive hatten Anspruch darauf, daß ihnen das beste und günstigst gelegene Land in zusammenhängenden Komplexen zugewiesen wurde; die Einzelbauern mußten sich daher die Wegnahme ihrer bisherigen Landanteile gefallen lassen, doch da während des Kollektivierungsfiebers alles im Fluß war, so hätten die Agrarbehörden, auch wenn sie es gewollt hätten, keine Zeit gehabt, den Einzelbauern neues Land zuzumessen; selbst die Kollektive wußten vielfach nicht genau, wo sie zu pflügen hatten. Noch schlimmer wurde es, als die Rückwärtsbewegung einsetzte. Die austretenden Bauern waren vor die Frage gestellt, wie sie wieder zu ihrem lebenden und toten Inventar, zu Saatgut und vor allem wieder in Besitz von Ackerland kamen. Pferde, Kühe, Geräte, soweit diese vergemeinschaftlicht worden waren, holten sie sich häufig eigenmächtig wieder; die Erlangung von Saatgut stieß oft schon deshalb auf große Schwierigkeiten, weil der Vorrat nicht ausreichte; besonders kompliziert aber war die Rückgabe von Land, wenigstens in allen denjenigen Fällen, in denen ein Rumpfkollektiv mit dem Anspruch auf eine leidlich arrondierte Fläche bestehen blieb. Häufig kam es auch vor, daß das Kollektiv mit Unterstützung der örtlichen Machthaber sich den Forderungen der austretenden Mitglieder hartnäckig widersetzte und diese infolgedessen der Möglichkeit beraubt waren, Land zu bestellen. Aus vielen Gegenden, in denen die Bestellung bereits begonnen hatte, wurde in den Zeitungen berichtet, daß die Einzelbauern noch müßig bleiben mußten.

Endlich, am 12. April, sucht die Regierung durch eine Verordnung die Lage zu bessern. Der Beststellungsplan soll bis zu jeder einzelnen Bauernwirtschaft durchgearbeitet werden. Wenn auch das Agrargesetz vom 15. Dezember 1928 den Kollektiven die besten und günstigst gelegenen Ländereien zuspricht, so soll doch den Einzelbauern nicht ausgesucht schlechtes Land zugeteilt werden, wenn besseres Land zur Verfügung steht. Auch soll die Einzelwirtschaft im Verhältnis zur Zahl der „Esser“ nicht weniger Land erhalten als das Kollektiv. Andererseits wird die Einzelwirtschaft verpflichtet, bei Zurückempfang von Saatgut aus dem Kollektiv dieses zur unbedingten Erfüllung des Aussaatplanes zu verwenden; auch werden die Einzelbauern darauf hingewiesen, daß sie nach dem diesjährigen Steuergesetz für zusätzliche Saatfläche im Vergleich zum Vorjahr Steuerfreiheit genießen, jedoch bei einer nicht durch triftige Gründe bedingten Minderbestellung im Umfang der vorjährigen Saatfläche steuerpflichtig sind. Im Hinblick darauf, daß bei manchen Einzelbauern nach den schweren Erlebnissen der letzten Zeit die Neigung zur Bearbeitung von Land gänzlich geschwunden ist, bestimmt der Finanzkommissar einige Tage später, daß Bauern, die die Bewirtschaftung ihres Landes gänzlich verweigern, derselben Steuerpflicht wie im Vorjahre unterliegen, während Kollektiv- oder Einzelwirtschaften, die diese liegengeliebenen Ländereien zur Besäung an-

nehmen, hierfür Steuer nicht zu entrichten haben. (Hinsichtlich der Ländereien, die den zu Zehntausenden ausgesiedelten Kulaken abgenommen sind, bestimmt der Landwirtschaftskommissar, daß sie den Kollektivwirtschaften zugelegt werden sollen.)

Diese Bestimmungen haben in Verbindung mit dem nun stärker einsetzenden administrativen Druck zweifellos eine starke Wirkung ausgeübt; trotzdem ist die Individualwirtschaft bis zum heutigen Tage in bedenklichem Grade rückständig geblieben. Nach den statistischen Übersichten, die der Landwirtschaftskommissar der Union über den Gang der Frühjahrsbestellung seit dem 10. April alle 5 Tage veröffentlicht, hatten die Einzelbauern am 10. April erst 2 027 000 ha besät, während die Saatfläche der Kollektive 8 779 000 ha betrug. Am 10. Mai war die Saatfläche der Kollektive um 12 948 000 auf 21 727 000 ha gestiegen, die der Individualbauern um 17 251 000 auf 19 548 000 ha. Teilweise war diese relative Verschiebung darauf zurückzuführen, daß die Frühjahrsbestellung mehr und mehr aus den südlichen Zonen, wo der Prozentsatz der kollektivierten Wirtschaft den Durchschnitt der Union allmählich überstieg, **nach Norden vorrückte**; in der **Hauptsache aber** lag ein Aufholen der Individualwirtschaft vor. Besonders deutlich wird die Lage durch den Anteil der Individualwirtschaft an der Gesamtleistung der beiden Sektoren; am 10. April entfielen auf die einzelbäuerliche Saatfläche 18,7, am 10. Mai 47,4 %. Auch der Prozentsatz **vom** 10. Mai bleibt hinter dem Anteil der Individualwirtschaft an der Gesamtzahl der bäuerlichen Wirtschaften erheblich zurück. Wie ich oben anführte, waren nach Mikojan Ende April nur noch 30 % kollektiviert; für den geographischen Rahmen der Statistik vom 10. Mai sind vielleicht 35 % anzunehmen, da der Süden verhältnismäßig stark daran beteiligt ist; auf die Individualwirtschaft müßten nach diesem Verhältnis von der gesamten besäten Fläche statt der in der Statistik nachgewiesenen 47,4 % 65 % entfallen. Es ist höchstwahrscheinlich, daß zum Schluß der Saatkampagne die amtliche Statistik auch für die Individualwirtschaft die vollständige Erfüllung des Bestellungsplanes feststellen wird; es bleibt aber auch dann die nicht unbedeutende Tatsache bestehen, daß die Individualwirtschaft sich im Vergleich zur Kollektivwirtschaft verspätet hat; im allgemeinen ist bei den klimatischen Verhältnissen des Landes möglichst zeitige und schnelle Durchführung der Saat oberstes Gesetz der Frühjahrsbestellung. In dieser Hinsicht verdient z. B. hervorgehoben zu werden, daß der wichtige Nordkaukasusgau am 10. Mai erst 77,8 % des Planes der Gesamtheit der sozialisierten und Einzelwirtschaft erfüllt hat, obgleich das Wetter in diesem Jahre einen recht zeitigen Beginn der Bestellung ermöglichte; im Durchschnitt der Jahre 1922 bis 1926 endete hier die Frühjahrs-Saatkampagne am 7. Mai; ein großer Teil der nachfolgenden Saat läuft daher das Risiko der Verspätung. Als sehr rückständig in der Leistung der Individualwirtschaft wird in der Presse Kasachstan gerügt; obgleich dies weite Gebiet auch in nördliche Breiten sich erstreckt, so ist es doch bedenklich, daß bis zum 10. Mai erst 20,4 % des Planes erfüllt waren. Auch der Prozentsatz des größtenteils in heißem Sommerklima liegenden Niederwolgebiets — 79,4 % — ist für den 10. Mai als recht niedrig zu bezeichnen.

Nun zur Kollektivwirtschaft, der in diesem Jahre vom agrarpolitischen Standpunkt das Hauptinteresse gebührt! Wenn sie auch in den letzten Monaten sehr zusammengeschmolzen ist, so soll sie doch in allernächster Zukunft — nach dem offenen Brief Stalins vom 3. April bis 1933¹⁾ — die einzelbäuerliche Wirtschaft gänzlich aufsaugen; wird dies Ziel erreicht, so stellt sie die weitaus wichtigste Form der sowjetischen Landwirtschaft dar. Sie hat in diesem Jahre noch nicht die Möglichkeit, ihre volle technische Leistungsfähigkeit zu zeigen. (Von einer Würdigung ihrer politischen Aussichten sehe ich hier ab.) Die Vorgänge der letzten Zeit haben der Frühjahrsarbeit einen schlechten Ausgangspunkt geschaffen. Oben war schon die Rede davon, wie der Beststellungsplan der festen Grundlage entbehrte, anfänglich infolge des stürmischen Wachstums, dann infolge der rapiden Abnahme der Kollektive. Eine starke Beeinträchtigung ergibt sich ferner daraus, daß die Fläche der Kollektive im vorigen Herbst noch größtenteils im Besitz der Einzelbauern war und diese unter dem Drucke der damaligen Getreidekampagne und aus Opposition gegen die Kollektivierungspolitik, wie ich früher berichtet habe, die Frühjahrsbestellung nur in sehr geringem Umfange durch herbstlichen Stoppelsturz vorbereitete. Dies wird bestätigt durch den schon oben erwähnten Bericht über die ersten Ergebnisse der Saatkampagne auf den Getreidegroßgütern (in der „Soz. Landwirtschaft“ vom 1. April). Es wird darin gesagt, daß diese Betriebe im Süden der Ukraine den Kollektiven bedeutend wertvollere Hilfe hätten erweisen können, wenn das Kollektivland im Herbst vorgepflügt worden wäre. Fast alle Kollektive müßten wegen des Fehlens der Herbstfurche die Frühjahrssaat — um der gebotenen Eile willen — mit dem Bukker (der in einem Gange pflügt und sät) einbringen; so hätten auch die Traktoren der helfenden Getreidegüter Bukker anhängen und auf diese „barbarische Weise“ statt mit Scheibendrillmaschinen säen müssen.

Die Traktorenarbeit zeigt in den Kollektiven im allgemeinen noch viel größere Mängel als in den staatlichen Betrieben; hauptsächlich wird mit Pferden geackert; diese sind größtenteils schlecht gepflegt und ungenügend gefüttert. Der Landwirtschaftskommissar der RSFSR. sagte von den Kollektiven in der Krim, daß die Arbeitsleistung der Pferde durch Futtermangel bis um 40 % vermindert worden sei. Am bedenklichsten sind die Mängel der Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin. Die Kollektivbauern sind vielfach im unklaren wegen ihres Arbeitsverdienstes und schon aus diesem Grunde unlustig; oft läßt auch die Verpflegung sehr zu wünschen. Es fehlt vielfach an der vorherigen Aufstellung eines Planes darüber, welche Arbeiten auszuführen und wie diese zu verteilen sind. Typisch scheint daher für die Mehrzahl der jungen Kollektive zu sein (wie nicht nur die Presse mitteilt, sondern mir auch persönlich von Bauern berichtet ist), daß morgens erst lange verhandelt werden muß, ehe die Arbeit richtig beginnen kann. Ein großer Teil der Arbeitskräfte bleibt unausgenutzt (in der Krim nach Angabe des Landwirtschaftskommissars während der Saat 30%); manche „Genossen“ erscheinen überhaupt nicht zur Arbeit. Die Arbeit beim Vieh ist wenig begehrt, sie wird daher vielfach von täglich wechselnden Kräften ausgeführt; auch die Arbeitspferde sind (an-

scheinend meistens) nicht bestimmten Leuten zugeteilt; daher fehlt es an individueller Kenntnis des Tieres und an der Verantwortlichkeit.

Ein Korrespondent aus dem Nordkaukasus berichtet eine Reihe konkreter Einzelheiten zur Illustrierung der Mißwirtschaft, die in vielen Kollektiven herrscht („Soz. Landwirtschaft“ vom 19. April); ich greife nur folgendes heraus. In zwei Rayons des Terekbezirks (Nordkaukasus) haben viele Kollektive versäumt, für die Fütterung der Arbeitspferde während der Feldarbeiten vorzusorgen; in einem Kollektiv blieben die Tiere beispielsweise bis zum vierten Tage ohne Futter; niemand putzt die Pferde. Ein Pferd läuft auf drei Hufeisen, das andere auf einem, es gibt auch solche, bei denen nur ein halbes Eisen am Huf geblieben ist. In einem anderen Kollektiv mußten 13 Traktoren 12 Stunden hindurch stehenbleiben, da es an Heizöl fehlte. Auf der Versammlung eines Kollektivs erklärte ein Mittelbauer: „Ich bin gewohnt, um 4 Uhr morgens zur Arbeit aufzustehen, in unserem Kollektiv aber steht man bis 9 Uhr vormittags herum. Die besten Pferde sind immer für Personenbeförderung unterwegs; da kommen und gehen Amtspersonen sämtlicher Kategorien und Ränge, die unbedingt beim Kollektiv Fuhrwerk anfordern; täglich werden auf diese Weise der Saat 70—90 Pferde entzogen. Die Traktoren arbeiten überaus schlecht; von 21 Traktoren sind nicht mehr als 7 jeweilig im Gange. Die Traktoren erfüllen nur die Hälfte der Leistungsnorm. Es besteht keine Kontrolle über die Arbeitsleistung der Mitglieder.“ Durch diese Unvollkommenheiten, gehen, wie der Berichterstatter hinzufügt, Hunderte Millionen Rubel verloren.

Als ein organisatorischer Mangel wird auch mehrfach festgestellt, daß die durchschnittlich tüchtigsten Mitglieder der Kollektive, die Mittelbauern, von der Führung abgedrängt werden oder sich wegen des im Kollektiv herrschenden Geistes nicht daran beteiligen mögen.

Sehr nachteilig hat auch das Streben nach übertrieben großen Kollektiven gewirkt; „Giganten“ von Zehntausenden von Hektaren schossen wie Pilze aus der Erde. Die Regierung begrüßte anfänglich diese Entwicklung voller Freude, um aber später die Erfahrung zu machen, daß diese Riesenbetriebe einen sehr schwerfälligen Apparat bedingen und häufig sich große Mißhelligkeiten zwischen den verschiedenen Siedlungen des Großkollektivs ergaben (ganz besonders dann, wenn verschiedene Nationalitäten zusammengekuppelt sind). Der Kurs der Regierung hat sich daher heute gegen die „Gigantomanie“ gewandt, indessen sollen im Augenblick Verkleinerungen vermieden werden, wenn hierdurch die Saatkampagne gestört werden würde.

Nicht nur in der einzelbäuerlichen Wirtschaft, sondern auch in den kollektivistischen Betrieben hat die Saatgutfrage vielfach keine befriedigende Lösung gefunden. Saatgetreide war nicht immer in genügender Menge bereitgestellt, obgleich nach der amtlichen Statistik angeblich bereits am 1. März der Saatgutbedarf der Kollektive zu 100% gedeckt war. Auch die Beschaffenheit des Saatguts läßt oft zu wünschen; die Beizung gegen Brand ist nicht selten unterlassen worden.

Im großen und ganzen sind die Kollektive aber doch ihrer Aufgabe besser gerecht geworden als die zu Anfang so schwer vernachlässigte Individualwirtschaft. Es geht dies aus den oben angeführten Zahlen hervor, wonach die Kollektive trotz

ihres viel geringeren Anteils an der Gesamtfläche bisher ein bedeutend *größeres* Areal besät haben als die Einzelbauern. In den südlicheren Zonen, in denen die Fröhsaaten (Weizen, Hafer, Gerste) bereits beendet sind, dürfte die große Mehrzahl der Kollektive diesen Teil des Bestellungsplanes voll ausgeführt haben.

*

Ungünstiger steht es durchschnittlich mit den späten Kulturen, mit deren Bestellung nicht nur die Individualwirtschaft, sondern auch die Kollektivwirtschaft im allgemeinen noch recht rückständig ist. Auf diesem Gebiet besteht die Gefahr, daß der Bestellungsplan nicht erfüllt wird. In diesem Jahre kommt den späten Kulturen eine ganz besondere Bedeutung zu, weil sie nicht nur für die Verbesserung der Handelsbilanz und für die Rohstoffbelieferung wichtiger Industrien von Wert sind, sondern auch weil sie teilweise berufen sind, die Nahrungsmittelkrise zu beheben; es sei in dieser Beziehung nur auf die Ölpflanzen hingewiesen, die bei stark vermehrtem Anbau den schon vorhandenen und bestimmt noch sehr zunehmenden Mangel an tierischen Fetten mildern könnten; auch die Vermehrung der Zuckerproduktion ist für die Volksernährung wichtig; die späten Kulturen liefern großenteils auch Kraftfutter und verbessern damit die Aussichten der Erzeugung animalischer Nahrungsmittel für die Zukunft. Der diesjährige Wirtschaftsplan sieht daher eine große Steigerung des Flächenumfangs der späten Kulturen vor. (Das Organ des Landwirtschaftskommissariats der Union, die „Sozialistische Landwirtschaft“, gibt in einem Leitartikel vom 25. April für die Flächenvergrößerung der einzelnen Früchte folgende Prozentsätze an: für Mais annähernd 100 %, Sonnenblumen 40 %, die bisher wenig angebaute Sojabohne fast 400 %, Lein 38 %, Baumwolle 60 %, Zuckerrüben 36 %, Tabak und Machorka 80 bzw. 100 %. Indessen lassen die statistischen Übersichten über die Saatkampagne, wie nachher zu zeigen ist, teilweise auf bedeutend niedrigere Prozentsätze schließen.)

Ein bedenkliches Zeichen war es, daß die „Kontrahierung“ (Abschließung von Anbauverträgen) für fast alle diese Pflanzen nur schleppend vonstatten ging und zu den planmäßigen Schlußterminen noch bei weitem nicht beendet war. Auch in dem tatsächlichen Anbau war bald ein zögerndes Tempo erkennbar. Selbst solche Bezirke, die wie Odessa die frühen Saaten sehr schnell erledigt hatten, blieben mit den späten Kulturen im Rückstand. Die Kollektive waren, wie gesagt, hiervon nicht ausgeschlossen; offenbar erklärt sich dies daraus, daß die jungen Kollektive diesen arbeitsintensiveren Kulturen weniger gewachsen sind als den frühen Getreidesaaten. Lehrreich ist in dieser Beziehung ein Bericht vom 20. April aus dem Bezirk Dnjepropetrowsk (Jekaterinoslaw), dem Zentrum der Ukraine („Iswestija“ vom 4. Mai):

Der Bezirk hat nach diesem Bericht den Plan der Frühjahrssaaten zu 104 % erfüllt. Das günstige Bild verändert sich indessen bei näherem Zusehen. Gerade die wichtigste Frucht, der Weizen, ist mit 3 % im Rückstand geblieben; dieser Nachteil wiegt wegen der kritischen Ernährungslage schwerer als die Mehrsaaten an Gerste und Hafer. Besonders bedenklich ist der große Ausfall an Saatfläche in der einzelbäuerlichen Wirtschaft; an der Erfüllung des Planes für die drei Früh-

getreidearten fehlen diesem Sektor 11,1 %, für die wichtigste Frucht, den Weizen, sogar 19 %; ausgeglichen ist dies Defizit in der Hauptsache nicht durch die Kollektivwirtschaft, sondern durch den Sektor der staatlichen Betriebe (mit einer überplanmäßigen Leistung von 39 %). Den Hauptgrund für das Zurückbleiben der Individualwirtschaft sieht der Berichterstatter darin, daß die aus den Kollektiven wieder herausströmenden Bauern lange warten mußten, bis sie Saatgut und Pferde zurückerhielten, und daß ein Teil der Bauern noch nicht wußte, welches Land ihnen gehören sollte. Besonders beunruhigend ist die Lage hinsichtlich der späteren Kulturen; der Plan für Mais war am 20. April erst zu 9 %, für Sonnenblumen zu 22 %, für Grassaaten zu 8 % erfüllt. Sehr bemerkenswerter Weise sind mit diesen späten Saaten die Kollektive noch stärker im Rückstand als die Einzelbauern. „Drei Momente erklären den langsamen Fortschritt der späten Saaten in den Kollektiven. Erstens sind die Hackfrüchte die arbeitsintensivsten Kulturen, sie fordern bessere Organisation der Arbeit, und mit unseren Kollektiven ist es hiermit bekanntlich schwach bestellt. Zweitens halten die schwankenden Bauern, die sich nicht entschließen können, ob sie im Kollektiv bleiben oder austreten sollen, die Beendigung der Frühsaaten für den günstigsten Zeitpunkt zum Austritt. Mit den Hackfrüchten hoffen sie einzelwirtschaftlich fertig zu werden. Sie schwanken und schwanken und bleiben währenddessen im Kollektiv untätig. Und drittens sind die Hackfrüchte im gewissen Sinne Frauensache. In beträchtlichem Grade ist hier die Frau Arbeiterin und Wirtin. Solange der Mann pflügte und Weizen säte, war die Frau noch nicht so aktiv. Sobald aber die Reihe an sie kam, ins Feld zu gehen, zeigte sie kräftig ihr reaktionäres Wesen. In einem Rayon des Bezirks Saporoshje (wo die Verhältnisse ganz ähnlich liegen), gingen die Frauen eines Kollektivs, als das letzte Hektar der Frühsaaten erledigt war, samt und sonders den Männern entgegen, um die Pferde in die eigenen Ställe zurückzuführen.“ Das weibliche Element steht überhaupt im Kampf gegen die Kollektivierung meistens im vordersten Treffen.

Es hat durchaus den Anschein, als ob am Schluß der Kampagne die Statistik die mindestens hundertprozentige Erreichung des Zieles melden wird. Inwieweit dies den Tatsachen entsprechen wird, bleibt bis auf weiteres fraglich. Nach manchen Nachrichten, die ich aus südlichen Gebieten erhalten habe, z. B. aus dem Bezirk Odessa, aus der Krim und aus der großen, nordkaukasischen deutschen Kolonie Weliko-Knjasheskoje, halte ich es für feststehend, daß dort von den örtlichen Behörden mit außerordentlicher Anstrengung auf die Durchführung des Planes hingearbeitet worden ist; ungünstigere Mitteilungen über den Umfang der Bestellung wurden mir bezüglich der Bezirke Wologda, Artemowsk, Kriwoj Rog, Kuban und Maikop gemacht, doch nach sonstigen Beobachtungen dieses Jahres ist es nicht unwahrscheinlich, daß nachträglich auch in solchen Bezirken mit aller Macht auf Nachholung des Versäumten gedrückt wird.

Mag die Wirklichkeit hinter der Statistik erheblich zurückbleiben, so neige ich doch der Ansicht zu, daß die diesjährige Saatfläche die vorjährige bedeutend übersteigen wird. Wenn die Witterung, die bisher so günstig war, weiterhin wenigstens einen normalen Verlauf nimmt, so wird auch die Ernte sowohl an

Brotgetreide wie auch an technischen Kulturen, besonders an Zuckerrüben und Baumwolle bedeutend größer sein als 1929¹⁾). Die Freude der Räteregierung hierüber wird allerdings sehr beeinträchtigt werden durch die starke Verminderung; der Produktion aus der Viehhaltung²⁾); die Fleischnot wird um so empfindlicher werden, als auch das Fischereiergebnis dieses Frühjahrs infolge der schlechten Organisation dieses neuerdings sozialisierten Produktionszweiges ungemein enttäuscht hat.

Der Verlauf der Saatkampagne hat die große Stärke des bolschewistischen Verwaltungsapparates gezeigt. Der Wille der Zentralregierung ist in erstaunlichem Grade bis in sehr entlegene Winkel des Reiches durchgedrungen; die Gefahr einer aktiven Auflehnung oder eines noch gefährlicheren passiven Widerstandes der Bauernschaft wurde erkannt; die Parteileitung verstand es, durch einseitigen Verzicht auf die radikalen Methoden der Sozialisierungspolitik eine ruhigere Stimmung zu schaffen, und in dieser günstigeren Atmosphäre gelang es ihr, durch ein System von Vergünstigungen, zugleich aber durch rücksichtslose Einsetzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte und durch scharfe Kontrolle die Saatkampagne erfolgreich zu führen.

e) Bemühungen um Ansiedlung verschickter und wirtschaftlich vernichteter rußlanddeutscher Bauern in Deutschland

Bericht vor dem Hauptausschuß des VDA in Salzburg am 7. Juni 1930

Auch vor dem Siege des Bolschewismus hat es Perioden gegeben, in denen sich die deutschen Kolonisten in Rußland national und kulturell bedrückt fühlten, doch unvergleichlich viel schlechter ist ihre Lage in der Gegenwart. Zwar scheint die Verfassung des Rätebundes die nationalen Minderheiten zu respektieren, es gibt eine „autonome“ Wolgarepublik, und auch in den übrigen Gebieten der Union, die zusammen an deutschen Kolonisten das Anderthalbfache der Wolgadeutschen zählen, sind der deutschen Bevölkerung ebenso wie anderen nationalen Minderheiten Sonderrechte eingeräumt. Bei genauer Betrachtung schrumpft indessen diese Privilegierung auf sprachliche Duldung zusammen. In jeder sonstigen Hinsicht, wirtschaftlich, sozial, kulturell ist die Politik des Rätebundes absolut zentralistisch; gleiche Schablone gilt für sämtliche Nationalitäten. Der neue Radikalismus, der seit Ende 1927 herrscht, ist geeignet, die deutsche Kultur in den Wurzeln zu töten. Eine Tragödie sondergleichen spielt sich seitdem in den deutschen Siedlungen ab.

Zum Verhängnis für sie ist die Sozialisierung der Landwirtschaft geworden. Die bolschewistische Partei strebt dies Ziel seit über 2 Jahren durch ein System von

Nach der Sowjetstatistik stieg die Ernte 1930 in Mill. dz gegen das Vorjahr: Getreide von 714,4 auf 835,4, Zuckerrüben von 62,5 (Mißernte) auf 140,2, Rohbaumwolle von 8,6 auf 11,1.

²⁾ In Mill. Stück betrug die Zahl des Rindviehs 1928 70,5, 1930 52,5 1933 38,4, die der Schweine 1928 26,0, 1930 13,6, 1932 11,6, die der Schafe und Ziegen 1928 146,7, 1930 108,8, 1933 50,2. In Wirklichkeit war der Rindviehstand 1930 viel geringer als nach der obigen amtlichen Zahl.

Maßnahmen an, die die privatbäuerliche Wirtschaft zunehmend bedrücken, die Kollektive dagegen in jeder Beziehung bevorzugen. Überall hat sich der deutschen Bauernschaft die Erkenntnis bemächtigt, daß die einzelbäuerliche Wirtschaft zum Untergang bestimmt und eine physische Existenz künftig nur noch im Kollektiv möglich ist. Unter der Wirkung des zunehmenden Terrors hat in letzter Zeit auch ein beträchtlicher Teil der Kolonisten sich genötigt gesehen, in die Kollektive zu flüchten, soweit sie nicht gewaltsam hineingetrieben wurden. Die Kollektive — dem Namen nach genossenschaftliche Großbetriebe — sind vollständig vom Staate abhängig, die Mitglieder sind nichts weiter als Landarbeiter, und da ihre Freizügigkeit faktisch unterbunden ist, so bedeutet die Sozialisierung der Landwirtschaft die Versklavung des Bauernvolkes. Eng verbunden ist damit die anti-religiöse Politik; in der sozialistischen Landwirtschaft darf der Tendenz nach nur die materialistische Weltanschauung bestehen. Mit den Geistlichen und christlichen Lehrern verlieren die Kolonisten ihre Führer. Unter dieser Politik geht das rußlanddeutsche Bauernvolk, wie ich schon vor einem Jahr berichtet habe, rettungslos der wirtschaftlichen Verelendung, dem sittlichen Verfall und schließlich dem Untergang entgegen.

Es handelt sich um eine ganz große Angelegenheit des deutschen Volkes. Die Kolonisten der Sowjetunion zählen gegenwärtig noch rund 1,2 Millionen und betragen damit annähernd den zwölften Teil des reichsdeutschen Bauernvolkes.

Weitaus der größte Teil von ihnen, in der Wolgarepublik mindestens 80 %, in den übrigen Gebieten 90 bis 95 %, empfindet die jetzige Lage als entsetzliches Unglück. Die scheinbare Mäßigung des Kurses, die Anfang März sowohl hinsichtlich der Sozialisierung der Landwirtschaft wie auch auf religiösem Gebiete einsetzte, erfolgte unter dem Druck der Empörung des Auslandes über die Religionsverfolgung und vor allem aus Sorge um die Frühjahrsbestellung angesichts der Unzufriedenheit, die sich in der russischen Bauernschaft sehr bedrohlich äußerte. Wenn auch der Terror gegen die große Masse der Bauern augenblicklich nachgelassen hat, so wissen diese, vor allem die deutschen Kolonisten, doch nur zu gut, daß die Regierung die Sozialisierungspolitik sehr bald mit größtem Nachdruck wieder aufnehmen wird. Der sehnlichste Wunsch der deutschen Bauern ist auszuwandern. Die elementare Auswanderungsbewegung des vorigen Herbstes ist noch in frischer Erinnerung; trotz aller Hindernisse sammelten sich in den Vororten Moskaus 14 000 Menschen an, aber nur 6000 durften die Grenze überschreiten.

Für das Frühjahr war mit einer Wiederholung der Bewegung zu rechnen. Durch äußersten Terror aber hat die Regierung dies zu hintertreiben gewußt. Vor allem ging sie gegen die bäuerliche Oberschicht vor, deren Bekämpfung ja ohnehin zu den wichtigsten Mitteln der Sozialisierungspolitik gehört; dieser Kampf richtet sich daher auch gegen die Oberschicht im russischen Dorf, erfaßt aber die Deutschen in viel größerem Prozentsatz. Durch ungerechte Steuerforderungen, besonders aber durch unerfüllbare Getreideaufgaben wurde schon im Herbst eine Handhabe geschaffen, um viele Tausende von Haus und Hof zu vertreiben. Ein noch entsetzlicheres Los wurde aber in der zweiten Hälfte des Winters über Zehntausende verhängt bei der Durchführung der von der Partei befohlenen „Liquidie-

nung des Kulakentums". Die Opfer dieser Politik erhielten von der Ortsbehörde den Befehl, binnen 24 Stunden sich mit ihrer Familie zur Deportation bereitzumachen; Greise und Säuglinge, Gesunde und Todkranke, Frauen kurz vor der Entbindung wurden ohne Rücksicht auf Frost und Schneestürme zu weit entfernten Sammelpunkten verbracht; daran schloß sich eine fünf- bis neuntägige Eisenbahnfahrt in festverschlossenen Güter- oder Viehwagen, in denen je 40—50 Menschen (auf einen Eimer zur Verrichtung der Notdurft angewiesen) schlechter als Tiere zusammengepfercht waren. Das Ziel waren sumpfige Waldgebiete des hohen Nordens diesseits und jenseits des Urals, wo die Männer vielfach während der ersten Monate Waldarbeiten zu verrichten hatten. Scheinbar besteht die Absicht, die Mehrzahl der Versckickten in diesen unwirtlichen Gebieten anzusiedeln, wobei ihnen aber das notwendige Mindestmaß staatlicher Hilfe versagt bleibt. Einstweilen sind die Familien mit oder ohne Männer in ehemaligen ländlichen Klöstern und Kirchen oder in Barackenlagern eingesperrt, wo sie auf das allerengste (1/2 m Liegebreite) auf langen Brettergerüsten — regelmäßig 3 Lagen übereinander — untergebracht sind, zuweilen 1000 und mehr Menschen in einem Raum. Hunger und Seuchen wüten unter ihnen von Woche zu Woche schlimmer. Von einem Lager im Bezirk Archangelsk berichtete mir ein Augenzeuge, daß von den etwa 6500 hierher deportierten Menschen — zum vierten Teil Deutsche — bis Anfang Mai ungefähr 1500 gestorben seien; täglich kamen 50—60 Todesfälle hinzu; die Überlebenden erwarten, daß sie bei Eintritt wärmerer Witterung sämtlich dahingerafft werden. In einem sibirischen Lager sollen Ende April bereits 6000 Kinder gestorben sein. Zuerst starben die Kinder, später in zunehmender Zahl auch Erwachsene.

Zahlreiche Briefe und Mitteilungen vereinzelter Flüchtlinge bezeugen übereinstimmend diese furchtbare Lage. Die Unglücklichen flehen dringendst um Rettung, sie alle haben den Tod vor Augen. Mit der großen Masse der Deportierten, hat die Regierung kein Erbarmen; angesichts der großen Sterblichkeit läßt sie neuerdings lediglich zu, daß Kinder und Greise in die Heimatbezirke zurückgeschafft werden, aber nur zum Teil ist dies ausführbar.

Die Öffentlichkeit des Auslandes hat von diesen entsetzlichen Vorgängen anscheinend noch keine Kenntnis. Was sich in jenen weltentlegenen Wildnissen abspielt, hat in der Geschichte nicht seinesgleichen. Nicht aus nationalem Haß oder Kriegswut werden Zehntausende hingemordet, sondern lediglich aus kalter dogmatischer Überlegung, und die Opfer sind nicht etwa Verbrecher, sondern tüchtige, fleißige Bauern, gegen die nichts vorliegt als der Vorwurf privatwirtschaftlicher Gesinnung.

Höchst traurig ist auch das Geschick der Zehntausende, die seit langen Monaten im Gefängnis liegen, weil sie auszuwandern wünschten und deswegen gegenrevolutionärer Agitation bezichtigt wurden oder weil sie unter dem Übermaß von Steuern und sonstigen Auflagen zusammenbrachen und wegen „böswilliger" Nichtleistung verurteilt sind. In vielen Gebieten vermögen die vorhandenen Gefängnisse trotz menschenunwürdigster Überfüllung die Masse der verhafteten Bauern

nicht zu fassen; immer mehr provisorische Gefängnisse mußten eingerichtet werden.

Die Gesamtzahl der verschickten oder gefangenen Bauern wird von der Räteregierung selbstverständlich geheimgehalten. Sicher übersteigt sie einschließlich der verschickten Familienmitglieder 150000; sie mag aber auch 200000 oder 300000 betragen. Auf die deutschen Kolonisten dürften mindestens 30000 entfallen¹⁾. Das Elend unserer Stammesbrüder wird noch dadurch gesteigert, daß wichtigste deutsche Siedlungsbezirke in Sibirien und Kasakstan im vorigen Jahre von schwerer Mißernte betroffen wurden, trotzdem der staatlichen Getreideerfassung mit größter Strenge unterworfen wurden und nun dem Hungersterben verfallen.

Nie und nirgends ist deutsches Volk so erbarmungslos niedergedreten worden wie heute in der Sowjetunion. Wenn das Bestehen einer über die Reichsgrenzen hinausgehenden deutschen Volksgemeinschaft anerkannt wird, wenn Schutz deutscher Minderheiten nicht hohle Phrase sein soll, so macht die jetzige Lage trotz aller politischen und wirtschaftlichen Interessen, die uns mit der Räteunion verbinden mögen, eine nachdrücklichste und schleunigste Rettungsaktion zur unbedingten Notwendigkeit. Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, der ganzen Million deutscher Kolonisten, so sehnsüchtig es auch die meisten von ihnen wünschen, zur Auswanderung zu verhelfen. Wir müssen uns auf die Zehntausende beschränken, deren Existenz heute vernichtet ist. Die deutsche Regierung möge der Räteregierung sagen: „Wir reden nicht in eure Politik hinein, aber gebt uns diejenigen Deutschen heraus, die euch im Wege sind und zugrunde gehen!“

Deutschland kann diese Unglücklichen unbedenklich aufnehmen. Sie stellen eine Auslese des rußlanddeutschen Bauerntums dar. Wir brauchen diese für die Verjüngung unseres Volkes so wertvollen Menschen nicht über See ziehen zu lassen, sondern können sie ohne große finanzielle Opfer im Inland, vor allem in unseren durch die Landflucht bedrohten Ostmarken unterbringen, wenn wir nur die vor dem Kriege im allgemeinen gut bewährten Methoden der Fürsorge für deutsche Rückwanderer wieder anwenden.

Gleiche Ausführungen machte ich vor den zur Salzburger Tagung des VDA. entsandten Vertretern der Presse.

Schreiben an den Reichspräsidenten

12. Juni 1930

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Auf Grund genauester Kenntnis der Verhältnisse habe ich auf der Pflingsttagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande in Salzburg über die Katastrophe berichtet, die das deutsche Bauerntum in der Sowjetunion betroffen hat; ich beehre mich, eine schriftliche Zusammenfassung meiner Ausführungen in der Anlage zu überreichen. Rettung für die vielen Tausende deutscher Kolonisten, die heute

1) Diese Zahl würde in den folgenden Monaten weit überschritten.

in den nordischen Waldgebieten des Rätebundes in den Konzentrationslagern dahinsterven, ist nur denkbar, wenn sich das Deutsche Reich ihrer erbarmt. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion können meines Erachtens nur gewinnen, wenn diesem Schrecken ein Ende bereitet wird.

Die deutschen Bauern, die heute in Konzentrationslagern und Gefängnissen zugrunde gehen, haben sich durch Fleiß und Tüchtigkeit besonders ausgezeichnet und würden für die Ausfüllung der Lücken, die durch die Landflucht in den Grenzmarken entstanden sind, außerordentlich wertvoll sein. Deutschland sollte auf diese Elemente um so weniger verzichten, als die Verödung der Ostmarken sich voraussichtlich dadurch noch sehr verschärfen wird, daß in allernächster Zeit der mit Beginn des Krieges eingetretene Absturz der Geburtenziffer sich in der Verminderung des Nachwuchses ländlicher Arbeitskräfte auswirken wird. Dem Deutschen Reich würden keine allzu hohen Kosten erwachsen, wenn die Rückwanderer zunächst in der Hauptsache als Landarbeiter angesetzt würden.

Sie haben, hochverehrter Herr Reichspräsident, sich im vorigen Winter der Not der rußlanddeutschen Flüchtlinge in hochherzigster Weise angenommen; ich hoffe daher zuversichtlich, daß Sie unseren Stammesbrüdern in der jetzt noch viel entsetzlicheren Lage Ihr Interesse nicht versagen werden.

In größter Ehrerbietung bin ich, hochverehrter Herr Reichspräsident,

Ihr ganz ergebener

gez. Auhagen.

Ähnlich lautende Schreiben richtete ich gleichzeitig an

- 1. den Reichsminister des Auswärtigen,*
- 2. den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,*
- 3. den Reichswirtschaftsminister,*
- 4. den Reichsarbeitsminister,*
- 5. den Reichsminister des Innern,*
- 6. den Reichsminister für die besetzten Gebiete,*
- 7. den Preußischen Ministerpräsidenten,*
- 8. den Preußischen Minister für Land- und Forstwirtschaft,*

Antwort des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten

16. Juni 1930

„Der Herr Reichspräsident hat von den Ausführungen Ihres Schreibens vom 12. d. M. und seiner Anlage mit Interesse Kenntnis genommen und die Weitergabe der Angelegenheit an das Auswärtige Amt angeordnet.“

Dieser Verfügung des Reichspräsidenten war es wohl wesentlich zu verdanken, daß die Ressortministerien sich mit meinem Schreiben näher befaßten. Von mehreren Ministern wurde ich zu persönlicher Besprechung empfangen. Ein Erfolg blieb meinen Bemühungen versagt.

Anhang

Briefe von Rußlanddeutschen

Die nachstehenden Briefe sind teilweise von unmittelbar in Not befindlichen Deutschen verfaßt, teilweise von nachbarlichen Zeugen solcher Not oder von Personen, die aus umfassender Kenntnis den Hergang schildern.

a) Not der Flüchtlinge und Ausgesiedelten

1. Brief aus der Krim

16. Oktober 1929

Euren Brief vom 11. d. M. erhielt ich gestern morgen. Zum Gleichbeantworten, hatte ich weder Zeit noch Lust und verschob es bis heute abend, um etwas mehr Neuigkeiten berichten zu können. Versteigert wurde in . . . bis dato: A. zum zweiten Mal, aber alles was er hatte, er wohnt bei B. C. wurde alles versteigert, und man ließ ihm weder Bettsachen noch Produkte, sogar die sauren Arbusen wurden versteigert. Morgen ist D. und E. an der Reihe zum Versteigern. In . . . hat man ebenso bei 4—5 Wirten versteigert. In . . . bei F. und G. Ob bei H. schon aufgeschrieben ist, weiß ich nicht, aber er kommt auch dran. Mir hat man auch noch 98 Pud Weizen und 120 Pud Sommerfrucht aufgelegt. Weizen konnte ich keinen mehr geben, aber an Sommerfrucht gab ich 38 Pud Gerste, welche ich zur Saat behalten wollte, und noch 60 Pud Welschkorn. Da ich nicht alles erfüllen konnte, bin ich bestraft, wievielfach weiß ich nicht und frage auch nicht, denn ich kann es doch nicht bezahlen und komme sicher unter den Hammer, nur weiß ich noch nicht den Tag. Gestern brachte man mir wieder den spisok¹⁾, wo ich über 40 Pud Gerste und Hafer zum Semfond²⁾ geben soll. Ich habe nichts mehr und tue auch keine Schritte mehr es zu erfüllen, denn es ist mir doch unmöglich. J. sitzt für jetzt noch und ist ihm weiter noch nichts aufgeschrieben, aber er kann auch das Aufgelegte nicht ausfüllen und kommt auch unter den Hammer, und so wahrscheinlich alle gewesenen Wirte in . . . und Umgegend. Gesät habe ich meine Brache $3\frac{3}{4}$ Deßjatinen, zum Welschkornland habe ich keine Saat, wiewohl ich mein Stück gut gereinigt habe. In . . . wurde Samstag auf Sonntagnacht dem 4 K. aufgeschrieben sowie auch L. Den 3 älteren K. schon zum zweitenmal, dem 4ten und L. zum ersten Mal und heute soll versteigert werden bei den 5 Wirten, obs aber wurde, ist mir noch nicht bekannt. Vergaß ganz und gar zu schreiben, daß meinem Nachbar M. vergangenen Freitag versteigert wurde, man ließ ihm

blos eine alte kleine Kiste und 2 Bettchen, die zu miserabel waren, er wohnt seit Sonntag bei N. Sein Hof mit Gebäude wurde für die nette Summe von 54 Rubel versteigert. A. sein Hof für 31 Rubel und C.'s Hof für 100 Rubel. Nicht wahr, wenn die Gebäude zu solch hohen Preisen versteigert werden, deckt es die 5- und 10fache Geldstrafe bald? C. ist in Eupatoria.

2. Brief aus dem Bezirk Slawgorod (Westsibirien)

den 23. Oktober 1929

So gebe ich Euch zu wissen, daß wir noch alle Gott sei Dank gesund sind, welches ich Euch auch wünsche, und daß wir Eure Briefe erhalten haben und haben uns sehr gefreut, aber ich kann Euch keine gute Nachricht schreiben, weil sie zu traurig ist. Wenn wir das vorher gewußt hätten, wie es uns geht, so wären wir heute auch dort, wo ihr seid. Jetzt sollten wir den Nalog¹⁾ aufzahlen 389 Rubel und Islischki²⁾ 343 Pud, und weil wir es nicht hatten, so haben sie uns alles aufgenommen, von Pferden und Wagen bis an die Eßgabeln und Löffeln, Bettsachen und Mehl, Weizen, nun gerade was sie gesehen haben. Die Frucht, Mehl habe ich alles müssen in die Kooperatia abgeben, und der Gustav ist arretiert und schon gerichtet auf ein Jahr sitzen und 1 Jahr verschickt auf Arbeit, und das Sach nehmen sie mir alles weg, und wie man hört, wollen sie uns aus den Häusern jagen und dann wohin im Winter und ist kein Brot da. Möchte einem das Herz verplatzen in solchem Jammer. Da konnte man sich auch nichts wegnehmen, weil das zu schnell ging, und niemand wollte es nehmen, jeder hatte mit sich zu tun, da laufen sie heute hin und her und wissen nicht wohin. Ich und... (eine Witwe) laufen hin und her um Rat zu suchen und finden keinen. Liebe_____daß dort mit den Eßwaren schwer ist, wie Du schreibst, aber seid froh, daß ihr fort seid und habt nicht den Tothunger vor Augen.

Wir haben bis jetzt noch etwas zu essen bis sie alles nehmen, unsere großen Schweine haben wir noch glücklich geschlachtet, wenn sie uns das Fleisch nicht nehmen, aber ich kann doch nicht essen, weil der Jammer zu groß ist, ich habe mit Tränen geschrieben. Da läuft man mit Zittern und Zagen herum und schaut zum Fenster hinaus, ob sie nicht kommen und nehmen das Sach alles weg. Es hat heute geheißen, daß heute bei uns und X... und Z... versteigert. Jetzt sagen sie unser Sach ist festgestellt, das holen sie ohne versteigert, und so wird es uns allen gehen, wo schon aufgeschrieben ist. Es ist bei 16 oder 17 Wirten aufgeschrieben.

3. Brief eines Flüchtlings aus der Krim

Moskau, den 7. November 1929

An

Herrn Professor Auhagen

1880 zu Koltmak in der Krim geboren, zwanzig Jahre in evangelischen Gemeinden als Lehrer tätig gewesen. 1920 um des Glaubens willen aus dem Lehrerdienste

1) Landwirtschaftssteuer.

2) „Getreideüberschuß“, der nicht vorhanden ist.

entlassen, von der Evangelischen Gemeinde zu Tarchanlar als Vorsteher gewählt welches Amt ich bis zur Stunde umsonst verwaltete und mich und meine Familie bestehend aus Frau, sieben Söhnen und vier Töchtern von meiner Hände Arbeit als Bauer ernährend, somit mit allen Umständen und Nöten des Krimer Kolonisten vertraut, welcher seit dem Jahre 1914 allerhand Ungerechtigkeiten ausgesetzt, da seine Söhne Leben und Blut treu fürs Vaterland opferten, während man zu Hause seine Angehörigen, trotz seiner bewiesenen Treue als Spione behandelt ihr Vermögen liquidierte, die deutsche Sprache verbot und aufs schimpflichste behandelte. Doch wir sollten noch erfahren, daß wir nicht nur als Stiefkinder betrachtet und behandelt werden, sondern als allerärmste Feinde unseres russische Vaterlandes. Mit dem Umsturz im russischen Reiche hofften wir, da Freiheit um Gleichheit allen Völkern verheißen war, daß auch unsere Lage sich ändern würde wurden aber sehr getäuscht, da man unsere Redlichkeit und Arbeitsamkeit nicht nur mißachtete, sondern auch mißbrauchte, indem man uns völlig beraubte. Matröstete uns damit, daß zur Zeit der Revolution man nicht alle Ungerechtigkeiten hemmen könne. Der zutrauliche deutsche Kolonist glaubte, fing seine Arbeit mit neuer Energie an, wurde aber bald gewahr, daß man dadurch, daß er seine Arbeitsamkeit, seine äußere Lage mit Gottes Hilfe bald besserte, ihn zum „Burschui“ und „Kulaken“ rechnete, daß man ihm allerlei Schwierigkeiten in den Weg legte, obzwar er auf gleichem Landquantum und unter schwierigen Verhältnissen als Bürger anderer Nationen stand, welche man fortwährend auf Kosten des Kolonisten unterstützte, sein Vertrauen auf Gott stützend, waltete er seinem Berufe treu ob. Dieses Herbst nun verlangte man von ihm durch Selbstbesteuerung sich zu verpflichten alles übrige Getreide an den Staat zu einem festgesetzten Preise abzuliefern. Obzwar die Preise den Auslagen nicht entsprachen, verpflichteten die Kolonisten sich dennoch, alles übrige Getreide an die Krone abzuliefern. Nun fing die Verfolgung an. Regierungsvertreter kamen, bestimmten die Ernteerträge auf fast doppelte Höhe vom wahren Ertrag, zwangen ihn unter Drohungen seine Aussaat zu bestellen und verlangten einen Überschuß von Getreide, welches den wahren Ertrag weit überstieg. Manchem Kolonisten gelang es seine Wintersaaten zu bestellen, viele aber kamen nicht mehr dazu, denn als er alles Getreide geliefert hatte, und nichts mehr stellen konnte, wurden die stimmlosen sofort mit einer Geldstrafe belegt, welche die meisten nicht zahlen konnten und nun wurde ihr Vermögen beschlagnahmt und nach etlichen Tagen an den Meistbietenden verkauft besser gesagt, verschenkt, da man es zu einem Spottpreise taxierte (z. B. ein Pferd von 300—400 Rubel am Wert, taxierte man zu 25—28 Rubel, welcher dann auch zu 30 Rubel abgegeben wurde, obzwar andere mehr gezahlt hätten) so daß ein Vermögen von 5000—6000 Rubel für 300—350 Rubel fortging und der Kolonist noch zuzahlen mußte. Da vom Erlös des Vermögens nicht einmal die Geldstrafe getilgt wurde, das verlangte Getreide dennoch geliefert werden sollte, so arretierte man ihn, stellte ihn unter Gericht, von welchem er als mutwilliger Feind der Sowjetregierung gestempelt zu 1 1/2 bis 2 Jahre Zwangsarbeit verurteilt wurde. Zugleichen Zeit wurden überall Bekanntmachungen ausgehängt, die Religion als Feind des Sozialismus niederzukämpfen, in den Schulen überall Kommunisten als Lehrer

angestellt, der Sonntag als Schultag eingeführt, und jeder Vater, der sich weigerte, sein Kind zur Schule zu schicken, mit einer Geldstrafe belegt und ganze Dörfer abgesperrt (bagottiert) ¹⁾ daß sie weder kaufen noch verkaufen konnten. Da die Mehrzahl der Kolonisten ihrem Glauben noch treu sind, sahen sie eine schreckliche Glaubensverfolgung nahen und sehnten sich nach Hilfe. Viele verließen ihre Heimat und fuhren nach Moskau, um hier um Schutz zur Auswanderung zu bitten, damandieselbe an Ort und Stelle gänzlich niederlegte. Plötzlich verbreitetes sich das Gerücht, daß die Deutsche Botschaft sich der deutschen Kolonisten annehme, jeden Ankömmling in Moskau sofort unterbringe und alle, ob jung alt oder krank in etlichen Tagen unentgeltlich ins Ausland bringe. Solche Nachricht rief eine ganze Panik unter den deutschen Kolonisten hervor, ganze Dörfer verließen Hab und Gut, verkauften die letzte Nahrung, um nur nach Moskau zu gelangen. Solcher Nachricht mißtrauend, da wir vernommen, daß Deutschland, ihrer Politik halber sich nicht der Lage der deutschen Kolonisten annehmen könne und die entsetzliche Lage der Menschen voraussehend, wenn dieses Gerücht sich nicht bewahrheitet, entschloß ich mich auf Aufforderung der Gemeinde und Pastor _____ da ich auch meines Vermögens beraubt und Verhaftung meiner wartete, hierher zu flüchten, um bei der werten Deutschen Botschaft persönlich die Lage der Kolonisten wahrheitsgetreu zu schildern und um Hilfe zur Auswanderung zu bitten, da sie vollständig ausgezogen sind. Als ich mich noch mit etlichen Kolonisten, die der Verhaftung zu entgehen suchten, in der Krim den Bahnhof betraten, entrollte sich unseren Augen ein schreckliches Bild. Alle Deutschen wurden aus den Zügen mit Frau und Kind herausgetrieben und aufgefordert zurückzukehren, da die Auswanderung völlig niedergelegt sei. Die Kolonisten verlangten, sie entweder auswandern zu lassen oder zu töten, aber zurück werden sie nicht gehen, da sie gänzlich beraubt seien und jetzt noch um ihren Glaubenswillen verfolgt würden. Mit Gottes Hilfe gelang es mir mit etlichen Freunden hier anzugelangen und was sehe ich? bis 35 Werst von Moskau die Quartiere mit Auswanderern angefüllt, in der größten Not, die armen Kinderlein frierend in den Sommerwohnungen. Mit Jeremia möchte ich ausrufen: „O daß meine Augen Tränenquellen wären zu beweinen das Elend meines Volkes“, und dazu nicht einmal eine Aussicht auf Hilfe. Ein Zurück gibt es nicht, denn Bande, Trübsal, Verfolgung, Verhaftung und Verbannung wartet unser. Mein lieber Herr Professor! Haben denn wirklich die christlichen Mächte allen Einfluß auf dieses unchristliche Reich verloren und sind wir wirklich als Märtyrer preisgegeben? Tausende von deutschen Seelen blicken nach Hilfe zu den christlichen Mächten empor, bereit alles zu verlassen, nur ihre Kinder von dem Geiste und Zeichen des Antichristes zu retten, denn die Seelen der von Gott uns anvertrauten Kindern gehen uns über Hab und Gut! Lieber, Herr Professor! im Namen meiner bedrängten, armen, deutschen Brüder bitte ich Sie mir aufrichtig

1) boykottiert. Den Boykottierten werden die Fenster vernagelt; am Hause wird eine Tafel angebracht mit der Aufschrift: „Ich bin ein Feind der Sowjetmacht“. Tagsüber dürfen sie sich nicht draußen zeigen, selbst nicht zur Viehwartung und zum Wasserholen. Konsumgenossenschaft und Mühle sind für sie verschlossen. Niemand darf mit ihnen verkehren.

sagen zu wollen, ob man nicht gesonnen ist, uns alle, auch unsere deutsche Brüder die in Verhaftung und Verbannung schon schmachten, zu befreien und sofort unter ihren Schutz zu nehmen und uns aus diesem antichristlichen Reiche zu holen, oder ob wir fliehen sollen, Weib und Kind zurücklassend, wohin jeder kann, um der Verfolgung zu entinnen, denn hier bleiben können wir nicht, wenn wir unser Leben und den Glauben unseren Kindern erhalten wollen.

4. Brief einer Mutter aus einem südrussischen Bezirk an einen nach Deutschland ausgewanderten Sohn

Dezember 1929

Lieber Walther!

Nach all dem Sturm, den wir durchgemacht haben, will ich Dir einen recht ausführlichen Brief schreiben. Ach, ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, denn mein Kopf ist so voll von lauter Gedanken und die Augen so dick vom Weinen, daß ich fast nichts sehen kann. Die Kinder habe ich endlich beruhigt und ins Bett gebracht. Jetzt sitze ich im gänzlich leeren Zimmer und will Dir unsere Not klagen. Es geht ja schon seit 2 Monaten schrecklich zu in unserem Rußland. Jetzt sind sie dran, die Reichen und besonders die Prediger von Stump und Stiel zu vernichten. Jetzt wie aber anpacken. Dann wird so viel Steuer aufgelegt, daß nicht zu zahlen ist. Dann wird alles rein weggenommen, die Männer arretiert und die Familien verschickt oder im jämmerlichen Zustande gelassen. Nun Papa hat hier voriges Jahr 2 schöne Gebäude gekauft. Sie sind mit Ziegeln und gesägten Steinen gebaut. Dann hat er eine Hofstelle, da ist aber nur ein Stall darauf, gekauft zu 700 Rubel. Die 2 Gebäude zu 500 Rubel. Und jetzt im Frühjahr hat er noch wieder Land gepachtet und hat 2 Deßj. Weizen, 2 Deßj. Gerste und 2 Deßj. Welschkorn gesät. Weizen gab es im ganzen 25 Pud, Gerste 30 Pud und Welschkorn 30 Pud, und Lohn bekam er 700 Rubel, Quartier und Brennung frei. Jetzt haben sie uns aufgelegt 70 Pud Getreideaufgabe, 238 Rubel und 35 Kopeken Landwirtschaftssteuer, 219 Rubel Gemeindesteuer, 93 Rubel Einkommensteuer und noch 55 Rubel Staatsanleihe. Die Getreideaufgabe haben wir ausgefüllt. Die anderen Zahlungen gehen aber unmöglich. Jetzt hat der arme Papa eine Bittschrift nach der anderen eingereicht und selbst ins Rayon und nach dem Okrug¹⁾ gefahren, aber alles vergebens. Dann wurden die Gebäude und der Hof aufgenommen und verkauft. Ein Gebäude war schon abgerissen. Denn wir wollten bis Frühjahr bauen — das andere ist aber noch ganz und von dem abgebrochenen waren noch 400 gesägte Steine, 7000 Ziegel und noch viel Holz. Jetzt dieses alles zusammen und der Stall auf unserem Hof noch dazu wurde zu 83 Rubel verkauft. Jetzt reicht es aber doch nicht, den 3. Teil der Schulden zu bezahlen. Nun, Papa hat dann noch 200 Rubel angezahlt und wieder gebittet, sie sollen doch Geduld haben, er sagt sich nicht ab vom Zahlen, aber auf einmal kann er doch nicht. Dann wurde wieder bißchen Frist gegeben. Da, auf einmal, den ... Dezember kam der Milizionist und

hat im Hause alles aufgeschrieben. Den ... Dezember fuhr ich dann Papa holen, und den ... wurden unsere Sachen schon verkauft. Um 10 Uhr wurde Papa in Sowjet verlangt und wurde gleich festgenommen. Er wurde da mit noch 2 Mann im Stall eingeschlossen. Ich besorgte dann eine Fuhr und ließ die Sachen hinfahren. Es waren ein Schreibtisch, ein Eßtisch, 1 Bücherschrank, 5 Bettstellen, 5 Stühle, zwei kleine Schränkchen, den Spiegel, die Kaffeemühle, den Primus, die Gitarre und die Kuh, ja noch Näh- und Schließermaschinen, das wurde alles verkauft und kam auf 80 Rubel. Ist das nicht eine himmelschreiende Ungerechtigkeit? Aber das ist noch nicht alles. Papa mußte da in dem Stinkloch sitzen, bis den 10. auf Mittag. Essen durfte ich ihm hinbringen. Dann kam er vors Gericht. Er wurde gar nicht groß abgehört, und das Gericht lautete: „Konfiskation des ganzen Besitzes und 6 Jahre Zwangsarbeit.“ Als wir das dann hörten, gingen wir alle hin, aber da war kein Essen mehr. Der arme Papa weinte und wir schrieten. Dann fing er endlich an, uns zu trösten, und sagte: „Wir haben doch noch einen lieben Heiland, der für uns sorgt, betet nur fleißig.“ Ich konnte ihm dann noch ins Ohr sagen beim Abschied nehmen: „Wir haben heute von Walther einen Brief bekommen, ihm geht's noch gut.“ Oh, es war ein zu schwerer Abschied. Jetzt haben wir unseren lieben Papa verloren, wer wird sich jetzt um uns annehmen, und wer wird für uns sorgen? Ach, lieber Walther, Du kannst es Dir gar nicht vorstellen, wie es jetzt in Rußland zugeht. Es scheint gerade, als ist der Teufel aus der untersten Hölle losgekommen und wütet jetzt. Wir stehen jetzt in der Gefahr, daß sie werden uns Kleider und alles wegnehmen und ausweisen. Dann steht uns allen nur der Hungertod vor Augen. Dieser Brief geht mit Gelegenheit mit, darum habe ich alles so offen geschrieben. Aber wenn Du wirst zurückschreiben, dann schreibe nur bitte sehr vorsichtig. Laß mich aber bitte nicht so lange warten, und wenn für erst nur eine Karte, ob Du den Brief erhalten hast. Ich will mir jetzt einen Advokaten nehmen und noch mal für Papa bitten, vielleicht wird das Urteil doch bißchen leichter. Hier in unserem Dorf wird ganz besonders arg, ja schändlich verfahren. Denn es sind doch alles so mehr wohlhabende Leute. Nun, Egon hat geheiratet. Er hatte den ... November Hochzeit. Er hatte uns auch eingeladen, doch es konnte niemand fahren. Er schrieb: „Den ... November werden wir Hochzeit haben, und ... werden wir bei Euch sein.“ Nun, wir haben uns dann gerichtet und wollten so eine kleine Nachhochzeit feiern im engeren Kreise. Papa fuhr zur Station, und wir haben fertig gemacht. Doch als es Abend wurde, kam Papa und war allein. Nun, wir haben noch 2 Tage gewartet und kamen nicht, und so warten wir noch bis heute und ist gar keine Nachricht von ihnen. So wissen wir gar nicht, was mit ihnen vorgegangen ist. Heute bekamen wir aber von Beatrice einen Brief, die schreibt, daß sie auch auf der Hochzeit war, und Egon und Annie werden ja jetzt auch schon bei Euch gewesen sein. Und wir wissen gar nichts von ihnen. Wer weiß, ist etwas passiert, oder sind sie auch ausgeputzt. Ich bin jetzt zu meiner Lage ganz ratlos. Es will mir fast dunkel werden. Vielleicht kannst Du irgendwie helfen. Nun die Uhr 1 ist, will ich mich auch noch ein bißchen ausruhen, denn der Schlaf ist bei mir ganz geschwunden. Nun ist der liebe Tag wieder angebrochen, und mir ist, als hätten wir gestern Begräbnis gehabt. Nun, ich will mich einzig jetzt auf un-

seren Erlöser stützen. Die Geschwister stehen mir alle treulich zur Seite. Heute geht wieder der größte Ausruf vor, es werden wieder 5 Wirte geplündert. Da ist heute alles, was man sich denken kann. Vieh, Möbel, Bettsachen, Kleider, Geschirr, Zucker, Zigarren, kurz alles, was sie vorgefunden haben. Und die Mannsleut arretiert. Das Herz will einem fast platzen. Jetzt habe ich Dir so gut ich konnte alles beschrieben. Nun haben wir eine große, ja sehr große Bitte. Wir und unsere ganze Gemeinde, es sind so bei 700—800 Seelen. Wenn wir raus könnten aus dem Paradies, denn in Rußland soll das Paradies aufgerichtet werden, könntest Du Dich nicht auf irgendeine Art dort bei der Behörde verwenden? Oder vielleicht Br. Joachim? Wir müssen hier alle lebendig zugrunde gehen. Eben bekam ich Nachricht von einer unserer Station, daß das Bethaus schon geschlossen worden ist. In unserem Dorf wird es auch nicht mehr lange wahren. Ach, es ist solch ein schönes stattliches Gebäude. Es ist 1000 Menschen Raum. Solange ist Gottes Wort darin gepredigt worden, und jetzt soll eine Mördergrube daraus gemacht werden.

Die Mennoniten wollen mit Macht nach Amerika. Aber da gehen auch Dinge vor, die gar nicht zu beschreiben sind. Da gibt es Arretierte, Tote, Verwundete, gerade wie man sie sehen will. Viele werden von Moskau wieder zurückgeschickt. Dann noch so die Männer auf eine Stelle, die Frauen auf eine andere, und die Kinder wieder auf eine andere. Ich sage ja, ich kann gar nicht alles so deutlich schreiben wie es ist. Morgen will ich zu Papa fahren und will wirken, vielleicht wird die Strafe wenigstens erleichtert. Und wenn wir auch endlich ausgesiedelt werden, denn es ist leicht gesagt, auf 6 Jahre verurteilt, aber nicht ausgehalten.

5. Brief eines deutschen Kolonisten aus der Ukraine (Ende Januar 1930)

Unsere lieben Onkel und Tante nebst Kindern und Enkelnt

Wir möchten Euch ein paar Zeilen schreiben von unserem sehr traurigen be-
trübten schweren Leben hier in Rußland. Freilich habe ich gar nichts Erfreuliches
zu schreiben, wie von unserer sehr großen Not und Armut, Elend und Jammer.
Ihr kennt mich kaum, ich bin Euch fremd, aber ich kann nicht anders, ich muß
Euch von dem Schrecklichen schreiben, was wir erleben, da ich weiß, daß Ihr
in einem geordneten Staate lebt, wo der Mensch als Mensch angesehen wird.
Wenn ich Euch nur einigermaßen klar machen wollte, was bei uns vorgeht, hätte
ich viele, viele Tage nötig.

Vor 2, 3 Monaten hat das tolle Leben bei uns angefangen. Hunderte Familien
hat man auf die Straße geworfen auf die allergrausamste Art und Weise. Uns
jungen Wirten, die wir ja doch erst 4 1/2 Jahre wirtschaften, hat man alles, alles
weggenommen und zwar 3 Kühe, 2 Pferde, 3 Schafe mit 2 Paar Pferdegeschirr,
einen Wagen, ein Füllen, einen Selbstbinder, eine Haspelmaschine, eine Putz-
mühle, 2 Pflüge, 3 Eggen, 2 Fässer, 20 Wedro 2jährigen Weines, 25 Wedro 1jähri-
gen Weins, Herbstgeräte, Weingeräte, wie Presse, Trichter, Schlauch, Eimer, so-
dann die Ernte in Futterrüben, Stroh, Welschkornlaub, Kurzfutter, mit einem Wort
alles, alles, alles. Das war noch der Rest von dem, was uns im Sommer gelassen

wurde. Damals haben uns die Herren gezwungen, alles hinauszuführen, so daß der Hof nur noch ganz kümmerliche Reste aufwies. Ich habe 100 Pud Gerste und Hafer, 150 Pud Welschkorn geerntet und das mußte ich alles bis zum letzten Pfund abliefern, dazu noch 20 Hühner, 1 Schwein, alles Schweinefleisch, selbst den Sauerkohl im Keller, die Kartoffeln, das Mehl, die ganzen Möbel und zwar ein Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 2 Betten mit Bettsack, 2 Tische, Brennholz und vier Fuhren Mist. Obendrein den ganzen Hof mit allem Bauwesen, Haus, Stall, Scheune, Keller usw. Ja, unsere Lieben, das wäre noch nicht das Schlimmste. Das Allerschlimmste ist aber, daß sie uns mitten im Winter bei 15 Grad Frost aus dem Hause gejagt haben und die Türe hinter uns zuschließen.

Jetzt geben sie uns nicht ein Stückchen Holz, kein Stückchen Mist heraus. Womit soll man heizen? Zu allem Unglück hat kein Mensch mehr Geld hier, denn alle hat mein zu Tode gequält mit allen möglichen Auflagen, mit unerträglichen Steuern. Auch finden wir keinen Unterschlupf in den Dörfern, denn jeder Wirt, wenn er hört, daß ein „Herausgeschmissener“ kommt, der kein Stimmrecht besitzt oder noch dazu Kulak ist, scheut sich ihn aufzunehmen, denn sie sagen, sobald wir Euch aufnehmen, geht es uns genau so, wir fliegen dann beide aus dem Hause. Und er hat Recht. Was anfangen ohne Geld, ohne Pferde, ohne Kühe, ohne Brennzeug, ohne Lebensmittel? Denn sie haben uns mit ganz kahler und leerer Hand auf die Straße geworfen. Ich und meine Frau mit meinen Kindern und ein verlassenes fremdes Mädchen mußten zu Fuß in ein anderes Dorf gehen. Dort hat uns kein Mensch aufgenommen, und so gingen wir weiter zum Bahnhof. Selbst bei unseren Eltern können wir nicht bleiben, denn seit 2 Tagen haben sie die Nachricht, daß sie dasselbe Schicksal erwartet, wie es uns getroffen hat. Heute schreibe ich noch den Brief, und morgen wandern wir wieder zu Fuß weiter bis wir verhungern und erfrieren¹).

Ja, unsere Lieben, das Allergrausamste und Allerschrecklichste ist noch das, daß bei den 8 herausgeschmissenen Familien Lisas Brustkind, ihr alter Vater von 75 Jahren, eine schwer leidende Frau, einige ganz unmündige Kinder dabei sind — und das jetzt, wo die furchtbare Kälte ist. Alle sind jetzt ohne Bett, ohne Quartier, ohne Lebensmittel. Wohin? Und stellt Euch vor: die Mutter von 2 Kindern, die mit ihrem Vater das Haus verlassen mußten, liegt im Krankenhaus und weiß von nichts. Solche Fälle sind in jedem Dorfe. Es ist nichts Neues. Überall sind 10 oder 15 Familien aus dem Hof gejagt. In einem kleinen Dörfchen sind sogar 30 Wirte mit leerer kahler Hand herausgeschmissen, sie mußten alles, selbst ihre Kleider zurücklassen. Nur was sie am Leib mittrugen, gehörte ihnen. Bei allen 30 Familien, die über die Hälfte des ganzen Dörfchens ausmachen, ist man ebenso verfahren wie mit uns.

In dem sibirischen Bezirk Barabinsk wurde ein 84jähriger Deutscher mit seiner Familie, darunter 6 kleinen Enkelkindern, abends aus dem Hause und Dorfe vertrieben; in einem Russendorf wurde ihnen die Aufnahme verweigert, und so mußten sie im verschneiten Walde nächtigen. Dies Vorkommnis bewog die 6 deutschen Kolonien des Bezirks zu dem Entschluß, in ihrer Gesamtheit auszuwandern.

Das Furchtbarste ist, daß bei allen die Lage sehr, sehr schlecht ist und alle Menschen furchtbar arm sind. Das vergrößert unser Elend noch mehr. Man kann nicht mehr betteln, weil niemand einen Groschen oder ein Stückchen Brot übrig hat. Alle Bauern, die kein Stimmrecht mehr haben, bekommen auch keine Stelle. Sie können nicht einmal 5 Rubel monatlich verdienen. Dagegen haben die Herren Kommunisten 100, 200, 300 Rubel monatlich. Von was sollen wir leben, wenn wir keinen Groschen mehr verdienen dürfen? Was war ich denn für ein Bauer mit solch einer kleinen Wirtschaft! Ich habe doch von meiner Wirtschaft genug Nutzen für den Staat gebracht. Ich habe doch gewiß meine Pflicht getan, wenn ich jährlich 400—500 Rubel dem Staat bloß als Auflagen und Steuern bezahlt habe. Im letzten Sommer habe ich dem Staat alles, alles gegeben und bevor man mich herausgeschmissen hat noch 1 Kuh und Geräte verkauft, um im Schleichhandel Getreide zu kaufen und es abzuliefern, weil man mir immer sagte, ich hätte mehr geerntet. Und für das alles schluneißt man mich jetzt im Winter heraus auf die Gasse als einen ganz untauglichen gefährlichen Menschen, der bloß leidet, weil er gearbeitet hat. Oder was war denn mein Vater und mein Großvater? mein Vater, war ein armer Landloser, der im Tagelohn sein Stück Brot verdiente und mein Großvater ein ganz gewöhnlicher schlichter Bauer, der jährlich kaum 10—15 Deßj. bearbeitet hat. Die erste Zeit war er Maurer und dann fing er die Bauerei an. Und was war ich? Früher hätten mich die Leute ausgelacht, wenn jemand mich als wohlhabend bezeichnet hätte. Mit meiner Frau und meinen Kindern habe ich mir ein bischen nach dem Kriege verdient und deswegen werde ich jetzt von Haus und Hof gejagt und muß verhungern und erfrieren. Wie kann die Welt das alles mit-ansehen?

Zum Schluß möchte ich Euch alle bitten im Namen aller Verunglückten, daß Ihr unser Elend in ganz Deutschland verbreitet. Geht zu allen Euren Verwandten und Bekannten, zu allen Mitchristen und Glaubensgenossen, geht zu allen deutschen Menschen und sagt, was ihr gehört, schreit unser Elend heraus, sagt es den Regierungen. Möchte die Welt doch sich unserer annehmen und unsere unmenschlich schwere Lage sich vergegenwärtigen. Schreibt diese Zeilen, die mit Blut geschrieben sind, an alle Zeitungen, daß sie es verbreiten. Im Namen vieler ruiniertes deutscher Kolonisten bitten wir innigst uns zu helfen.

Ein auf die Straße Geworfener . . .

6. *Drei Kategorien der Ausgesiedelten*

*Aufzeichnung eines Bauern in der Ukraine, Bezirk Mariupol,
am 24. April 1930 Prof. Auhagen zu Händen gegeben*

In trüben Gedanken versunken schaue ich hinaus in die dunkle trübe Natur, die ein entsprechendes Spiegelbild meines seelischen Zustandes, fast möchte ich sagen das Spiegelbild vieler zehntausend Heimatloser, von allem entblößter, die nach den Begriffen der jetzt in R. herrschenden Leute das größte Verbrechen begangen haben, auf rechtmäßige Weise Besitzer eines mehr oder weniger großen Landbesitzes oder im Handel und Industrie tätig gewesen zu sein! Von phy-

sischen und seelischen Einflüssen, denen wir oben angeführte Personen beständig ausgesetzt sind, will ich versuchen wahrheitsgetreu zu schildern. Mitten im Winter wurden Familien unter denen sich gebrechliche Greise von 70—90 Jahren, Wöchnerinnen, die kleine Kinder von etlichen Tagen und Wochen hatten, erbarmungslos aus ihren Häusern nur mit dem was sie gerade an hatten, gejagt, bekamen dann Befehl im Dorfrat zu erscheinen, wo sie im strengsten Tone aufgefordert wurden ihre Geldbeutel herauszugeben, dann gedroht — später werden wir auch noch untersuchen ob ihr nicht doch welches verheimlichen wollt, also die armen Leute, was im Hause war, verloren, sie hofften das wenigstens das was sie bei sich hatten zu ihren notwendigen Ausgaben benutzen zu können, auch diese Hoffnung war vergeblich. Alles wurde abgenommen, mancher hatte nur noch etliche Rubel, auch die verschwanden in den Taschen der Beamten. So von allem entblößt, konnten sie dann gehen und sich Quartiere suchen, doch nur in den Dörfern, die von der Behörde ihnen bezeichnet wurden. Zur Erläuterung muß ich bemerken, daß die sog. Kulaken nach ihrem früheren Besitze in 3 Kategorien geteilt wurden, die erste wird in den hohen Norden, die zweite in die nördlichen wälderreichen Gegenden verschickt, wo sie ihren Unterhalt mit Holzfällen verdienen müssen und die dritte Kategorie darf im Dorfe bleiben, nur ihr Haus und Wirtschaft müssen sie verlassen. Es ist wirklich bemerkenswert, wo die meisten der ärmeren Bevölkerung, die in der ersten Zeit der roten Regierung uns manche Unannehmlichkeiten bereitet haben, jetzt in den letzten Jahren ihre Meinung total geändert haben und für uns, trotzdem sie sich von ihren vorgesetzten Behörden manchen Nasenstießer gefallen lassen müssen, für uns so viel in ihren Kräften steht, eintraten. Also die erste Kategorie verschwindet im hohen Norden, die 2., welche in die Waldgebiete verschickt wird, bekam die Erlaubniß 30 Pud Sachen was sie nur wollten mitnehmen zu dürfen. Doch was mit ihnen weitergeschah melden uns manche Briefe die von unseren Bekannten eingetroffen sind. Die Männer mußten in die Wälder und die Frauen und Kinder wurden in zerstörte Kirchen und ander Gebäude und alte Leinwandzelte die Wind und Wetter Durchgang gaben untergebracht und das noch im kalten Winter so das manches Menschenleben zum Opfer fiel. Auf der Hinreise wurden auf verschiedenen Stationen ihre Sachen durchsucht und kurz bis sie an Ort und Stelle gelangten, waren die 30 Pud, die sie mitnehmen durften — verduftet —! Die 3. Kat. wurde auch von Haus und Hof allem Inventar und Möbel befreit, durfte aber im Dorfe bleiben, bekamen 5 Hectar Land pro Familie Saat sehr knapp auf dasselbe und ein abgeschundenes Pferd und mußte auf diese Art ihr Land besäen. Jetzt wollen wir mal etwas, das von den Kommunisten in die Welt posaunte: „Schutz der Minderheiten“ ansehen. Die Ausgesiedelten aus den deutschen Dörfern, die nicht in die Wälder geschickt werden, müssen in ein Russendorf in die ausgesiedelten Häuser, während in die leeren deutschen Häuser russische Kommunisten hineingesetzt werden. Ich will im großen und ganzen die russ. Nation durchaus nicht verachten, aber bekanntlich tritt in die Kom. nur der verkommenste Teil der Bevölkerung; ein und was die für ein zersetzendes Leben ins deutsche Dorf bringen, kann sich jeder verständige Mensch selbst ausmalen. Überhaupt können wir gewöhnliche

Bauern die hiesige Politik nicht begreifen, wer da arbeitet und es zu etwas bringt, wird als Schädling betrachtet, wer aber trinkt, faulenz, von der Regierung credite so viel ihm zugänglich ist, nimmt, der ist die Stütze der Sov.macht. Denkende Menschen braucht man bei uns nicht, nur blinden Gehorsam, jede freie Regung wird mit eiserner Faust niedergerungen, alles wird mechanisiert. Sollte das wirklich Zweck und Ziel aller Cultur sein? Wir sind eben ungebildete Bauern, doch wohl fehlt uns das Beurteilungsvermögen! Alle Verhältnisse sind uns unbegreiflich, das im 20. Jahrhundert noch Sklaverei existieren könnte, wer hätte das vor 15 Jahren gedacht, denn was sind wir anderes als Sklaven, haben keine Bewegungsfreiheit, alle Türen sind dem nach Freiheit lechzenden verschlossen, was sollen wir der Verzweiflung ganz nahe, machen, — unsere einzige Hoffnung ist, daß Gott die Herzen der zivilisierten Nationen, besonders unserer Stammesgenossen lenken wird, denn sonst sind wir verloren, dem Untergang geweiht. Dann möchte ich noch einiger nach unserem Bauernverstande lächerlicher Akte erwähnen, nämlich die Contractionen von Kälbern, Schweinen und Frucht, die der Bauer verkaufen soll, ehe er sie überhaupt hat, eben so die Frucht, so war noch gar nicht gesäet und schon mußte man das Ernteergebnis taxieren, doch leider kamen Kühe und Säue ihren Verpflichtungen nicht nach, die Regierung aber verlangte das ihr versprochene, der Bauer mußte sehen wo er es herbekam, mußte es abliefern.

7. Bittschreiben aus dem Bezirk Mariupol

am 24. April 1930 Prof. Auhagen zu Händen gegeben

Wir Kolonisten und Bürger des selsowet Mariupoler Kreis wenden uns an Sie mit der Bitte und Klage, uns irgendwie zu helfen. Denn wir schmachten bis jetzt ümer noch und leiden Pein, unter dem Druck und Barbarischer Schklaferei, die die Sovettregierung mit uns Treibt, Haus und Vermögen uns genommen, und uns 4 bis 5 Familien eine Erdhitte, eingetrieben, wo stellen weise krankheit ausgebrochen ist weil stickende Luft sich in der enge Hütte befindet. Wir werden von der Sowettregierung behandelt als die gröbste Übeltäter, die wir doch Sittliche und Ehrliche Bürger, in der Sowelregierung uns erweisen haben. Unnd ohne jeglichen Zwang, ümer Treulich agezahlt was uns alles die Regierung auf legte, und doch schmachten heutzutage vihle noch von unserm deutschen Blut in den gefengnissen, und werden vom Ungeziffer und unreinlichkeit beinahe verzehrt. Unnd das noch nicht genuch. Auch wirt uns überal verboten in den Koopratifen zu kaufen zum beispiel Zucker, Tee, zündhölzer, Seife, Petroleum, Salz kurzum alles was ein Bürger, zu seinem lebensmittel und seiner nohtsdurft unbedingt Braucht. Alle diese rechte sind uns genommen, Es hatt auch schohn ein mancher sich beklagt im Sowet, aber er wirt nicht angenommen, seine klage wird als nicht wichtig angesehen. Im Raht Sitzen günglinge von 17 bis 18 Jahre alt, die früher Schwein Und Kuhhirten waren, und die Regiren getzt, ein vernünftiger Bürger darf im Raht nicht sein, der nach recht Trachtet. Deswegen wenden, wir uns mit Heisem Bitten und Flehn nach einer Retung, an unsere deutschen Brüder tun Hilfe. Dan wirt uns noch Sehr gedroht von einem Mortüberfall des Nachts, wo wir Alle Nacht

in großer Gefahr stehen. Und wenn man dem Sowett sagt, was die Zeitung schreibt, dann sagt der Sowett, die Zeitung schreibt so, und wir machen so. Wir haben ein Gesetz für uns, und auch ein Gesetz für das Volk, und wir tun, was wir wollen. Also ist bei ihnen kein festes Gesetz. Ihr Gesetz ist nicht so, wie sie es auf dem Papiere abmahlen und nach Auslande berichten. Ja das Tuhnen sie Fein, damit alles in Ordnung bleibt. Aber der Sowet macht, was er will, denn die Obrigkeit ist ja auf dem Platz. Das heißt im Selsowet. Und im Sowett da sitzen lauter Schweine und Kuhhirten, wie wir schon erwähnt und die Sollen Rußland regieren. Und das sind Dinge der Unmöglichkeit, das kann nicht bestehen. Und deshalb ist unbedingt nötig, das wir unsere Aermte ausstrecken und rufen zu euch hinüber, als zu unsre deutschen Brüder um Hilfe und Rettung, denn wir sind es Fihlfach bedürftig.

Im Namen Aller Deutschen Kolonisten der Ukraina,

8. „Aufruf“

deutscher Bauern, die aus Moskau nach Sibirien zurücktransportiert wurden (Mai 1930)

Wir endesunterzeichneten Bürger der Kolonie . . . Slawgoroder Bezirk, Sibirien, wenden uns hiermit an die Reichsdeutsche Botschaft in Moskau mit einer Notdringenden Bitte, uns aus der Sklaverei zu erlösen, denn wir können hier nicht mehr weiter leben und haben hier kein Dasein. Wir wurden schon seit 1927 so schwer belegt mit Steuer, daß keine Möglichkeit war durchzukommen. Schon im Jahre 1928 wurden wir so geschwächt, daß wir die Auflagen nicht mehr entrichten konnten und Teilweise sich schon der Hunger fühlbar machte. Im Jahr 1929 im Junimonat kamen schon viele Fälle vor, daß Bauern von ihren Überresten enteignet wurden und zur Erntezeit obdachlos, brodlös und nackt dastanden. Die Not und der Jammer, der da war, ist nicht zu beschreiben. Es war ein himmelschreiendes Wehklagen unter den Menschen, aber es kam im Herbst selbigen Jahres noch besser; bei der Mißernte, die wir hatten, wurden wir noch mehr als im Vorjahr belegt und ohne Erbarmen gequält. Wir mußten die Steuern, die unerträglich waren, entrichten. Außerdem wurden wir mit Überschußgetreide belegt und zwar mit einer solchen schweren Last, viel viel mehr, als wir nur geerntet hatten, wer seine Last nicht entrichten konnte, wurde ohne Gnade und Erbarmen enteignet, der Hausvater ins Gefängnis eingesteckt, die Familie aus dem Haus gejagt und dem Schicksal überlassen. Viele Familien wurden auf die Straße getrieben und streng verboten, sie einzulassen. Wer es wagen wollte, sie einzulassen, würde dasselbe Schicksal treffen. Es war himmelschreiend, wodurch dann auch die Emigration entstand, aber o weh, was mußten wir da noch erfahren und durchmachen! Wir wurden gewaltmäÙig zurücktransportiert, transaliert und gequält, mußten dabei Hunger und Kälte erleiden. Unser Vermögen und Geld war dahin, wir wurden dem Schicksal überlassen ohne Kleider, ohne Brand, ohne Geld und jedweder Hilfe mit Versprechungen aber keine Taten. Endlich bekamen wir im Februar 12 Pfd. Mehl, für März 5 Pfd., für April/Mai 15 Pfd. mit der Drohung, wer keine Saat macht, bekommt auch kein Mehl mehr. So mußten wir uns entschließen,

von der Regierung Saatgetreide zu nehmen, aber leider wurde uns auch da nicht das versprochene Quantum gegeben. Das höchste ist 4 Ctr., mit dem wir nicht auskommen können und dem Hungertode entgegensehen. Außerdem ist uns die geistliche Bedienung genommen. Die Pastoren, Küster usw. sind vertrieben. Im besten Falle können wir unser Deutschtum nicht mehr bewahren und sind sittlich, moralisch und physisch gänzlich verloren, wenn sich unser nicht unsere Brüder in Deutschland annehmen und uns aus diesem Elend erlösen, denn das Elend und die Trübsal, die unter unseren Deutschen herrscht, ist mit der Feder nicht zu beschreiben. Gegenwärtig ist die Not und das Elend so groß, daß Alles in Verzweiflung ist und schon viele viele Fälle vorkommen, daß Hausväter zum Selbstmord greifen. Darum liebe Brüder und Schwestern ist dringend und schnelle Hilfe von Nöten, wenn ihr uns nicht gänzlich verderben lassen wollt; es wäre noch vieles zu schreiben, aber wir glauben, daß es schon hinlänglich sein wird; wer die französische Revolution gelesen hat, der denke sich bei uns noch mehr. So schließen wir in bester Hoffnung, gerettet zu werden und zeichnen

es folgen viele Unterschriften.

b) Not der Verschickten

Die ersten 3 Briefe beziehen sich ganz oder teilweise auf die Verschickung in den Urwald östlich vom Irtysch über Tara — eine der furchtbarsten Episoden der Verschickung.

9. Darstellung eines Augenzeugen im Bezirk Slawgorod (West.-Sib.) „Über die Aussiedlung der Stimmlosen und Kulaken im ... Dorfrat“ geschrieben im Februar 1930

Ich war zufällig in Hoffnungstal, als sich der Sturm entfaltetete. Es kamen 2 Bevollmächtigte und forderten die Familien A und B auf, sich fertig zu machen und zwar das sollte in 2 Stunden geschehen, fertig zum Verschicken. So wurde grob gefordert. Da wurde gebeten, aber die Männer stellten sich gefühllos. Wie die Familien sahen, daß alles erfolglos war, dann sagten sie sich ab in solcher Kälte von 42° heraus zu fahren. Dann führen die 2 Männer nach dem Dorfrat zurück. Das war den 26. 2. 1930 auf Mittag. Aber leider dauerte es nicht lange, da kamen andere Kerle, die machen kurzen Prozeß. Sie waren aus der GPU., die waren bewaffnet und jetzt ging Gewalt über Recht. Mit allerlei Drängen wurden die Leute gezwungen, einzupacken und das mußte alles im Eilmarsch geschehen. Da war kein Erbarmen, ob alt oder schwach, vorwärts war die Lösung. Die Väter der Familien waren gerade nicht zu Hause und bei . . . war der eine Sohn krank, Knochenschwindsucht, der andere ist ein Krüppel, er selber ein Invalide, die rechte Hand verdorrt, aber die Menschen waren wie Tyrannen, kein Mensch hat Worte es zu beschreiben, den Anblick der verzweifelten: und geängstigten Familien zu schildern. Unter anderem ging ich zu . . . und frug den Unmensch, er solle erlauben, daß ich konnte Abschied nehmen. Ich wurde schroff abgewiesen

aber mit wiederholten Bitten wurde es mir gewährt, aber mit bewaffneter Begleitung. Mir wollte das Herz brechen, als die alte Frau mir um den Hals fiel und schrie: Kann uns denn keiner nicht helfen! Da kam auch schon der Schurke, schrie, ich mußte abtreten. Da hieß es aufpacken auf die Schlitten. Dann ging ich noch zu Dort wollte man mich nicht auf den Hof lassen, aber alle schrien: Komm, komm, und sieh, was die Bösewichter mit uns machen. Und ich ging, wurde gefragt, was ich wolle, habe wieder gesagt: Abschiednehmen. Es hat den Kerlen nicht gefallen, daß ich das alles sah. Die Bewegung im Dorf war sehr groß, alles schrie und weinte vom kleinsten Kind bis zum grauen Haar. Und dann das Kommando, Abfahren!, dann sprang B.s Mädchen herunter, lief zurück zur Tür und schrie herzerreißend, aber die gefühllosen Gestalten sprangen hinzu und trieben sie auf die Fuhre und dann gings das Dorf entlang dem Dorfrat zu. Ein manches Mütterchen ging mit gebrochenem Herzen ins Kämmerlein, um die Not dem zu klagen, der die Tränen zählt. Und manch ein Familienvater hing den Kopf und sagte im Stillen, wer weiß, wie bald die Reihe an mich ist, wo ich aus Hof und Haus rausgetrieben werde. Und wo wird man die Leute alle lassen, in den Urwäldern, unter freiem Himmel in Sturm und Kälte. Und als die Leute nach dem Dorfrat kamen, da waren schon von anderen Ortschaften die Leute da. Eine Familie M. von . . . , deren kleine Kinder waren vom Fahren, 4 Werst, schon die Füße angefroren, so daß die Kinder in sehr großer Not schriehen, auch alte Leute in die 70 Jahren waren dabei, altersschwach, daß sie kaum fort kamen, aber alles mußte dran. Das war ein Mennonitenprediger, deshalb stimmlos, auch A. und B. waren wegen Religion stimmlos gemacht, sie waren Diakonen in der Baptisten-gemeinde. So mußten die Leute im Dorfrat nächtigen. Dann hieß es zurück über R. über S. und T. nach U. Dorthin sollten sie Freitag. Ich wartete, bis der Transport nach R. kam. Es war schrecklich kalt, so daß mir die Ohren angefroren sind. Die Leute liefen sich wärmen, sie zitterten vor Frost und Aufregung. Eine jede Familie hatte Erlaubnis ein Pferd von den ihren mitzunehmen und auch zwei Pud Mehl auf die Seele zu schütten. Gabel, Spaten, Beil, Säge, Sichel, Sense sollte jeder mitnehmen, denn sie sollten sieh im Urwald Hütten machen. Aber die Rast währte nicht lange, dann das Kommando: Abfahren. Ich ging zum Pred (Vorsitzende) ¹⁾ P. und bat, man solle mir die alten Mütter geben, Frau A. und Frau B. Ich verpflichtete mich, sie dort hinzustellen bis U. Nach anhaltendem Bitten gab man zu und ich fuhr mit meiner Fuhre vorn weg. Und hatte es mit den Kindern der Familie besprochen, daß sie nicht zurückblieben. So kamen wir trotz der Kälte auf T.'s Chutor an. In unserer Wohnung wurde für Essen gesorgt und Pferde gefüttert, aber der Transport kam erst ganz spät abends an, die Pferde matt und müde, daß die Fuhrleute sie nicht fortbrachten, denn das Futter ist jetzt schwach. Hafer zum Füttern hat kein Bauer nicht. Die armen Pferde sind Haut und Knochen. Dann habe ich wieder gebeten, man sollte doch Rast machen, aber der Pred. P. hat nicht eingewilligt, obwohl ich ihm versprach, die Pferde und Leute alle unterzubringen. Über Nacht, es war doch zu kalt. Aber ein entschiedenes Nein.

Dann können die Kerle auch mal was durchfrieren, er hat gesagt, sie werden schon nicht alle drauf gehen. Dann fing ich nochmal an, daß er solle die alten Frauen übernächtigen lassen. Auch das war erfolglos. Alle mußten fort noch spät am Abend, nochmal 6 Werst fahren, im ganzen Tage 42 Werst in solcher Kälte. Und viele haben schwache Pelze. Das war eine Nacht sondergleichen für den Betroffenen. Aber auch alle Bewohner können sich das Gewaltvorgehen nicht erklären, so ein Aufbau im Reich. Schrecklich. Ein Sohn von B. ließ man bei uns zurück, den Woldemar, ein Krüppel, und ich glaube 12 Jahre alt. Der Knabe hat die ganze Nacht nicht geschlafen, immer geweint und so sind Tausende getrennt und weiß Gott, ob nicht für immer. So verging eine Schreckensnacht. Am Morgen fuhr ich nach U., um zu sehen, ob der Transport weitergebracht wird. Aber welch ein Anblick. Das Dorf überfüllt, alle Straßen voll Schlitten und Pferde unter freiem Himmel. Das arme Vieh muß leiden in der Kälte. Die Menschen waren untergebracht in der Nacht bei den Bauern. Bin in etliche Häuser hineingegangen. Da war ein Durcheinander sondergleichen. Und die mobilisierten Bauern, die Fuhrleute waren, hatten nur Brot ein bischen da, und jetzt wurden sie nicht abgelassen. Kein Futter, kein Brot, dann haben die Leute gebeten, ob ich nicht könnte für sie Brot verschaffen, denn zu kaufen war dort nichts, außer einem halben Kilo Salzfische, die konnte ein jeder kaufen. Aus zwei Dorfräten waren deutsche Fuhrleute, denen habe ich Brot besorgt, aber was war das unter so vielen. Pferde lagen auf der Straße erfroren. Kinder begrub man zwei, die erfroren waren. Ein Mann, Familienvater von 5 Kindern, konnte das Elend seiner Familie nicht ansehen, nahm das Gewehr der Polizei und erschloß sich. Dort lagen die Leute 2 1/2 Sutki¹⁾). Das Heu wurde, wo noch etwas war, genommen ohne Einwendung. Also Montag um 3 Uhr Nachmittags, Kommando: Abfahren. Der Befehl hieß bis nach Nasiwajewskaja, also 45 Werst, und es stürmte fürchterlich, daß man einen Hund nicht draußen läßt. Aber leider wegen der Pferde kamen sie nicht bis an das Ziel, machten Halt, wo sie 30 Werst zurückgelegt hatten und die Nacht sie überfiel. Des Morgens, wie der Tag graute, gings weiter. Das Stürmen noch schrecklicher. Legten in einem Tag 15 Werst zurück. Aber wie sie in Nasiwajewskaja ankamen, durchfroren, bekamen sie dort keinen Raum, alles überfüllt. Es wurden 2 Stunden Rast gemacht auf der Straße, ach welche Not. Dann die Nacht weiter fahren mit so mageren Pferden 20 Werst. Der Transport hatte 900 Fuhren. Und so kamen von allen Seiten Transporte. Bei den Bauern wurde der Saathafer genommen, den sie hatten zusammenschütten müssen in einen Speicher. Die Bauern klagten, was sollen wir säen, aber da half alles nichts. Und so ging es bis Tjukalinsk. Dort war es wie ein Ameisennest. Und dort bekam ein jeder sein Papier, weshalb er ausgesiedelt wurde. Wie erschranken die Leute aber, als sie lasen, welch ein Lug in den Papieren stand, z. B. A. halb Gutsbesitzer, hat eigenes Land 300 Deßjatinen, hat alles mit fremden Arbeitern bearbeitet, war dazu Prediger, agitiert gegen die Sowjetregierung. Und das hat ein L. unterschrieben, ist Zentraler in X.²⁾ B., halb Gutsbesitzer, hat 500 Deßjatinen Land, eine

1) 1 Sutka = 24 Stunden.

2) Mitglied des Zentralkomitees der Partei (?).

Dampfmühle, fremde Arbeiter, war Prediger, agitierte *gegen die* Sowjetregierung. Unterschrieben von N. N. Wo ich doch mit den Leuten nach Sibirien gekommen und auf einer Ansiedlung war, so daß die Beweise der 2 Bauern, welche ich angeführt habe, grob gelogen sind, sie kamen arm nach Sibirien, die ersten Jahre haben sie sehr schwach das Leben gefristet und von Land und Mühle gar keine Rede. Es sind friedliche Bauern, aber strebsame, fleißige Leute. An agitieren ist nicht zu denken. Prediger waren sie nicht, sondern Diakone. Das sind zwei Beispiele, aber was ist das unter Tausenden von Fällen. Der Bestimmungsort wurde den Leuten nicht bestimmt gesagt, im Urwald hinter Tara, aber andere sagten wieder nach Norden, weit hinein in die Taiga. So fahren die Leute ins Unge- wisse, dem Norden zu. Wie es den armen Bauern weiter gehen wird, ist dunkel, werden doch wohl Hunger leiden müssen, wenn der Vorrat erschöpft sein wird. Wenn sie von Tjukalinsk abfahren, weiß ich nicht.

Oben zusammengestellte Zeilen sind lautere Wahrheit.

10. Brief aus Westsibirien

25. April 1930

Lieber Freund I

Du hast das Glück für jetzt hinter Dir. Wenn Du nicht von hier gefahren wärest, so wär es Dir auch so gegangen, wie es hier unseren Deutschen geht. Ich will Dir jetzt alles schreiben. Aus dem A—selsowet (Dorfrat) haben sie 500 Familien abgestellt 300 Werst hinter Tara in die Tundra¹), am 7. März, es waren gerade 42° Frost. Die armen Menschen waren so schlecht mit Kleidern bestellt. Sie sind beinahe bis Kulomsina verfroren, oh, das war solch ein Jammer. Ich kann es Dir gar nicht schreiben. Das ganze Dorf hat geschrieen und geweint, aber die Miliz hat gelacht und gespottet. Wie wir sie bekleideten, so hatten sie uns zurückgejagt. Es sind viele Fuhren mitgefahren 60 Werst hinter Kulomsina, da waren schon 60 Kinder gestorben. Der N. N. hat 50 Werst hinter Tara geschrieben, sie sind an ein Wasser gekommen, dort müssen sie jetzt ein paar Tage stehen. Das Dorf ist weit, so haben sie sich von Schnee Hütten gemacht, darin Feuer; oh, das könnt Ihr Euch einbilden, was eine Warmung es ist. Brot backen sie auf dem Dreifuß in der Pfanne ohne geschmälzt. Die armen Kinder weinen, die noch geblieben sind. Wieviel geblieben sind, das schreibt er nicht. Diese Deutschen über 100, Du kennst sie ja (folgen Namen) sind alle nach Minusinsk geschickt, beinahe alle auf zehn Jahre und ihre Familien wollten sie nach Tara schicken. Sie hatten sie schon bis Kulomsina geschickt, dort waren sie einen Tag, dann haben sie sie wieder zurückgeschickt, jetzt sitzen die Armen in Angst und wissen nicht, was sie machen sollen. Die Miliz kommt alle Tage und schaut nach und sagt: „Euch verfluchte Kulaken muß man alle aus der Wurzel ausrotten.“ Von hier geht eine Klage nach der anderen — zu dem Großvater. Aber o weh, es dauert alles so lange,

Viele sterben, viele hängen sich, oh, es ist schrecklich. Die Kollektive sind beinahe alle verfallen. Brot ist auch keins, das. Mehl kostet 20 Rubel das Pud, Weizen 14 Rubel, Butter 2,50 Rubel das Pfund, und wir Mittelbauern sollen säen, haben aber keiner keine Saat und wenn wir nicht wollen unterschreiben, das wir sollen wollen, dann wollen sie uns auch verschicken. Ade, ade, seid herzlich begrüßt, warte auf baldige Antwort.

(Nachschrift.) Jetzt will ich auch noch etwas schreiben, wie es den Kulaken geht, die nach Tara geschickt wurden. Karl und Liese X haben geschrieben den 31. März, da haben sie schon 4 Sutki¹⁾ unter dem freien Himmel gesessen auf Schnee. Sie sind in einem großen Wald mitten drin, wissen aber nicht, wie groß der Wald ist. Sie haben geschrieben, sie sind 7 Sutki schon gefahren im Wald, und wie weit der Wald noch ist, wissen sie nicht. Dort, wo sie jetzt sind, sollen sie bauen, ist aber noch nicht einmal soviel Platz, daß sie eine Zwiebel oder Kartoffel stecken können, nur lauter Wald und der schmale Weg, daß eine Fuhre an der anderen nicht vorbeifahren kann. Mehl bekommen sie auf einen Mannsarbeiter 30 Pfund auf den Monat und auf die Frauen 15 Pfund und weiter nichts. N. N. hat schon sein Pferd geschlachtet zum Essen, sie schreiben, der Tod steht ihnen vor Augen und die Kulaken, die noch hier sind, denen ist gesagt worden: A. soll 15 Deßjatinen Aussaat machen, B. 30 Deßjatinen, C. 6 Deßjatinen, wenn das nicht, dann werden sie ausgesiedelt.

11. Brief einer deutschen Witwe aus dem Bezirk Barabinsk (Sibirien) Ende Mai 1930

Ich greife nach der Feder, um eine Bitte an das deutsche Vaterland und bitte, meine Bitte anzunehmen und dadurch zu sehen, wie es uns Deutsche in Rußland geht. Ich als arme Witwe hinterblieb von meinem Mann als er Starb mit 5 kleine Kinder. Das Aelste war 12 Jahre alt, das jüngste 3 Jahr. Da hatte ich eine kleine Wirtschaft, sodaß ich schön leben konnte mit meinen Kindern. Die Wirtschaft aufgeben war mir auch schade, so führte ich die Wirtschaft weiter und mit den kleinen Kindern wars mir zu schwer. Da nahm ich mir ein Dienstmädchen und arbeitete weiter und als der Herbst kam, da mußte ich dem Dienstmädchen 300 Rubel zahlen als Lohn, der Dogowor (Vertrag) 25 Rubel, anders hat es die Obrigkeit nicht eingegangen, dann kam die Steuer 156 Rubel, dann kam die Selbstbesteuerung 52 Rubel, dann Brandversicherung 18—20 Rubel, dann die Obligazi (Anleihe) für 25—30 Rubel und so hat die Frucht niemals zugereicht. Alle gingen zu zahlen, und so mußte ich jeden Herbst eine Maschine und ein Pferd verkaufen, daß ich mir wieder Saat und Brod kaufen konnte, und so ging es jedes Jahr, bis die Wirtschaft zu Ende war. Rindvieh trieben sie zum ersten Mal 14 Stück zum Hof hinaus, das zweite Mal 5 Rinder, das dritte Mal 3 Küh und so blieb ich bei einer

Kuh. Dann könnt Ihr deutsche Brüder und Schwestern Euch vorstellen, wie schwer das war für eine Arme Wittwe mit 5 Kinder, ich arbeitete Tag und Nacht mit meinen kleinen Kindern und das war alles vergebens. Und zuguterletzt hat die Regierung mich noch aus meinem Häuschen Hinausgetrieben mit der Bedingung, wenn ich nicht in die Kommune geh, dann geh hinaus, wo du hin wilt. In 4 Tagen mußte das Haus geräumt sein und das geschah am 16. Januar 1930 und nahm ich die Flucht nach . . . Barabinsker Bezirk zu meinen Bruder und so bin ich so weit, denn es ist kein Brod da, ist keine Saad und keine Kartoffeln und rein gar nichts, blos der Hunger ist vor den Augen. Jetzt muß ich dem lieben deutschen Vaterlande berichten, wie die Regierung mit den Armen Menschen verfahren thut. Im Winter war bis 45^o Kälte und sie haben die Leute aufgeladen und haben sie mit Pferde gefahren 400—500 Werst, und da wurden sie abgeladen gerade auf den Schnee, von Schnee mußten sie sich Mauern setzen, daß sie nicht verfrieren. Da kann man sich vorstellen, wie das war unter dem Freien Himmel in der großen Kälte. Auf dem Wege sind soviele Frauen und Kinder verfroren und gestorben. Viele Frauen haben geboren und sind dabei verfroren mitsamt den Kindern. Als die Fuhren zurückfuhren, da war der Weg abgesteckt mit lauter Toden. Die Leute erzählten nicht vom Wunder, was da alles geschah. Das geschah alles im Winter, als das liebe Frühjahr kam, waren die Leute schon so verhungert, daß sie kaum das Leben noch hatten, da fing es an zu tauen und da ist doch solch ein himmelgroßer Boloto (Sumpf). Da ist nichts als Wasser und Sumpf und Wald, da wußten die Leute nicht mehr wohin, da krochen sie an den Bäumen in die Höh, da hingen sie an den Bäumen, bis sie voll verhungert waren, dann fielen sie ins Wasser, und Ertranken. Und so sind von Fünfundzwanzigttausend Menschen nur fünftausend Mann zurückgekommen. Hier ist überhaupt solch eine Hungersnot, daß die Leute nicht nur Pferdefleisch Essen, sondern auch As Essen Sie schon, so daß viele dabei gestorben sind, in die Kommune Kalchosen Kollektive gehen die Deutschen nicht, und Saat haben sie nur den Deutschen gegeben, den Russen keinen Kern und so kommen die Russen jetzt schon ins Haus und sagen an: „Wir kommen und werden mit euch das Brod teilen, euch geben sie Brod und Saad und uns keins. Unsere Leute kaufen fürs Geld, was sie geben.“ Wenn die Deutschen in Rußland bleiben, dann kommen alle Deutschen dorthin in die Bolota (Sümpfe), wo diese alle hinkamen dieses Jahr, das ist nur die einzige Hoffnung, was wir zu hoffen haben in Rußland.

O liebes teures deutsches Vaterland, ich arme Wittwe kann mich gar nicht so Aussprechen wie ich nur sollte, denn mein Herz wird mir zu schwer, wie die Unbarmherzigkeit jetzt geführt wird in der Russischen Qual. Schon vom Sommer an werden die Leute immer zusammengenommen und in den Turm gestopt, da werden viele in der Nacht aus dem Turm in den Wald getrieben und so kommen sie nicht wieder zurück. Wahrscheinlich werden sie dort erschossen. O wehe den Deutschen in Rußland, wenn wir nicht herauskommen, denn sie geben zu verstehn, das große Gut und den Reichtum haben sie schon vertrieben, und jetzt werden wir uns an den Glauben machen, das Christentum muß gestürzt werden, so sprechen sie sich jetzt aus. O weh den, die bis jetzt noch an Gott glauben, in dem Turm sind

die Leut schon immer halb verhungert bis sie herausgelassen werden, sodaß sie kaum mehr laufen können. O, wie haben unsere Deutschen gearbeitet Tag und Nacht, nur immer mehr und mehr Aussaat zu machen wenn das liebe Frühjahr kam, und jetzt hat keiner zu nichts keine Lust, denn die Obrigkeit hat die Bauern schon zu viel belogen und betrogen. Das haben sich die Großbauern verdient, daß sie jetzt in die Bolota geführt werden nach dem Urman (Urwald) und werden da Umgebracht, das ist der Dank von der Russischen Obrigkeit, wer hat denn am meisten das Reich erhöht mit dem Fruchtbau, doch nur die Deutschen Bauern. Gestern als den 13ten Mai ging ein Mord vor auf dem Feld, da ungefähr 60 Werst von . . . fuhren drei Männer mit Saat auf das Feld um zu säen, da man sie fand, waren die drei Männer Totgeschlagen, die Frucht war fort, die Pferde liefen auf dem Feld allein umher und wir wissen nicht, was wir tun sollen vor Wehmuth, und warten nur immer von einem Tag um den anderen auf die Ausfahrt nach Ausland.

Wenn sich der liebe Gott nicht bald erbarmen tut über uns Arme Deutsche in R. denn der liebe Gott hat doch gesagt, Er will den Wittwen und Weisen Ihr Vater sein, und den Armen ein Erbarmer, und damit tröstet man sich nur immer noch. Unsere Hilfe kommt vom Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat und so bitte ich Arme Wittwe wie auch alle Deutschen im ganzen deutschen Land bei Slawgorod, das liebe Deutsche teure Vaterland möchte doch soviel wie möglich arbeiten, das wir endlich erlöst möchten werden und wenn es nicht bald sein wird, dann müssen vielle, vielle Deutsche verhungern, dazu sind wir auch schon abgerissen, da ist keine Schnittware, noch was anderes zu bekommen, das ist nicht mehr zum leben. Ich fuhr am 14.ten April nach Tscheljabinski und als ich zurückgefahren bin, da waren viele Russen im Wagon mit mir, die kamen von Kainsk aus dem Turm, die musten dort Holz hacken, darunter auch ein Deutscher Menonit namens . . . der war vom Dorf . . . bei Slawgorod, der war schon halb tot gehungert, drei Tage hat er schon kein Brot nicht mehr gegessen gehabt, dann nahm ich mein letztes Stückchen Brod und gab es Ihm, um seinen Hunger zu stillen, das er nicht voll verhungert bis er zu Haus komt. Die Russen gehen ja und fortern sich, aber einem Deutschen ist das doch nicht gut genug zu fortern, da hungert er lieber. Als ich in Tscheljabinsk war, da erzählten mir meine Freunde und Kinder, dort darf gar kein Deutscher nicht reden von dem nach Ausland fahren, dann wird er gleich in den Turm geführt.

Jetzt muß ich noch kund thun, wie die Russischen Wirtschaften jetzt geführt werden, also in dem Kolchose, die Pferde sind schon die Helfte krebirt, im Winter noch soeben auch die Küh, die Kelber sind schon in den Kühen verhungert. Die Küh, die wo geblieben sind an der Zahl hundertsechsfünzig. Sie geben alle zusammen 50 Liter Milch im ganzen Tag. Das Vieh dauert einem, wenn man das mit ansieht, so sind auch nicht mehr die Helfte Schaf.

Noch eine Kunde mit einer Bitte. Wir Deutschen in Rußland sind so verarmt. Wenn sich das liebe deutsche Vaterland nicht erbarmt über Uns, dann werden die wenigsten Herausfahren aus Rußland, die wenigsten kommen bis Moskau, viel weniger noch für die Pässe zweihundert Rubel zahlen.

12. Bittgesuch

im Namen von „ungefähr 200 Seelen vom Kronauer Gebiet und anderen Deutschen, welche sich auch hier befinden“

Grjasowetz (Gouv. Wologda)

Kloster Kornilow, den 13. März 1920

Wir wurden nachts den 24. auf den 25. Februar ausgesiedelt es war schrecklich, die Fuhren kamen auf den Hof, haben uns aufgeladen, so fuhren wir unter Militär bis 60 Meilen bis zum Bahnhof, wir wußten aber nicht wohin, es gab sogar Tote, es ist schrecklich totkranke Menschen aufladen ohne Barmherzigkeit, wo schon mit dem letzten Atemzug kämpften. Als wir auf den Bahnhof kamen, wurden wir in Viehwaggons eingeladen, von ungefähr 40—45 Mann im Waggon gleich unter Schloß und Riegel, schreckliche Hunger- und Wassernot hatten wir, haben oft gebeten, wenigstens um ein Eimer Schnee, das gab es noch nicht, die Notdurft mußten wir desgleichen im Waggon verrichten, kurzum die Mißhandlung können wir Ihnen nicht beschreiben. Die Reise ging 6 Tag und Nächte. Den 2. März kamen wir in die Stadt Grjasowetz an, wo auch schon bestimmte Fuhren waren, für Kinder und die paar Kleider wo wir noch in 5 Minuten zusammengebracht haben, die übrigen mußten in anderthalb Meter hohen Schnee 10 Meilen (?) weit stampfen, so wurden wir in ein Kloster gebracht, über zwei tausend Seelen, hier wohnen und leben wir wie das Vieh, wenn wir nicht bald Rettung oder Hilfe bekommen, müssen wir hier zu Grunde gehen und verhungern. Kost müssen wir unsere eigene haben, das wenige Mehl wo mancher sich mitgebracht hat, wurde noch ohne Barmherzigkeit abgenommen, wie viele sind aber schon wo hungern. Nach 5 Tagen morgens früh kam Militär und trieb die Männer alle heraus von 15—65 Jahre auf Arbeit, halb nackend nach Norden in die Wälder, der Jammer, sich in der Fremde nochmals von der Familie zu trennen, ist unbeschreiblich, es sind schon verschiedene Krankheiten, noch eine Woche, dann kehrt schon schrecklicher Hunger ein, in der Stadt ist es streng verboten uns was zu verkaufen. Darum bitten wir Sie, liebe Mitbrüder, erbarmt Euch so schnell wie möglich und verlangt uns von hier, wenn es möglich ist, denn wir gehen hier rettungslos zu Grunde. Möchte doch der liebe himmlische Vater unserer erbarmen und noch ein Freudenstern über uns in der Fremde geplagte Menschen aufgehen lassen.

(folgen zahlreiche Unterschriften)

13. Brief eines aus dem Bezirk Odessa verschickten Kolonisten

Grjasowetz, den 30. März 1930

Sewernyje Schelesnyje Dorogi, Wologodski Okrug. Monastyr Korniljew¹⁾

Guten Morgen, lieber Nachbar

Da ich vor Sehnen nicht weiß was zu tun, so will ich ein kleines Lebenszeichen von uns geben und Euch ein bischen in unser Leben hier in der *Verbannung* zu

1) Nordbahnen. Bezirk Wologda. Kloster Korniljew.

schauen. Und zuerst die Reise berichten. Da ich im Herbst 1929 alle meine Abgaben sowohl Geld oder Natura bezahlt hatte, was ich Dir lieber Bruder schon geschrieben habe, so hatten wir den Winter Ruhe, bis zum Februar. Jetzt sollte der letzte Schlag geschlagen werden und sie es auch gut wußten, daß keiner Getreide hatte, so wurde uns 100 Pud aufgelegt in 48 Stunden zu liefern; ich schaffte bei und lieferte ihnen 34 Pud (andere gar nichts), dann kam dobawotschno (zusätzlich) noch 67 Pud, also schon 167 Pud; lieferte ich noch in 48 Stunden 40 Pud, dann kam wieder zusätzlich 100 Pud; lieferte schon nur wenige Pud, dann konfiszierte man uns schon in 24 Stunden Pferde, alles Inventar und Futter, Stroh und Brennung, auch Haus und Hof und Möbel wurden aufgeschrieben. Dann kamen sie, nun willst schon zahlen oder nicht, ja antwortete ich, ich will, habe doch keine Pferde und Wagen, kann doch garnicht fahren kaufen und auch hier im Dorf ist nichts zu finden. Es waren 6 Mann. Nun meldeten sie uns, daß wir Haus und Hof verlassen sollten in 24 Stunden. Aber nur Kleider und Betten konnten wir mitnehmen. Ja wo bleiben, es ist ganz egal. (So waren wir 10 Wirte in unserem Dorf.) Der Rat wurde gleich befolgt und wir verließen Haus, Hof und Möbel und verstreuten uns im Dorf auf 4 Stellen, so lebten wir drei Tage, dann zogen wir zu unseren Kindern, wo wir die ersten Tage nicht durften, dort lebten wir in Ruhe, waren schon so etwas zufrieden, 2 Wochen dann erhielten wir eine Powestka (Aufforderung), daß wir würden zum 25. Febr. zum Gericht kommen im Dorfsowjet. Und den 24. Febr. sagte meine liebe Tin: Ich werde Dir noch das Hemd waschen und Strümpfe zurecht machen, denn mit einmal kann es noch gerichtet werden im Gefängnis, daß Du doch nicht frieren brauchst. Sie war schon beinahe fertig, es war 4 Uhr und meine Tin hatte den Kaffee fertig, wollen Kaffee trinken. Da kam mit einmal die Miliz und arretierte mich und meinen Sohn gleich zum Dorfsowjet zum Dopros (Verhör). Ich sagte: „Was für ein Verhör?“ Ich weiß nichts. So nahmen sie mich und den Sohn in den Dorfsowjet; nichts wurde gefragt, eingesperrt im kalten Zimmer. Nun warteten wir und warteten, nichts frug ich einem dem anderen konnte uns was sagen, und um 8 Uhr mit einmal höre ich ein Gewein und Geschrei von Kindern, wenn war und was ist. Ich wurde zugelassen und es waren meine Jeschen, dann Mariechen, dann Käthe, Peter und Helene und **meine** tiefbetrübte Frau. Na was soll das, oder was wollt ihr. Es wurde nur strenge Wache aufgestellt und niemand durfte vom Platz. Dann brachten sie da die Kinder verfroren waren, in eine warme Stube. Jetzt will ich das Arretieren **meiner** Familie beschreiben. Es kamen etliche Wagen zu ihr auf den Hof mit Flinten und Gewehren, wurden vom Wagen gesprungen nach beiden Seiten, hier soll die **Beute** sein, hinein voll das nicht zu gehen war. Was soll was ist nur schnell Sachen **ein**packen. Sie soll auch gleich zum Dorfsowjet kommen. So viel sie sogleich in Ohnmacht, kein Erbarmen. Der Hof voll voll Menschen, da wurde im Laken und **Bett**decke eingebunden etwas Bettsachen, die Kinder wurden angezogen und auf den Wagen getragen und meine Frau wurde auch daraufgesetzt und fort ging es in vollem Tempo in die finstere Nacht hinein mit der Beute zum Seisowjet, wo wir, ich und mein Sohn waren. Was da vorgegangen ist, Liese, meine Schwester wohnte auch bei unseren Kindern und auch Papa. Die konnten zurückbleiben. Ein nie nie

vergeßlicher Abschied in größter Eile von Eltern und Kindern und Geschwistern unter Flinten geschehen am 24. Februar 1930. Da wurden wir noch 4 Stunden bis in die Nacht 12 Uhr gehalten wir und Geschwister . . . Dann hieß es mit einmal Anziehen, nichts gefragt, noch gesagt, viele Freunde und meine lieben Kinder, waren auch noch gekommen um zu sehen, wie es mit den Eltern und Geschwistern hinausgehe. Es wurde sehr sehr geweint und geschrien, doch nichts zu machen, man darf mit ihnen nicht sprechen, geht weg! Ja nicht zu beschreiben, dann waren neun Wagen fertiggemacht mit Laternen, viele Flinten und Gewehre, so wurden wir aufgeladen den 24. Februar 12 Uhr nachts, dann ging es los: „im schnellen Trab, und ihr Hinteren bleibt nicht nach!“¹⁾ So ging es in die tiefe finstere Nacht hinein, doch nicht weit aus dem Dorf gefahren waren, waren wir schon verirrt, da es sehr finster war. Da wurde Weg gesucht und gesucht und nach einer 3 1/2stündigen Fahrt verfroren kamen wir nach der nächsten Station Bjelo-Krenitza. Dort angekommen, wollten wir in die Station gehen, doch nein, noch warten und frieren. Nach einer Zeit konnte man in die Station gehen die Kinder hineinbringen. Da, eine Weile, dann hieß es weiter, dieses war nicht unser Wartesaal. Sondern (in einem Raum), wo immer die Hühner im Herbst angenommen wurden. Das solle unser Wartesaal sein. Da angekommen, da warteten schon sehr viele viele Russen unseres Gleichen und lagen auf der Erde herum auf Zementflur, da durften auch wir mit unseren lieben Kindern hinein, kein Ofen, kalt so bis die Morgenröte anbrach, wo auch unserlieber Schwiegersohn uns begleiten durfte, H. W., Kornelius' Sohn (sein Vater an Rotz gestorben) und unser Gepäck tragenhalf. Da verabschiedeten wir uns viele viele Küsse und Großes weinen mußte er uns verlassen und hinaus, wo er nicht mehr hinein durfte und wir nicht mehr hinaus konnten unter Wache waren. Als die Morgenröte anbrach, da hieß es wieder fertigmachen zum Einsteigen. Der Zug war vorgefahren, da mußten wir hinaus im Wagen (Viehwagen) zu je 40 Mann und über 40 im Waggon, voll wie Heringe; ein kleiner Ofen darin, dann Holz und Kohlen und als wir alle drin waren, dann hieß es wieder alle aussteigen und zu 2 Reihen aufstellen. Na was wird jetzt losgehen: jetzt stellten sich 2 mit Gewehren in die große Tür als wir draußen waren. Nun jetzt wird man uns doch wohl noch das letzte Geld wegnehmen. Doch nein, wir durften uns täuschen, es wurde nur Prowerka (Appell) gemacht ob nicht jemand entkommen war. Als wir wieder alle drin waren, wurde verriegelt und die Beute war gesichert. So fuhren wir den 25. Februar los und kein kein Mensch wußte wohin und sagte auch niemand wohin. So fuhren wir bis Apostolow, wo der Zug verlängert wurde, sodaß es 50 Waggons waren. Also über 2000 Seelen. So blieben wir eingesperrt, alle unsere Geschäfte wurden im Eimer und zum Fenster hinausgegossen. Dann könnte ihr Euch vorstellen, das es nicht sehr anständig gewesen sein kann. Dann gings weiter und weiter bis Kremenschug, wo es anhielt und auch einige unter Wache herauskonnten, wo speziell ein Abort eingerichtet wurde, auch kam ein Arzt durch die Waggons und gab mehreren Abführmittel, auch konnte einer und der andere sich etwas kaufen, doch nicht ohne Wache, da vielleicht etwas von der Beute entkommen

¹⁾ Übersetzung des russischen Befehls.

konnte. So gings wieder weiter und weiter von Charkow nach Moskau, da stand der Zug auf der Brücke und man glaubte, daß wohl etliche herausgelassen würden aus dem Kerker, doch nein, wieder gings weiter durch Wälder und Wälder und Schnee wurde die Beute weiter befördert und niemand wußte wohin und allerwärts waren keine Menschen auf den Stationen, damit niemand was sprechen konnte noch fragen, die welche auf den obersten Nary ¹⁾ waren, konnten zum Fenster hinaus schauen, die anderen nicht. Wasser erhielten wir einmal den Tag mitunter gab es auch Essen, erhielten wir dreimal, Suppe einmal mit Pferdefleisch. Das wurde so auch das Wasser, von je einem Mann vom Waggon durfte heraussteigen, wurde wieder verriegelt und wenn von je ein Mann hinausgestiegen war, so mußten sich zu 2 Reihen aufstellen und „Schritt-Marsch“ von jeder Seite mehrere Flinten Wache, um nicht zu entkommen und wurde geholt Wasser, so auch das Essen. 3 Mal in 5 Tagen. Nun wir brauchen ja auch nicht, würden denn die noch essen wollen, das langt zu 3mal in 5 Tagen. Einmal um zu vertreten, da wir schon den 5. Tag versperrt waren, bat ich auch mich lassen zu gehen das Essen und Wasser für 40 Mann zu holen, das war um 12 Uhr nachts auf den 2. März das war aber so weit zu gehen (Station Jaroslawl). Da man gewöhnlich die Station vorbeifuhr um nicht Menschen zu treffen, um mit ihnen reden zu können. Das ich ganz müde wurde, dort erhielten wir unser treffendes und ab wir alle erhalten hatten, wurde wieder in 2 Reihen aufgestellt, und dann „Schritt-Marsch“ zum Zug hin. Dort angekommen, die große Tür wurde aufgeschlagen, das Essen hineingereicht, ich hinein gestiegen. Die Türe wurde wieder verriegelt und weiter gings mit der Beute dem Ziele zu in die finstere Nacht, weiter durch Wälder und Wälder und weit weg in die weite weite Ferne von Verwandten, Eltern, Kindern und Geschwistern, die in der Heimat geblieben waren oder durften. Als die Morgenröte anbrach, kamen wir zur Station Skalino, den 2. März. Da ich das älteste im Waggon war, wurde ich beauftragt, Gebetstunde zu halten. Hatten Psalm 42, 43, beteten und sangen das Lied: Nun danket alle Gott! und „Jesu du allein“, wo wir uns trösteten und weinten. Deutsche waren in unserem Waggon, 6 Seelen russische, 2 Seelen von der Baptistengemeinde von Altdanzig Geschw. G., wir 7 Seelen Mennoniten und die übrigen von Kronau deutsche lutherische, alles waren wir Freunde. Und wurden auch noch glücklich im Waggon, das wir uns Gottes Wort uns durften vorhalten und Kräfte fürs fernere Leben zu nehmen. Und um 2 Uhr des Tages kamen wir zur Station Grijasewetz. Dort wurde angehalten (wo es auf vielen Stellen nicht angehalten wurde, nur weg). Da sehen wir viel Schlitten stehen, nun was gibts Neues hier. Mit einmal hieß es im vordersten Waggon wird ausgeladen, unser war von vorne der 10. und von hinten der 40. Die Schlitten kamen herbei und auch unser Waggon wurde geöffnet und wurde alles ausgeladen. Die Kinder und die Bagage konnten auf dem Schlitten, die übrigen mußten gehen im tiefen Schnee 6 1/2 Werst von der Station bis zum Kloster, was schon ganz ruiniert ist. Da hat man Naren ²⁾ gemacht 3-stöckige und dahinnen sollte unser Heim werden. Als wir zum Kloster kamen, war es schon finster. Dann können sie sich denken ein Geschrei und Ge-

1) Liegebretter.

2) Holzpritschen.

wein von Kindern, welche von den Fuhrleuten abgeladen wurden und liegen gelassen und das Fuhrwerk fuhr ins seine zurück, da es doch sehr kalt war. Und die Kinder auf ihre Sachen von den Fuhrleuten gesetzt wurden und da froren bis ihre Eltern sie fanden in den 2000 Scharen Menschen und Sachen, bis in die tiefe Nacht hinein, wo ein jeder etwas das Seine zusammen fand. Unsere Kinder Jakob, Mariechen und Käte waren so verfroren, das wir glaubten, die Füße verfroren zu sein. Doch es ist noch nicht. Als wir im Kloster kamen, da wo jetzt unser Heim ist in der Größe von 1 1/2 Meter hoch, 2 1/2 Arschin ¹⁾ lang und 2 1/2 Arschin breit. In so einem Raum waren bis 7 Seelen und noch ihre Bagasch. Unten da das Kloster durch gefroren war und den Winter über nicht geheizt und von dem Dunst wurden die Wände ganz naß so daß das Wasser von den Wänden lief und unten wo wir gingen, stand das Wasser und vom Gehen im Schnee aus und ein so war großer Schmutz, das könnt ihr Euch gar nicht vorstellen. Wir waren auf die unterste Nare, die mittelste und oberste hängen dann ihre große Stiefeln hinunter und löckt auf uns da wird Wasser umgestülpt, da beunreinigt sich ein Kind und da liegt man, da essen wir, dort wird gestorben und geboren. Das Essen wird draußen gekocht im Schnee, wer einen Eimer hat, oder einen Topf, in großer Kälte unter freiem Himmel. Ja es ist ein Gestank von der dichten Menschenmasse und finster oder dunkel. Es ist auch speziell für uns ein Laden eingerichtet, wo das Notwendigste zu kaufen ist, hier auf unserem Hof. In der Stadt darf niemand was kaufen, ja nicht einmal hineingehen, so werden wir hinausgetrieben. Und die Preise für uns im Laden sind z. B. Heringe nur 1 mal im Monat kaufen auf 10 Seelen 1 Kilo zu 1 Rbl. 68 Kop., ein gewöhnlicher Eimer 5 Rbl., 1 Kessel (emailierter blauer) für 2 Mann 8 Rbl. 40 Kop. Zucker 4 Rbl. 20 Kop. und nur für kleine Kinder bis 8 Jahren, Schwarzbrot, es ist nur Schwarzbrot 24 Kop. das Kilo, Postpapier 1 Kop. und 1 Konwert 7 Kop. und so alles. Hängelampe gewöhnliche sonst 70—80 Kop., Preis 5 Rbl. 20 Kop.; es ist zum Staunen was sie wollen und tun. Ja, wir sind ja alle solche, die wir glauben nur der Regierung unterhalten haben und wie Sie selbst und als Nachbar kennen, wir selbst mit Kindern allein gearbeitet haben um nur immer gerecht zu bleiben und nichts schulden, haben alle Abgaben, sowohl in natura oder in Geld, was Sie selbst auch wissen. Ja, ich habe immer darnach getrachtet, um nicht in Ungnade zu fallen. 1929 säte ich 1 Deßj. Weizen, kaufte ich mir zum Säen 6 Pud zu 6 Rbl. also 36 Rbl., Ernte davon 43 Pud, liefern mußte ich aber 167 Pud: Gerste wurde bei mir Probe gedroschen und stellten fest, von die besten Brache 47 Pud, liefern mußte ich von 12 Desj. aber 800 Pud. Hafer von 9 Desj. Probe war bis 20 Pud, liefern mußte ich 400 Pud. Dann noch Hirse, Sonnenblumensamen und Welschkorn in Summa 1372 Pud. Dank, daß ich konnte Kühe verkaufen und Getreide kaufen und liefern. Und als ich dieses alles geliefert hatte, legten sie mir noch zu, daß ich 1509 Pud lieferte. Und so ich dieses in 5 Tagen zur Station gebracht und abgeliefert habe, so kamen die Geldforderungen in Zeit von drei Tagen das erhaltene Geld geben. Nalog²⁾, Selbstbesteuerung, Versicherung, Fuhrsteuer usw. Erstens Steuer 423 Rbl. 75 Kop., Selbstbesteuerung — 211 Rbl.

1) 711 mm.

2) Steuer.

98 Kop., Versicherungsgeld 61 Rbl., Fuhrsteuer — 39 Rbl. Ankauf von Anleihen — 75 Rbl., der Weizen zum Säen im Herbst Preis war ja 3 Rbl. 14 Kop. per Pud, doch wir konnten nicht mit Geld bezahlen, sondern nur mit Weizen für feste Preise geben, so daß ich beinahe 3 Pud für 1 Pud geben mußte und der Weizen mir dann nicht 3 Rbl. 14 Kop. sondern bis 10 Rbl. kam das Pud, so daß ich von all der Mühe und Arbeit kein Geld, kein Brot und Futter das heißt Körner fürs Vieh behalten habe. — Und wir wären ja zufrieden, wenn wir nur Ruhe hätten. Und die Ruhe hatten wir auch bis zum Februar Monat wie ich es auch schon beschrieben habe. Und das ist jetzt unser Lohn für Fleiß und gutes Betragen, haben wir jetzt die 5 mit Plus erhalten. — Will jetzt mein Schreiben schließen, wir sind nicht sehr gesund, unserem Jascha haben wir das Bein verbrüht mit Prips, hat große Schmerzen daran. Die Lage hat sich in letzter Zeit etwas gebessert. Das heißt mit die Preise von den Waren hier. Gestorben sind schon viele Kinder; in den Baracken erzählten sie gestern, daß bis 6 Kinder den Tag sterben. Nun wir trösten uns immer damit, daß es nicht so bleiben wird, daß wir so leiden müssen, denn sollte Gott die Gebete nicht erhören und sie verschmähen, nein, denn es wird geschehen. — —

Ich bin gerade in die Stadt und warte auf ein Telegramm, denn man läßt die Kinder zurückfahren. Wie und was und warum, ist uns unbekannt und weil so viele sterben, habe ich gestern meine Kinder zu Hause telegraphiert, sie zu holen, erwarten 6ie.

Herzlich grüßend Euer euch liebender Nachbar ...

Heute, den 9. April 1930.

14. *Brief eines Versickten*

Archangelsk, den 3. April 1930. Liebe Geschwister! Friede sei mit Euch ist unser herzlichster Gruß! Psalm 37 und 27. Euren Brief vom 29. und die Karte vom 30. haben wir gestern den 2. zugleich erhalten. Wir sind sehr dankbar für die Nachricht, freuen uns, daß wir doch ein Volk sind, das durch Christum zusammenhält, viele Glieder aber ein Leib, von welchem Christus das Haupt ist, welches den ganzen Leib in Schranken und zusammenhält, und wir müssen dankbar sein, daß auch wir zu dieser Schar gehören. Es ist uns sehr schade, daß wir nicht mit Euch zusammen sind, das wäre doch ein ganz anderes Leben, wir dürfen nicht einmal eine Versammlung halten denken, denn unser ist soviel in einem Raum in einer großen Kirche unten und oben Einrichtungen als für Soldaten und nicht für Familien, starke Gerüste sind aufgestellt von 3 bis 5 Stock aufeinander und so eng, daß ich und meine Frau kaum 1 1/2 Arschin breit Platz haben, das ist auch alles, dann ist rundum ein Gang von kaum 1 Meter breit und sehr voll, unten ist's kühl, auf dem unteren Polke¹⁾ und oben sehr heiß, wir haben Platz auf der zweiten Polke von unten am Ende des Raumes der letzten Abteilung am Fenster, in unserer Abteilung sind 130 Menschen, in der 5. Abteilung neben unserer sind 350 Menschen

1) Fach.

und im untersten Stock sind noch 4 Abteilungen, so daß hier wenigstens 1000 oder mehr Menschen sich befinden, es ist ein Geschrei von Kindern und Großen, daß uns das Leben oft sauer wird, neben uns bei beiden Seiten haben schon 2 geboren, aber gestorben ist in unserer Kirche noch keiner, es sind hier deutsche 4 Familien, 1 mennonitische wir, 1 lutherische und 2 katholische, überhaupt 32 Seelen, Gemeinschaft haben wir mit der lutherischen Familie, eine edle Familie, unsere Kost ist nur sehr einfach und dünn, das Mehl und Getreide bis 4 Waggons hat man uns abgenommen. Brot gibt die Regierung 1 Pfund den Tag pro Mann, die Kinder bis 8 Jahren bekommen auch Weizenbrot, nicht weißes, auch etwas Zucker und Milch. Grütze, Linsen, Schabein hat man uns auch gelassen, eine Küche ist hier eingerichtet. Da wird gekocht und so essen wir aus der gemeinschaftlichen Küche, es gibt Theewasser, Kundjor, Grütze, auch mal Borsch oder Klöße, aber das meiste ist so bereitet, daß wir oft mit Überwindung essen, oder schon vom Geruch satt sind, wir haben ja noch Schinken, Fett, auch etwas Schmalz und Schabein. Kartoffeln sind auf dem Bazar zu kaufen, Fische kaufen wir von Wiederverkäufern, so auch Zucker. Für Zucker zahlen wir 3 Rbl. 50 Kop. Kilo Fische frische 52 Kop., gesalzene 45—90 Kop. In den Kooperativen können wir nichts kaufen. Man hat hier einen Laden aufgemacht für administrativ ausgesiedelte, wo alles zu haben ist für den doppelten Preis, aber man muß eine Karte haben vom Kommandant und der ist auch ein Mensch ohne Herz, der gibt keine, was er im Anfang alles vorschrieb. Dazu sind wir beständig unter Wache Tag und Nacht und Niemand darf in die Stadt ohne Erlaubnisschein. — Nach allen Seiten gerechnet ist nichts was uns gefallen hätte, dazu den Schmerz, daß unser kranker Sohn zu Hause bleiben mußte, aber das erkennen wir, es ist so besser, denn mit ihm würde uns hier das Leben unerträglich werden, es ist eine Einrichtung nur für junge gesunde Männer aber nicht Familien mit allen Kranken und kleinen Menschen, meine Frau leidet an Durchfall und Schwäche, das klettern ist ihr eine große Last, erstens 30 Stufen hoch im zweiten Stock und dann noch auf der Leiter auf der zweiten Polke und vor allem das ungewohnte Essen, was wir bis ins Alter nicht gehabt haben und uns jetzt gewöhnen sollen, so ungefähr sieht es bei uns aus.

15. Brief eines aus dem Bezirk Odessa Verschickten

von dem Empfänger am 14. April 1930 Prof. Auhagen übergeben

Lieber Freund! Herzlichen Gruß zuvor. Gott sei dank, sind noch gesund und dasselbe wünschen wir auch Ihnen allen. Ja, Sie interessieren sich für unser Befinden im Lager. Von früher und jetzt. — Wir hatten 16 Dcßj. Land mit Garten und Hof. Landwirtschaftliche Steuer und Selbstbesteuerung aufgelegt 184 Rubel und als dies ausgezahlt, dann wurde noch aufgelegt 192 Rubel 08 Kop. — Frist wurde gegeben von morgens bis abends. Aber mit langen Bitten bekam ich Frist drei Tage, wo es ausgezahlt wurde. Getreide wurde aufgelegt 700 Pud, was auch ausgeführt, nur blieb übrig 10 Pud Weizen, 7 Pud Hafer und Hirse 2 Pud. So daß ich für die Pferde nicht was behalten hatte und für uns zum Essen kaufte ich gleich im Herbst Getreide 3 Rubel das Pud, Mehl zu 5—6 Rubel. Und das noch ge-

heim. Anleihe mußte ich nehmen auf 150 Rubel, wovon jetzt 140 Rubel abgenommen haben beim Aussiedeln und 200 Rubel hatte ich geborgt in die Milchgenossenschaft, das wurde auch konfisziert beim Aussiedeln aus dem Quartier den 29. Januar 1930. 3 Pferde, 1 Kuh, 1 Ferse, die damals sollte kalben, 1 Bullen 2jährigen, 2 Bullen einjährige, 1 Kalb von 7 Monaten, 5 Pud Weizen, Drillpflug, einscharigen Pflug, 1 eiserne Egge, hölzerne, 1 Wagen, 1 eiserne Ringelwalze, auch Ringelegge, Geschirr und verschiedenes. Haus und Stall muß alles stehen lassen, weiter bekam da bei Deutschen Quartier, und den 22. Febr. kam man und arretierte uns, stellte Wachen, durchsuchten uns Frauen bis auf den Leib, nach Gold usw. Und wurden verschiedene Drohungen ausgeübt, sie glaubten wir hatten Gold und verschiedene Papiere. Aber wir hatten solche nicht und des morgens den 23. wurden wir auf Wagen gesetzt und Reiter mit Flinten und Revolver bewaffnete begleiteten uns Werst 65—70, auf Schlickwege bis nach der Station Pawlo Pole und des abends wurden wir eingeladen zu 44 Seelen, andere auch zu 42—48. Des Nachts mußten wir drinnen sein. 25. auf Mittag fuhren wir los so bei 70 Werst wunderbar weggefahren, die Türe zu, dann bekamen wir des abends Wasser 1 Eimer heißes und 1 Eimer kaltes und den 26. bekamen wir in Krement-schug Borsch ganz schönen. Da konnten noch etliche hinausgehen. Aber dann nicht mehr, wurde alles im Waggon Tepluschka im Eimer gemacht. Es war ganz schöner Geruch so sind wir gefahren bis hier den 2. März kamen wir an. Theewasser alle Tage zweimal auch Trinkwasser des morgens und abends. Und dann noch einmal des Nachts Borsch und einmal über Tag, so daß wir 3 Mal bekamen Heißes und auch Brot. Für Kinder bekam man zweimal Milch für Bezahlung, das andere ohne Geld. Hier bekamen wir bis zum 27. März zu 25 Kop. Kilo, Grütze 44 Kop., Zucker für Kinder zu 4 Rubel, 20 Kop. Kilo, Fische 1 Rubel 68 Kop., Öl 1 Rubel 71 Kop. und vom 27. März wurden die Preise erniedrigt: Brot 14 bis 15 Kop. das Kilo, Grütze 22—23 Kop., Zucker 77—80,5 Kop., Öl 63—66 Kop., Fische 34—46,5 und 49 Kop., Petroleum war 31 Kop. und jetzt 11 Kop., Kaffeesessel war 8 Rubel 40 Kop. und jetzt 1 Rubel 85 Kop. Brot bekommt jede Seele 300 gr, Fische 75 gr, Grütze 30 gr, Zucker für Kinder bis 8 Jahre zu 12 gr den Tag und Erwachsene von 8 Jahren und weiter zu 6 gr, Öl bekommen nur kleine Kinder. So geht es hier noch erträglich, so sind wir frei, wenn man zur Stadt will, so bekommt man ein Passirschein. Nur man möchte frei sein und schaffen, hier tun wir nichts, d. h. unsere Kinder und Väter, die haben es nicht sehr erträglich. Unsere haben nicht Stiefel im tiefen Schnee zu arbeiten. Und wie sie sich da befinden, schreiben sie nicht. Aber sind unter Wache. Bei der Station Konoscha¹⁾ da sind 12 Familien Deutsche, die sind in schlechteren Verhältnissen als wir überhaupt.

16. Brief aus dem Bezirk Mariupol. Abgegeben 24. April 1930

Will Ihnen ein paar Zeilen schreiben aus dem Brief, welchen N. N. schrieb:

Wir kamen nach fünftägiger Reise auf der Station Konoscha (Nordbahn) an; auf der Station mußten die Frauen und Kinder auf dem Schnee unter freiem

Himmel bei 27° Kälte zwei Stunden sitzen, bis sie ihre Sachen ausgeladen hatten. Dann gings unter herzerreißendem Jammergeschrei zu Fuß zwei Werst bis zur Baracke Nr. 35. In der Baracke war unter dem Bretterlager noch Schnee und eine Kälte, daß das Essen auf dem Tisch gefroren ist, wenn sie etwas verschüttet haben. Das Wasser fror immer bei Nacht in den Eimern. Die Kinder mußten den ganzen Tag im Bett bleiben. Durch das Heizen wurden die Dächer naß und die Tropfen fielen aufs Bett, so daß alles naß wurde und die Kinder meist alle krank sind. Produkte bekommen sie auf 5 Tage 7 Pfund Brot, 1 1/2 Fischlein, 100 gr. Grütze, 3 Stückchen Zucker; wenn sie nichts mehr von zu Hause hätten, müßten die meisten verhungern, arbeiten von morgens früh bis abends spät und noch strenge.

Von den Neuhoffnungen kann ich wenig schreiben. Als die Neuhoffnungen im Dorfrate anfragten, ob man die Familien nach Hause verlangen könnte, gab der Dorfrat zur Antwort: Wir haben sie nicht ausgesiedelt, so daß jetzt niemand schuld ist. Die Familien der Neuhoffnungen wurden in einer Kirche untergebracht, keine Öfen in der Kirche zum Heizen. Die Produkte wurden ihnen alle abgenommen zum allgemeinen Kessel. Die Männer mußten gleich den anderen Tag auf Arbeit — 50 Werst von dem Wohnort ihrer Familie — gehen.

17. Brief einer aus Südrußland verschickten Frau

19. April 1930

Liebe Freunde!

Wenns noch lange mit uns so vort geht, dann kommen wir noch von Sinnen, wenn wir nicht vorher verhungern müssen; unsere Buben sind den 28. Februar von uns fort in die Wälder. 300 Werst zu Fuß, ohne Brot und ohne Wäsche und ohne Geld. 3 Stunden waren wir hier, dann hat man sie überfallen und gleich weiter geschickt, wir hatten noch nicht einmal gegessen und uns eingerichtet, dann musten sie gleich weiter, mide und hungrich. Gar huntert Menschen musten Weiber und Kinder verlassen und ins ungewisse hinaus, kein Mensch wuste wohin und eine unmenschliche Kälte. Meine Lieben, das war solch ein jammer und Wehgeschrei, das man es Meilen weit gehört hat, man glaubt, die Steine müßten sich erbarmen über unser Elend, und da ist weder Menschliches noch Gott erbarmen und wir müssen einfach hier zu gründe gehen. Am 15. April haben wir den ersten brif von unsere Wygodar erhalten, was denkt ihr euch, was das zu unseren grosen Unglück noch eine Marter Zeit war, es ist unbeschreiblich, ich kan es gar nicht aussprechen, was wir bange Stunden der Wartezeit überlebt haben, bis wir mal ein Lebenszeichen erhalten haben. Wir haben uns sehr gefreut, aber auch bittere Thränen geweint, sie Schreiben, das sie hungern wie die Wölfe, sie bekommen 3/4 Pfd. Brod und ein Fisch, das reicht ihnen zum Morgen Esen, und die übrige Zeit hungern sie. sie stehn 12 Werst vom Derfchen im Wald in einem kleinen

Häuschen, soviel Menschen drin kaum zu sitzen, von ligen keine rede, es sind gute Leute dort, aber arm. in der Nacht gehen sie ins Dorf sich etwas kaufen, die Leute schenken ihnen auch manches, sie missen sich das meiste Betteln, die wenigsten haben kein Geld, da sind unsere armen die ersten dafon. Wenn sie von den kom-

somolsi¹⁾ gefangen werden, dann nehmen sie ihnen alles ab und aredieren sie, ach das ist ein Leben, das man sich manchmal den Tod Wünscht. 50 Kop. kostet bei ihnen eine Briefmark. 1 Bogen pabir 3 Kopeken, sie müssen alles fünffach bezahlen. nun jetzt zu unser Lage, wir sitzen hier 74 Menschen, unser Zimmer ist ungever 5 Faden²⁾ lang und 3 breit, da sind wir mit Gepäg und unser ganzen Wirtschaft. Einen Gang haben wir, eine Arschin Breit, da ist noch ein Durchgang von einem anderen Zimmer, hir misen wir Esen und Schlafen und im Hoff im Eis und Schnee misen wir uns Kochen, wenn wir nicht Ferhungern wolen. Solange wir noch etwas haben, geht das noch Gott sei dank, aber es geht schon alles zu Ende. Was wird dann aus uns werden, wir sind eben dem Hungertot preisgegeben, das Mehl haben sie uns gleich abgenommen, wir bekommen auch 3/4 Pfund Brod und Suppe aber das ist fast ungenisbar, es schiteld mich gans, wen ichs nur an den Mund bringe und unsere Mutter kan es nicht mal mehr beisen, ach ist das ein jammer und Elend bei uns, wen ihr sehen kentet, wie wir hier leben müsen, das ist was nie dagewesenes. Das ist schon über alle Menschlichkeit, bei uns waren schon viele Ukrainer zu besuch, den bleibt fast der Verstand stehn, wie wir hir einquartiert sind. Liebe Leute, ist den gar keine Hoffnung vir uns; wenn dort etwas zu machen ist, da bitte vergest uns nicht, sondern denkt an uns arme ausgestosene Menschen. Unsere Luise soll euch den Brief geben zum Lesen, wo ich unsere Reise beschrieben habe.

Liebe Liese ihr Vater war der erste, wo hier gestorben ist, ihr kent euch **un**seren Schrecken vorstellen wie das war, so in der fremde beerdigt werden **ohne** seine angeherigen, wir waren auch auf der beerdigung, jetzt ist uns das nicht, **mehr** abschrekent, wir haben jeden Tag 30—40 Tode Kinder, ein Tag waren 52, **das** waren die meisten. Wenn man ins Todenheuschen komt, geht einem gerade ein Krusein an, da liegen die Kinder wie die Schäfchen eins neben dem andern, einmal habe ich 17, anderesmal 32 und einmal 27 gezehlt. Viele Mütter müsen 2 auf einmal hinaustragen. Dem Ohlhäuser Eduard seine 2 Töchterchen sind auch auf einmal hinausgetragen worden, es sind bis jetzt schon mehr als 800 Kinder gestorben. Der Hoff ist schon gans leer, es sind auch schon viele nach Hause gefahren, wir sind hir 8000 Menschen. Hir sind Blinde, Lahmen, Kripel, Taubstumme und was man nur sehen wil. man sagt, wen der Flus aufgeht, werden wir weiter geschickt, wir haben schon einige Tage Thauwetter, es ist aber noch kalt, gestern Morgen war Regen und kladeis und dann hats noch geschneid. Schaut doch Bitte, ob nichts zu machen ist, das wir nach Hause kentem. hir müsen wir zu Grunde gehen, unsere Luise wird fileicht auch noch verschickt, ihre Männer sind doch auch weggeschickt. Die haben sie doch schon lengst Bettelarm gemacht.

18. Brief eines Verschickten aus Priluki (Wologda) vom 19. April 1930

Vor allem bitte ich um Entschuldigung, wenn dieser Brief nicht in geziemender Weise geschrieben ist. Ich sitze hier auf dem Boden und schreibe in solcher Stellung, denn weder Stuhl noch Tisch ist vorhanden.

Es dürfte Ihnen vielleicht interessant sein, etwas von uns deutschen Bauern, die aus dem Odessaer Kreise ausgewiesen, hierher in das Kloster Priluki (vielmehr gewesenes Kloster) verbannt sind, zu hören. Da die Zeit drängt und die Person, die dieses Schreiben überbringen soll, in einer viertel Stunde wegfahren will, so eile ich sehr, und da der Lärm der Russen um uns herum so groß ist, kann ich meine Gedanken nicht zusammenhalten, daher bitte ich entschuldigen zu wollen, wenn kein rechter Zusammenhang besteht. Ich denke, Sie werden mich verstehen. Ich will sofort mich kurz fassen und Ihnen ein kleines Bild unseres Elendes entrollen und Sie inständigst bitten, wenn möglich, doch etwas zu unserer Erleichterung zu tun.

Am 21. Februar, abends 4 Uhr, nachdem wir 36 Stunden in den Wagons gesessen hatten an der Station Jcremejewka ungefähr 50 Kilometer von Odessa, ging es ab nach Norden zu, aber niemand wußte wohin, auch wurde es niemanden geoffenbart. In Perwomaisk (früher Golta) nachts um 2 Uhr angekommen, wurden wir, wer schlief, geweckt und bekamen eine leidliche Suppe und gutes Brot. Nach 3/4 Stunden ging es weiter bis Bobrinsk, wo wir uns eine halbe Stunde außerhalb der Wagons aufhalten durften, jedoch von allen Seiten mit Militär umstellt waren. Von dort ging es nach Tscherkas, wo wir uns wiederum eine ganze Stunde außerhalb der Wagons aufhalten durften, aber in derselben Lage wie vorher. Dann ging es 15 Stunden lang, ohne daß jemand ausgelassen wurde weiter. Es war das eine Geduld- und Marterfahrt, denn die Wagen schüttelten uns, polterten, raselten und ächzten, das man meint, der leibhaftige Gottseibeius wäre in der Nähe. Es machte einen beinahe wahnsinnig. Ich muß hier anmerken, daß es keine Personenwagen, sondern Güterwagen, in welchen in der Mitte ein eiserner Ofen stand, waren. Niemand noch wußte, wohin es ging. In Bachmatsch angekommen morgens um 3 Uhr den 23-ten bekamen wir wieder eine Suppe und Brot, das ziemlich sauer war. Nach 3-stündigem Aufenthalte ging es wieder ohne Unterbrechung fort bis nach Moskau, wo wir am 24. abends um 7 ankamen, also eine Fahrt von 40 Stunden. Diese Fahrt steigerte sich bis zum vollen Wahnsinn. Von Bachmatsch aus, durfte keine Luke und kein Fensterchen mehr geöffnet werden. In den Wagons mußte man essen, mußte jemand seine körperliche Not verrichten, so geschah es vor den Augen der Eltern und Kinder. Manchmal war eine Luft zum Ersticken. Etwas ähnliches haben wir noch nicht erlebt. Die Ursache dieses schrecklichen Regimes soll die gewesen sein, daß 2 Personen entsprungen sein sollen unterwegs. Es war eine schreckliche Lage, die man nicht beschreiben kann, sondern miterleben mußte, um sie zu begreifen.

Nach halbständigem Aufenthalte in Moskau ging es weiter bis nach Jaroslaw, wo wir eine Krautsuppe und sehr saures Brot erhielten. Am 26. morgens um 3 Uhr kamen wir nach Wologda, die Hauptstadt vom Wologdaer Gouvernement, die wir aber nicht sahen, da es Nacht war. Von Wologda ging es ungefähr nach 10—12 Minuten weiter, plötzlich hielt der Zug an und Stimmen riefen: „Aussteigen, in 10 Minuten muß alles aus den Wagons sein.“ Und nun stelle man sich vor. Die Kinder und Frauen schlafen, alles muß aus dem Schlafe herausgerissen werden. Die Kinder schreien, die Frauen jammern und die Männer seufzen. Draußen keine Station,

sondern offenes Feld und knietiefer Schnee. Alles wurde kopfüber hinuntergeworfen in den Schnee hinein, die Kinder wurden, so gut es ging angekleidet und hinaus auf die Kleider- und Bettzeugbündel gesetzt, wo sie vor Kälte zitterten, denn es war bei ziemlich starkem Winde 8 Grad unter Null nach Reomur. Wie viele Tränen hier vergossen nicht nur von Kindern und Frauen, sondern auch von der ersten Männerwelt, läßt sich nicht beschreiben. Es war mit einem Worte ein allgemeiner Aufschrei.

Nach ungefähr 3/4 Stunden ging es in das Dörfchen Priluki, das einige Schritte neben dem Bahngeleise liegt. Hier in dem Dörfchen liegt das Kloster Priluki, in welches wir eingeführt und untergebracht wurden. Hier sind Brettergerüste aufgebaut im russischen „Nari“ genannt, auf welchen wir sitzen, liegen und essen und zwar auf je ein Meter 2 Personen, so daß in einem Zimmer, von zirka 7 Meter lang, 6 Meter breit, 3 1/2 Meter hoch 54 Personen wohnen mußten. Die ehemals schön ausgemalte Klosterkirche, in der schon ein Klub stattfand, war ebenfalls mit 3-stöckigem Brettergestell versehen, das zur Aufnahme von Personen bestimmt war und ungefähr 2 tausend Personen faßte. Hier war noch die beste Luft. Aber in den anderen Zimmern war eine Luft, die man schneiden konnte und da konnte es doch nicht anders sein, es mußte eine Krankheit ausbrechen. Gegen Ende März fing es auch wirklich an. Jeden Tag starben anfänglich 10—15 dann 20—30 und zuletzt 35—40 Kinder. Bis zum 19. April, wo ich dieses schreibe sind es über 600 von der allgemeinen Zahl der internierten 6887. Nun wurde von der Wologdaer Tscheka erlaubt Kinder heimzuführen bis zu 16 Jahren beiderlei Geschlechts, jedoch nach 3 Tagen kam die Verordnung nur noch bis zum 13. Jahre. Das massenhafte Sterben der Kinder, dann das Abfahren ohne Mütter, die durften nicht mit, verursachte halt wieder einen solchen Schmerz, daß die Mütter sich gar nicht mehr wollten trösten lassen. In manchen Familien starben alle Kinder, selten blieb eins verschont.

Die Leute von dem Dörfchen Priluki sagen, daß, wenn es wärmer wird, auch die großen sterben werden, denn dieses Klima ist nicht für südlern.

Der Komandant von diesem Lager, der Familie nach ein Lette „Breital oder Breitel“ ist ein Mann mit einem eisernen Herzen, der kein Mitgefühl kennt und uns auch so brutal behandelt. Stets hört man von ihm: „Bedenket, wer ihr seid und daß ihr euch im Kriegszustand befindet. Die geringste Abweichung von meinen Verordnungen bringt euch noch eine viel schrecklichere Lage, denn Solowki ist nicht sehr weit und Kugeln gibt es auch fertige.“ SO wurden wir ungemein strenge gehalten. Niemand durfte außerhalb des Klosters ohne Erlaubnis des Komandanten und wenn es auch nur galt Milch zu kaufen für die Kinder. Für die Dauer macht sich alles unerträglich und da wir bald 2 Monate hier sitzen, so wird alles nervös, alles empfindlich und zeigt sich gereizt. Gibt es denn gar keine Erlösung?

Ist es möglich, daß niemand etwas unternimmt uns deutsche Bauersleute, die wir

doch keine wirklichen Verbrecher waren vor der Sowjetregierung, sondern zu solchen gemacht wurden, zu erlösen und zu befreien? Hier in Priluki sind ungefähr 1500 und in Archangelsk noch mehr ebenso auch in Tobolsk und Tomsk in Sibirien.

Soll unsere Verzweiflungsvolle Lage wirklich niemandem bekannt sein? Sollen wir alle wirklich hier zu Grundegehen?

Unsere arbeitsfähigen Mannleute, die sogleich nach unserer Ankunft hierfort mußten, d. h. noch an demselben Tage und zwar zu Fuß 300 Kilometer weit in die Wälder, um Holzarbeiten, Holzfällen, Holzhacken zu verrichten, auch Baraken zu bauen für uns, da wir mit Frauen und Kindern, sobald die Navigation auf den Flüssen beginnt, dorthin befördert werden sollen.

Alle diese jungen Leute leiden dort die größte Not. Bei 3/4 Pfd. Brot und 30 Gramm Hirse noch arbeiten dabei, ist unmöglich. Ihre Vorgesetzten sind vollständige Tyrannen, die sie sogar peitschen. Ihre Lage ist schrecklich und Worte fehlen, um sich hier ausdrücken zu können. Und so leiden wir Unsägliches, werden gequält und quälen uns gegenseitig selbst.

Dieses Schreiben soll ein Aufschrei sein in die ganze Welt hinaus, um zu sehen, wie unschuldige, biedere deutsche Bauern von ihrer Regierung behandelt werden.

Da wir nicht wissen, ob diese Zeilen nicht in andere Hände gelangen, können wir nicht zeichnen. Ich mußte mich so kurz wie möglich fassen und durfte manches gar nicht berühren, weil ich keine Zeit hatte, der Mann fährt weg. Alles wurde übereilt.

19. Brief eines aus dem Bezirk Odessa Verschickten¹⁾

Totma (Wologda), den 26. März 1930

Lieber Schwager und Schwägerin!

Ich will Euch schreiben die ganze Reise und das Leben in dieser Zeit, da wir aus der Ukraine fort sind. Den 19. Februar um 10 Uhr sind wir aufgeladen in X, um 3 Uhr in Y und um 10 Uhr abends kamen wir in den kalten hölzernen Speicher (in Satische). Den 20. morgens wurden wir in die Lastwaggons wie Vieh eingeladen. 42 Menschen mit ziemlich viel Bagage in einen Waggon. Um 12 Uhr in der Nacht ging der Zug in Gang, wohin, wußten wir nicht. Nur nach den Stationen haben wir die Richtung erkannt. Den größten Weg machten wir in der Nacht und wir jagten mehr als der Kurierzug und machten in den 5 Tagen 2000 Werst. Die Waggons wackelten, daß man nicht feststehen konnte, liegen war kein Platz, sitzen konnten wir auch nicht mehr. Auf dem Weg bekamen wir dreimal Suppe und Brot und einige Mal kochendes Wasser. Das Brot konnten wir nicht essen. Die erste Suppe war nicht schlecht (folgt nähere Schilderung bezüglich Verrichtung der Notdurft). Abends 9 Uhr kamen wir in Wologda an, da hieß es, ausladen. Weiber und Kinder wurden mit den Fuhren in das Kloster gebracht. Unser Wagen hinterließ drei Mann an den Sachen und wir alle gingen zu Fuß zehn Werst bis zum Kloster. Nach 12 Uhr nachts kamen wir an und da mußte ich warten, bis Emma und Trude ankamen, 4 Uhr war es, als sie ankamen. Ich wartete weiter, bis die Sachen eingebracht wurden. Den ganzen Tag wurden die Sachen geführt. Erst abends und die folgende Nacht wurde Mehl und andere Bagage gebracht. Vieles

1) Die Schreiben 19 bis 24 stammen von ein und demselben Verschickten und dessen nächsten Verwandten.

fehlte noch als ich wegging aus dem Kloster. Den 24. Februar machten wir uns zusammen eine Partei von 14 Mann und um 3 Uhr ging es zum Tor mit einem Bündel auf dem Rücken hinaus. Auf der Straße luden wir alles auf den Schlitten und da ging es den Weg nach Totma zu. Wir waren 14 Mann (darunter 2 Frauen). 18 Werst machten wir den ersten Tag, über Nacht waren wir bei Leuten, den 2. Tag machten wir 12 Werst, den 3. Tag stürmte es. So gingen wir 14 Tage. Die Sachen auf den Fuhren und wir einige Werst zu Fuß und einige auf der Fuhre, die man bezahlte, im ganzen 340 Mann. Einige Tage machten wir auch bis zu 37 Werst. In Totma, einer kleinen Stadt, standen wir im Kloster über Nacht. Uns begleiteten die ganze Zeit zwei Milizen und ein Kommandant. 200 Werst machten wir von Wologda und da stehen wir in kleinem Dörfchen in einem Sommerquartier. Wir, 14 Mann, haben drei Zimmer. Das Volk hier ist sehr gut. Uns begegneten die Weiber auf der Reise mit Brot, Milch, kochten Kartoffeln und anderes zum Essen. Vor uns gingen durch das Dorf zwei Parteien von 560 und 440 Mann. Wir 346 Mann, nach uns zuerst 350 Mann und zuletzt 820 Mann; wieviel Parteien gingen auf die Seite in dem Wald zu schaffen, das weiß ich nicht, aber sehr viele sind hier ausgeschickt, aus Woronesch, Saratow, Turkestan, Don, Kaukasus. Das Volk hier sind Kazapen (Großrussen), sehr ehrlich. Ein Schloß sieht man hier sehr selten. Auf dem Hof hier liegen solche Sachen, daß es uns wundert. Zum Beispiel, die Fuhre fährt in den Konsumverein Ware, über Nacht steht der Schlitten auf dem Hof geladen und niemand wacht. In der Ukraine würde das alles des morgens verschwinden. Sic essen sehr schlecht. Morgens Tee mit Schwarzbrot, abends auch, mittags Suppe, der wir den Namen nicht finden oder ein Essen: Rote Beeren Kljukwa, etwas zerquetscht und durchwaschen mit kaltem Wasser. In das rote Wasser mischen sie ein bischen Mehl, das wird mit Brot gegessen oder eine Knoblauch zerschneiden, Wasser daran schütten und mit dem Löffel von Brot essen. Die etwas haben, essen auch etwas besser. Die Wirtschaft hier hat sehr wenig Land. Ein Pferd, eine Kuh, fünf Hühner; etwas anderes (Schafe, Schweine) sehr, sehr selten. Der Mensch hier lebt vom Wald, was er im Wald verdient, denn Ackerland ist sehr wenig und das Land gibt sehr wenig.

Heute 26. März liegt noch Schnee und der Schnee kann noch 2 Wochen liegen. Erst im Mai geht es aufs Feld. Der Boden ist leimig — lettisch. Ohne Mist bekommt man gar nichts. Waldarbeit fängt an im Oktober und endigt sich im Mai. Der Wald ist nicht besonders groß. Die Baumgröße im Durchschnitt 60 cm. Man verdient wenig im Wald. Wenn dicke Bäume sind bis 1 Rubel und dünne Bäume 15 Kopeken im Tag. So verdienen wir von 8—2 Uhr arbeiten ohne Lust 25—30 Kopeken täglich. Essen bekommen wir 3/4 Pfund schwarzes Brot (Korn, Gerste) im Tag und in 2 Wochen auf 14 Mann 6 Päckchen Machorka (geringer Tabak), 1 1/2 Pfund Zucker, 1/2 Pfund Öl, 5 Pfund Graupen, 5 Pfund Fische, Fische so schlechte, daß wir sie nicht nehmen. Hier werden wir auch nicht lange stehen. Wir müssen bald wieder weiter auf die Arbeit. Wohin, wissen wir nicht. Wir hoffen, den 1. Mai wieder bei den Weibern zu sein im Kloster. Uns hier geht es immer noch. Wir arbeiten, wie wir wollen, wenn es auch mit dem Essen schwach ist, aber den Kindern und Weibern geht es schlecht, denn die sind wie die Heringe eingesackt — 7000 im Kloster.

Man sät hier spät im Jahr Korn, im Frühjahr Gerste, Hafer, Flachs, Kartoffeln, weiter nichts.

Korn- und Gerstenmehl	6 Rubel das Pud,
Kartoffeln	2 „
Fleisch	60 Kopeken das Pfund,
Milch	20 „ „ Liter,
Machorka	1 Rubel das Päckchen

Wir bekommen:

Brot	16 Kopeken das Kilo
Fleisch	180
Zucker	375 „ „ „
Machorka	14 „ 50 Gramm
Öl	32 „ das Pfund.

20. Zweiter Brief desselben Verschickten

Totma (Wologda), den 15. April 1930

Lieber Schwager und Schwägerin und Mutter!

Den zweiten Brief von Euch; Emma schreibt auch, daß sie von Euch ein Paket bekommen hat. Trude freute sich so sehr das sie nicht erwarten konnte, bis das Paket ausgepackt wurde, aber sie konnte nichts essen. Von einem Konfekt bis sie ein Stückchen ab und gab es wieder der Emma zurück. Trude ist krank an den Redeln und so wie Emma schreibt ist sie besser, aber was noch wird — die schwere Luft im Zimmer wird lange nachtragen und schwache Hoffnung auf ganz© Gesundheit in Bälde, denn sie eßt gar nichts, trinkt nur Tee und Wasser. Danke für Alles! Und noch die Bitte: setzen mehr Klucken, daß wenn wir zurückkommen, auch wieder hüner haben, wenn es Euch nicht zu schwer ist. Wenn wir zurückkommen, wissen wir nicht, aber aus dem Brief werden ihr schon sehen. Unsere Hoffnung ist von hier vort kommen. Dem Schwager Jakob X. schrieb ich unlängst einen Brief der die Fortsetzung von deinem ersten ist. Ich hoffe Du und Jakob bekommen die Briefe. Dem Jakob (hoffe, Du hast ihn auch gelesen) beschrieb ich die Arbeit. 2. April gaben wir unsere Arbeit im Walde ab und erwarteten eine andere; eigentlich drehten wir uns aus der Arbeit, denn wenn man keinen Lohn bekommt, will man auch nicht schaffen. Nach den Papieren sollten wir 75 Rubel bekommen, bekamen nur Eßwahren auf 10 Rubel und weiter nichts — kein Kopeken. Weshalb denn arbeiten, wenn man nichts bekommt? 1 1/2 Woche loderten wir; und gestern mußten wir wieder an die Arbeit. Jetzt schälen wir die Balken von der Rinde am Ufer kleinen Fluß. Da müssen wir 6 Werst laufen jeden Morgen und Abend bis zum Arbeitsplatz vom Dörfchen. Ein guter Spaziergang jeden Tag 12 Werst, auf 3/4 Pfund Schwarzbrot, aber mit dem sind wir immer noch zufrieden, denn die anderen sind noch schlechter, in den Baracken im Wald, wie Heringe im Faß, das Feuer im mittlerer Zimmer, sodaß alle aussehen wie geräuchert, und wir haben doch drei schöne Zimmer, kennen doch etwas im Dorf kaufen, Milch 1/2 Liter 15 Kopeken, Kartoffeln 230 K. das Pud, ein Ei 10 Kop. und anderes kann man bekommen, aber im Wald bekommt man nichts. Ich würde auch bitten

etwas mir zu schicken: wie vertig gekochter Kaffee; aber wenn ihr auch schickt, weiß ich nicht, ob ich es bekomme, denn vom 15. IV. ist die Komission in Wologda, die arbeitet, wer zurück darf. Von den Ausgesiedelten hoffen schir alle nach Hause wieder faren, denn nach den Zeitungen gehören wir nicht zu den ausgesiedelten und das die Obrigkeit auf den Platz die Gesetze von der Aussiedlung nicht verstand und sehr viel Fehler machte. 2. Hoffnung: ich und noch ein anderer verlangten unsere Familien vom Kommandant zu uns auf unsere Kost und unsere Verantwortung. Uns antwortete unser Kommandant nichts deutliches, aber Emma schreibt und auch viele andere: „Kommandant sagt uns: ich darf euch nicht vortlassen, denn in einer Woche wird es sich herausstellen, ob euere Männer zurückkommen, oder ihr zu ihnen fort.“ Von solchem Drehen sehen wir, daß sie selbst nicht mehr wissen, was mit uns anfangen. Unser Kommandant schwindelt immer uns vor (wenn wir ihn festnehmen, was wirt mit uns, dürfen wir bald nach Hause), ihr werden Land bekommen (5 Werst von hier) 2 1/2 Hektar auf die Seele an einem kleinen Fließchen ein schöne Platz. Aber das ist ein Wald, und den Wald ausrotten ist Jahresarbeit, denn dort stehen Bäume dicke. 3.ter Schwindel: schon 3 Wochen sind vorüber, da er immer sagt: die kommende Woche geht ihr hinaus euch Holz richten und Häuser bauen und immer sitzen wir hier im Dorf und arbeiten am Holz, das für Ausland gerichtet wird. Auf vielen Balken schrieben wir hin, wer am Holz schafft. Deshalb hoffen wir jetzt Ende April oder Anfang Mai, wenn der Fluß in den Gang geht; dann hoffen wir, auf einen Schiff zurück nach Wologda fahren, denn alle drehen mit uns so, daß man nur so ein Ende sieht. Man sagte uns, ab wir von Wologda fuhren, ihr werden Häuser bauen für euch, aber bis jetzt noch nichts. 4 Tage zurück kamen 100 Mann her und die gingen auf den Platz, wo unser Land nach der Sage sein soll. Die 100 Mann auch Ausgesiedelte von Poltawa hatten den Winter schon 30 Baracken gebaut für Waldarbeiter und jetzt kamen sie hierher, auch wahrscheinlich Baracken richten, daß die Arbeiter den anderen Winter Häuser haben nahe an der Arbeit. Den 10. IV. kam der Kommandant zu uns und sagte uns: schreiben mir, daß ich weiter schicke. Wir schrieben alle, denn uns so nach Hause schicken können sie nicht und deshalb drehen sie jetzt auf diese Art: nicht recht ausgesiedelt schreiben Bitschrift und andere Komödien werden uns forgemacht, daß wir ruhig warten in Hoffnung doch bald nach Hause kommen.

Morgen (nach unserer Rechnung) ist Gründonnerstag und in einige Tage Ostern. An diese Ostern werden wir lange denken. Die Ostern werden gefeiert mit ein Stickehen Schwarzbrot, Tee ohne Zucker und Knepfla. Das werden fröliche Ostern. Das macht noch nicht, es ist zum aushalten. Aber wo die Familie steckt, eingesperrt in den Klostermauern, das Kind krank, vielleicht auch nicht mehr am Leben, das werden Ostern. Wenigstens hoffe ich eich allen fröliohe Ostern — eßt und trinkt für uns auch, vergesst nicht, daß wir auch keine Kirche haben. Die russische Kirche ist 18 Werst weit und da sind keine Pfaffen mehr. Man wird endlich wie ein Wilder. Die hiesigen Kazapen ¹⁾ sind wie halb Wilde von Peter dem Großen's Zeiten.

Gestern fuhr eine Fuhre mit uns in den Wald. 2 Werst von hier ging das Pferd in die Tiefe bis in den Ranzen in den Dreck. Wir halfen ausspannen und den Schlitten zogen wir heraus. Solche Arbeit hatten wir zweimal in einer Strecke von 1 Werst. So Drecklöcher gibt es hier sehr oft von Größe bis 1 Kwadrat Werst und mehr. Dreck auf dem Weg gibt es wenig, denn er ist aufgeschitt und ziemlich Sandig. Auf dem Weg ist kein Schnee mehr aber so liegt der Schnee noch ziemlich fest. In der Sonne taut es ein wenig, aber im Schatten noch gar nicht.

21. Brief desselben Verschickten

Fabrik Sokol, den 25. Juni 1930

In dem vorigen Brief schrieb ich Dir, das wir Hoffnung haben, bald nach Hause zu fahren; denn wir sind in der Zahl der „nicht richtig behandelten“ (neprawilno raskulatscheni¹⁾). Aber leider anstatt nach Hause ladete man uns in Wagonen in der Nacht und brachte uns auf die Fabrik Sokol, die erste Papierfabrik in Rußland. Aber denke nicht, daß wir auf der Fabrik arbeiten als Fabrikarbeiter, nein, wir arbeiten um die Fabrik die Arbeit, die die hiesigen Kazapen¹⁾ nicht wollen und da man nicht verdient. Meine Frau hat in 10 Tagen 150 Kopeken verdient. Ich bin Starosta über einen Barak und bekomme 15 Rub. auf den Monat. Man hört immer noch, daß wir nach Hause dürfen; aber wer das erlebt, weiß man nicht, und wann man darf, wird uns nichts gesagt . . .

22. Nach Deutschland gerichtete Karte desselben Verschickten

Totma (Wologda), 17. April 1930

Lieber Bruder und Schwägerin!

Eine Karte schickte ich Euch schon von hier, das ist die 2. Gestern bekam ich ein Telegramm; Amalie ihr Bube ist gestorben. Meine Kleine liegt am Sterben. Täglich sterben im Klöster bis 50 Menschen, meistens Kinder. Zwei Monate sind wir von Haus fort. Für was wie lange noch, wissen wir noch nicht. Immer verspricht man uns, es wird untersucht und solange noch nichts. Zuerst hauten wir Balken und jetzt schälen wir die Rinde von den Balken am Ufer. 6 km müssen wir laufen täglich bis zum Platz der Arbeit. Schnee liegt immer noch. Auf dem Weg ist keiner mehr. Wir müssen über solchen Dreck, daß man beim Fehltritt versinken kann. Ich (noch 13 andere genannte Personen) sind eine Partei, gehen auf die Arbeit, essen aus einem Kessel, volle Kommune. Das Essen ist morgens Schwarzbrot mit Salz und Tee ohne Zucker, 11 Uhr ein Stückchen Schwarzbrot mit Salz ohne Wasser mit Schnee, 4 Uhr Knepfle und dann Brot ohne Zucker. Um 7 1/2 Uhr schlafen, denn man bekommt hier kein Petroleum. Heute regnet es und schneit zusammen. Wir bekommen täglich 3/4 Pfund Brot und das andere nach der Arbeit, auf 47 1/2 % vom Verdienst bekommen wir Produkte. In einem Monat verdienten wir 14 Mann 72 Rubel. Ein schönes Leben haben wir!

1) unrechtmäßig Entkulakisierte.

Die Familie ist im Kloster und ohne Luft, 7000 und noch mehr, essen auch ziemlich so wie wir, ohne ärztliche Hilfe. Die anderen Familien stehen in den Kirchenbaracken, wieviele Tausende weiß ich nicht. Die Männer in den Wäldern in Baracken wie Heringe im Faß oder in Dörfern.

*23. Schreiben aus dem Bezirk Odessa vom 18. April 1930 an einen
in Deutschland lebenden Verwandten*

. . . Bei uns, beinah in ganz R., haben sie alle Bauern, die in bischen ordentlichen, anständigen Häuschen, noch lange nicht Häuser, wohnten, so sehr belegt, bis es die Wirte nicht mehr zahlen konnten, da wurden sie einfach mitte Winter, bei der ärgsten Kälte 10°—15° R. — Januar-Monat —, samt ihren ganzen Familien herausgeschmissen und die meisten noch nach dem weitesten Norden verschickt, bei den allerschlechtesten, nur erdenkbaren Verhältnissen. Ja, und auch sehr viele, die sich bemühten alles zu zahlen, um gar nichts dem Räuberstaate schuldig zu bleiben, wurden ebenfalls so behandelt. Weil die Leute ihr Leben lang schwer wies Vieh arbeiteten, sparten, nichts ordentliches aßen, ihre Kinder ungeschult ließen, kurz, sich gar nichts menschliches erlaubten, aber ein schönes, mehr menschliches, Haus und einen ordentlichen Hof einrichteten, das ist oder war unser Untergang. In jeder Kolonie, auf jedem Chutor, wo ein bischen ordentliches Häuschen ist, können sie ganz bestimmt wissen, daß dort jetzt die alten Wirte nicht mehr wohnen, sie sind jetzt alle im weitesten Norden. Und das sind gerade die fleißigsten, strebsamsten und getüchtigsten Bauern-Brotplanzer. Dort im Norden, in mehreren Städten, sind paar Millionen Verschickte und meistens Bauern, wo man wirklich sagen kann, es waren Landarbeiter-Spezialisten. Sodaß Sie sich denken können, wer jetzt hier nachgeblieben ist in den Kollektiven. Alles solche, die ihr Lebenlang auf ihrer eigenen Wirtschaft nichts tun und arbeiten wollten, absolut nichts auf und vor sich brachten. Können diese Herren im Kollektiv oder Haufen etwas in Stande kriegen? In Wologda sind ca. 70 Kirchen und die alle mit verschickten Menschen überfüllt; dort sind ca. 25 Tausend. Von Wologda seitwärts 3 Werst, ist ein gewesenes Kloster Priluki, dort sind 9000 Menschen, auch Ihre Angehörige, aber blos Frauen, die Männer sind ca. 300 Werst weiter in die Urwälder auf Arbeiten geschickt worden, zu fuß. Eben da, in Priluki, sollen die Verschickten unter ganz nicht menschenmöglichen Verhältnissen gehalten werden, sodaß kein Wunder ist, wenn dort täglich 40—50 Personen, meistens Kinder, sterben. Diese, unsere armen Verschickten Brüder überleben ungefähr solch ein Leben, wie die deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien, wohl noch viel schlimmeres Hundeleben. Dann sind noch sehr viele in Archangelsk, Kotlask, Murmansk, Solovki usw. Wieviele auf diesen Stellen sterben, habe ich noch von niemanden gehört. Schreiben blos von überall: hilft uns, rettet uns, wir müssen verhungern, verlangt unsere Kinder zurück, sonst sterben sie alle an Scharlach und Masern; aber wir Zurückgebliebenen können ihnen sehr wenig helfen, denn wir sind ebenso abgestohlen, daß wir bald nichts mehr zu nagen haben. Und überall, wo man nachfragt wegen den Kindern zurückverlangen, bekommt man die Antwort: so wie ihr den Nikolai II nicht mehr

zu sehen bekommen habt, SO bekommt ihr auch die Verschickte nicht mehr zurück. Sie sagen ganz offen: wir haben ja die Leute dort hinaus verschickt, daß sie dort verrecken sollen. So drückt sich ein Hoffnungstaler Lehrer X aus. Zu den Krankheiten noch fressen Mäuse die armen unschuldigen Kinder fast auf und helfen die Epidemie noch mehr verbreiten. Viele schadenfrohe Kommunisten sagen: jetzt sollen uns die Germanzi helfen.

Es ist kein Spas, daß dort oben so viele deutsche, unschuldige Bauernkinder absterben müssen. Sie wissens ganz gut, was das für Leute sind, wo jetzt, weil sie strebsam und fleißig waren, so sehr darunter leiden müssen. Sind alles totgearbeitete, die meisten mit Leibschaden, Menschen, die ihr Lebenlang nichts als blos in der Erde und Mist wühlten. 90 % ungeschulte oder solche die jetzt kaum einen Brief von Wologda schreiben können; solche nennt man bei uns Bourgeois.

Lieber Christian, tun Sie ihr Mögliches! daß es ja in Deutschland nicht auch so weit, sonst wird euer Land auch so arm und ist allc3 verloren. Ihre Kommunistlustige sollen blos vom Hören satt bekommen, denn was der Kommunismus in dem reichen R.land gutes gebracht hat, sieht und weiß schon jedes Kind; alle Jahre größere Not. Überhaupt dieses Jahr ist wieder eine ganze tolle Teuerung. An Allem fehlts und vieles bekommt man schon für großes Geld nicht mehr. Mehl schon etwas weißeres, ca 20 Rbl. ein Pud, 1 Pf. Zucker ca 1,60 Kop., 1 Pfd. Speck 1,50—2 Rbl., 1 Pfd. Butter 2—2,50, 1 Ei 10 Kop. und mit dem Fleisch solls ganz aufhören. In Wologda ist 1 Pud schwarzes Mehl 40 Rbl. Nur die Herren Kommunisten fressen noch verhältnismäßig gut, die haben auch genug zusammengestohlen. Ja, die Russenintelligenz ist meistens geflüchtet in alle Welt hinaus, wer aber nicht wegkam wurde ermordet. Und jetzt ist auch kein Wunder, wenn die Nachgebliebenen so stehlen, denn es ist ja ein, fast alle, noch halbwildes, asiatisches Volk. Aber für die Herren Juden ist es eine sehr große, unverzeihliche Schande. Denn bei den Kommunisten sind ja fast alle Juden und die wollen ja so sehr gebildetes, zivilisiertes und kultiviertes Volk sein? Aber sind die größten Barbaren, denn noch überall, wo ein Jude die Aussiedelung, Kollektivisierung usw. durchführte war der Terrorismus am größten und ärgsten.

24. Schreiben aus dem Bezirk Odessa vom 7. Mai 1930 an denselben in Deutschland lebenden Verwandten

Übersende Ihnen den zweiten Brief¹⁾ von den Verschickten. Ist aber nicht deutlich genug geschrieben, denn Georg ist eben auf Arbeiten, da blos junge Männer sind. Aber wie sieht es bei den zurückgebliebenen Familien in Priluki, Wologda, Kotlas, Solovki, Archangelsk, Murmanküste usw. aus? Schon Tausende sind davon gestorben. Bis jetzt sind meistens Kinder gestorben, aber die letzte Zeit sterben auch schon sehr viele Erwachsene, denn der Tiphus ist stark ausgebrochen. A. schreibt vom Zurückkommen wenig Hoffnung und wenn, so haben ja die armen Menschen ja doch kein Heim und Hab und Gut mehr hier. Alles weggestohlen —

1) Vgl. oben Brief 20.

auseinandergeschleppt. Dann schreibt er, daß man ihnen dort im Norden Land geben will. Die Hunde sollen es sich einsalzen! Genug den Banditen gearbeitet. Unsere Urgroßväter haben die Wildniß hier im Steppenkreis kultiviert, jetzt auch wieder Wälder im Norden ausrotten?

Ja, unseren Deutschen hat man, bei den getüchtigsten Bauern, alles weggenommen: Haus, Weingarten, Land, Vieh, Inventar usw. und jetzt sollen sie wieder mit leerer Hand im Norden anfangen? Und auf den Steppen, wo den Deutschen ihr Fleiß alle Disteln, Unkraut, Wildniß usw. gereinigt haben, siedeln sich jetzt eine jüdische Kolonie nach der anderen an. Die Jüdischen Hunde wollen hier ein 2. Palestina gründen, wollen nicht dort hinauf, wos kalt ist. Man sieht ganz deutlich, daß das alles ein Judengeschäft ist, denn Juden sind dort keine Verschickte...

24. Schreiben desselben Absenders vom. 8. Mai 1930

Ich möchte Sie sehr bitten, uns tausenden verunglückten, abgestohlenen deutschen Kolonisten hier in R.land mitzuhelfen, wenn Sie meiner Bitte nicht absagen und alles, was ich in diesem Briefe niederschreibe, überall verbreiten! Erzählen Sie überall, wo Sie mit Redakteure, Korrespondenten, Professoren, Ärzten, Agronomen, Arbeitern, Bauern usw. zusammenkommen, von allen den Meuchelmord, Greuelthaten, die an vielen tausenden Deutschen, euren Blutsbrüdern, hier in R.land ausgeübt werden. Niemand kann es ihnen dort trüben deutlich genug niederschreiben, denn das ist etwas noch nie Gewesenes; in keiner Geschichte, auf der ganzen Welt, war noch nie so etwas zu lesen. Aus jeder Kolonie und von jedem Chutor ¹⁾ hat man eine Menge Leute verschickt. In manchen Kolonien haben die Räuber bis 80 Wirte ganz abgestohlen und im Januar Monate bei ca. 12—15° R Frost aus den Quartieren herausgeschmissen. Dann in paar Tagen mit den ganzen Familien nach dem weitesten Norden verschickt, wie nach: Wologda, Priluki, Kotlas, Solovki, Archangelsk, Murmanküste, Nowosibirsk usw. In Viehwaggons hinter verschlossenen Türen, zu 43—48 Personen mit Bagage, alte Leute von 75—85 Jahre; kleine Kinder von 5—10 Tage, Männer und Frauen und wie die Familien halt sind, alles untereinander. Die Menschen konnten nicht liegen und nicht sitzen. So waren sie 5 und manche 6—7 Tage unterwegs. Man hat sie ca. 2000—3000 Werst von ihrer Heimat fortgeschleppt. Wie die Leute schreiben, sind sie mit der größten Schnelligkeit, in alten schlechten Viehwaggons geführt worden; denn sie konnten nur mit Mühe stehen — sind immer herüber und hinüber gewangt und getaumelt. Produkten, Kleider, Bettsachen durften die Leute ca 25 Pud mitnehmen. Viele konnten aber nichts mitnehmen, denn die Mörder haben die Menschen bei Nacht 12—1 Uhr überfallen, blos 15—30 Minuten Zeit gesetzt, um sich zusammenzurichten, dann auf die Fuhre geladen; sehr alte, kranke, lahme, verkrüppelte Menschen sogar geschmissen, denn den Mördern gings zu langsam. In Großliebental haben diese Hunde eine Familie bei Nacht so überrascht, daß die Mutter ca. 15 Minuten im Hemde vor der Kommission stand und sich nicht regen konnte, dann noch ihr Töchterchen vergessen hatte bei wegfahren. Von Groß-

liebental bis zur Station Jaremejewka sind sie gejagt, beinahe 50—60 Werst, ohne einmal stehen zu bleiben — wie Spitzbuben. Haben niemand seine Notdurft versehen lassen. Frauen, 4—5 Tage vor und nach der Geburt haben sie mitgeschleppt. Viele sind schon auf den Stationen vor dem Einladen und unterwegs gestorben. Viele haben Hände und Füße abgefroren. Alle wurden auf den totesten und menschenleersten Stationen verladen, um das ja nicht so viel gesehen werden soll. Daß von dem schrecklichen, großen Jammer womöglich weniger in die Welt hinauskommen soll. Wurden verladen wie z. B. auf folgenden Stationen: Jere-mejiwka, Satsichje, Serbka usw., alles solche, wo kein Dorf in der Nähe, kein Büfett — halt nichts zum essen zu kaufen ist und wie gesagt, niemand was hören noch sehen soll. Da haben die blutgierigen Hunde auf allen diesen Stationen ca 5000—6000 Menschen in die hölzernen Magazine eingesperrt und welche 5—6 Tage sie hingehalten, bis sie abtransportiert wurden. Dann, als die Leute auf ihren bestimmten Plätzen angelangt waren, haben die Räuber ihnen alles — Mehl, Fleisch und Kartoffeln — weggenommen. Und jetzt bekommen die armen Verschickten einfach ungenießbares Brot, 3/4 Pfund pro Seele auf 24 Stunden und 1/2 Pfd. gesalzene, aber stinkige Fische. Die Leute haben alle den Durchfall von saurem Brot und wenn ein Mensch mal zwei/drei Monate an diesem leidet, bekommt er bestimmt Magen- und Darmkatharr. Also verlorene Menschen. Alle schreiben, daß man ihnen helfen soll — sie müssen verhungern. Aber kannst helfen, wenn man selbst abgestohlen ist? Dann in 3—4 Stunden nach dem Abkommen wurden alle Männer von 18—55 Jahre weiter von ihren Frauen und Kindern ca 200 bis 300 Werst zu Fuß in die Wälder auf Arbeiten gejagt. Also der erste große Schmerz für die armen Leute war, als ihnen Haus und Heim abgestohlen worden sind, der zweite, als sie ihre Heimatorte verlassen mußten und nach dem weitesten Norden verschickt wurden, der dritte, als man dort oben im Norden die Familien auseinander riß und der vierte, als die Kinder der Reihe nach zu sterben angingen. Ich weiß blos, von Wologda und Priluki, manches zu schreiben. Daß in Priluki ca 5 Werst von Wologda seitwärts, ein gewesenes Kloster, 8500—9000 und in Wologda selbst ca 25000 Verschickte sind. In Wologda sind ca 70 Kirchen mit eben solchen armen Menschen überfüllt. Jetzt das allerschlimmste ist, daß wahrscheinlich die Meisten dort sterben werden, denn in Priluki sind schon ca 1200 Kinder an Scharlach und Masern gestorben, bekommen keine ärztliche Hilfe. Soll schrecklich schmutzig sein, alle verlaust, sodaß die Läuse den armen unterernährten Kinderchen das wenige Blut noch voll herausaugen. Der größte Teil von den Armen ist schon mit angegriffenen Lungen, denn in dem Kloster sind auf 2 Faden breit, 3 Faden lang und 3 stöckige „Narri“ hoch 75 Personen mit ihren allen Sachen. Also übergenuß Staub, Schmutz und keine Luft *noch* Licht. So werden die Kinder im Kulturrußlande aufgezogen. Wer unsere prahlerische Zeitungen liest — könnte fast denken, daß das kultivierte — zivilisierte R.land den Westen, ja sogar die ganze Welt überflügelt hat, halt mit allem Guten, mit allem Schönen und mit allem — fürs menschliche Leben Nötige. Aber, leider, ist unser lieber Staat nur mit dem Rauben der ganzen Welt vorgekommen. Lieber Herr . . ., und die armen Verschickten, die sogenannte „Kulaken“ wer die sind,

werden Sie sehr gut wissen — sodaß ich womöglich weniger davon schreiben werde. Das sind alles solche Bauern — wie Ihr Vater. Die ihr Lebenlang nichts sahen und taten als in der Erde und im Mist wühlten. Sie nie nichts erlaubten, wie: Teater, Zirkus usw. . . . Nie in einem Sanatorium, Erholungsheim, Kurort usw. Wer war mein Großvater — nichts als ein armer Kieferer und mein Vater hat in seinen jüngeren Jahren Häuser verputzt — verstickatiert. War gar nicht geschult; wie auch die meisten Verschickten kaum lesen und schreiben können. Haben ihre Kinder zu wenig lernen lassen — haben sie nur totgequält in der Arbeit. Wir Kinder hörten nichts als — „mehr muß schaffa — mir han viel Schulda zu zahla“. Und was haben wir jetzt vom Schaffa? Diese „totgeschaffte“ Bauern hat man jetzt total abgestohlen und ganz verschickt nach dem weitesten Norden. Bin fest überzeugt, daß 50 % von den unseren armen verschickten Brüdern, mit verkrüppelten Händen und Fingern, mit gekrümmten, buckeligen, nach vorn gebeugten Oberkörpern, mit Leibschaten und Brüchen sind. Aber nicht von auf der faulen Haut herumliegen. Solche Menschen habe unsere Herren Kommunisten zu Bourgeoise gemacht — abgestohlen und verschickt. Und das war gerade die fleißigste, getüchtigste, arbeitsamste und sparsamste Bauernschichte. Ja, Sie können wohl noch mehr von unseren armen Kolonistenbauern erzählen, als ich Ihnen hier schreibe, denn Sie sind ja auch einer. Helfen Sie uns schreien, alarmieren und verbreiten! Daß die Schreckenstaten von unserem R.lande in alle deutschen Zeitungen kommen und in aller Welt bekannt wird! Ich führe blos einen sehr traurigen Fall an, von einer Familie, die aus Scherabkowa nach Priluki verschickt ist. Denn alle Fälle und Nachrichten von den Verschickten kann man nie schreiben, da würde das Papier u. die Zeit nicht dazu ausreichen. Da war eine Familie von: Vater, Mutter, 2 Söhne und 4 Töchterchen. In Priluki wurden, wie eben alle Mannspersonen, der Vater mit den Söhnen von 17 und 19 Jahren in die Wälder geschickt. Unterwegs sind einem Sohne Hände und Füße abgefroren. Und in Priluki hat die arme, arme Mutter die 4 Töchterchen an einem Tage in ein Loch legen müssen . . . Solche ähnliche Fälle kommen dort häufig vor. Es sterben tausende, meistens deutsche, so liebe, nette, kluge Bauernkinderchen. Jetzt ist noch zu allem Unglück der Typhus, sehr stark ausgebrochen, sodaß auch die Erwachsenen sterben werden, denn sie sind zu arg unternährt und mit Läuse voll. Unsere Brüder müssen sehr viel mehr leiden und durchmachen, als die Kriegsgefangenen aus 1914—1916 Jahr in Sibirien. Jene konnten sich aber wenigstens aufs Heimkommen und ihre Wirtschaft antreten freuen. Denn in Deutschland ist eben nicht so gestohlen worden wie hier. Was werden unsere antreten können — wenn sie überhaupt am Leben bleiben? Also lieber Herr . . ., Sie arbeiten momentan in Dörfern, so bitte ich Sie im Namen vieler abgestohlenen und verschickten deutschen Bauern hier in R.land. Alles dieses unter den deutschländer Bauern zu verbreiten! Denn, wenn mal der Bauer ruiniert ist, ist der ganze Staat verloren. Bei uns hier, ist schon ganz gut zu sehen, wie weit und zu was es die Herren Kommunisten gebracht haben. Zu einer allgemeinen großen Not und Armut; mit jedem Jahre besser fühlbar. Bei uns ist wieder eine große Teuerung. Schreibt und bittet Sie die Schreckenstaten vom R.lande weiter zu verbreiten.

25. An die deutsche Sektion beim Allrussischen Exekutivkomitee in Moskau

Schreiben von aus der Krim verschickten Bauern

Uralgebiet, den 19. April 1930

Die Meisten von uns wurden in der ersten Hälfte des Februar 1930, nachdem man uns unser Eigentum, das wir in harter Arbeit ehrlich erworben, ohne jegliche Entschädigung zu zahlen, abgenommen hatte, von Haus und Hof vertrieben und mit ihren Familien nach Feodosia ins Konzentrationslager gebracht. Außer Deutschen wurden aus dem Rayon auch die Stimmlosen anderer Nationalität: Bulgaren, Tataren, Russen und Griechen nach Feodosia in die Konzentrationslager zusammengetrieben. Dasselbe gilt auch von dem Bestand der Konzentrationslager in den anderen Rayonstädten der Krim. Die Stimmlosen des Feodosier Rayons wurden in drei Lagern verteilt. Das Lager, in welchem wir gefangen gehalten wurden, befand sich in der gewesenen Feodosier Quarantäne und stand nach der Zahl der Gefangenen an erster Stelle. Sein Bestand schwankte die ganze Zeit unserer Gefangenschaft zwischen 1500—1800 Seelen.

Dank der schweren Bedingungen, unter welchen wir gefangen gehalten wurden, und den antisaniitären Zuständen, die in den Baracken unseres Lagers herrschten, kamen Krankheitsfälle immer häufiger vor (hauptsächlich unter den Kindern) und gingen schon in der zweiten Woche unseres Aufenthalts dort in eine Masernepidemie, die viele Opfer verlangte, über. Anfänglich wurden die Kranken in dem nahegelegenen Stadtkrankenhaus untergebracht. Doch mehrten sich die Erkrankungen so, daß man schon in den ersten Tagen des März genötigt war, auf dem Territorium des Konzentrationslagers in einer Baracke die Kranken unterzubringen. Laut Aufzeichnungen eines Augenzeugen betrug die Zahl der Kranken in dieser Baracke am 7. März 20 und schon am 9. März stieg sie bis 38. In dieser Weise stieg die Zahl der Kranken bald bis auf 96 (der Höhepunkt und schwankte nun die übrige Zeit bis zum Tage unseres Abtransports zwischen 80 und 96. Es waren hauptsächlich 2 Krankheiten vertreten: unter den Kindern Masern mit Lungenentzündung im Gefolge und unter den Erwachsenen Grippe.

Mit den Erkrankungen häuften sich auch die Todesfälle. Hauptsächlich starben Kinder. Es gab Tage, an denen bis 6 Todesfälle registriert werden konnten. Trotzdem leugneten die Regierungsorgane das Vorhandensein einer Epidemie und stellten unsere Lage als eine vollständig normale hin. Laut Nachrichten aus den übrigen Konzentrationslagern der Krim herrschten dort ungefähr die nämlichen Zustände wie die oben erwähnten.

Den 27. März wurden wir alle, Gesunde und Kranke, darunter auch Schwerkranke, insgesamt ungefähr 1700 Seelen in 44 Frachtwaggons, die mit Ofen versehen waren, eingeladen. Den 28. März setzte sich unser Escheion in Bewegung. Über den Bestimmungsort unserer Fahrt wurden wir auf die ganze Dauer der Reise in vollständiger Unwissenheit gehalten. Wie ein Transport von Verbrechern schwerster Art fuhren wir unter starker Bewachung und mit verschlossenen Türen. Unsere leibliche Notdurft mußten wir auf einem Eimer stillen, der sich im Waggon befand.

Nur viermal erhielten wir eine heiße Suppe verabreicht, die übrige Zeit bekamen! wir nur Roggenbrot und Teewasser in ungenügendem Maße.

Nach einer Fahrt von zehn Tagen, die mit vielen Entbehrungen verbunden war, wobei hauptsächlich die Kinder und Alten litten, langten wir endlich hier, im Uralgebiet, an. Etliche ertrugen die Fahrt nicht und starben auf dem Wege hierher. Mehrere sind schon hier, auf Ort und Stelle, gestorben und viele werden noch die Verfügung der Regierung mit dem Leben büßen, oder für ihr ganzes Leben an den Folgen, welche dieselbe mit sich bringt zu tragen haben, falls uns nicht bald Hilfe erwiesen wird. Wir wenden uns deshalb an Sie mit der dringenden Bitte um Hilfe in der über uns verhängten Not! Mit rauher Hand hat man uns angefaßt, und erbarmungslos ins Elend gestürzt. Ohne einen Grund zur Beschuldigung zu haben, ohne über uns ein rechtskräftiges Urteil zu sprechen hat man uns unter den schwersten Bedingungen aus unserer Heimat, dem Süden Rußlands, in den hohen Norden verbannt.

Wie ein Alldrücken, wie ein wüster Traum lastet die Erinnerung an die letzten 2—3 Monate auf einem jeden von uns. Doch die Wunden, die man uns schlug, sie sind Beweise dafür, daß das Erlebte kein Traum, daß es grausame Wirklichkeit ist. Dank den Ereignissen der letzten Zeit beweinen viele aus unserer Mitte den Tod eines oder mehrerer ihrer Angehörigen. Und wo der Tod auch keine Wunden schlug, keine Tränen erpreßte, da tat und tut es auch heute noch der Hunger, der: mit jedem Tag stärker an unsere Türen pocht. Hungrige Kinder sehen bittend zu ihren Eltern auf, und die Eltern, machtlos gegen die über sie verhängte Not anzukämpfen, können ihnen ihre Bitte nicht gewähren, denn man hat uns in eine Gegend verschleppt, wo nur selten für Geld, das Vir, wenn auch nur in beschränktem Maße, retten konnten, die nötigsten Lebensmittel zu erhalten sind, umsomehr, da die Regierungsorgane (Dorfräte) der Bevölkerung verboten haben, an uns irgendwelche Lebensmittel zu verkaufen. So sind wir denn dem Hunger auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Wir Endesunterzeichnete, wenden uns deshalb noch einmal an Sie mit der dringenden Bitte um schleunige Zusendung einer Kommission, die hier an Ort und Stelle unsere Not begutachten und helfend eingreifen könnte. Denn die Not steigt mit jedem Tage und wenn ihr nicht bald gesteuert wird, so sind die günstigsten Bedingungen für Krankheit und Tod geschaffen, und viele aus unserer Mitte werden ihnen noch zum Opfer fallen, wie es, seitdem wir heimatlos geworden sind, schon so oft der Fall gewesen ist!

(Es folgen zahlreiche Unterschriften)

**26. Brief eines aus der Krim verschickten Kolonisten
vom 30. März 1930**

*von einem früher im Gouvernement Cherson wohnenden Kolonisten
Prof Auhagen übergeben*

Lieber Onkel!

Wollte Ihnen eigentlich von Moskau aus einen Brief schreiben. Es wurde aber nichts. Warum werden Sie gleich erfahren. Es ist heute Sonntag, wenn ich mich

nicht irre. Verflorenen Sonnabend, am 22. III., war ich abends mit den Geschwistern in der Gebetsstunde. Noch vor Schluß rief man uns heraus und sagte, daß die Miliz im Quartier sei und auf uns warte. Zu Hause angekommen, wurde uns gemeldet, daß wir Lebensmittel für drei Monate, und zwar 18 kg Mehl pro Mann, Fett, Kartoffeln und warme Kleider und warme Schuhe, denn man würde uns nach Norden verschicken. Man nannte uns aber keinen bestimmten Ort auf wiederholtes Fragen. Insgesamt dürften wir dreißig Pud oder 489 kg. Fortwährend trieb man uns zur Eile an, denn wir sollten noch des Nachts wegfahren. Das Zusammenpacken dauerte vielleicht eine Stunde. Infolgedessen blieb das nötigste Küchengeschirr zurück und Decken. Als alles aufgeladen war, ging es zum Dorfrat, der sechs km entfernt ist. Dort angekommen um 11 Uhr nachts, standen wir etwa eine Stunde unter dem Sternenhimmel auf dem Hofe. Indessen hatte man zum Dorfrat noch eine deutsche Familie, auch aufgeladen, gebracht. Von hier fuhren wir ins dritte Dorf, auch sechs km entfernt. Da nahm man zwei russische Familien mit und so ging es weiter der Station zu. Inzwischen waren noch zwei deutsche Familien hinzugekommen. Um fünf Uhr waren wir auf der Station angelangt und fuhren in einen Hafen, wo schon auf circa dreißig Wagen meistens deutsche Familien waren. Es war Sonntag morgen. Den ganzen Sonntag war kühles Wetter. So brachten wir den ganzen Tag, Frauen, Kinder und Männer unter freiem Himmel zu. In einem kleinen Korridor und in einem kleinen Schober wurden etwa 20 Frauenzimmer untergebracht. Es kamen immer mehr zu und abends waren es etwa hundert Familien. Der größte Teil davon sind Deutsche. Russische Familien waren zwei, tatarische vielleicht zwanzig. An Teewasser dachte man nicht. Als ich nach wiederholten Malen mit dem Kommandanten des Lagers darüber sprach, erlaubte er in Begleitung eines unbewaffneten Mannes Teewasser aus der nächsten Speisehalle zu holen. Von Mittagessen konnte keine Rede sein. Kaltes Wasser wurde gebracht. So verging der Sonntag. Abends wurde es kalt. Die meisten mußten unter freiem Himmel übernächtigen. Nur wenige kamen unter Dach. Montag war besseres Wetter, sodaß man draußen ohne Paletot aushalten konnte. Als sich dreihundertachtzig Familien angesammelt hatten, ging der Transport, bestehend aus etwa zweihundert Fuhrwerken, um vier Uhr der Stadt Simferopol zu. Wir fuhren die ganze Nacht hindurch. Ein Zweijähriger ist in der dunklen Nacht vom Wagen gefallen und überfahren worden. Mit fieberhafter Eile wurden wir eingeladen in 44 Frachtwagen zu vierzig Mann. Tataren, Russen und Deutsche, wie es auskam. Insekten werden wir furchtbar viel haben. Wir sollen jeden Tag heißes Mittag haben und abend und morgens Teewasser. Den fünften Tag sind wir unterwegs. Bis Moskau 3X24 Stunden und bekamen zweimal Suppe, Einmal am frühen Morgen und das andere Mal spät abends. Wir fahren jetzt auf der Kasaner Bahn. Mit uns darf niemand sprechen. Absteigen dürfen wir nicht. Für unsere Bedürfnisse haben wir einen Eimer. Den benutzen die Frauenzimmer und Männer. Ein „Aroma“ sondergleichen verbreitet sich im Wagen. Hin und wieder kommt der Arzt und als man ihn um Abführungspulver (englisches Salz) anhielt, so sagte er, daß er es nicht habe.

Einen Gruß von

27. Aus dem Brief einer aus der Krim verschickten Bäuerin

Im Urwald, den 19. Juni 1930

Lieber Bruder!

In Tommnak sind schon 4000 Seelen in den Friedhof getragen worden. N. N. seine vier Kinder sind gestorben und seine Frau liegt krank. Dort hat man die Erwachsenen von der Familie weggerissen und haben sie bis 300 Werst in den Wald auf die Arbeit geschickt.

28. Aus einem anderen Briefe derselben Verschickten

1. Juli 1930

Gottlieb und Onkel Peter arbeiten im Wald sowie alle anderen. Es fällt ihnen sehr schwer, müssen tüchtig arbeiten, bekommen aber einen geringen Lohn. Die Norm für einen Arbeiter auf den Monat ist ein Pud 5 Pfd. Mehl, etwas Grütze, Zucker und Fische; nur selten ein bisschen Öl. Die Arbeitsunfähigen bekommen 15 Pfd. Mehl, für 2 Kopeken Zucker, für 5 Kopeken Grütze und Fische auf den Monat, können aber auch nichts kaufen, und da soll eine Familie von dem leben, was einer verdient. Kurz gesagt, unsere Lage ist unbeschreiblich. N. ist jetzt dicht bei der Station Lusa¹⁾. Dort ist es noch viel schlechter als hier. Sie wohnen in Baracken, dieselben sind sehr schlecht gebaut. Dort sind sehr viele Kinder gestorben.

29. Aus einem Dorf der Krim, Ende April 1930

Verschiedene ungerechte Handlungen uns Deutschen hier in Rußland gegenüber, Entstellung der wahren Sachlage in den Begebnissen und Vorgängen der letzten zwei Monate und die Bestrebung wahres Licht in das dunkle Treiben unserer zuständigen Organe veranlaßt uns Ihnen die Ereignisse der letzten Periode zu beschreiben und den wahren Sachverhalt zu schildern, auf daß Sie ein wahres Bild von unserer Lage hier bekommen und demzufolge richtige Schlüsse daraus ziehen können.

Wie Sie schon wissen werden, wurde von der regierenden Partei die Losung der kompakten Kollektivierung des Dorfes als daraus erfolgten Schluß hervorgehoben und die sofortige Durchführung derselben unter aktivem Mitwirken des Klein- und Mittelbauern gefordert. Bei der Durchführung der Direktiven der Partei galt das Sprichwort: „Der Zweck würdigt das Mittel.“ Man ließ keine Möglichkeiten unversucht, um günstige Resultate zu erzielen. Durch Drohungen mit Gefängnis und Aussiedlung wurden Kollektive organisiert und auch in der Frage der Entkulakisierung wurden Bestimmungen erzwungen, welche den wirtschaftlichen Ruin der stimentberechtigten Bauern und die Aussiedlung der meisten derselben zur Folge hatten. Auch bei uns wurde in solchen Umständen ein Kollektiv organisiert und die Aussiedlung der stimentberechtigten Bauern aus ihren Wohnhäusern beschlossen. Die örtlichen Organe waren aber mit diesem erzwungenen Resultate

nicht zufrieden und wollten doch sogar diese Bauern aus der Krim aussiedeln. Um dieses zu erreichen, arretierte man tausende solcher Bauern auf falsche Beschuldigungen hin. Auf solche Art wurden auch bei uns zwölf Wirte arretiert und ins Gefängnis geführt, am 10. Februar d. J. und auf Grund falscher Fixierung der Bestimmungen der allgemeinen Versammlungen in den Protokolls sieben Familien verschickt (Im Protokoll statt Aussiedelung aus den Häusern hieß es nur Aussiedlung; auf das hin nahm man sich die Freiheit sie nach dem Norden zu schicken). Um aber diese Familien williger zu machen und weniger Beschwerlichkeiten zu haben, machte man ihnen vor, daß ihre Männer schon aus der Haft befreit sind und in der Stadt auf sie warten um mit ihnen mitzufahren. Da ließen sie sich willig fortführen um so mehr, als man der Meinung war, es gehe der alten Heimat zu. So ging es denn noch um 10 Uhr Abends den 22. März fort, zuerst auf die nächste Station, wo sie zwei Tage und Nächte in einem hölzernen Schuppen unter strenger Bewachung zubringen mußten, bis die Familien aus den anderen Dörfern auch hinzukamen. Dann ging es am 24. März mit den Fuhren die ganze Nacht hindurch bis zur Stadt Simferopol und früh am Morgen des 25-ten kamen sie dasselbst an. Es war eine schwere Fahrt. Die Nacht sehr kalt und die vielen Kinder; dazu noch manche krank. Es ging auch nicht ohne Unglück ab: ein Kind fiel herunter vom Wagen und wurde zu Tode gefahren. Als sie nach Simferopol gebracht wurden, führte man sie sofort auf die Station, da war schon eine Masse von Fuhrwerken mit stimmentrechtigten Bauern aus dem ganzen Rayon. Von ihren Vätern keine Spur — man hatte sie schmäählich betrogen. Auf ihr Fragen, wo die Männer sind, antwortete man ihnen: „Gleich bringt man sie.“ Aber nur wenige hatten die Freude mit ihren Vätern vereint zu sein, die meisten wurden ohne ihr Familienoberhaupt eingeladen und wurden auch so fortgestellt. Sie fuhren in Viehwaggons zu 40—50 Mann darin, die Türen fest zugemacht, so daß darin alles gemacht werden mußte an natürlicher Notdurft. So ging die Fahrt neun Tage lang, gehalten wurde nur auf den großen Stationen, wobei auch nur da je zwei Mann heraussteigen durften um Wasser zu holen. Warmes Essen bekamen sie die ganze Fahrt über nur dreimal. Endlich kamen sie in die nördlichste Gegend des Waldgebiets an, wo sie in den Uralbergen abgeladen wurden. Manche bekamen noch Quartiere in den kleinen Häusern der Russen, viele aber wurden in ungeheizten russischen Kirchen untergebracht. Von hier aus werden sie bei meterhohem Schnee in den Wald geschickt um als sehr billige Arbeitskraft bei der Holzbeschaffung verwendet zu werden, da freiwillig niemand in solchen Verhältnissen arbeiten will. Im Walde müssen sie sich Baraken bauen, und darin sollen sie hausen» Da aber ihre Bekleidung diesen Verhältnissen nicht angepaßt ist und es auch schon an Lebensmitteln mangelt, so brechen Krankheiten unter ihnen aus und wohl wenig am Leben bleiben werden, wenn es lange dauern soll. Dabei verlangt man noch, daß diese Familien Unterschrift geben sollen, daß sie freiwillig auf die Arbeit gefahren sind.

Es sind nun 8 Familien aus unserem Dorfe verschickt worden, unter diesen hat nur eine der Familien Vater bei sich, 6 sind ohne Familienoberhaupt, darunter ist eine Familie, die aus Waisen besteht. Von den Männern, die eingesteckt wurden,

sind sieben jetzt befreit und sitzen teilweise mit Familien, teilweise ohne sie zu Hause (das Vermögen ist ihnen abgenommen), fünf Wirte sitzen noch im Gefängnis in Simferopol, darunter auch unser Pastor und Küster und unsere Gemeinden jetzt ohne Seelsorger sind (die Kirche versuchte man auch schon mit List und Gewalt zu schließen, aber durch unser festes Auftreten haben wir sie uns erhalten). — Verschiedene Bittschriften, die wir eingegeben haben, die Gefangenen zu befreien und die Ausgesiedelten zurückzubringen, haben bis jetzt wenig gefruchtet. Man will jetzt die ganze Schuld den Armbauern zuschreiben. Die Oberen sagen: Ihr habt sie stimmrechtet, ihr habt sie auch ausgesiedelt, dabei ist aber alles ohne unser Wille geschehen, durch Falschheit, Lug und Trug. Gegen das religiöse Gefühl wird mit allen Mitteln vorgegangen und dann so listig, daß es gar nicht den Anschein hat, als ob es gegen die Religion ginge, wenn man aber alles miterlebt, so sieht man erst, wohin es geht. Das Ziel ist eben die vollständige Vernichtung des Glaubens und weil die Deutschen und die Tataren sehr religiös sind, so müssen wir auch am meisten leiden. Und dennoch werden wir unseren Glauben nicht lassen und sollte die Unterdrückung noch so schwer sein. Aber wir bitten den Herrn, daß es nicht am ärgsten wird. Wir legen Ihnen hier einen Brief bei, den wir von unseren Lieben, die in dem weiten Norden in so schwerem Elend sind und verloren sind, wenn ihnen nicht geholfen wird.

Dieses alles ist wahr, wenn auch keine Unterschrift folgt und Sie können alles glauben und werden wohl auch schon unterrichtet sein von unserer schweren Lage.

Anlage

Brief eines Verschickten vom 10. April 1930

Nun schreibe ich euch allen, wie's uns hier geht. Also uns geht es sehr schlecht, wenn keine Hilfe kommt, so sind wir verloren. In den Kooperativen ist nichts zu kaufen und in den tschastnije (Privatgeschäften) ist auch nichts zu kriegen, mal keine Zündhölzer und die bekommt man nicht, das einzige Salz — das ist alles, was wir hier bekommen. Aber bei uns geht es noch, wir können Gott noch danken, uns ist für jetzt noch nichts fortgekommen. Aber vielen Leuten ist viel Sach und Mehl und Schmalz weggekommen. So wie bei uns wo wir im Quartier sind, sind auch (Familie N), die haben zwei und halben Sack Mehl gehabt und denen ist anderthalb Sack weggekommen, so daß ihnen sieben große Esser an einem Sack Mehl geblieben sind, und hier ist auch nichts zu kaufen, wenn auch hie und da ein Pud Mehl ist zu kaufen, so ist es so teuer, daß man es nicht kaufen kann, bis 20 oder 25 Rbl. Pud Kernmehl und mal kein Weizenmehl, und so ist vielen weggekommen, auch den Pastoren ist ein Kasten mit den allerschönsten Kleidern weggekommen und haben sie auch nicht gefunden, und ganzen Familien haben sie gerade das Mehl und Kleider in ihrem Sselsowet abgenommen, so daß hier sitzen und hungern, und durch das schon eine große Krankheit ausgebrochen ist. Der . . . liegt schon fest im Bett, so daß es sehr schwer ist und die alle die sie in den Wald schicken, von denen sind schon viele Kosaken zurückgekommen, die haben gerade die Arbeit im Walde geschmissen und sind zurückgekommen und die haben gesagt, daß es zu schlecht

ist, daß man nicht arbeiten kann, das Wasser im Walde, das steht bis an die Knie und über dem Wasser liegt der Schnee eine halbe Arschin hoch, so daß es unmöglich ist zu arbeiten, so daß sagen können, daß wir alle verloren sind. Zu Hause haben sie uns arretiert, haben uns in die Stadt geführt und haben uns dort in die Wagen eingeladen und haben uns fortgeführt mit Gewalt, auf dem Wege, wenn wir nach Wasser gegangen sind, so sind wir mit der Milizia gegangen und den ganzen Weg haben sie keinen Wagen aufgemacht, zu 42 Mann haben sie in den Wagen gejagt, so daß keine Luft drinnen war und so haben sie uns herausgeführt und jetzt sagen sie hier noch, daß wir freiwillig gefahren sind und zu Hause haben sie gesagt, daß die Leute müssen von achtzehn bis fünfzig die Männer und die Weiber bis fünfundvierzig und jetzt verlangen sie alle von sechzehn bis sechzig so daß unsere Mutter auch noch hinkommt, wenn ich allein wäre hineingekommen, ich wäre noch koje kak (irgendwie) durchgekommen, aber die Mutter und die Schwestern in ihren Schuhen weiß ich nicht wie sie durchkommen sollen und kaufen Stiefel oder was kann man nicht, denn man bekommt hier nichts, so daß wir hoffen und sagen können alle Tage, daß wir verloren sind. Nun frage ich euch wegen dem Vater und dem Bruder, schreibt uns wo die sind, sind die noch zu Hause oder nicht. Wenn sie noch zu Hause sind, so haben sie nicht Recht uns fortzuschicken, dann wenn ihr könnt, verlangt uns zurück, sonst sind wir verloren . . .

30. Schreiben aus der Krim

5. Mai 1930

Gestatten Sie bitte, daß ich Ihnen zu Papier bringe, was mein und aller Herzen der deutschen Kolonisten in der Krim bewegt. In den letzten 2 1/2 Monaten sind erschütternde und Grauen erregende Ereignisse über die deutschen Kolonisten in der Krim hereingebrochen. Wenn schon die Herbst-Getreidebeschaffungskampagne mit der ganzen rohen Gewalt bei uns durchgeführt wurde und dadurch viel Not und Elend über dieselben gekommen ist, so ist es doch nur wie Schatten im Vergleich zu dem, was die Frühlingsaussaatkampagne mit ihren Folgen über die Kolonisten gebracht hat. Der deutsche Kolonist, weil fleißiger, tüchtiger, sparsamer und strebsamer, dadurch auch wohlhabender als seine benachbarten Russen und Tataren, hat er, wie keine andere Nation in Rußland unter der mit der Frühlingsaussaatkampagne verbundenen Losung, die in der grausamsten Weise durchgeführt wurde, nämlich die Vernichtung der Kulaken als Klasse, zu leiden gehabt. Vor allem gingen die sogenannten Arbeiterbrigaden, die im Frühling zu Tausenden in die Dörfer geschickt wurden, von Haus zu Haus, durchstöberten Speicher, Küche und Keller, alle Wohnräume und suchten nach verstecktem Getreide und Mehl, wie sonstigen Getreidearten. Wehe dem Vater, der sein Häuflein Kinder ansehend zur Fürsorge etwas Mehl auf die Seite verwahrt hatte, und dieses nun gefunden wurde! Unbarmherzig wurde alles genommen: Mehl, Fett, Fleisch usw. Schließlich ging man so weit, daß man auch alle Kleiderschränke, Betten und Schubladen durchsucht hat, was hauptsächlich bei den ehemaligen mehr wohlhabenden Bauern stattgefunden hat. Ehemaligen —, denn gegenwärtig gibt es ja solche nicht mehr, denn

nun gehören sie alle zu den rechtlosen „Stimmlosen“, wie man hier zu Lande zu sagen pflegt. Auf alle Sachen wurde ein genaues Verzeichnis aufgestellt. In dieses Verzeichnis kamen nicht nur Wirtschafts- und Bauerngeräte, sondern auch Wäsche, Kleider, Küchengerät, Gabeln, Messer, Teller — kurzum bis ins kleinste. Dieses aufgestellte Verzeichnis bedeutete, daß nun der Wirt über nichts mehr seiner Sachen verfügen konnte. Wieviel Stöhnen der Väter, wieviel Tränen der Mütter, wieviel Jammern der Kinder hat es da gegeben! Oh! „warum sind der Tränen unter dem Mond so viel und so manches Sehnen, das nicht still sein will!“ Unzählige Familien sind schon in bitterstes Elend und schwerste Not geraten. Wer die geforderte Menge von Getreide im Frühling nicht liefern konnte, der wurde ohne Gnade und Barmherzigkeit von Maus und Hof vertrieben, während solchen im Herbst nur die Sachen, lebendes und totes Inventar zum Spottpreis versteigert wurde, hat man sie jetzt einfach fortgejagt und die Väter kurzerhand ins Gefängnis geworfen. In manchen Kreisen, so wie z. B. im Kreise Feodosia hat man Hunderte von Familien, Väter, Mütter, kleine und größere Kinder, Kranke und Greise ins Gefängnis geworfen. Tausende von Menschen schmachteten und schmachten noch in überfüllten Zitadellen. Letztere waren derart überfüllt, daß sich die Administration derselben buchstäblich keinen Rat mehr wußte. In den Rayons wurden immer weitere Gebäude zu Gefängnissen eingeräumt. Es war oft herzerreißend, wie man sehen mußte, daß alte 75—80-jährige Greise, die krank waren und nicht mehr gehen konnten, einfach ins Gefängnis getragen wurden. Frauen mit Säuglingen auf den Armen wurden ins Gefängnis geführt, während die Väter und die Männer schon dort saßen. In Räumen, wo Licht und Luft für 10 bis 12 Menschen ist, waren 30—35 Menschen eingesperrt. In etwas größeren Räumen waren 120—130 Menschen zusammengepfercht, so daß sie in der Nacht buchstäblich wie die Heringe lasen. Die Räume ohne Ventilation, alle Exkremete wurden in demselben Raum verrichtet. Das Ungeziefer, — Läuse, Wanzen und andere unentbehrliche Einwohner solche Lokale krochen in Massen an den Wänden und auf der Diele. Die Menschen wurden derart vom Ungeziefer gequält, daß sie auf dem Körper Hautwunden bekommen haben. Wiederum sind es die Rechtlosen, die geradezu wie das Vieh behandelt, werden. Im Gefängnis werden diese in besonderen Räumen gehalten, bekommen nur $\frac{3}{4}$ Pfund Brot täglich, zum Mittag einen Teller Suppe, und das ist alles, während dem die anderen doch etwas besser gefüttert werden. Auch zum Abendbrot irgend etwas zum Essen bekommen. Zudem werden die Rechtlosen täglich zur Zwangsarbeit getrieben, wo sie unter schweren Verhältnissen arbeiten müssen und das alles natürlich ohne jedwede Belohnung, ja auch nur ohne etwas mehr Speise zu geben. Das nennt man natürlich kein Exploitieren der Arbeiter, denn es sind ja Recht- und Stimmlose. Zu Tränen wurde man gerührt, wenn man gesehen, wie deutsche Männer von der Miliz zur Arbeit getrieben wurden. Still und ohne Murren gingen sie ihren Leidensweg. Von allen solchen Unglücklichen waren etwa 45 % deutsche Kolonisten, 40 % Tataren, 10 % Russen und die übrigen 5 % rekrutierten sich aus den übrigen Nationen der Krim.

Ganz besonders, weil nach bolschewistischer Ideologie schädliche Elemente, hatte die deutsche katholische und evangelische Geistlichkeit zu leiden. Sämtliche Geist-

liche, beider Konfessionen in der Krim waren verhaftet, die noch bis dato zum großen Teil im Gefängnis schmachten, z. B. Pater Schönfeld sitzt schon seit November dort, ohne daß ihm bis jetzt irgendwelche Anklage vorgelegt worden wäre. Von den evangelischen Geistlichen sitzen z. Zt. noch im Gefängnis Probst Hörschelmann, ein 76-jähriger Greis, der zu 6 Jahren Gefängnis bei strenger Isolierung verurteilt ist. Seine Beschuldigung und Anklage war: dadurch, daß er als Probst in der Krim das ihm auferlegte Getreide nicht geliefert und dadurch als Probst und einflußreiche Persönlichkeit unter den deutschen Kolonisten in der Krim ein schlechtes Beispiel gegeben habe, die darum auch nicht geliefert hätten. Die Frage nämlich, ob man im oder außer Stande ist zu liefern, kommt gar nicht in Betracht. Muß nämlich noch hinzufügen, daß Probst Hörschelmann überhaupt keine Aussaat hat und von seinen Gemeinden kaum so viel Getreide zu Brot bekommt. Trotzdem wurden ihm sowohl im Herbst, wie auch im Frühjahr Hunderte von Pud aufgelegt, die er liefern sollte, was ein Ding der Unmöglichkeit war. Dafür wurden ihm im Herbst sein ganzer Hausrat zum Spottpreis versteigert, so daß der alte Greis auf der Diele schlafen mußte, denn nicht einmal ein Bett hatte man ihm gelassen; im Frühjahr wurde er nun, wie schon gesagt, zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Als weitere Anklage galt noch, daß er Antisemitismus treibe, da er mehrmals über alttestamentliche Texte in der Predigt auf das Volk Israel zu sprechen kam, also die unsinnigsten Beschuldigungen. Sein Sohn, Pastor zu Neusatz in der Krim wurde auf Grund derselben Anklagen zum Tod durch Erschießen verurteilt, schließlich wurde ihm die Todesstrafe in 10-jährige Gefängnishaft verwandelt, und so schmachten beide, Vater und Sohn im Gefängnis zu Simferopol und werden demnächst der Vater nach Jenisseisk¹⁾ und der Sohn nach der russischen Teufelsinsel Solowki verschickt werden. Pastor Hansen von Byten in der Krim sitzt ebenfalls schon seit Anfang Februar im Gefängnis, während seine sehr kranke, an Gallenstein leidende Frau mit zwei Töchtern in den hohen Norden verschickt wurde, weil sie, die Frau, s. Zt. von ihrem Vater mal 3000 Hektar Land geerbt hatte. In 2 Stunden mußte die Familie für die Reise in den hohen Norden fertig sein; etwas an Kleidern und Produkten konnten sie mitnehmen, sonst aber blieb der ganze Hausrat zurück, der vom Staate als „wirtsloses Eigentum“ konfisziert wurde. Pastor Hansen selbst sitzt seit 2 Monaten im Gefängniskellerraum, ohne daß ihm irgendwelche Anklage oder Beschuldigung vorgelegt worden wäre. Er ist von der staatlichen politischen Polizei, die ja in der Räte-Union allmächtig ist, verhaftet. Auch Pastor Witt in Naiman und Pastor Seidlitz in Zürichthal in der Krim waren verhaftet. Ersterer saß etwa 3 Wochen und letzterer mit Frau etwa 5 Wochen im Gefängnis. Beide wurden schließlich entlassen, um dem Auslande gegenüber zeigen zu können, daß man nur die konterrevolutionären Pastore verhaftet, denn dem Auslande gegenüber muß man doch Rede und Antwort stehen können. Pastor Witt wurde mit 3000 Rbl. Steuer belegt, während sein Jahreseinkommen nur 1600 Rbl. beträgt, sein ganzer Hausrat ist nun gepfändet und wird demnächst zum Spottpreis versteigert werden, da er und das Kirchspiel ganz außer Stande sind, solche Summen zahlen zu können. Beide Pastoren bedienen

nun z. Zt. die evangelischen Gemeinden der Krim. Auf wie lange? So sieht es aus in der Krim, einem Teil der Räte-Union, wo auf dem Papier Religions- und Gewissensfreiheit herrscht. Eine infame Lüge, wie noch keine zweite in der Weltposaunt wurde.

Furchtbar — ja es spottet jeder Beschreibung, man kann auch gar keine Worte finden, die Grausamkeiten zu beschreiben, mit denen die „Vernichtung der Kulaken als Klasse“ durchgeführt wurde. Wer sind nun eigentlich diese Kulaken? Das fleißigste und tüchtigste Element der Bauernschaft, die nichts weiter wußten, als Tag und Nacht zu arbeiten und darum wirtschaftlich höher standen. Solche fleißige Bauern bezeichnet man mit dem verfluchten Namen „Kulak“. Von den ehemaligen Großbauern und deutschen Gutbesitzern ist ja längst keine Spur mehr vorhanden. Diese fleißigen Bauern wurden massenweise verhaftet und mit Frau und Kindern in die kalten öden Steppen des rauhen Nordens und Sibiriens verschickt. Wie es dabei zuging und welche Schreckensszenen sich da abgespielt haben, kann man mit keinem menschlichen Worte wiedergeben. In der Krim sind ja die deutschen

Ansiedelungen nicht so groß, wie etwa in der Ukraine und doch wurden aus jedem kleinen Dörfchen Menschen ausgesiedelt und verschickt; so wurden aus 16 Ortschaften im Rayon Djankoi allein 539 Menschen in den Norden, wohl Archangelsk, Kotlas, Jenisseijsk und Amur verschleppt. Viele Hunderte Familien hat dieses unmenschliche grausame Schicksal getroffen. Wie das Vieh hat man sie in schmutzige Frachtwaggons eingeladen, vollgepfropft mit Menschen bis zu 60 Personen mit all ihren Bündeln und Packen in einen Waggon. Eingeladen wurden die Menschen in der Nacht. Das ist ja die richtige Zeit für solches Menschenmarnern. Kranke, Greise und Greisinnen von 70 bis 80 Jahren mußten vielfach in die Waggons getragen werden. Wöchnerinnen, die vor zwei Tagen erst geboren hatten, mußten ebenfalls mit dem Säugling auf dem Arm fort. Weder auf Kinder noch Kranke wurde irgendwelche Rücksicht genommen. Von vier-acht-zehn bis sechzehn Familien wurden aus einzelnen Dörfern ausgesiedelt. Manchen hat man nur 30—40 Minuten Zeit zur Vorbereitung auf die Reise gegeben. Oft konnten auch die allernötigsten Sachen nicht mitgenommen werden. Nach Mitternacht mußten dann die übrigen Dorfbewohner mit Fuhren kommen. In wenigen Augenblicken wurde schnell aufgeladen und eilens sollte es dann fortgehen. Doch die erregte Bevölkerung ließ das nicht zu. So oder anders, — daß aber alle diese Menschen in den sicheren Tod gebracht werden, liegt auf der Hand. Nahrungsmittel durften sie nur für drei Monate mitnehmen zu je 15 Pfund Mehl für die Person auf den Monat, dazu noch etwas Fett usw. Was werden die Menschen dort in den kalten Regionen des hohen Nordens anfangen? Erfrieren, verhungern und sterben werden sie alle. Gewiß wurden auch die besseren Bauern anderer Nationen ausgesiedelt, aber keine Nation hat so gelitten, als der deutsche Kolonist, denn 50 % aller Verbannten sind deutsche Kolonisten. Das wird am deutlichsten, wenn man in Betracht zieht, daß die Krim etwa 1.000.000 Einwohner hat. Davon sind etwa 50.000 deutsche Kolonisten. Von diesen wurden nun genau so viel ausgesiedelt, wie von der übrigen gesamten Bevölkerungszahl der Krim. Ganze Züge bis 50 Waggons fast lauter deutsche Kolonisten wurden abgeschickt. Dazu ist nur der Bolschewismus mit seinem grausigen

Terror fähig. Denkt man an all diese Bilder zurück, dann stockt sich einem das Blut in den Adern. Unter Gesang und Gebet fuhren diese Unglücklichen, begleitet von den übrigen Dorfbewohnern in die Nacht hinaus. Man sang Lieder wie: Jesu geh voran, So nimm denn meine Hände, Wie Gott mich führt, so will ich gehn, usw. An manchen Orten wurde zum Schluß von den deutschen Kolonisten Deutschland, Deutschland über alles gesungen. Ein Meer von Tränen wurde dabei vergossen, und manche der rohen Begleiter bekamen doch einen tiefen Eindruck von der kindlichen Frömmigkeit der deutschen Kolonisten, die nur mit Gesang und Gebet, begleitet mit viel Tränen abzogen, ohne Widerrede, während die Russen mit viel Fluchen und Schimpfen ihr Gehöfte verließen. So geht der deutsche Kolonist in Vertrauen auf seinen Gott den schweren Leidensweg. Sein Weg in Rußland war ja stets ein solcher, aber jetzt wird ihm der Leidenskelch gefüllt bis zum Rande gereicht und er trinkt ihn schweigend.

Der Verfasser dieses Schreibens berichtete mir mündlich dazu, wie die Ländereien und Gehöfte der verschickten deutschen Bauern der umfangreichen jüdischen Kolonisation in der Krim nutzbar gemacht wurden. In einer deutschen Kolonie wurden 9 deutsche Familien vertrieben und an deren Stelle 25 jüdische Familien aufgenommen. So begann die völkische Zersetzung der deutschen Kolonien, die seitdem immer weiter fortgeschritten ist. gez. Auhagen.

Sachregister

(Die Ziffern geben die Seiten an)

- Ablieferungsverträge der Regierung mit den Bauern 2, 135, 152
- Ackerbestellung (nachteilige Folgen der neuen Agrarpolitik im Jahre 1929/30) 90/91, 93—95, 104/105
- Ausgleich durch die Gunst der Witterung 96, 121/122, 123, 136/137
- Agrarstaatlicher Charakter der Sowjetunion 73
- Agrarverfassung und Agrarpolitik (vgl. auch „Kulak“)
- Agrargemeinde (Umgestaltung) 6, 15, 34
- Agrargesetz vom 15. Dezember 1928 24—26
- Agrarpolitik vor und nach 1921 99
- Agrarpolitik der Partei, Wendung im Oktober und Dezember 1927 13, 15
- Gegensatz zur „Neuen Ökonomischen Politik“ Lenins 20
- Besitzunsicherheit der Bauern 27/28, 33/34
- Dorfrat 6/7, 29, 152/153
- Einzelbetrieb 19
- Einzelhofbesitz 29
- Entwurf eines neuen Agrarkodex 12, 28—30
- Gesetzwidrigkeit kulakischen Landbesitzes 29
- Gewollter Klassengegensatz im Dorf 5, 7, 19, 95
- Landarbeiter („Batraken“) 15
- Landeinrichtung 27/28, 30, 33
- Landnutzungsformen 7
- Mirverfassung 7, 22, 30
- Unterhöhnung des Einzelbetriebes 87, 121, 130/31, 136
- Wiederaufnahme der Kollektivierungspolitik und des Druckes auf die Oberschicht 12
- Anbauzwangsplan des „Kriegskommunismus“ 2
- Auswanderung
- A. von Mennoniten seit 1923 42
- A.-Gründe 50—52
- A.-Wünsche im Jahre 1928 32 (bestritten durch die Berliner Handelsvertretung 63), im Frühjahr 1929 42, im Sommer und Herbst 19 9 44, 58, 83, im Frühjahr 1930 125/126, 148
- Beschränkte Genehmigung 60
- Gebühren 42, 54, 57, 59, 80
- Hoffnung auf Kanada 50, 53, 78
- Verweigerung der Genehmigung 43
- Bedrückung der Kleinbauern 17 und der Mittelbauern 5
- Bevölkerungsvermehrung 4
- Bevorschussung der Bauern 2
- Brotmangel im Dorf 9
- Deutschtum und Deutschland (vgl. auch „Flucht deutscher Bauern nach Moskau“)
- Ansiedlung in Deutschland? 54/55, 60—62, 137—141
- Aussiedlung deutscher Gutsbesitzer 43
- Aufgabe der deutschen Presse angesichts der Notlage der deutschen Bauern 60, 78
- Beschluß der Deutschen Reichsregierung, die Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen 78
- Erlebnisse eines reichsdeutschen Kommunisten bei der Getreidekampagne 86/87
- Gefährdung der völkischen Zukunft der deutschen Kolonien 89, 151, 154
- Gefahr des Unterganges des deutschen Bauerntums 43, 138
- Hilfsaktion für deutsche Bauern in der Ukraine i. J. 1928? 7—11
- Landbesitz im Süden durch die Revolution sehr verringert 32/33

- Landbesitz durch Erklärung des Bezirks Odessa und der Krim zu Kolonisationsgebieten verringert 11, 33
 Landbesitz fällt an jüdische Siedler 33, 180, 193
 Landbevölkerung (Zahl) 58, 69
 Los des Kulaks trifft Deutsche zu besonders großem Teil 113
 Schärfer gedrückt als die russ.-ukrain. Bauern 89, 123/124, 144, 192
 Schwächung des Deutschtums durch die Kollektivierung 35
 Verarmung nach 1917
 Vergleich der wirtschaftlichen Lage der deutschen und russ.-ukrain. Bauern 9/10, 69/70, 89
 Verschickte singen beim Abtransport „Deutschland, Deutschland über alles“ 193
- Ernährungsnot 105
 Ernte vom Hektar in der Ukraine 34
 Ernteüberschätzung 3, 8, 90, 97
- Fiktive Freiwilligkeit 35, 45, 112, 186, 187, 189
 Fiktive Kirchenschließungswünsche 112
 Fiktive Verschickungsbeschlüsse der Gemeindemehrheiten 48, 186/187, 188
 Flucht deutscher Bauern nach Moskau (vgl. auch „Auswanderung“ und „Terror“)
 Asyle bei Moskau 50, 145
 Elend in den Asylen 53, 58, 59
 Heimatgebiete 50, 57, 82/83, 85
 anfänglich aus dem sibir. Bezirk
 Slawgorod 50
 spät aus der Wolga-Republik 85
 Hilfsaktion 55
 Notverkauf 53
 Rücktransport 79/80, 81, 127, 153
 Soziale Schichtung 59, 68
 Verhinderung weiteren Zuzuges 69
 Voraussichtliche Zahl der nach Deutschland Gelangenden 81
 Zahl der Flüchtlinge bei Moskau 50, 56, 58, 68, 76, 81, 138
- Gesetze mit doppeltem Boden 153
 Getreide
 Ausfuhr 1, 96—98 (trotz Ernährungsnot), 105, 107
 Ausfuhr in Abhängigkeit von der Warenversorgung des Dorfes 1, 4/5
 Beschaffungskampagne 1. 3, 4, 5, 12/13, 97, 105
 Erfassungsterror 51, 64/65, 88/99 (trotz drohender Hungersnot), 146, 162, 165/166
 Privathandel 3, 4, 5
 Selbstverpflichtung zur Abgabe zwecks Beseitigung der Getreidekrise und Reifmachung des Dorfes für die Kollektivierung 45/16, 52
- Hoffnungslosigkeit der vorwärtsstrebenden Bauern 32, 83
 Hungersnot in Westsibirien und Kasakstan 126/127, 140, 154
- Individualbetrieb nach dem 1. Fünfjahrplan Hauptträger der Landwirtschaft 12
 Juden, die ärgsten Terroristen 179
 Jüdische Ansiedler an Stelle deutscher Bauern 33, 180, 193
- „Kontraktazija“ vgl. „Ablieferungsverträge“
 Krisenhaftigkeit der Planwirtschaft 4
 „Kulak“ (bäuerliche Oberschicht) (vgl. auch „Flucht“, „Verschickung“ und „Terror“)
 Ausschließung vom Kolchos 115
 Begriff und Wesen 13/14, 24/25, 31/32; 87, 99, 113, 150, 179, 181/182, 192
 Bekämpfung durch das Agrargesetz vom 15. Dezember 1928 und das Gesetz über die Arbeitsordnung in kulakischen Betrieben vom 20. Februar 1929 24—26
 Einteilung der Kulaken in drei Kategorien 151
 Enteignetes kulakisches Land fällt an die Kolchose 132
 „Entkulakisierung“ 12, 186
 Entmutigung i. J. 1928 11, 17, 32
 Gesetzwidrigkeit kulakischen Landbesitzes 29
 Getreidespekulation 5
 „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ 49
 Nachteile der antikulakischen Politik für die schwachen Bauern 17, 18
 Oberschicht, zunehmende Bedeutung 1921—1927 99
 Rechtsentziehungen 7, 14/15
 Sozialwirtschaftlicher Wert privater Getreidevorräte 4. 18

- Steuerliche Bedrückung (vgl. unten „Steuerdruck“)
- Todesurteil über 750000 Wirtschaften 67, 73, 83/84, 113
- Unterbindung des allgemeinen Fortschritts infolge der Bedrückung der Oberschicht 18
- Wiederbeginn scharfer Bekämpfung 6/7
- Lohnarbeiter-Beschäftigung 7, 11, 17
- Mißernte im Süden 8, 11
- Nationalitätenpolitik des Bolschewismus 137
- Notverkauf infolge Steuerdrucks 5
- Obstgärtenenteignung 33, 35
- Opposition von links 6, 99
- Opposition von rechts 19
- Pachtung 7, 11, 17
- Panikstimmung im Dorf 5, 43
- Pferdehaltung 2, 4, 121
- Preispolitik 1, 4
- Preisschere 16/17
- Religiöse Verfolgung 42, 138, 144/145, 188, 190—192
- Saatgutnot infolge der staatl. Getreide-
erfassung 120, 134
- Saatkampagne im Frühjahr 1930 wie mili-
tärischer Feldzug 129
- Terror dieser Kampagne 189
- „Selbstbesteuerung“ der Bauern 5, 8, 16
- Selbstmord von Bauern 154
- Sozialisierung der Landwirtschaft
- Anordnung schnellster Totulkollekti-
 vierung 112
- Beginn des Terrors gegen Kolchos-
 bauern 95
- Beweggründe zur Wiederaufnahme der
 Sozialisierungspolitik 6, 20, 32/24
- Folgen der Sozialisierung (zusammen-
 fassende Denkschrift) 99—110
- Akute Krise verwandelt sich in
 schleichende 106
- Wirkung auf die Gesamtbilanz der
 Sowjetwirtschaft und auf das
 Verhalten des Staats zur Ar-
 beiterschaft 106
- Formen der Kolchose 102, 113—116
- Artel gemäß dem Parteidekret
 vom 15. März 1930 113—116
- Kommune wird von den Bauern
 abgelehnt 68—70
- Kommune bleibt Ziel der Zukunft
 116
- Freiwillige Kollektivierung 87, Lei-
stungen 101/102
- „Gigantomanie“ 87, 102, 134
- Kollektivierung wird 1928 Hauptauf-
gabe 20
- Kommunen in der Krim 36—38
- Mängel und Mißstände 133/134, 135
- Maschinen-Traktoren-Stationen 21/22,
38
- Massenbewegung beginnt 1928 27, 34,
35, 47
- Mißtrauen gegen neue Form der Un-
freiheit 21—24
- Rückläufige Bewegung im Frühjahr
1930 infolge des Fingreifens Stalins
110—112, 116/117, 129/130
- Sowchose (staatliche Großbetriebe) 38,
40, 46/47, 73, 94, 101
- Sozialisierungsziel des ersten Fünf-
jahrplans 12
- Stimmung der in die Kolchose ge-
drängten Bauern 93, 103/104, 125
- Traktorenfabriken 47/48
- Traktorenmangel infolge schneller Kol-
lektivierung 71, 120/121
- Überstürzte Kollektivierung 70/71, 103,
110/111
- Verfall der Wirtschaft infolge der
Sozialisierungspolitik bei Deutschen
und Russen bzw. Ukrainern 69/70
- Verminderung des Viehstandes 72,
91—93, 105, 118, 119, 121, 137,
160
- Vorbereitung der Sozialisierung durch
Ablieferungsverträge 3
- Wirtschaftsschwierigkeiten infolge des
Wirrwars im Frühjahr 1930 104,
111, 130/131, 133, 136
- Zahl der kollektivierten Höfe 129/130,
133
- Zwang zur Kollektivierung 87, 111
- Zwangsläufigkeit der Kollektivierungs-
bewegung 47, 100, 102/103
- Spannvieh 40, 121
- Steuerdruck 5, 6, 8/9, 15/16, 30—32, 113
- Schwarzbrache wird aufgegeben 34, 91

- Terror (vgl. auch „Flucht“ und „Verschickung“)
- Beginn des T. gegen Kolchosbauern 95
 - Boykottierung 66, 145, 149, 152
 - T. gegen deutsche Bauern in verschiedenen Gebieten 84—87
 - T. gegen die geflüchteten deutschen Bauern 56, 58, 77, 79/80, 82
 - Verhaftungen von deutschen Bauern 79, 82, 85/86, 125, 127, 139, 143, 144, 147, 153, 160, 190
 - Vertreibung von Haus und Hof 66/67, 149/150, 151, 152, 153, 190
 - Zwangsversteigerungen 65, 142, 143, 144, 147, 149
- Teuerung 179
- Unterernährung der Landbevölkerung 9, 43/44
- Verschickung in nördliche Waldgebiete
- Augenzeugen 113
 - Beraubung der Verschickten auf dem Transport 151, 188
 - Beschwerde von Verschickten bei der Deutschen Sektion des Allruss. Exekutivkomitees 183/184
 - Kindersterben 127, 172, 181, 183
 - Massensterben in den Lagern 128, 179, **182, 186**
 - Plan der Ansiedlung in nördlichen Waldgebieten 139, 176, 180
 - Tragödie in Westsibirien 154—166
 - Transport der Verschickten 124, 161, 162—164, 171/172, 173/174, 180/181, 183—185, 187, 192
 - Unmenschlichkeit 124
 - Verschickungsbefehl — zwischen 48 und 49
 - Verschickungslager 124, 127, 151, 161, 164/165, 166/167, 168, 169—170, 172, 178, 181, 186, 188/189, 192
 - Zahl der Verschickten 124, 140
 - Zwangsarbeit 124, 127, 161, 162, 173, 174, 175, 177, 186, 188/189, 190
- Voraussichtliche Entwicklung in der nächsten Zukunft 106/107, 109/110
- Vorbereitung der umfassenden Planwirtschaft und Kollektivierung 1. 3
- Zurückweisung von Vorwürfen des Außenkommissariats der UdSSR, gegen den Verfasser 74—76
- Zwangsanleihen 8, 16

Sammlung Georg Leibbrandt

Quellen zur Erforschung des Deutschtums in Osteuropa

Im Auftrage herausgegeben von Dozent Dr. E. MEYNER

Bd. 1: Großliebental

Von CHRISTIAN KUGLER. Bearbeitet von JAKOB STACH

XX, 155 Seiten mit 1 Porträt und 1 Siedlungskarte.
Gr.-8°. 1940. Kart. 7,— RM.

Westdeutscher Beobachter vom 30. März 1840: Für die Forschung ist diese Quellensammlung eine unerschöpfliche Fundgrube. Für die Politik aber stellen diese Dokumente wertvolle Fingerzeige dar, die auf die Behandlung der Volkstums- und Siedlungsfragen im osteuropäischen Raum Licht werfen. Die Herausgabe der Sammlung jetzt mitten im Kriege zeigt die Zielstrebigkeit, mit der Deutschland seine Verpflichtungen in Osteuropa betrachtet.
Dr. Franz Rodens

Bd. 2: Ostwanderung

Akten über die Auswanderung der Württemberger nach Rußland 1816—1822

Bearbeitet von KARL STUMPP, Stuttgart

XIX, 26g Seiten mit zahlreichen Tabellen und 1 Ausschlagkarte
der Reisewege. Gr.-8°. 1940. Kart. 13,50 RM.

Der Verfasser bringt für den Höhepunkt des Ostzuges aus württembergischen Archiven Listen mit Namen und Heimort der Auswanderer, mit Angaben über Familienstand, Vermögen, Beruf, Gründe der Auswanderung. K. Stumpp stellt damit die Untersuchung über diesen Teil der Auswanderung auf eine neue feste Grundlage für alle Zweige der Volksforschung, für die Auswanderungsgeschichte (besonders die Herkunftsfrage) ebenso wie für die Wirtschaftskunde, für die Volksbiologie wie für die Sippenforschung.

Bd. 3:

Deutsche Bauernleistung am Schwarzen Meer Bevölkerung und Wirtschaft 1825

Bearbeitet von HANS REMPEL

XX, 108 Seiten mit 1 Ausschlagkarte und 10 Ausschlagtabellen.
Gr.-8°. 1941. Kart. 12,50 RM.

Der Band behandelt die deutschen Siedlungen im Schwarzmeergebiet. Die gegebenen Tabellen zeigen die Lebens- und Wirtschaftslage dieser Dörfer im Jahre 1825 und geben einen tiefen Einblick in die Zahl und die Zusammensetzung der Einwanderer, die Anfänge ihres Gemeinschaftslebens, in die Landnahme, die erste Bodenbearbeitung, Aussaat und Ernte — Aufschlüsse, die über deutsche Siedlungen in Osteuropa aus der Gründungszeit bisher völlig fehlten.

VERLAG VON S. H I R Z E L I N LEIPZIG

Sammlung Georg Leibbrandt
Quellen zur Erforschung des Deutschtums in Osteuropa
Im Auftrage herausgegeben von Dozent Dr. E. MEYNEN

Bd. 4: Die Gemeindeberichte von 1848
der deutschen Siedlungen am Schwarzen Meer

Bearbeitet von MARGARETE WOLTNER, Berlin

XVIII, 230 Seiten mit 1 Karte. Gr.-8°. 1941. Kart. 10.— RM.

Über die Geschichte der deutschen Siedlungen am Schwarzen Meer werden hier die 1848 vom Fürsorgekomitee für die Kolonisten in Südrußland eingeforderten Gemeindeberichte kommentiert vorgelegt. Die Berichte bilden das dokumentarische Material über die wirtschaftliche Leistung der deutschen Bauern nach einem halben Jahrhundert ihrer Ansiedlung und über ihr biologisches Wachstum.

Im Januar 1942 erscheint :

Bd. 5: Meine Siedlungsarbeit in Kurland

Von Dr. KARL FREIHERR VON MANTEUFFEL-KATZDANGEN

IV, 80 Seiten mit 2 Karten. Gr.-8°. 1942. Kart. 4.— RM.

Karl Freiherr von Manteuffel, ehemals Kreismarschall und Führer des Vereins der Deutschen in Kurland, dem die Breslauer Universität für seine Arbeit in Kurland die Würde eines Ehrendoktors verlieh, berichtet über seinen Anteil an der Besiedlung Kurlands, die dem deutschen Städtertum eine breite bäuerliche Grundlage geben wollte. Ohne die Hilfe des Reiches mußte der deutsche Vorposten, wenn nicht vor den Letten, so doch vor den Russen zurückgezogen werden. Zum Verständnis dessen, worum es heute im Osten geht, zum Verständnis aber auch der baltischdeutschen Leistung und der dortigen Wirtschafts- und Lebensverhältnisse leistet dieses Buch einen unschätzbaren Dienst.

In Vorbereitung:

Grunau und die Mariupoler Kolonien
Materialien zur Geschichte deutscher Siedlungen im Schwarzmeergebiet

Bearbeitet von JOHANNES STACH

V E R L A G V O N S . H I R Z E L I N L E I P Z I G

Die Ukraine und das Reich

Neun Jahrhunderte deutsch-ukrainische Beziehungen im Spiegel der deutschen Literatur und Geistesgeschichte

Von Prof. DMYTROW DOROSCHENKO, Prag

VIII, 300 Seiten. Gr.-8°. 1941. Kartoniert 17,— RM.

Die Fäden, welche die Ukraine mit Deutschland verbinden, und umgekehrt die Beziehungen Deutschlands zur Ukraine sind seit fast einem Jahrtausend nicht abgerissen, wenn ihr Vorhandensein auch erst in den letzten Jahrzehnten ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist. Es ist daher ein Verdienst Doroschenkos, als einer der besten Sachkenner in einer wissenschaftlich-einwandfreien, klaren und vollständigen Arbeit eine Übersicht darüber zu geben, wie die Ukraine und das ukrainische Volk während dieses Zeitraumes im deutschen Schrifttum dargestellt worden sind. Kulturell, sprachlich, wirtschaftlich, strategisch, politisch, in Reisebeschreibungen und Erinnerungen erhebt so ein vielfältiger Einblick in die Ukraine und das deutsche Ukraine-Bild. Das Werk vermittelt interessante geistige Parallelen zwischen allgemeiner deutscher Geisteshaltung und Auffassung der ukrainischen Fragen im Laufe der Jahrhunderte und ist insofern auch ein Spiegelbild deutscher Entwicklung. Darüber hinaus aber ist es durch den äußerst anregenden, klaren und komprimierten verbindenden Text des Verfassers zu weit mehr als einer bloßen Kompilation deutschen Schrifttums geworden: es stellt praktisch eine politische und Kulturgeschichte der Ukraine dar.

Das deutsche Recht in der Ukraine

und seine Einflüsse auf das ukrainische Recht im 16.–18. Jahrhundert

Von Prof. Dr. ANDRIJ JAKOVLIV, Prag

IV; 220 Seiten. Gr.-8°. 1942. Kartoniert etwa 12,— RM.

Wenn wir an die Erforschung des Einflusses des deutschen Rechts auf das ukrainische herantreten, dann müssen wir auch die historischen Tatsachen kennen und berücksichtigen, wie sie sich in den Hauptetappen der Geschichte des ukrainischen Volkes von seinen Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ergeben haben. Zwar wurde das deutsche Recht in der Ukraine noch in der Geltungsperiode, des alten ukrainischen Rechts erstmalig bekannt, aber der Einfluß des deutschen Rechts in der Ukraine war kein unmittelbarer gewesen, vielmehr vollzog er sich mit Hilfe des polnischen und litauischen Rechts. Lediglich in der Periode des ukrainischen Kosakenstaates, 1648 bis 1783, hatte sich der Einfluß des deutschen Rechtes auf das ukrainische unmittelbar geäußert. In diesem Falle war das deutsche Recht nicht in seiner reinen Form und in den Urdenkmälern nach der Ukraine gekommen, sondern wurde es in der Ukraine empfangen und als gültiges Recht erkannt, vorwiegend in Form von Rechtsbüchern, die von polnischen Autoren in lateinischer oder polnischer Sprache verfaßt und dazu mit beträchtlichen Änderungen versehen wurden, die der polnischen Gesetzgebung und Gerichtspraxis entnommen worden waren.

V E R L A G V O N S . H I R Z E L I N L E I P Z I G